Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

4. August 1980
Jg. 8 Nr. 32

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Sowjetunion demonstriert sich in Moskau als Supermacht des Sports

z.gek. Am vorletzten Tag der Olympiade hatte die UdSSR aus 182 Disziplinen 177 Medaillen heim ins Reich geführt. Die DDR hatte 114, Bulgarien 37, Ungarn 28. Dann Italien – 13! Der Warschauer Pakt insgesamt (Kuba eingerechnet) hatte 424 Medaillen von 553 möglichen. Für die 3. Welt, soweit sie teilgenommen hat, war es eine Demütigung. Von ,,Wettkämpfen" ist schwer zu reden, wo gewinnt, wer das meiste Geld verwendet hat, um die einseitigen Spezialisierungen der Sportler – teils schon über jede Naturschranke – mit wissenschaftlichen Schikanen hinauszutreiben. Auch sonst wurde keine Mühe gescheut: der Leichtathletik-Verband hat den sowjetischen Kampfrichtern jeweils Beobachter aus andern Ländern beigeordnet. Das rumänische Zentralorgan hat wegen der revidierten Wertung für Nadia Comaneci offen von Schiebung gesprochen.

Afghanische Befreiungsfront bildet provisorische Regierung

z.anb. Der Vorsitzende des auf der Versammlung aller afghanischen Stammesführer im März in Peshawar gegründeten ,,Islamischen Nationalrats" Gaylani hat am Wochenende in Islamabad die Bildung einer provisorischen Revolutionsregierung in den von der Befreiungsfront kontrollierten Gebieten bekanntgegeben. In den Bergen um Kabul sammeln sich die bewaffneten Kämpfer, während zwischen 10000 und 30000 unter Umgehung der Besatzerstellungen in die Hauptstadt vorgedrungen sind. Sie nutzen dabei den Zweifrontenkrieg, in den die sowjetischen Truppen verstrickt sind: die Machtkämpfe in Karmals Regierungspartei beschleunigen die Zersetzung der afghanischen Armee, im Norden Kabuls und in der im Süden angrenzenden Provinz Ghazni sind ganze Einheiten samt Waffen zu den Befreiungskämpfern übergelaufen.

UNO-Generalversammlung: Ultimatum für den Zionistenstaat

z.ans. Mit 112:7 Stimmen bei 24 Enthaltungen hat die UNO-Sondergeneralversammlung eine Resolution verabschiedet, die sich gegen die US-Politik richtet, Israel als Bollwerk gegen die arabische Welt zu stärken. Die Resolution ist Ergebnis des Befreiungskamp-

Afghanische Befreiungsfront bildet provisorische Regierung

z.anb. Der Vorsitzende des auf der Versammlung aller afghanischen Stammesführer im März in Peshawar gegründeten ,,Islamischen Nationalrats" Gaylani hat am Wochenende in Islamabad die Bildung einer provisorischen Revolutionsregierung in den von der Befreiungsfront kontrollierten Gebieten bekanntgegeben. In den Bergen um Kabul sammeln sich die bewaffneten Kämpfer, während zwischen 10000 und 30000 unter Umgehung der Besatzerstellungen in die Hauptstadt vorgedrungen sind. Sie nutzen dabei den Zweifrontenkrieg, in den die sowjetischen Truppen verstrickt sind: die Machtkämpfe in Karmals Regierungspartei beschleunigen die Zersetzung der afghanischen Armee, im Norden Kabuls und in der im Süden angrenzenden Provinz Ghazni sind ganze Einheiten samt Waffen zu den Befreiungskämpfern übergelaufen.

UNO-Generalversammlung: Ultimatum für den Zionistenstaat

z.ans. Mit 112:7 Stimmen bei 24 Enthaltungen hat die UNO-Sondergeneralversammlung eine Resolution verabschiedet, die sich gegen die US-Politik richtet, Israel als Bollwerk gegen die arabische Welt zu stärken. Die Resolution ist Ergebnis des Befreiungskamp-
fes des palästinensischen Volkes: Sie bekräftigt sein Recht auf einen ,,souveränen und unabhängigen Staat" und erklärt die PLO zu seiner ,,legitimen Vertreterin". Israel, das gerade die Besetzung Jerusalems für ,,ewig" erklärt hat, wird ultimativ aufgefordert, bis zum 15.11. ,,ohne Bedingungen" aus allen besetzten Gebieten, einschließlich Jerusalems, zu verschwinden. Ansonsten würden ,,wirksame Maßnahmen" ergriffen. Trotz kürzlich proklamierter Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts haben sich die EG-Imperialisten enthalten.

Fortsetzung des UNO-Beistandes an Demokratisches Kampuchea

z.coi. Thailand hat das Internationale Rote Kreuz und Unicef gezwungen, die Versorgung der Flüchtlingslager an der kampucheanischen Grenze südlich der thailändischen Grenzstadt Aranyprathet mit Medikamenten und Nahrungsmitteln wieder aufzunehmen. Es hatte gedroht, ihnen andernfalls den Flughafen von Bangkok für den Güterumschlag nach Phnom Penh zu sperren. – Diese Organisationen hatten am 18.7. die Verteilung internationaler Hilfssendungen in den Lagern eingestellt, ausdrücklich, um die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea von äußerer Hilfe abzuschneiden. Auf diese Weise haben die von westlichen Imperialisten kontrollierten Organisationen wohl versucht, Vietnam, das gerade den Vorschlag einer ,,entmilitarisierten Zone" lanciert hat, ein Signal zu geben, und gleichzeitig sollten die Khmer Serai in den nördlichen Lagern gepäppelt werden.

1976: ,,Modell Deutschland" – 1980: ,,Modell Japan"

Im Bundestagswahlkampf sollen die Ausbeutungsverhältnisse gesichert werden

z.ges. 1976 ist die Bundesregierung insbesondere die SPD unter Führung Helmut Schmidts, mit der Losung ,,Modell Deutschland" in den Wahlkampf gezogen. Mit dieser Wahlkampflosung sollte über die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus hinweggetäuscht werden, die der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Bevölkerung in den Jahren 74/75 nachwirkende Lohn- und Einkommenseinbußen gebracht hatte, die Unsicherheit der Existenz verschärft hatte und es der Kapitalistenklasse auf Grund einer anschwellenden industriellen Reservearmee ermöglicht hatte, die Ausbeutung in der Produktion beträchtlich zu steigern. Im Vergleich mit anderen Ländern gehe es der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Bevölkerung in Westdeutschland angeblich glänzend. Gleichzeitig sollte die Losung ,,Modell Deutschland" den wirtschaftlichen und politischen Expansionskurs des BRD-Imperialismus ideologisch sichern. Die Koalitionsparteien haben die Bundestagswahlen gewonnen, aber mit ihrem Chauvinismus waren sie nicht richtig durchgekommen. Helmut Schmidt mußte Kreide fressen und in seiner Regierungserklärung Ende 1976 auf gute Nachbarschaft und gegenseitige Hilfe machen. Inzwischen war auch aufgeflogen, daß die Bundesregierung während des ganzen Wahlkampfes bereits Rentenkürzungen geplant hatte und mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Rentner planmäßig in Angriff nehmen wollte. Im übrigen konnte die Bundesregierung die relativ günstige Entwicklung der Weltkonjunktur und die auf Grund der verschärften Ausbeutungsbedingungen gute Konkurrenzlage nutzen, um '77, '78 und '79 die Steuersteigerungen etwas zu drosseln und gleichzeitig die Staatsschulden, sicheres Zeichen für geplante Steuererhöhungen, kräftig auszudehen und um anlagesuchendes Privatkapital über den Staatshaushalt mit kräftiger Rendite zu versorgen.

Der jetzige Wahlkampf findet in einer anderen Situation statt. Die Wirtschaft befindet sich nicht im Übergang von der Krise in einen Konjunkturaufschwung, sondern die Vorzeichen des Konjunktureinbruches und der Krise machen sich bemerkbar. Ohne daß die

Gleichzeitig sollte die Losung ,,Modell Deutschland" den wirtschaftlichen und politischen Expansionskurs des BRD-Imperialismus ideologisch sichern. Die Koalitionsparteien haben die Bundestagswahlen gewonnen, aber mit ihrem Chauvinismus waren sie nicht richtig durchgekommen. Helmut Schmidt mußte Kreide fressen und in seiner Regierungserklärung Ende 1976 auf gute Nachbarschaft und gegenseitige Hilfe machen. Inzwischen war auch aufgeflogen, daß die Bundesregierung während des ganzen Wahlkampfes bereits Rentenkürzungen geplant hatte und mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Rentner planmäßig in Angriff nehmen wollte. Im übrigen konnte die Bundesregierung die relativ günstige Entwicklung der Weltkonjunktur und die auf Grund der verschärften Ausbeutungsbedingungen gute Konkurrenzlage nutzen, um '77, '78 und '79 die Steuersteigerungen etwas zu drosseln und gleichzeitig die Staatsschulden, sicheres Zeichen für geplante Steuererhöhungen, kräftig auszudehen und um anlagesuchendes Privatkapital über den Staatshaushalt mit kräftiger Rendite zu versorgen.

Der jetzige Wahlkampf findet in einer anderen Situation statt. Die Wirtschaft befindet sich nicht im Übergang von der Krise in einen Konjunkturaufschwung, sondern die Vorzeichen des Konjunktureinbruches und der Krise machen sich bemerkbar. Ohne daß die
offene Arbeitslosigkeit je überwunden worden wäre, zeichnet sich jetzt ein neues Anschwellen der industriellen Reservearmee ab und damit weiter verschärfter Druck auf die Löhne und auf die Verausgabung der Arbeitskraft für die Profite der Kapitalisten. Auch werden die bürgerlichen Parteien und das Parlament nach den Bundestagswahlen die Steuerausplünderung verschärfen. Sogenannte Konjunkturprogramme werden fällig sein, und die Gläubiger verlangen Rückzahlung der Staatsschulden und Zinszahlungen. Von ,,Modell Deutschland" ist eigentlich in diesem Wahlkampf nichts mehr zu hören. Zu deutlich macht sich die verschärfte Ausbeutung bemerkbar. Die Arbeiter sterben schneller weg, viele müssen früher in Rente. Die Entwicklung der Geburtenrate zeigt, daß der Lohnstandard der Arbeiter- und niedrigen Angestelltenfamilien es nicht mehr erlaubt, Kinder großzuziehen, und nur noch einigermaßen zur Erhaltung der individuellen Arbeitskraft, aber nicht zur Reproduktion der Arbeiterklasse reicht. Hauptursache dafür ist der steigende Verschleiß der Arbeitskraft, demgegenüber die Löhne sinken. Aber gerade auf einen weiteren Anstieg des Verschleißes der Arbeitskraft wollen die bürgerlichen Politiker vorbereiten. Nicht mehr von ,,Modell Deutschland" reden sie heute, vom ,,Modell Japan" hat Lambsdorff angefangen zu reden und sind die Zeitungen jetzt voll.

Einen Fingerzeig hat die ,,Süddeutsche Zeitung" gegeben. Die Löhne in den japanischen Konzernen seien kaum niedriger als in den westlichen Industrieländern: ,,Aber bei den vielen tausend kleinen und mittleren Zulieferanten wird ungleich weniger gezahlt, weil die großen Firmen in Japan ihre Leute frühzeitig und schlecht versorgt in den Ruhestand zwingen, diese Leute dann zur Arbeit gegen billiges Entgelt in kleinen Firmen gezwungen sind." Weitere Verschärfung der Ausbeutung in den Konzernen, frühzeitig Ersetzung der verschlissenen Arbeitskräfte durch jüngere, noch nicht zerschlissene, als Voraussetzung dafür weitere Rationalisierungsinvestitionen zwecks Auseinandernahme der Arbeitsprozesse in immer einseitigere Verrichtungen, Senkung der Rentenversorgung und, wie die FDP schon in ihrem Wahlprogramm vorschlägt, Erleichterung des Übergangs ins Rentenalter durch Fort-

drigen Angestelltenfamilien es nicht mehr erlaubt, Kinder großzuziehen, und nur noch einigermaßen zur Erhaltung der individuellen Arbeitskraft, aber nicht zur Reproduktion der Arbeiterklasse reicht. Hauptursache dafür ist der steigende Verschleiß der Arbeitskraft, demgegenüber die Löhne sinken. Aber gerade auf einen weiteren Anstieg des Verschleißes der Arbeitskraft wollen die bürgerlichen Politiker vorbereiten. Nicht mehr von ,,Modell Deutschland" reden sie heute, vom ,,Modell Japan" hat Lambsdorff angefangen zu reden und sind die Zeitungen jetzt voll.

Einen Fingerzeig hat die ,,Süddeutsche Zeitung" gegeben. Die Löhne in den japanischen Konzernen seien kaum niedriger als in den westlichen Industrieländern: ,,Aber bei den vielen tausend kleinen und mittleren Zulieferanten wird ungleich weniger gezahlt, weil die großen Firmen in Japan ihre Leute frühzeitig und schlecht versorgt in den Ruhestand zwingen, diese Leute dann zur Arbeit gegen billiges Entgelt in kleinen Firmen gezwungen sind." Weitere Verschärfung der Ausbeutung in den Konzernen, frühzeitig Ersetzung der verschlissenen Arbeitskräfte durch jüngere, noch nicht zerschlissene, als Voraussetzung dafür weitere Rationalisierungsinvestitionen zwecks Auseinandernahme der Arbeitsprozesse in immer einseitigere Verrichtungen, Senkung der Rentenversorgung und, wie die FDP schon in ihrem Wahlprogramm vorschlägt, Erleichterung des Übergangs ins Rentenalter durch Fort-
beschäftigung der Rentner in der Produktion: Das Anschwellen der industriellen Reservearmee soll die Bedingungen für solch ehrgeiziges Programm schaffen. Ihre Rationalisierungsinvestitionen haben die Kapitalisten trotz Abschwächung der Konjunktur bisher auch überhaupt nicht gestoppt. Die Programme für Ausdehnung der Teilzeitarbeit passen da hinein. Die Verantwortlichkeit für den Einbruch der kapitalistischen Produktion, der sich bereits abzeichnet, steht schon fest: Die Opec-Länder wollen ihre Ölexporte bezahlt bekommen, und die Arbeiterbewegung findet sich immer noch nicht zu schrankenloser Ausbeutung bereit.

In den Betrieben kursieren Witze über die neue Kampagne, etwa, Lambsdorff sollen die Augen schmal gezogen werden, damit er sein Dasein in Zukunft unauffällig als japanischer Lohnabhängiger fristen kann. Sowieso wird nicht vergessen, daß die BRD trotz wachsendem Kapitalexport als führendes Land im Warenexport bleibt und z.B. fast die Hälfte seiner Autoproduktion exportiert. Konkurrenzschwäche?

Die Sozialdemokratie hält sich zurück und überläßt die Kampagne gegen die Arbeiterbewegung der FDP, den Unionsparteien und der Presse. Die Staatsmännlichkeit Schmidts könnte durch solche Kampagne bloß geschwächt und die Pose des Friedenspolitikers könnte bloß gestört werden. Den angekündigten Kassensturz werden die Parteien nach den Wahlen gemeinsam machen. Die Bundesbank verkündet neutral, ,,daß sowohl die Tarifpartner als auch der Staat ihre Ansprüche an das Sozialprodukt zurückschrauben müssen." Die Ansprüche der Kapitalistenklasse stehen.

gezogen werden, damit er sein Dasein in Zukunft unauffällig als japanischer

rückschrauben müssen." Die Ansprüche der Kapitalistenklasse stehen.

DARS von Portugal faktisch anerkannt
Marokko bombardiert mauretanische Stadt



Am 23.7. hat die Regierung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) 15 portugiesische Fischer, die von der FPOLISARIO in den Hoheitsgewässern der DARS gefangengenommen worden waren, freigelassen. Bei ihrer Übergabe (Bild) erklärte der Sonderbeauftragte der portugiesischen Regierung ,,die Besorgnis über die gefährliche Lage, die aus der fortdauernden Besetzung von Territorium der DARS durch Marokko entspringt. Portugal unterstützt das Recht des saharauischen Volkes auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und territoriale Integrität." Während die FPOLISARIO den marokkanischen Streitkräften erneut Verluste zufügte, ließ Hassan am 29.7. die mauretanische Grenzstadt Nouadhibou bombardieren.

DARS von Portugal faktisch anerkannt
Marokko bombardiert mauretanische Stadt



Am 23.7. hat die Regierung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) 15 portugiesische Fischer, die von der FPOLISARIO in den Hoheitsgewässern der DARS gefangengenommen worden waren, freigelassen. Bei ihrer Übergabe (Bild) erklärte der Sonderbeauftragte der portugiesischen Regierung ,,die Besorgnis über die gefährliche Lage, die aus der fortdauernden Besetzung von Territorium der DARS durch Marokko entspringt. Portugal unterstützt das Recht des saharauischen Volkes auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und territoriale Integrität." Während die FPOLISARIO den marokkanischen Streitkräften erneut Verluste zufügte, ließ Hassan am 29.7. die mauretanische Grenzstadt Nouadhibou bombardieren.

,,Es lebe das freie Bolivien! Tod dem Faschismus!"

Die Arbeiter und Bauern Boliviens setzen den Kampf gegen die Militärdiktatur fort

z.chm. ,,Uns gefällt das nicht. Das ganze Land ist gegen den Putsch. Wir wollen die Demokratie!" erklärten Bauern aus einem Dorf in der Nähe von La Paz dem Korrespondenten des ZDF-Auslandsjournals vom 1.8.80. Der Widerstand gegen den Putsch vom 17.7. ist nicht gebrochen. Er hat zwei Schwerpunkte: die Minen im Südosten des Landes und die Dörfer im Andenhochland. 25000 Soldaten haben die Putschisten allein gegen die beiden Bergwerke Siglo XX und Catavi in Marsch gesetzt, unterstützt von der Luftwaffe. Sie haben einen Militärgürtel um das Gebiet gelegt. Der Bergbauverband von Bolivien, COMIBOL, der seit der Verstaatlichung der Zinnminen im Jahre 1952 den Bergbau kontrolliert, hat die Lieferungen von Vorräten und Nahrungsmitteln in die Bergbaugebiete gestoppt, um die streikenden Arbeiter und ihre Familien auszuhungern. Organisiert wird der Widerstand der Arbeiter vom COB, dem bolivianischen Gewerkschaftsbund, und der Föderation der Bergarbeiter. Die in Illegalität gedrängten bürgerlichen Parteien haben unter Führung von Siles Suaso ,,das Komitee zur Verteidigung der Demokratie" gegründet, das eng mit den Organisationen der Arbeiter zusammenarbeitet.

Der Kampf des bolivianischen Volkes findet breite Unterstützung: Die lateinamerikanische Gewerkschaftsorganisation, CLAT, hat am 19.7. eine 30minütige Arbeitsniederlegung ihrer Mitglieder aus Protest gegen den Militärputsch durchgeführt. Sie forderte die anderen Andenpakt-Staaten, Venezuela, Peru, Ekuador und Kolumbien, auf, geeignete Schritte zur Unterstützung des Kampfs des bolivianischen Volkes zu ergreifen. Mexiko verurteilte den Putsch, da dadurch das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt würde. In Kolumbien und Venezuela fanden Protestdemonstrationen statt, und die Universität von Ecuador veröffentlichte eine Solidaritätserklärung. Die Organisation Amerikanischer Staaten, OAS, bedauerte den Putsch. 16 von 23 Delegierten unterstützten die Resolution.

Die US-Imperialisten haben die OAS-Resolution miteingebracht und ließen durch Muskie ihre ,,tiefe Besorgnis" erklären: ,,Wir meinen, daß der Demokratisierungsprozeß wiederaufgenommen und daß die Wünsche des bolivianischen Volkes respektiert werden müssen." Sie zogen einen großen Teil ihres Botschafts- und Militärpersonals ab und ließen einen Kredit von 115 Mio.$ stornieren als Stachel für die Putschisten, in der Ausbeutung der Arbeiter und Bauern ihren Vorgängern nicht nachzustehen.

1978 machte der Anteil des US-Kapitals 97% aller Direktinvestitionen aus dem Ausland in Bolivien aus. 25% der Importe kommen aus den USA. Bolivien hat aber auch eine strategische Bedeutung für die Interessen des US-Imperialismus in Lateinamerika: Es trennt im Süden und nach Westen hin die Andenpaktstaaten von den übrigen lateinamerikanischen Ländern. Eine nationale und blockfreie Regierung hätte erhebliche Wirkung auf die Klassenkämpfe in Ländern wie Chile, Argentinien, Brasilien und Uruguay. Militärputsche haben die Arbeiter und Bauern Boliviens jedesmal mit hartnäckigem Widerstand bekämpft. Also müssen die USA zweigleisig fahren und auch die Opposition stützen. Deswegen stimmen sie das Geschrei an über ,,die Rechte des bolivianischen Volkes", die sie mit Füßen treten.

Polen: Lohnerhöhungen auf breiter Front erkämpft
Schon die Streikdrohung hat oft Erfolg gebracht



80–160 Belegschaften haben in den letzten Wochen für Lohnerhöhungen gestreikt. Darüber hinaus haben viele Betriebsleitungen Lohnzulagen und mehr billiges Fleisch für die Werkskantinen zugestanden, um Streiks abzuwenden.

z.ebk. **Die CDU propagiert jetzt offen die Einschränkung des Asylrechts.** Stoltenberg, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Vizekanzlerkandidat der CDU/CSU, sagte gegenüber ,,Welt am Sonntag": ,,Bei der erschreckenden Entwicklung in großen Teilen der Welt stellt sich die Frage, ob wir nicht auch über Artikel 16 unserer Verfassung selbst reden müssen." Das von der Bundesregierung eingebrachte Gesetz nannte er ,,unzulänglich", weil zu spät und nicht weitgehend genug. Tatsächlich geht es der CDU darum, den in Art. 16 Grundgesetz enthaltenen Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigter vollends ins Ermessen der Verwaltung zu bringen. ,,Die verantwortliche Regierung müsse künftig die Möglichkeit haben, in einem vorgegebenen Rahmen zu definieren, wer als politisch Verfolgter anzusehen sei." Die Vorstellung ist, es sollte rechtlich abgesichert werden, daß die Regierung verordnen kann, wie sie es vor kurzem in Fall der Türkei getan hat, daß es in der Türkei keine vom Staat betriebene oder geduldete politische Verfolgung gebe, und dann soll es für Türken auch kein Asyl mehr geben, ohne daß sich die Asylbehörden mit der tatsächlich stattfindenden Verfolgung und Unterdrückung auch nur befassen müßten. Das Asylrecht wäre dann nur noch ein Gnadenakt.

z.ebk. **Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte am 31.7. Knut Folkerts zu lebenslanger Haft wegen Mord an Buback.** Überfall auf ein Waffengeschäft und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Die Anklage benannte ursprünglich über 250 Zeugen und Sachverständige. Die bürgerliche Presse sprach von einem schwierigen Indizienprozeß. Das Stuttgarter Oberlandesgericht machte jedoch kurzen Prozeß. Es bestellte sich 2 Pflichtverteidiger und lehnte die Bestellung von Rechtsanwalt Rosenkranz als Pflichtverteidiger ab. Nachdem es auch seinen holländischen Verteidiger zuerst zurückgewiesen hatte, ordnete es danach an, daß er mit Folkerts nur sich in Deutsch verständigen dürfe. Nach zwei Monaten Prozeß waren 50 Zeugen und Sachverständige gehört. Das reichte dem Gericht aus. Den Vorwurf der Beteiligung an dem Raketenanschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft stellte das Gericht als eine ,,unwesentliche Nebenstraftat" ein, für den allein 130 Zeugen benannt waren.

z.bil. **Die schriftlichen Urteilsgründe im Germanistenprozeß Heidelberg sind jetzt zugestellt worden.** Im März waren die Studenten C. Koepsell, S. Schmitt und H. Sautmann zu bis zu zweijährigen Haftstrafen wegen Beteiligung an den Kämpfen gegen die Einführung von Klausuren am Germanistischen Seminar in Heidelberg 1976 verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof wird jetzt über die Revisionen der Staatsanwaltschaft – sie hatte vierjährige Haftstrafen beantragt – und der Stu-

In den anderen Wehrbereichen sind Vertreter des öffentlichen Lebens für die Ansprache zu gewinnen." Welcher Wehrpflichtige, der vereidigt werden soll, hat denn da einen Auftrag angenommen? Er ist hineingezwungen, und Unterordnung soll erreicht werden. Der Vorbereitung des Krieges außerhalb wie innerhalb der Bundeswehr sollen diese Gelöbnisse dienen.

z.jüw. **Zur Verabschiedung des Oberbefehlshabers der Alliierten Luftstreitkräfte Europas und der US-Luftstreitkräfte, Vier-Sterne-General Pauly, hatte Minister Apel den ,,Großen Zapfenstreich" angeordnet.** Nur 7000 Besucher – wenigstens die Hälfte davon Besatzer – folgten dem Ereignis im 35000 fassenden Stadion am Betzenberg. Bei der Verabschiedung von Paulys Vorgänger vor 4 Jahren waren es noch 25000. Der KBW führte eine Kundgebung durch. Polizei und Presse hatten sich offenbar auf eine ,,Art Bremen" vorbereitet. Die Kundgebung mußte, wenn auch mit Schikanen erlaubt werden. Jusos, Judos, DKP, Grüne und Spontaneisten hatten auf die Aufforderung des KBW zu einer Aktionseinheit nicht reagiert.



z.bew. **Die westdeutschen Exporte nach Peru waren zwischen 1974 und 1978 um ⅔ auf 107,9 Mio. $ zurückgegangen.** 1979 gab es wieder einen leichten Anstieg. R. Offergeld, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hatte die Gelegenheit der Amtseinführung Belaunde Terrys zum neuen Präsidenten von Peru genutzt, um das Terrain für bessere Absatz- und Einflußmöglichkeiten für die westdeutschen Imperialisten zu sondieren. Mit verstärktem Kapitalexport sollen die Bedingungen für den Warenhandel verbessert werden. Mit 117,7 Mio. DM Kapitalinvestitionen liegt Peru an vierter Stelle der Anlageländer der westdeutschen Imperialisten in Südamerika. Um 220% haben sie ihren Kapitalexport in den letzten 10 Jahren in Peru steigern können, ohne dabei aber ihren Anteil gegenüber den imperialistischen Konkurrenten wesentlich erhöhen zu können (von 1 auf 1,5% der ausländischen Direktinvestitionen).

z.chm. **Die Bundesrepublik wird erst dann die PLO anerkennen, wenn sie bereit ist, auf Gewalt zu verzichten, erklärte ein Sprecher der Bundesregierung, kaum daß König Hussein von Jordanien Bonn verlassen hatte.** Bei

Freie Bahn für Massenentlassungen

Angriff der Stahlkapitalisten auf die Montanmitbestimmung

z.smm. Über 40000 Stahlarbeiter führten am letzten Mittwoch Warnstreiks und Demonstrationen durch, als die Vorstände der IG Metall und der Mannesmann AG über die Neuordnung des Mannesmann Konzerns und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Montanmitbestimmung verhandelten.

Die Führung des Mannesmannkonzerns will das Mannesmann Hüttenwerk an die rechtlich selbständige Mannesmannröhren Werke AG verpachten. Damit wäre juristisch der überwiegende Zweck der Produktion nicht mehr die Stahlerzeugung, und somit die Montanmitbestimmung ,,unzulässig", die regelt, daß im Aufsichtsrat die Vertreter der Arbeiter und Angestellten sowohl mit der gleichen Stimmenzahl sitzen wie die der Kapitalisten als auch im Vorstand über den Arbeitsdirektor vertreten sind. Der Angriff auf die Montanmitbestimmung durch die Stahlkapitalisten wird vorgetragen auf dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Überproduktionskrise in den USA, wo die Stahlproduktion gegenüber dem Vorjahr um 7,4% sank, und der damit verbundenen Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltstahlmarkt. Der Unternehmenssprecher bei Mannesmann: ,,Wenn wir die Verluste nicht abbauen, die Kosten nicht senken, kann den Japanern nicht Paroli geboten werden." (FAZ, 31.7.) Die Entlassung von 2500 Arbeitern und 370 Angestellten bei Mannesmann soll durchgeführt werden. Für diese Pläne brauchen die Stahlkapitalisten Bewegungsfreiheit.

Die Montanmitbestimmung ist Ausdruck eines bestimmten Kräfteverhältnisses zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse zu Beginn der fünfziger Jahre. Bis 1964 stieg die Beschäftigtenzahl in der Stahlindustrie auf 288000. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten tarifvertraglich abgesicherte Zuschläge für Überstunden-, Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit durchgesetzt werden, und lag der Stundenlohn in der Stahlindustrie um über 0,40 DM über dem der metallverarbeitenden Industrie. Seit 1964 sind die Belegschaften bis auf 191000 wegrationalisiert worden. Die Mitbestimmung konnte daran überhaupt nichts ändern. Mannesmann-Betriebsratsmitglied Großmann: ,,Die Montan-Mitbestimmung und natürlich die Hilfe unseres Arbeitsdirektors machten es erst möglich, daß diese Rationalisierung (bei Mannesmann von 15000 auf 9500) ohne soziale Erschütterungen abgewickelt werden konnten."

In der Montanmitbestimmung mußten die Stahlkapitalisten bisher für jeden ihrer Schritte eine Mehrheit im Aufsichtsrat finden. Wenn die Stahlkapitalisten jetzt die Montanmitbestimmung beseitigen wollen, dann nicht deshalb, weil es für sie immer schwieriger werden würde mit den Sozialdemokraten Mehrheiten in den Aufsichtsräten zu bilden, sondern weil ihnen der Vorgang, überhaupt eine Mehrheit zustande bringen zu müssen, zuviel Handlungsspielraum nimmt. Sie wollen schrankenlos herrschen. Dagegen und gegen die beabsichtigten einschneidenden Rationalisierungspläne richteten sich die Demonstrationen und Warnstreiks der letzten Woche.



Vertrauensleuteversammlung der IGM am 29. Juli in Duisburg

Die gerechte Aktion der 15 000 gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen läßt sich nicht weguntersuchen

z.ped. Im Bonner Untersuchungsausschuß müht sich die CDU/CSU, der SPD gemeinsame ,,Volksfront-Politik" mit dem KBW anzuhängen. Einen Juso-Vertreter auf einer Aktionseinheitsverhandlung des KBW am 17. April hat ein ,,als Soldat aus Schwanewede und Mitglied des Soldaten- und Reservistenkomitees des KBW" getarnter MAD-Spitzel ausgemacht. Darauf stützte sich die CDU/CSU. Die SPD müht sich, das zu entkräften. Der ,,Juso-Vertreter" sei der Spitzel des Bremer Verfassungsschutzes gewesen, beide Spitzel hätten von ihrer gegenseitigen Existenz nichts gewußt, deshalb die Widersprüche in ihren jeweiligen Berichten. Der Vorwurf gegenüber den Jusos auf Teilnahme an der KBW-Versammlung sei also hinfällig.

Wahr ist, daß auf der Versammlung am 17. April, zu der der KBW eingeladen hatte, weder ein Vertreter der Jusos teilnahm noch jemand als ein solcher auftrat. Wahr ist auch, daß die Verbindung zwischen den Soldaten der

schaft über die Absicht der Rekrutenvereidigung im Bremer Weser Stadion im Bilde waren – der Bezirksverband des KBW von der Bundeswehrplanung einer öffentlichen Großvereidigung erfuhr. Wobei man sicher sein kann, daß, wenn ein Geheimdienst einen ,,Soldaten aus Schwanewede" als Spitzel öffentlich bloßstellt, es sich gewiß anders verhält und bloß die Verbindungen in Kasernen gestört werden sollen.

Die Aktion in Bremen hat die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien etwas in Bewegung gebracht. Daß diese ihre Widersprüche jetzt über die Nachrichtendienste austragen, ist vergnüglich mitanzusehen. Das gemeinsame Bemühen der untersuchenden Parteien soll die Aktion der 15000 in Bremen hinwegmachen. Deren Forderungen waren: ,,Schluß mit den Kriegsvorbereitungen; Keine öffentliche Rekrutenvereidigung; Auflösung aller Militärbündnisse; Auflösung aller Militärstützpunkte auf fremden Terri-

rung mit ihren Feierlichkeiten zum 25jährigen NATO-Beitritt Land und Leute hineinzuziehen versuchte. Weil diese Einheit stark war, mußten die Kräfte, die auf Abstumpfung der Widersprüche und Umwandlung der Aktion in eine Entspannung-fortsetzen-Bewegung aus waren, mit ihren Spaltungsversuchen scheitern. Bis dahin, daß der Bremer Juso-Vorsitzende den Bremer Polizeipräsidenten bat, die Kundgebung, die der KBW am 3. Mai vor dem Weser Stadion angemeldet hatte, zu verbieten, weil sie als Jusos sonst raus aus dem Geschäft wären. So ist es dann auch gewesen. Jusos, DKP und der parteilinksaußene Bremer Jugendsenator Scherff zerrten am Kundgebungsrand an einzelnen Teilnehmern herum, während die 15000 über die Kundgebung des KBW sich politisch vereinheitlichten, den heftigen Angriffen der Polizei widerstehen und die Aktion zu einem Beispiel des Kampfes gegen die drohenden Kriegsvorbereitungen machen konnten.

Der täglich vorgeführte Untersu-

Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Die Anklage benannte ursprünglich über 250 Zeugen und Sachverständige. Die bürgerliche Presse sprach von einem schwierigen Indizienprozeß. Das Stuttgarter Oberlandesgericht machte jedoch kurzen Prozeß. Es bestellte sich 2 Pflichtverteidiger und lehnte die Bestellung von Rechtsanwalt Rosenkranz als Pflichtverteidiger ab. Nachdem es auch seinen holländischen Verteidiger zuerst zurückgewiesen hatte, ordnete es danach an, daß er mit Folkerts nur sich in Deutsch verständigen dürfe. Nach zwei Monaten Prozeß waren 50 Zeugen und Sachverständige gehört. Das reichte dem Gericht aus. Den Vorwurf der Beteiligung an dem Raketenanschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft stellte das Gericht als eine ,,unwesentliche Nebenstraftat" ein, für den allein 130 Zeugen benannt waren.

z.bil. **Die schriftlichen Urteilsgründe im Germanistenprozeß Heidelberg sind jetzt zugestellt worden.** Im März waren die Studenten C. Koepsell, S. Schmitt und H. Sautmann zu bis zu zweijährigen Haftstrafen wegen Beteiligung an den Kämpfen gegen die Einführung von Klausuren am Germanistischen Seminar in Heidelberg 1976 verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof wird jetzt über die Revisionen der Staatsanwaltschaft – sie hatte vierjährige Haftstrafen beantragt – und der Stu-
denten entscheiden. Die Triebfeder des Kampfes der Studenten, die zwei Semester die Klausuren boykottiert hatten, waren die Lernbedingungen am Germanistischen Seminar. Das Landgericht Heidelberg führt bei der Strafzumessung aus, daß ,,tatsächlich vieles im argen lag". Ein studentischer Streik sei aber rechtswidrig, da die Universität der Pflege der reinen Wissenschaft diene und kein Industriebetrieb sei. Letzteres ist sicherlich richtig, ändert aber nichts an dem Interessengegensatz, den die Studenten mit der Qualifizierung ihrer Arbeitskraft verbinden, und den Bedingungen, die der bürgerliche Staat ihnen aufherrscht. Die Beschlußorgane der Studenten, Vollversammlung, Urabstimmung und Fachschaften, erklärt das Landgericht für illegal.

z.gkr. **Am 14. Juli gab der Generalinspekteur der Bundeswehr, Brandt, in einem Fernschreiben an alle Kommandobehörden die Weisung für ein öffentliches Gelöbnis am 12. November 1980 aus.** An diesem Tag besteht die Bundeswehr 25 Jahre. An allen Standorten soll dies ,,unter Einbeziehung der Öffentlichkeit" gefeiert werden. Während die Bourgeois immer noch überlegen, wie der Widerstand gegen die Bremer Vereidigung anläßlich des 25. Jahrestages des Beitritts zur NATO möglichst gebrochen werden kann, schreibt der Generalinspekteur: ,,Das öffentliche Ablegen des feierlichen Gelöbnisses ist keine militärische Machtdemonstration, sondern eine notwendige Begegnung zwischen ,Auftraggeber' und ,Auftragnehmer' ... In Bonn wird am 12. November 1980 der Bundesminister der Verteidigung sprechen.

z.bew. **Die westdeutschen Exporte nach Peru waren zwischen 1974 und 1978 um ⅔ auf 107,9 Mio. $ zurückgegangen.** 1979 gab es wieder einen leichten Anstieg. R. Offergeld, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hatte die Gelegenheit der Amtseinführung Belaunde Terrys zum neuen Präsidenten von Peru genutzt, um das Terrain für bessere Absatz- und Einflußmöglichkeiten für die westdeutschen Imperialisten zu sondieren. Mit verstärktem Kapitalexport sollen die Bedingungen für den Warenhandel verbessert werden. Mit 117,7 Mio. DM Kapitalinvestitionen liegt Peru an vierter Stelle der Anlageländer der westdeutschen Imperialisten in Südamerika. Um 220% haben sie ihren Kapitalexport in den letzten 10 Jahren in Peru steigern können, ohne dabei aber ihren Anteil gegenüber den imperialistischen Konkurrenten wesentlich erhöhen zu können (von 1 auf 1,5% der ausländischen Direktinvestitionen).

z.chm. **Die Bundesrepublik wird erst dann die PLO anerkennen, wenn sie bereit ist, auf Gewalt zu verzichten, erklärte ein Sprecher der Bundesregierung, kaum daß König Hussein von Jordanien Bonn verlassen hatte.** Bei
seinem zweitägigen Besuch vom 29.7. bis zum 31.7. hatte Hussein Gespräche mit Genscher und Schmidt geführt. In diesen Gesprächen hob Hussein hervor, daß er ,,die Rolle der europäischen Staaten bei der Herstellung eines umfassenden, dauerhaften und gerechten Friedens im Nahen Osten" hoch einschätze, eine Einschätzung, die der der PLO entspricht. Dieser Frieden könne nur erreicht werden, wenn der Kern des Nahostproblems, die Palästinafrage, gelöst sei, wenn die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes verwirklicht werden. Hussein unterstützte die Forderung des Sekretärs der Arabischen Liga, Klibi, die er bei seinem Bonner Besuch vertreten hatte, daß eine europäisch-arabische Außenministerkonferenz sobald wie möglich zusammentreten müßte.

z.jüd. **Die ersten deutsch-sowjetischen Gespräche über einen erneuten Röhren-Erdgas-Vertrag haben jetzt bei der Ruhrgas AG in Essen stattgefunden.** Vereinbart wurden diese Gespräche bei Kanzler Schmidts Besuch in Moskau Anfang des Monats, als er ein umfassendes ,,Kooperationsprogramm" unterzeichnete, das alle wichtigen Produktionszweige umfaßt. Noch in diesem Jahr soll das Geschäft abgeschlossen werden: Gemeinsam mit Frankreich und Österreich soll es über jährlich 40 Milliarden Kubikmeter Erdgas gehen. 12 Milliarden davon sollen nach Westdeutschland geleitet werden. Damit erhöht sich der Anteil sowjetischen Erdgases am westdeutschen Verbrauch von 16 auf 25%. Von Mannesmann sollen die Großröhren für den Transport geliefert werden; von den Erdgasfeldern in Sibirien bis zur Westgrenze der SU sind es 5000 km. 1985 sollen diese Lieferungen beginnen. Das ganze Geschäft hat nach Pressemeldungen ein Volumen von 20 Milliarden DM. Finanziert werden soll es von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank. Nach Beginn der Lieferungen geht dann das verauslagte Kapital mit Zins an die Banken zurück.

Die Entlassung von 2500 Arbeitern und 370 Angestellten bei Mannesmann soll durchgeführt werden. Für diese Pläne brauchen die Stahlkapitalisten Bewegungsfreiheit.



Vertrauensleuteversammlung der IGM am 29. Juli in Duisburg

Die gerechte Aktion der 15 000 gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen läßt sich nicht weguntersuchen

z.ped. Im Bonner Untersuchungsausschuß müht sich die CDU/CSU, der SPD gemeinsame ,,Volksfront-Politik" mit dem KBW anzuhängen. Einen Juso-Vertreter auf einer Aktionseinheitsverhandlung des KBW am 17. April hat ein ,,als Soldat aus Schwanewede und Mitglied des Soldaten- und Reservistenkomitees des KBW" getarnter MAD-Spitzel ausgemacht. Darauf stützte sich die CDU/CSU. Die SPD müht sich, das zu entkräften. Der ,,Juso-Vertreter" sei der Spitzel des Bremer Verfassungsschutzes gewesen, beide Spitzel hätten von ihrer gegenseitigen Existenz nichts gewußt, deshalb die Widersprüche in ihren jeweiligen Berichten. Der Vorwurf gegenüber den Jusos auf Teilnahme an der KBW-Versammlung sei also hinfällig.

Wahr ist, daß auf der Versammlung am 17. April, zu der der KBW eingeladen hatte, weder ein Vertreter der Jusos teilnahm noch jemand als ein solcher auftrat. Wahr ist auch, daß die Verbindung zwischen den Soldaten der
Schwaneweder Kaserne und dem Bezirksverband des KBW seit Jahren gut ist: Schwaneweder Soldaten sind fester Bestandteil der alljährlichen Maidemonstrationen in Bremen Nord, zumeist in Uniform; wie auf ihre Information hin Ende März – als weder die Presse noch die Bremer SPD-Mitglied-

schaft über die Absicht der Rekrutenvereidigung im Bremer Weser Stadion im Bilde waren – der Bezirksverband des KBW von der Bundeswehrplanung einer öffentlichen Großvereidigung erfuhr. Wobei man sicher sein kann, daß, wenn ein Geheimdienst einen ,,Soldaten aus Schwanewede" als Spitzel öffentlich bloßstellt, es sich gewiß anders verhält und bloß die Verbindungen in Kasernen gestört werden sollen.

Die Aktion in Bremen hat die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien etwas in Bewegung gebracht. Daß diese ihre Widersprüche jetzt über die Nachrichtendienste austragen, ist vergnüglich mitanzusehen. Das gemeinsame Bemühen der untersuchenden Parteien soll die Aktion der 15000 in Bremen hinwegmachen. Deren Forderungen waren: ,,Schluß mit den Kriegsvorbereitungen; Keine öffentliche Rekrutenvereidigung; Auflösung aller Militärbündnisse; Auflösung aller Militärstützpunkte auf fremden Terri-
torien; BRD raus aus der NATO." Die Einheit der 15000 in der Aktion war in der Vorbereitung des 1. Mai in den Betrieben und Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen hergestellt worden als Reaktion auf die wachsenden Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, in denen die Bundesregie-

rung mit ihren Feierlichkeiten zum 25jährigen NATO-Beitritt Land und Leute hineinzuziehen versuchte. Weil diese Einheit stark war, mußten die Kräfte, die auf Abstumpfung der Widersprüche und Umwandlung der Aktion in eine Entspannung-fortsetzen-Bewegung aus waren, mit ihren Spaltungsversuchen scheitern. Bis dahin, daß der Bremer Juso-Vorsitzende den Bremer Polizeipräsidenten bat, die Kundgebung, die der KBW am 3. Mai vor dem Weser Stadion angemeldet hatte, zu verbieten, weil sie als Jusos sonst raus aus dem Geschäft wären. So ist es dann auch gewesen. Jusos, DKP und der parteilinksaußene Bremer Jugendsenator Scherff zerrten am Kundgebungsrand an einzelnen Teilnehmern herum, während die 15000 über die Kundgebung des KBW sich politisch vereinheitlichten, den heftigen Angriffen der Polizei widerstehen und die Aktion zu einem Beispiel des Kampfes gegen die drohenden Kriegsvorbereitungen machen konnten.

Der täglich vorgeführte Untersu-
chungsausschuß ist Reaktion darauf und Drohung an die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg.

Eine Dokumentation, herausgegeben von der Bezirksleitung Bremen-Unterweser des KBW, über die Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen am 6. Mai, ist über den Buchvertrieb Hager zum Preis von 1,50 DM zu beziehen.

z.vol. **H. Wuttke von der Dresdner Bank ist zum 1. Juli neuer Vizepräsident der International Finance Corporation (IFC) geworden.** Die IFC ist eine Unterorganisation der Weltbank, deren Zweck Kreditvergabe an den ,,privaten Sektor", also Stützung und Entwicklung einer Kapitalistenklasse in den Entwicklungsländern ist. Die Ernennung eines westdeutschen Finanzbourgeois entspricht der Erhöhung des Kapitalanteils der BRD in den letzten zwei Jahren von 3,7 Mio. auf 33,2 Mio. $. Damit hat die BRD jetzt 5,4% der Stimmrechte im IFC. Im letzten Jahr hielt der IFC direkt Kapitalanteile von 1,714 Mrd. Dollar in den Entwicklungsländern, ungefähr das Vierfache, wenn man die gemeinsamen Kredite mit anderen Banken oder Monopolen dazu rechnet. Nach den USA mit 9,7 Mrd. $ ist die BRD jetzt mit 7,1 Mrd. $ der größte Kreditgeber der Weltbank. Im Juli ist durch die Auflage einer neuen Anleihe über 700 Mio. DM, wovon 500 der westdeutschen Finanzbourgeoisie angeboten werden, erneut erhöht worden.

z.wig. **Die Regierung des Iran hat den westdeutschen Pharmaunternehmen, denen Anfang Juli die Verfügungsgewalt über die Unternehmen entzogen worden war,** eine Übergangsregelung bis zur Klärung der Vorwürfe der iranischen Regierung vorgeschlagen. Für einen Zeitraum von 8 Wochen sollen die Betriebe von einem Direktorium geführt werden, das aus drei Westdeutschen und zwei Iranern besteht. Die Regierung des Iran hatte den Unternehmen der westdeutschen Monopole vorgeworfen, das Sortiment der Produktion entspreche nicht den Bedürfnissen der iranischen Bevölkerung und sei zu teuer, außerdem sei die Produktion gesenkt worden und seien Aufputschmittel verkauft worden. Von der Entziehung der Verfügungsgewalt über die Bankkonten und Warenlager sind folgende Monopole und Gesellschaften betroffen: Hoechst Industrie AG, Bayer Pharma Iran AG, Berlimed Iran AG (Schering), Berlipharm AG (Schering), Iran Merck AG, Theran Chemie AG (Boehringer).

z.ebk. **Ende Juli hat Bundesinnenminister Baum die polizeiliche Kriminalstatistik für 1979 veröffentlicht.** Er stellte eine Zunahme der ,,Gesamtkriminalitäz" gegenüber 1978 um 4,5% fest, die sich jedoch aus unterschiedlichen Entwicklungen zusammensetzt: Die ,,Kinderkriminalität" sei um 7,8% gesunken, die Rauschgiftdelikte hätten stark zugenommen. – Eine über Jahre hinweg gleichbleibende Tendenz ergibt sich jedoch für die Eigentumsdelikte aus dem Bericht. 65% der insgesamt 3,533 Mio. erfaßten Delikte im Jahr 1979 entfallen auf die Eigentumsdelikte: 24% aller Delikte sind Diebstähle aus Warenhäusern, Automaten, Gaststätten, Wohnhäusern, Baustellen und Arbeitsstätten. Weitere 32% gehen auf das Konto der Beförderungsmittel: von Autos, Motorrädern, Mopeds, Fahrrädern und aus Kraftfahrzeugen sowie Erschleichung von Beförderungsleistungen, im wesentlichen also des öffentlichen Nahverkehrs. Diese Delikte sind gegenüber 1978 mit rd. 7% gegenüber 1978 stärker gestiegen als die Gesamtzahl der Straftaten. Im Fünfjahresvergleich sind alle Diebstähle um 20% gestiegen. Baum nennt das ,,Massendelikte" der ,,Bagatelldelinquenz". Eine ,,Bagatelle" ist dabei der Schaden, der den Warenhauskapitalisten entsteht. Bei 14% aller Diebstähle liegt

Uganda: Üble Absichten der BBC-Hungerpropaganda

Imperialisten wollen sich vor den Wahlen festsetzen / Karamoja hat sich nie unterworfen

z.mif.London. Der Reporter des britischen Fernsehens Brian Barron hat sich über die Nachrichtensendungen der letzten Wochen mehrmals mit Schreckensberichten über die Hungersnot in Karamoja, dem nordöstlichen Teil Ugandas, hervorgetan. Quintessenz seiner Reportagen: Keine Hoffnung besteht für das Volk der Karamojong, wenn nicht die Organisationen der Kirchen und der EG direkt die Verteilung von Hilfsgütern in Uganda übernehmen. Britische Medizinstudenten, französische Ärzte äußern sich vor Ort, teilweise auch von Kenia aus über die Lage. Die Regierung von Uganda wird als nicht vorhanden behandelt.

Das sind Vorbereitungen, die neue Regierung nach den Wahlen, die für den 30. September vorbereitet werden, für unannehmbar zu erklären. Was vorliegt, ist nicht Unfähigkeit der Regierung Ugandas, sondern abgebrühtes imperialistisches Kalkül. Bereits Anfang Februar hat die damalige Regierung Binaisa dringende Appelle zur Hilfeleistung veröffentlicht. ,,Mitglieder des Nationalrats von Uganda teilten Reportern mit, daß zwei Millionen Menschen innerhalb der nächsten beiden Monate in den Bezirken Karamoja und Teso an Hunger sterben werden, wenn die Regierung nicht internationale Hilfsorganisationen dafür gewinnen kann, sofortige Nahrungsmittelhilfe zu leisten ... Die Regierung Ugandas arbeitet Pläne zur Ausrufung eines Nahrungsmittelnotstandes und zur Bitte um sofortige Hilfe durch internationale Hilfsorganisationen und ausländische Regierungen aus, wurde am 4. Februar berichtet. Die Regierung hat bereits die Vereinigten Staaten um die Lieferung von 220000 Tonnen Nahrungsmitteln gebeten und wird sich demnächst mit einem Appell an alle internationalen Hilfsorganisationen wenden'' (Africa Research Bulletin, 15.1. bis 14.2.1980). Diese Hilfeersuchen haben die Imperialisten monatelang überhört, um jetzt auf eigene Faust die Not zu entdecken.

Die Karamojong sind ein Nomaden- und Hirtenvolk, etwa 300000 Menschen in einem Gebiet von 27000 Quadratkilometern. Sie haben traditionell keine staatliche Zentralgewalt, sondern treffen die notwendigen Entscheidungen – insbesondere über Zeitpunkt und Wege der Viehwanderungen – durch den Rat der Ältesten. Die britische Kolonialmacht, die ab 1890 Uganda vom Süden her eroberte und sich unterwarf, verfolgte die Politik, den Karamojong einen von den Briten erkorenen ,,Häuptling'' aufzuzwingen und den Ältestenrat zu entmachten. Von 1912 bis 1921 stand Karamoja unter direkter britischer Militärherrschaft. Ein britischer Distriktbeamter schrieb in seinem Bericht: ,,Der Einfluß dieser Ältesten ist gegenwärtig das größte Hindernis für den Fortschritt. Als Ergebnis dieses Einflusses sind die meisten Häuptlinge ... bloße Marionetten und genießen keinerlei Autorität. Vielfach lehnen bessere Leute die Position des Häuptlings ab, da sie den Einfluß der Ältesten fürchten, die die öffentliche Meinung leiten. Das macht die Stellung der Häuptlinge alles andere als beneidenswert.''

Großbritannien wollte die Karamojong verpflichten, ihre Wanderungen mit den Viehherden in die Weidegebiete von der Genehmigung durch den Häuptling abhängig zu machen. Dies deshalb, damit der britischen Kolonialmacht die Arbeitskraft der jungen Männer gratis zur Verfügung stand, etwa zum Straßenbau. Die Karamojong widersetzten sich, denn das Verbot der Wanderungen gefährdete den Bestand ihrer Herden – auf dem kargen Boden sind etwa zwei Hektar Weidefläche pro Rind erforderlich – und die Beschlagnahme der Arbeitskraft durch die Briten bedrohte den Schutz der Herde und die Versorgung mit Nahrungsmitteln. 1923 stellte ein Häuptling namens Achia fest, daß einige Karamojong in seinem Bezirk das Vieh ohne seine Erlaubnis weitergetrieben hatten. Er ließ das Vieh zusammentreiben und beschlagnahmen. Die Karamojong holten sich das Vieh zurück und entledigten sich des Häuptlings von britischen Gnaden mit einem Speerwurf.

Weitere Angriffsmittel der britischen Kolonialmacht auf die Produktionsweise der Karamojong waren die Eintreibung von Steuern und die Vernichtung der ländlichen Produktion und des Handels zwischen den Stämmen Ugandas. Die traditionelle Produktion und der Handel, vor allem mit Metallgerät und Salz, wurde durch billige Importwaren vernichtet. Zum Erwerb dieser Waren aber war Geld erforderlich, das nur durch den Verkauf von Vieh zu haben war. Ebenso mußten die Karamojong Vieh verkaufen, um die Steuer entrichten zu können, die die britischen Kolonialherren eintrieben. Auch Strafen für die Übertretung britischer Gesetze – laut Polizeibericht wurden 1945 53 Gesetzesbrüche, 1955 346 Gesetzesbrüche in Karamoja polizeibekannt – wurden vorzugsweise in Geld erhoben.

Ab 1940 betrieben die Briten eine Vermarktung des Viehs von Karamoja. 1960 errichtete die Bezirksregierung eine zentrale Einkaufsorganisation, die Vieh zu einem Einheitspreis aufkaufte und je nach Qualität zu unterschiedlichen Preisen weiterverkaufte, teilweise zum Export. Das Volk der Karamojong wurde so wahrscheinlich gezwungen, den Viehbestand zu vergrößern, um von dem Erlös die Lebensmittel, die es bisher durch Verzehr des Viehs, Verarbeitung der Felle usw. hauptsächlich aus eigener Arbeit und nur zum geringen Teil durch Austausch hatte, nun kaufen zu können. Der Viehbestand der Karamojong wurde 1945 auf 392000 Stück geschätzt, 1969 auf 690000 Stück. Durch diese Ausweitung des Viehbestands auf gleicher oder sogar verringerter Fläche wurde das karge Grasland überweidet und die Grundlage der Existenz der Karamojong untergraben.

Die jetzt seit vier Jahren andauernde ungewöhnliche Trockenheit in diesem Gebiet und die Abschlachtung und der Diebstahl großer Teile der Herden durch versprengte Banden der zerschlagenen Armee Idi Amins haben im Verlauf des letzten Jahres den wirtschaftlichen Ruin der Karamojong nur vollstreckt, den die Kolonialherrschaft vorbereitet hatte.

Die ugandische Regierung hat unter schwierigen Bedingungen einiges unternommen, um die Karamojong gegen den Viehdiebstahl zu schützen und mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Das 19. Bataillon der Armee, das in Kitgum im Norden Ugandas stationiert ist, ist mit der Bekämpfung der Viehdiebe beauftragt. Die Genossenschaftliche Transportvereinigung Ugandas hat den Hilfsorganisationen CARE (USA) und UNHCR (Vereinte Nationen) Lastwagen zum Transport von Nahrungsmitteln nach Karamoja zur Verfügung gestellt. Die Imperialisten rechnen damit, daß im September der von ihnen mit Hilfe von Amin gestürzte Ministerpräsident Obote erneut gewählt wird. Daher die intensive Wühlarbeit und Interventionsvorbereitung.



beitet Pläne zur Ausrufung eines Nahrungsmittelnotstandes und zur Bitte um sofortige Hilfe durch internationale Hilfsorganisationen und ausländische Regierungen aus, wurde am 4. Februar berichtet. Die Regierung hat bereits die Vereinigten Staaten um die Lieferung von 220000 Tonnen Nahrungsmitteln gebeten und wird sich demnächst mit einem Appell an alle internationalen Hilfsorganisationen wenden'' (Africa Research Bulletin, 15.1. bis 14.2.1980). Diese Hilfeersuchen haben die Imperialisten monatelang überhört, um jetzt auf eigene Faust die Not zu entdecken.

Die Karamojong sind ein Nomaden-

macht die Arbeitskraft der jungen Männer gratis zur Verfügung stand, etwa zum Straßenbau. Die Karamojong widersetzten sich, denn das Verbot der Wanderungen gefährdete den Bestand ihrer Herden – auf dem kargen Boden sind etwa zwei Hektar Weidefläche pro Rind erforderlich – und die Beschlagnahme der Arbeitskraft durch die Briten bedrohte den Schutz der Herde und die Versorgung mit Nahrungsmitteln. 1923 stellte ein Häuptling namens Achia fest, daß einige Karamojong in seinem Bezirk das Vieh ohne seine Erlaubnis weitergetrieben hatten. Er ließ das Vieh zusammentreiben und beschlagnahmen. Die Karamojong holten sich das Vieh zurück und entledig-

die es bisher durch Verzehr des Viehs, Verarbeitung der Felle usw. hauptsächlich aus eigener Arbeit und nur zum geringen Teil durch Austausch hatte, nun kaufen zu können. Der Viehbestand der Karamojong wurde 1945 auf 392000 Stück geschätzt, 1969 auf 690000 Stück. Durch diese Ausweitung des Viehbestands auf gleicher oder sogar verringerter Fläche wurde das karge Grasland überweidet und die Grundlage der Existenz der Karamojong untergraben.

Die jetzt seit vier Jahren andauernde ungewöhnliche Trockenheit in diesem Gebiet und die Abschlachtung und der Diebstahl großer Teile der Herden durch versprengte Banden der zerschlagenen Armee Idi Amins haben im Verlauf des letzten Jahres den wirtschaftlichen Ruin der Karamojong nur vollstreckt, den die Kolonialherrschaft vorbereitet hatte.

Die ugandische Regierung hat unter schwierigen Bedingungen einiges unternommen, um die Karamojong gegen den Viehdiebstahl zu schützen und mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Das 19. Bataillon der Armee, das in Kitgum im Norden Ugandas stationiert ist, ist mit der Bekämpfung der Viehdiebe beauftragt. Die Genossenschaftliche Transportvereinigung Ugandas hat den



Bild vom Regentanz der Karamojong aus einer britischen Fernsehzeitschrift: Die Kolonialherrschaft über Uganda wird als goldenes Zeitalter geschildert.



Der Minister für Gesundheit, Genosse Ushewokunze, besichtigt das Flüchtlingslager Chirambahuyo. Hier werden die dringenden Aufgaben der Regierung deutlich: Gesundheitsversorgung für 5000 Bewohner, Landbeschaffung für das Drittel, das sofort aufs Land will und Hausbau für die Bleibenden.

Erster Haushalt eines freien, demokratischen und souveränen Zimbabwe

z.aml.Salisbury. ,,Sowohl mit Stolz als auch mit einem tiefen Gefühl der Dankbarkeit lege ich heute nachmittag den Haushalt eines freien, demokratischen und souveränen Zimbabwe vor ... Heute ist der Tag des Haushaltes des Volkes'', begann der Finanzminister von Zimbabwe, Genosse Nkala, am 24. Juli seine Haushaltsrede.

Im Vordergrund dieses Haushaltes steht die Erfüllung nationaler Aufgaben. Der Etat für Hausbau und lokale Verwaltung steigt um 313% oder 22,7 Mio. Rh Dollar. Von seinem Gesamtetat von 30 Mio. werden 17 Mio. als Kredit für den Hausbau einfacher Häuser ausgegeben. Etwa 70000 Menschen warten auf eine billige Wohnung. Der Etat für ländliche Entwicklung und Neuansiedlung steigt um 89% oder 16,4 Mio. Rh $, der für Erziehung um 55% oder 65,5 Mio. Rh $. Das Gesundheitsministerium erhält 56% oder 30 Mio. mehr. Der Großteil davon wird für die Entwicklung des ländlichen Gesundheitswesens ausgegeben.

Der Haushalt von Zimbabwe für 1980/81 hat ein Volumen von 1,43 Mrd. Rh $, das sind 24% mehr als das Volumen des letzten kolonialen Haushaltes. Das ist hoch, wenn man bedenkt, daß die Kolonialisten ⅓ ihrer Ausgaben für den Krieg gegen die Befreiungskämpfer aufgewendet haben. Der Staatshaushalt macht etwa die Hälfte des Bruttosozialproduktes des Landes aus. Die Staatseinnahmen belaufen sich auf 0,94 Mrd. Rh $, das sind 28% mehr als im Vorjahr. Diese Erhöhung soll im wesentlichen ohne einschneidende Veränderungen am Steuersystem erreicht werden durch höhere Einnahmen aus erwartetem höherem Einkommen der Reichen und erwarteten höheren Profiten. Das Defizit von 0,49 Mrd. muß durch weitere Erhöhung der Staatsschuld ausgeglichen werden. Diese wird sich 1980/81 auf etwa 2 Mrd. Rh $ belaufen, ⅓ mehr als das ganze Haushaltsvolumen. 1,7 Mrd. davon sind von den Kolonialisten übernommene Schulden, die diese für den Krieg gegen ZANLA und ZIPRA zum großen Teil entweder direkt in Großbritannien, Südafrika und den USA oder in Rhodesien und da vor allem bei den den britischen Imperialisten gehörenden Banken aufgenommen haben. Die Regierung Zimbabwes konnte diese Schulden unter den Bedingungen des Übergangs zur Unabhängigkeit nur übernehmen. Die Regierung Zimbabwes verhandelt hauptsächlich mit Großbritannien um die Streichung eines Teils dieser Schulden. Großbritannien hat jetzt 33 Mio. Rh $ alter Schulden gestrichen und dabei frecherweise erklärt, das sei Teil der versprochenen ,,Hilfe''.

Die sogenannte Hilfe für Zimbabwe ist in Wirklichkeit Teil der Lancasterhouseabsprachen. Bedingung für das Zustandekommen des Abkommens war, daß die Imperialisten, insbesondere die britischen, versprochen haben, das Landbeschaffungsprogramm der neuen Regierung von Zimbabwe finanziell zu unterstützen. Dafür hat die Patriotische Front zugestanden, daß die Verfassung Zimbabwes entschädigungslose Enteignung von Land verbietet, ungenutztes oder untergenutztes Land aber gegen Entschädigung enteignet werden darf. Bis 1983 wird das Neuansiedlungsprogramm 200 Mio. Rh $ kosten. Für das ganze Programm wird allein die Landbeschaffung 500 Mio. Rh $ ausmachen. Der bisher von den Imperialisten versprochene Betrag für Wiederaufbau, Flüchtlingsunterstützung und Neuansiedlung beträgt, wie Minister Nkala ausführte, ganze 37 Mio. Rh $. Man kann kaum davon sprechen, daß sich die Imperialisten an die Absprachen [illegible] sche Regierung versucht dabei mit 20 Mio. Rh $ ein spottbilliges Eintrittsgeld zu zahlen.

Die Regierung Zimbabwes beginnt das Landbeschaffungsprogramm jetzt mit 12 Mio. $ aus eigenen Mitteln in diesem Jahr. ,,Ich betrachte diese Anstrengung unsererseits als Demonstration unserer Entschlossenheit, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen,'' erklärte Nkala. Die Politik der Regierung Zimbabwes ist ziemlich klar: Garantie des Privateigentums, auch des imperialistischen, zu zunächst kaum anderen Bedingungen als früher. Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse der Massen, insbesondere der afrikanischen Bauern, und Sicherung der sozialen Basis der Regierung. Nutzen der so gewonnenen Atempause, um politische Reformen durchzuführen: Bildung der nationalen Armee, Demokratisierung der lokalen Verwaltung (s. Kommunismus und Klassenkampf 6/80) – die Wahlen dazu finden im Oktober statt – und Demokratisierung der Justiz.

Häuser ausgegeben. Etwa 70000 Menschen warten auf eine billige Wohnung. Der Etat für ländliche Entwicklung und Neuansiedlung steigt um 89% oder 16,4 Mio. Rh $, der für Erziehung um 55% oder 65,5 Mio. Rh $. Das Gesundheitsministerium erhält 56% oder 30 Mio. mehr. Der Großteil davon wird für die Entwicklung des ländlichen Gesundheitswesens ausgegeben.

Der Haushalt von Zimbabwe für 1980/81 hat ein Volumen von 1,43 Mrd. Rh $, das sind 24% mehr als das Volumen des letzten kolonialen Haushaltes. Das ist hoch, wenn man bedenkt, daß die Kolonialisten ⅓ ihrer Ausgaben für den Krieg gegen die Be- Der Staatshaushalt macht etwa die Hälfte des Bruttosozialproduktes des Landes aus. Die Staatseinnahmen belaufen sich auf 0,94 Mrd. Rh $, das sind 28% mehr als im Vorjahr. Diese Erhöhung soll im wesentlichen ohne einschneidende Veränderungen am Steuersystem erreicht werden durch höhere Einnahmen aus erwartetem höherem Einkommen der Reichen und erwarteten höheren Profiten. Das Defizit von 0,49 Mrd. muß durch weitere Erhöhung der Staatsschuld ausgeglichen werden. Diese wird sich 1980/81 auf etwa 2 Mrd. Rh $ belaufen, ⅓ mehr als das ganze Haushaltsvolumen. 1,7 Mrd. davon sind von den Kolonia-

nanziell zu unterstützen. Dafür hat die Patriotische Front zugestanden, daß die Verfassung Zimbabwes entschädigungslose Enteignung von Land verbietet, ungenutztes oder untergenutztes Land aber gegen Entschädigung enteignet werden darf. Bis 1983 wird das Neuansiedlungsprogramm 200 Mio. Rh $ kosten. Für das ganze Programm wird allein die Landbeschaffung 500 Mio. Rh $ ausmachen. Der bisher von den Imperialisten versprochene Betrag für Wiederaufbau, Flüchtlingsunterstützung und Neuansiedlung beträgt, wie Minister Nkala ausführte, ganze 37 Mio. Rh $. Man kann kaum davon sprechen, daß sich die Imperialisten an die Absprachen [illegible] sche Regierung versucht dabei mit 20 Mio. Rh $ ein spottbilliges Eintrittsgeld zu zahlen.

Die Regierung Zimbabwes beginnt das Landbeschaffungsprogramm jetzt mit 12 Mio. $ aus eigenen Mitteln in diesem Jahr. ,,Ich betrachte diese Anstrengung unsererseits als Demonstration unserer Entschlossenheit, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen,'' erklärte Nkala. Die Politik der Regierung Zimbabwes ist ziemlich klar: Garantie des Privateigentums, auch des imperialistischen, zu zunächst kaum anderen Bedingungen als früher. Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse der Massen, insbesondere der afrikani-

er unter 25 DM. Daß aber massenweise Waren gestohlen werden, zeigt nur, wie unrecht die Bourgeois haben, wenn sie verbreiten, es sei den Massen noch nie so gut gegangen wie heute. Dabei liegt die Aufklärungsquote, die insgesamt leicht gestiegen ist, mit 40% bei den Diebstahlsdelikten am niedrigsten.

z.gab. **Die steuerlichen Betriebsprüfungen 1979 ergaben 6,4 Mrd. DM Steuermehrzahlungen.** Dies sind ,,Steuerbeträge, die ohne Betriebsprüfung gar nicht festgesetzt worden wären'', schreibt das Finanzministerium. Rund alle 4 Jahre überprüfen Steuerprüfer der Länder die Umsatz-, Einkommens-, Körperschafts-, Gewerbe- und Vermögenssteuerzahlungen der Betriebe. Gezählt werden dabei die rechtskräftig gewordenen Steuernachforderungen, die bei den Großbetrieben von 69 – 79 von 1,8 auf 4,7 Mrd. DM um das 2,5fache stiegen, bei den Klein- und Kleinstbetrieben um das 5fache auf 411 Mio. DM. Während die Kapitalisten jährlich mehr Steuern hinterziehen, soll der Druck durch die wachsende Zahl eingesetzter Betriebsprüfer auf die kleinen Gewerbetreibenden und Landwirte erhöht werden. Gerade die Klein- und Kleinstbetriebe werden ,,im allgemeinen noch nicht turnusmäßig geprüft'', weist das Bundesfinanzministerium an, wo die Länder künftig verstärkt ihre Steuerprüfer einzusetzen haben.

z.anb. **Einen vehementen Appell hat zur Eröffnung der entscheidenden Schlußphase der Genfer Seerechtskonferenz der Deutsche Industrie- und Handelstag an die Bundesregierung gerichtet.** Unter allen Umständen gelte es, den ,,rohstoffpolitischen Dirigismus und den Ausverkauf deutscher Meerestechnologie zum Billigtarif'' zu verhindern. Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' allerdings sah bereits am 28.7. die Felle davonschwimmen: ,,Die Bundesregierung versucht jetzt noch zu retten, was zu retten ist ... weiß jedoch heute schon, daß die Bundesrepublik viel verlieren wird.'' Die Gruppe der 77 hat gleich zu Beginn der Session die USA und die BRD wegen Verstoßes gegen das Völkerrecht scharf verurteilt, weil beide unlängst eigenmächtig in nationalen Gesetzen dem Tiefseebergbau grünes Licht gegeben haben. Die Dritte Welt ist, durch ihren Erfolg bei der Durchsetzung des UNCTAD-Rohstoffonds gestärkt, entschlossen, keinen Kompromiß einzugehen. Sie fordert die Errichtung einer internationalen Bergbaubehörde ohne Stimmrechtsprivilegien für die Imperialisten, die Festlegung von Abbauquoten für Nickel, Kupfer, Kobalt, Mangan, die Bereitstellung der Technologie durch die Imperialisten zu verbilligten Lizenzbedingungen und die Nationalisierung der Festlandsockel.

z.hev. **Der Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands (NAV) bedauert in seinen neuen gesundheits- und berufspolitischen Zielvorstellungen eine ,,Isolierung der Ärzteschaft''.** Während noch Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre Ärzte und ,,Gewerkschaften als Arbeitnehmervertreter'' gemeinsam gegen die Versuche des CDU-Arbeitsministers Blank zur Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankenversicherungskosten aufgetreten seien, habe es später wegen unterschiedlicher grundsätzlicher Vorstellungen harte Konfrontation gegeben. Der NAV bietet jetzt Gespräche mit den Führungsgremien des DGB an und hofft auf gegenseitiges Verständnis für die Probleme der ambulanten Versorgung der Patienten. Weil es Arbeitsminister Ehrenberg gelungen war, zwischen Versicherten und Gewerkschaften auf der einen und Ärzten auf der anderen Seite einen Keil zu treiben, konnte er das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz leichter durchsetzen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 31, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/73 02 31 / Redakteur: Lutz Plümer *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/81 40 45, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27 – 29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/72 08 76 – 77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/53 13 48, Redakteur: Dieter Liebig

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL – a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

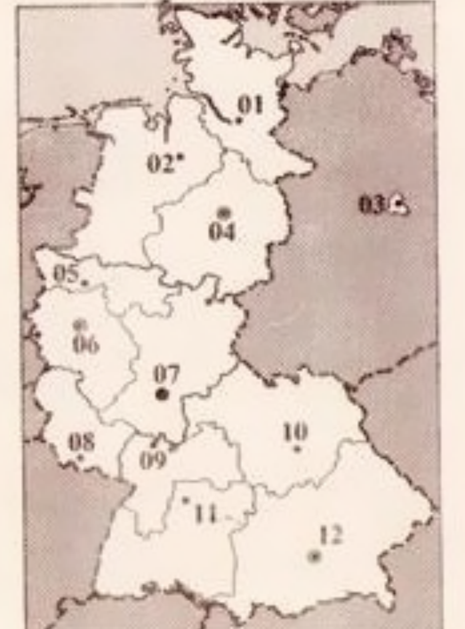
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

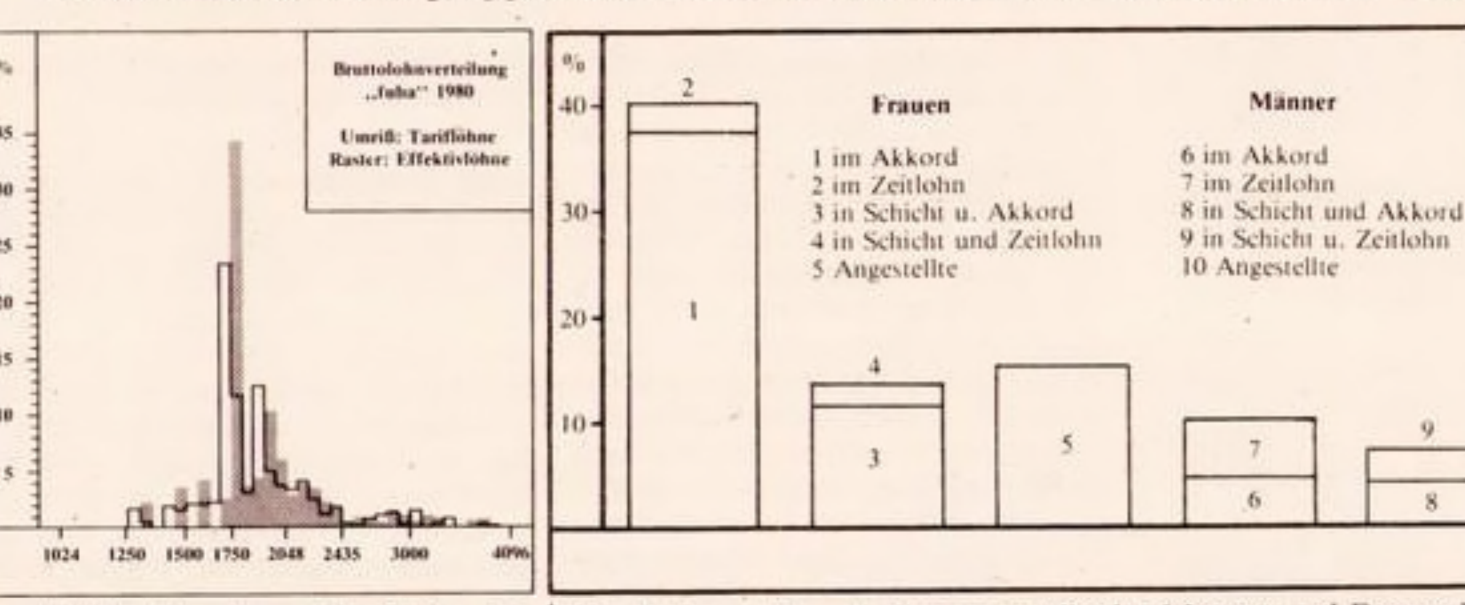
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 · **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 · **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6143099 · **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 · **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 · **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 · **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 · **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 · **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J 7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 · **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 · **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 · **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



Was bringt eine Vorweganhebung bei ,,fuba"?

Für die unteren Lohngruppen mehr Lohn, für die mittleren sehr viel tariflich abgesichert



Betriebliche Verteilung aller Löhne bei ,,fuba": Tarif und Effektiv

Die Säulen stellen die Prozentanteile der Männer und Frauen in den Lohn- und Arbeitsarten dar. Gesamtbelegschaft ,,fuba": 953 Beschäftigte

r.mal. Die Debatten um das Für und Wider der Vorweganhebungen werden jetzt in den Belegschaften geführt. Die Überlegungen, die Löhne um 75 DM oder 150 DM aufzustocken, bei Verrechnung der nicht tariflichen Bestandteile des Effektivlohns, haben bei ,,fuba", einem mittleren Betrieb der Elektroindustrie, in den verschiedenen Lohngruppen und unterschiedlichen Arbeitsbedingungen (Schicht, Akkord, Zeitlohn) auch ganz unterschiedliche Auswirkungen. 68% der Belegschaft sind Frauen, die durchschnittlich 1770 DM effektiven und 1732 DM tariflich abgesicherten Bruttolohn beziehen. 2420 DM bzw. 2230 DM betragen die entsprechenden Durchschnittslöhne bei den Männern. Die 953köpfige Belegschaft erhält im Durchschnitt 1805 DM tariflichen Lohn und 1862 DM Effektivlohn, also 57 DM nicht gesichert.

Für eine Vorweganhebung sprechen sich viele Vertrauensleute aus, weil damit gerade die unteren Lohngruppen bei ,,fuba" angehoben und die nächsten Lohnerhöhungen dann auf einen höheren Tariflohn wirken werden. Den dauernden Lohnsenkungen wäre Einhalt geboten, und Abgruppierungen bedeuten dann keine Verluste in Markstücken/Stunde mehr. Gegen eine Vorweganhebung sprechen sich einige gut bezahlte Facharbeiter aus. Man würde dadurch die Bezahlung nach Qualifikation abwerten. Die nächste Lohnrunde würde kostenträchtiger. Um diesen Gedankengängen gerecht zu werden und die Richtigkeit der Forderung zu begründen, wollen wir deren Wirkung untersuchen.

– Eine von 198 Frauen, die in Lohngruppe 1 im Akkord arbeiten: 7,53 DM Grundlohn + 2,26 DM (130% Akkord) = 9,79 DM Tariflohn, 1697 DM im Monat. ,,Freiwillige" betriebliche Zulage (bekommt jeder im Betrieb) von 15 Pf. = 9,94 DM bzw. 1723 DM Effektivlohn. Differenz: 15 Pf. oder 26 DM monatlich. Die Vorweganhebung bedeutet hier: 49 DM Lohnerhöhung bei 75 DM Vorweganhebung, 124 DM mehr bei 150 DM.

– Eine von 62 Frauen, die in Lohn-

2420 DM bzw. 2230 DM betragen die entsprechenden Durchschnittslöhne bei den Männern. Die 953köpfige Belegschaft erhält im Durchschnitt 1805 DM tariflichen Lohn und 1862 DM Effektivlohn, also 57 DM nicht gesichert.

Für eine Vorweganhebung sprechen sich viele Vertrauensleute aus, weil damit gerade die unteren Lohngruppen bei ,,fuba" angehoben und die nächsten Lohnerhöhungen dann auf einen höheren Tariflohn wirken werden. Den dauernden Lohnsenkungen wäre Einhalt geboten, und Abgruppierungen bedeuten dann keine Verluste in Markstücken/Stunde mehr. Gegen eine Vorweganhebung sprechen sich einige gut bezahlte Facharbeiter aus. Man würde dadurch die Bezahlung nach Qualifikation abwerten. Die nächste Lohnrunde würde kostenträchtiger. Um diesen Gedankengängen gerecht zu werden und die Richtigkeit der Forderung zu begründen, wollen wir deren Wirkung untersuchen.

– Eine von 198 Frauen, die in Lohngruppe 1 im Akkord arbeiten: 7,53 DM Grundlohn + 2,26 DM (130% Akkord) = 9,79 DM Tariflohn, 1697 DM im Monat. ,,Freiwillige" betriebliche Zulage (bekommt jeder im Betrieb) von 15 Pf. = 9,94 DM bzw. 1723 DM Effektivlohn. Differenz: 15 Pf. oder 26 DM monatlich. Die Vorweganhebung bedeutet hier: 49 DM Lohnerhöhung bei 75 DM Vorweganhebung, 124 DM mehr bei 150 DM.

– Eine von 62 Frauen, die in Lohn-

gruppe 1 in Akkord und Schicht arbeiten: 7,53 DM Grundlohn + 2,26 DM (Akkord) + 1,22 DM tarifliche Schichtzulage = 11,01 DM oder 1908 DM tariflich gesicherter Lohn. Dazu kommen 15 Pf. Zulage und 23 Pf. betriebliche allgemeine Schichtzulage = 11,39 DM oder 1974 DM Effektivlohn. 38 Pf. bzw. 66 DM über Tarif. 9 DM bei 75 DM, 84 DM bei 150 DM mehr.

– Frau im Angestelltenverhältnis, Gruppe 3 / mehr als 2 Jahre im Betrieb: 11,48 DM Grundgehalt + 1,03 DM Leistungszulage = 12,51 DM oder 2168 DM tariflich gesichert. Hinzu kommen: 15 Pf. betriebliche Zulage und 12 Pf. besondere Zulage = 27 Pf. oder 47 DM über Tarif. 28 DM bzw. 103 DM kämen dazu.

– Frau, Angestellte, Gruppe 3 / 4 Jahre und länger in der Firma: 12,15 DM Grundgehalt + 1,09 DM Leistungszulage = 13,24 DM bzw. 2295 DM tariflich. Außerdem: 15 Pf. Zulage und 40 Pf. besondere Zulage ergeben 55 Pf. oder 95 DM monatlich nicht gesichert. Bei 75 DM Vorweganhebung würden nur noch 20 DM nicht Tariflohnbestandteil sein, bei 150 DM: Erhöhung des Effektivgehalts um 55 DM, die dann auch tariflich sicher wären.

– Ungelernter Arbeiter, Lohngruppe 5, in Akkord und Schicht: 8,24 DM Grundlohn + 2,53 DM (130% Akkord) + 1,37 DM tarifliche Schichtzulage = 12,32 DM Tariflohn, monatlich 2135 DM. Hinzu kommen: 15 Pf. allgemeine und 23 Pf. Schichtzulage. 38 Pf. bzw. 66 DM über Tarif. Was heißt, bei Vorweganhebung 9 DM oder 84 DM mehr im Monat.

– Facharbeiter im Zeitlohn, Lohngruppe 8: 10,23 DM Grundlohn + 1,33 DM Leistungszulage = 11,56 DM bzw. 2004 DM Tariflohn monatlich. Übertarif: 15 Pf. + 31 Pf. besondere Zulage = 46 Pf./80 DM nicht gesichert. Bei 75 DM bis auf 5 DM gesichert, bei 150 DM Vorweganhebung 70 DM mehr.

– Angestellter in Gruppe 4: 12,66 DM Grundgehalt + 1,14 DM Leistungszulage = 13,80 DM oder 2392 DM Tarifgehalt. Außerdem 15 Pf. allgemeine und 50 Pf. besondere Zulage. 65 Pf./Std. bzw. 113 DM/Monat über Tarif. Bis auf 38 DM würde die Vorweganhebung um 75 DM die übertariflichen Lohnanteile sichern, 37 DM kämen bei 150 DM Anhebung heraus.

– Ingenieur in Gruppe 5 / 4 Jahre und mehr: 16,07 DM Grundgehalt + 1,45 DM Leistungszulage = 17,52 DM ta-

Pf. besondere Zulage ergeben 55 Pf. oder 95 DM monatlich nicht gesichert. Bei 75 DM Vorweganhebung würden nur noch 20 DM nicht Tariflohnbestandteil sein, bei 150 DM: Erhöhung des Effektivgehalts um 55 DM, die dann auch tariflich sicher wären.

– Ungelernter Arbeiter, Lohngruppe 5, in Akkord und Schicht: 8,24 DM Grundlohn + 2,53 DM (130% Akkord) + 1,37 DM tarifliche Schichtzulage = 12,32 DM Tariflohn, monatlich 2135 DM. Hinzu kommen: 15 Pf. allgemeine und 23 Pf. Schichtzulage. 38 Pf. bzw. 66 DM über Tarif. Was heißt, bei Vorweganhebung 9 DM oder 84 DM mehr im Monat.

– Facharbeiter im Zeitlohn, Lohngruppe 8: 10,23 DM Grundlohn + 1,33 DM Leistungszulage = 11,56 DM bzw. 2004 DM Tariflohn monatlich. Übertarif: 15 Pf. + 31 Pf. besondere Zulage = 46 Pf./80 DM nicht gesichert. Bei 75 DM bis auf 5 DM gesichert, bei 150 DM Vorweganhebung 70 DM mehr.

– Angestellter in Gruppe 4: 12,66 DM Grundgehalt + 1,14 DM Leistungszulage = 13,80 DM oder 2392 DM Tarifgehalt. Außerdem 15 Pf. allgemeine und 50 Pf. besondere Zulage. 65 Pf./Std. bzw. 113 DM/Monat über Tarif. Bis auf 38 DM würde die Vorweganhebung um 75 DM die übertariflichen Lohnanteile sichern, 37 DM kämen bei 150 DM Anhebung heraus.

– Ingenieur in Gruppe 5 / 4 Jahre und mehr: 16,07 DM Grundgehalt + 1,45 DM Leistungszulage = 17,52 DM ta-

riflich, im Monat 3537 DM. 15 Pf. Zulage und 1,14 DM besondere Zulage bringen 1,29 DM bzw. 224 DM nicht gesichert dazu. Bei 75 DM wären ⅓, bei 150 DM ⅔ der übertariflichen Lohnbestandteile tariflich geworden und würden bei kommenden Lohnerhöhungen entsprechend zum Tragen kommen.

Fazit aller 953 Löhne ist, daß die unteren Lohngruppen – mehrheitlich Frauen – kaum übertarifliche Zulagen bekommen und die Vorweganhebung bei ihnen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 50 DM (bei 75 DM) oder 120 DM (bei 150 DM) ergeben würden. Bei den mittleren Lohngruppen (Facharbeiter, Angestellte, Vorarbeiter und Meister) würden die übertariflichen Lohnbestandteile zum größten Teil tariflich abgesichert werden – Effektivlohn wird Tariflohn. Die späteren Lohnerhöhungen würden auf einen entsprechend höheren Tariflohn wirken und mehr in Mark und Pfennig für die Masse der mittleren Einkommen bedeuten. So gesehen wird die Vorweganhebung für die Kapitalisten nicht besonders teuer sein, der Effekt für die Belegschaft erhebliche Verbesserungen bringen. Denn auch dem ständigen Absinken der unteren Löhne wäre Einhalt geboten.

Die Bruttolohnsumme beträgt bei ,,fuba" 1700000 DM tariflich, effektiv ausgezahlt werden 1774000 DM (ca. 3% übertariflich). Diese Zahlen sagen nichts zum Ertrag einer Vorweganhebung bzw. zur DM-Höhe der tariflichen Sicherung übertariflicher Zahlungen aus. Verdeutlicht werden sollen hiermit die Lohnkosten der Kapitalisten und die Erhöhung der Lohnsumme bei 75 DM und 150 DM Vorweganhebung. 75 DM Vorweganhebung bei Verrechnung der nichttarifären Effektivlohnbestandteile würde die ,,fuba"-Kapitalisten 35500 DM kosten, das sind 2% mehr Lohnausgaben. 150 DM kostet sie 101800 DM, entspricht 5,3% Mehraufwendungen. Die Auftrags- und Umsatzlage ist gut, man wird günstige Bedingungen haben – auf jeden Fall für die 75 DM Vorweganhebungsforderung, falls sie von der Belegschaft als richtige und notwendige Sache Zustimmung findet.

In den Maschinenbau- und Fahrzeugbaubetrieben oder in anderen Elektroindustriebetrieben wird die Vorweganhebung nicht so viel mehr Lohnerhöhung bringen wie im ,,Frauenbetrieb" ,,fuba", doch auch in diesen Bereichen der Branche werden die

Masse der mittleren Einkommen bedeuten. So gesehen wird die Vorweganhebung für die Kapitalisten nicht besonders teuer sein, der Effekt für die Belegschaft erhebliche Verbesserungen bringen. Denn auch dem ständigen Absinken der unteren Löhne wäre Einhalt geboten.

Die Bruttolohnsumme beträgt bei ,,fuba" 1700000 DM tariflich, effektiv ausgezahlt werden 1774000 DM (ca. 3% übertariflich). Diese Zahlen sagen nichts zum Ertrag einer Vorweganhebung bzw. zur DM-Höhe der tariflichen Sicherung übertariflicher Zahlungen aus. Verdeutlicht werden sollen hiermit die Lohnkosten der Kapitalisten und die Erhöhung der Lohnsumme bei 75 DM und 150 DM Vorweganhebung. 75 DM Vorweganhebung bei Verrechnung der nichttarifären Effektivlohnbestandteile würde die ,,fuba"-Kapitalisten 35500 DM kosten, das sind 2% mehr Lohnausgaben. 150 DM kostet sie 101800 DM, entspricht 5,3% Mehraufwendungen. Die Auftrags- und Umsatzlage ist gut, man wird günstige Bedingungen haben – auf jeden Fall für die 75 DM Vorweganhebungsforderung, falls sie von der Belegschaft als richtige und notwendige Sache Zustimmung findet.

In den Maschinenbau- und Fahrzeugbaubetrieben oder in anderen Elektroindustriebetrieben wird die Vorweganhebung nicht so viel mehr Lohnerhöhung bringen wie im ,,Frauenbetrieb" ,,fuba", doch auch in diesen Bereichen der Branche werden die

untersten Löhne aufgewertet. Ebenso wichtig wird es sein, daß die nichttariflichen Lohnbestandteile in allen Betrieben abgesichert und die Differenz zwischen Tarif- und Effektivlohn bedeutend kleiner wird. Das wird die Einheitlichkeit der Lohnbewegung stärken und den Spaltungsmanövern der Kapitalisten Grenzen setzen.

---

r.scm. **Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht bekräftigt seine Energiepolitik.** Beschleunigtes Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke, zügiges Abwickeln der Probebohrungen in Gorleben für die Endlagerung, um ,,die Abhängigkeit vom Erdöl schrittweise abzubauen", sei Ziel der Landesregierung. Für Grohnde wurde die 3. Teilerrichtungsgenehmigung für sofort vollziehbar erklärt. Die DWK stellte die Anträge für den Zwischenlagerbau in Gorleben. In Schleswig-Holstein wurde die (zunächst 80%ige) Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Brunsbüttel für den 7.8. genehmigt. All dies binnen weniger Tage. Mit 35% Anteil der Kernkraft an der Stromproduktion in Niedersachsen rechnet Albrecht für dieses Jahr (letztes Jahr: 33%, BRD 12%). Dem Druck auf die OPEC, der mit diesen Maßnahmen beabsichtigt ist, dient auch die verstärkte Förderung westdeutscher Erdölvorkommen. Das Texaco/Wintershall-Konsortium bringt derzeit in der Eckernförder Bucht eine Bohrung zur kommerziellen Ausnutzung dort liegender Vorkommen und im Watt bei Trischen eine Suchbohrung nieder. Weitere Suchbohrungen an den Küsten sind geplant. Auf die Bedeutung der Ölschieferlagerstätte bei Braunschweig wies Bundesforschungsminister Hauff hin.

r.scm. **Die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel muß Entschädigung zahlen.** Ihre Wasserförderung für die Chemieindustrie in Brunsbüttel hatte zu einer Senkung des Grundwasserspiegels um 4 bis 6 m in der Gemeinde Bokelrehm geführt, so daß deren Bewohner 14 Brunnenbohrungen durchführen mußten. Die Gesellschaft mußte jetzt der Kommune zusichern, die geforderte Entschädigung von 50000 DM zu zahlen.

r.wof. **Als kriminellen Irrweg versucht die bürgerliche Presse in Bielefeld die Aktion eines 57jährigen Körperbehinderten gegen die Nicht-Bewilligung seiner Rente abzutun.** ,,Sprunghaft, wirr und unberechenbar" sei das Verhalten des Rentners gewesen, eine Haftstrafe von mindestens drei Jahren soll das Ergebnis sein, wenn es zur Verhandlung kommt. Worum es geht: In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag der letzten Woche verlangte der Rentner in einem Stellwerk der Bundesbahn im Bielefelder Ortsteil Brake von dem dort diensthabenden Beamten und dem herbeigerufenen Stellwerksleiter mit vorgehaltener Schreckschußpistole einen Anruf im nordrhein-westfälischen Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Von Farthmanns Ministerium hatte er wenige Tage vorher einen ablehnenden Rentenbescheid erhalten. Mit der Aktion wollte er dagegen protestieren. Schließlich sind die Erwerbsunfähigkeitsrenten nicht nur spottniedrig – 17,4% der Männer, 80,2% der Frauen liegen damit unter dem Sozialhilfesatz von 1979 600 DM, hinzu kommen zahllose

mieindustrie in Brunsbüttel hatte zu einer Senkung des Grundwasserspiegels um 4 bis 6 m in der Gemeinde Bokelrehm geführt, so daß deren Bewohner 14 Brunnenbohrungen durchführen mußten. Die Gesellschaft mußte jetzt der Kommune zusichern, die geforderte Entschädigung von 50000 DM zu zahlen.

r.wof. **Als kriminellen Irrweg versucht die bürgerliche Presse in Bielefeld die Aktion eines 57jährigen Körperbehinderten gegen die Nicht-Bewilligung seiner Rente abzutun.** ,,Sprunghaft, wirr und unberechenbar" sei das Verhalten des Rentners gewesen, eine Haftstrafe von mindestens drei Jahren soll das Ergebnis sein, wenn es zur Verhandlung kommt. Worum es geht: In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag der letzten Woche verlangte der Rentner in einem Stellwerk der Bundesbahn im Bielefelder Ortsteil Brake von dem dort diensthabenden Beamten und dem herbeigerufenen Stellwerksleiter mit vorgehaltener Schreckschußpistole einen Anruf im nordrhein-westfälischen Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Von Farthmanns Ministerium hatte er wenige Tage vorher einen ablehnenden Rentenbescheid erhalten. Mit der Aktion wollte er dagegen protestieren. Schließlich sind die Erwerbsunfähigkeitsrenten nicht nur spottniedrig – 17,4% der Männer, 80,2% der Frauen liegen damit unter dem Sozialhilfesatz von 1979 600 DM, hinzu kommen zahllose

Schikanen bei der Gewährung. Die Aktion des Rentners wurde nach ca. zwei Stunden von der Polizei überfallmäßig beendet. Dabei wurde der Rentner ,,versehentlich" beinahe erschossen: Ein von außen durch die Fensterscheibe gefeuerter und ,,auf den Arm gezielter Schuß" traf ihn an der Schläfe.

b.hek. **Am 7. August wird von der Bürgerinitiative Brunsbüttel eine Demonstration gegen die Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes Brunsbüttel stattfinden.** Am 24. Juli gab das Sozialministerium in Kiel den Genehmigungsbescheid bekannt. Mit 64 Auflagen für den Weiterbetrieb und Neubau einer Lagerhalle für radioaktive Abfälle will der Sozialminister das KKW sicher machen. Die Art der Prüfung und Auflage wird deutlich an dem Abschnitt ,,Zur Wirkung loser Teile im Reaktordruckbehälter". Dort heißt es: ,,Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, daß die Entstehung abgelöster Teile trotz qualitätssichernder Maßnahmen während der Herstellung nicht ausgeschlossen werden kann ... Das Ergebnis der Analyse ist, daß Folgeschäden zwar auftreten können, diese jedoch in keinem Fall zu einer Gefährdung der Anlagensicherheit führen." Dieses Ergebnis wundert nicht, da sonst der Reaktor ausgetauscht werden müßte. Mehr als 90 mal mußte das KKW seit der Inbetriebnahme 1976 schnell abgeschaltet werden. Diese Sicherheit ist dann auch gemeint, wenn Timm, Geschäftsführer des KKW, sagt: ,,Nachhaltige Betriebsstörungen dürfen nicht mehr passieren." Ein mindestens 9-monatiger Betrieb sei notwendig, um die 90 Mio. DM, die durch Reparaturen und Änderung in der zweijährigen Ruhezeit angefallen seien, auszugleichen. Die Demonstration beginnt um 16.30 Uhr auf dem Alten Markt in Brunsbüttel Ort.

b.güt. **Die Ortsverwaltung der IG-Chemie Hamburg beginnt jetzt mit der politischen Vorbereitung der Betriebsratswahlen 1981.** Monatlich werden Veranstaltungen durchgeführt. Themen waren bisher: ,,Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Aussperrung" und ,,Mitbestimmung". Nächstes Thema am 19.8. ist ,,Umweltschutz". Zur Mitbestimmung referierte ein Kollege aus der Hauptverwaltung Hannover. Von den Veranstaltungsteilnehmern wurden vor allem Fragen zur Kontrollmöglichkeit der gewerkschaftlichen Aufsichtsratsmitglieder gestellt und zur Geheimhaltungspflicht, auf die die Kapitalisten großen Wert legen. Geheimhaltungspflichtig ist nur, was ,,dem Unternehmen wirtschaftlichen Schaden zufügt", wenn es an die Öffentlichkeit kommt. Bislang hat die IG-Chemie in dieser Frage noch keinen von den Kapitalisten angestrengten Prozeß verloren.

b.stb. **Mit 150000 DM will die schleswig-holsteinische Landesregierung die Teilnahme der Lohnabhängigen an Bildungsseminaren fördern.** Das hat die CDU-Landtagsmehrheit zusammen mit der Ablehnung des gesetzlichen Bildungsurlaubsanspruches verabschiedet. Antrag auf Förderung können – unter Vorlage des Programms – stellen: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Heimvolkshochschulen und Kirchen. Die Höhe der Forderung entspricht im übrigen dem SPD-Antrag. Dagegen will der DGB aber an seiner Forderung nach 2 Wochen Bildungsurlaub bei Lohnfortzahlung festhalten. Um in der Bewegung für diese Forderung Verwirrung zu stiften, baut die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), deren Sprecher Dall Asta im Landtag zu Kreuze gekrochen ist, nun ,,Kompromißvorschläge" auf. Danach sollen die Lohnabhängigen *ihr* Interesse am Bildungsurlaub beweisen, indem sie sich freiwillig an den Kosten beteiligen. Dazu soll die Anrechnung von einem Tag auf Urlaubsansprüche bei 5 Tagen Bildungsurlaub geeignet sein oder Selbstkostenbeteiligung von 10 DM pro Tag. Weiterhin sollte die Landesregierung kleineren Unternehmern Zuschüsse zahlen. Angesichts der Frechheit von 150000 DM, die die Landesregierung bei von ihr ausgewählten Veranstaltungen für Lohnkostenzuschüsse an Kapitalisten zahlt, wenn ,,ihre" Arbeiter Bildungsurlaub nehmen, gibt es keinen Grund, auf solche ,,Kompromisse" auszuweichen.

b.sah. **1,125 Mio. DM hat das Wirtschafts- und Verkehrsministerium aus Steuermitteln als Zuschuß bewilligt** für die Erschließung eines 9 ha großen Gewerbegebietes in Kappeln-Kopperby. Die Restkosten von 375000 DM muß die Stadt Kappeln selbst tragen. Die Kapitalisten erhalten kostenlos Straßen

berverbände, Heimvolkshochschulen und Kirchen. Die Höhe der Forderung entspricht im übrigen dem SPD-Antrag. Dagegen will der DGB aber an seiner Forderung nach 2 Wochen Bildungsurlaub bei Lohnfortzahlung festhalten. Um in der Bewegung für diese Forderung Verwirrung zu stiften, baut die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), deren Sprecher Dall Asta im Landtag zu Kreuze gekrochen ist, nun ,,Kompromißvorschläge" auf. Danach sollen die Lohnabhängigen *ihr* Interesse am Bildungsurlaub beweisen, indem sie sich freiwillig an den Kosten beteiligen. Dazu soll die Anrechnung von einem Tag auf Urlaubsansprüche bei 5 Tagen Bildungsurlaub geeignet sein oder Selbstkostenbeteiligung von 10 DM pro Tag. Weiterhin sollte die Landesregierung kleineren Unternehmern Zuschüsse zahlen. Angesichts der Frechheit von 150000 DM, die die Landesregierung bei von ihr ausgewählten Veranstaltungen für Lohnkostenzuschüsse an Kapitalisten zahlt, wenn ,,ihre" Arbeiter Bildungsurlaub nehmen, gibt es keinen Grund, auf solche ,,Kompromisse" auszuweichen.

b.sah. **1,125 Mio. DM hat das Wirtschafts- und Verkehrsministerium aus Steuermitteln als Zuschuß bewilligt** für die Erschließung eines 9 ha großen Gewerbegebietes in Kappeln-Kopperby. Die Restkosten von 375000 DM muß die Stadt Kappeln selbst tragen. Die Kapitalisten erhalten kostenlos Straßen

zum Gewerbegebiet, Kanalisation, Wasser und Strom sowie Baugrunduntersuchungen. Neben neuen Betrieben sollen vor allem auch ortsansässige, die sich vergrößern wollen, dorthin. Diese erhalten nebenher noch verbilligte Landeskredite aus Steuermitteln für die Umsiedlung.

b.uwb. **Bei den gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten bei Zement und Kalk bei Alsen und Breitenburg in Lägerdorf versuchen die Kapitalisten die aufgebaute Einheit unter den Kollegen einzureißen.** Gegenwärtig wird ca. 30% weniger abgesetzt als im Vorjahr. Die Erfolge der Belegschaft im Tarifkampf, wo sie Strukturverbesserungen der unteren Lohngruppen, wie die IG Chemie sie ingesamt gefordert hatte, durch eine Vorweganhebung der Stundenlöhne erreicht hatte, möchten die Herren gerne kippen. Die Werksleitung in Lägerdorf hat jetzt das große Sparen angefangen. Insbesondere sollen weniger Überstunden gemacht werden. Wurden sonst zwischen 15 und 20000 Überstunden gemacht im Monat bei einer Belegschaft von 650, so wird jetzt nur noch das Allernotwendigste erledigt. Da die Überstundenbezahlung einen wesentlichen Bestandteil des Lohnes ausmacht, sollen die Kollegen darüber gespalten werden, wer jetzt Überstunden machen kann. Das ist bisher nicht gelungen.

b.irs. **Endo-Klinik, Abteilung II, Wintermoor: In der Krankengymnastikabteilung wurde für 3 Monate eine Urlaubsvertretung eingestellt.** Dies ist ein Zugeständnis der Geschäftsleitung an den Kampf der Beschäftigten um die Besetzung von 4 freien Planstellen. In der Urlaubszeit müssen bis zu 10 Patienten zusätzlich versorgt werden. Bei normaler Besetzung hat eine Krankengymnastin 15 bis 20 Patienten zu behandeln und das ist kaum zu schaffen. In der Krankengymnastikabteilung in der Abteilung I in Hamburg haben die Chefärzte daraufhin angeordnet, daß nur eine Kollegin zur Zeit in Urlaub darf. In der Wäscherei konnte zwar eine Urlaubsvertretung nicht durchgesetzt werden, dafür wird die Wäsche aus der Abteilung I und aus den Hamburger Praxen in der Urlaubszeit nicht gewaschen. Auch in der Psychiatrischen Klinik Häcklingen bei Lüneburg konnte die Einstellung von 2 Urlaubsvertretungen erreicht werden.

b.mah. **Zivildienstleistende des Bahnhofheims der Bahnhofsmission kämpfen gegen Versetzungsanträge und Verhaltenserlaß der Dienststelle.** Der Bahnhofsmission hat es nicht gepaßt, daß sich die ZDL für Gäste im Heim wie z.B. Obdachlose eingesetzt haben. Die Dienststelle will lieber ,,Unkomplizierte", die nur einen Tag übernachten. Seit März gibt es einen hauptverantwortlichen Vorgesetzten der ZDL, die vorher ihren Dienst eigenverantwortlich organisierten. Außerdem hat die Bahnhofsmission kaum noch Obdachlose aufgenommen. In einem Erlaß verfügte Dienststellenleiter Malsch: keine Besuche in der Dienstunterkuft der ZDL, kein Fensteröffnen, keine laute Unterhaltung und keine Musik, keinen persönlichen Kontakt zu Gästen, keine Unterhaltung mit den im Haus arbeitenden Frauen. (Gegen einen ZDL wird eventuell ein Disziplinarverfahren wegen einer Unterhaltung eingeleitet.) Insgesamt sieben Beschwerden gegen die Dienststelle wurden von den ZDL beim Bundesamt für Zivildienst eingereicht: u.a. wegen o.g. Dienstanweisungen und weil der Sold erst am 17. d. M. ausgezahlt wurde. Vor drei Wochen hat die Dienststelle gegen zwei der sechs ZDL Versetzungen beantragt. Die Betroffenen haben das erst über den neuen Regionalbetreuer Schnabel erfahren. Einige der Gäste im Heim haben bereits die Forderungen der ZDL unterstützt. Die ZDL haben sich u.a. an die ,,Morgenpost" sowie die Selbstorganisation der ZDL gewandt.

b.güt. **Die Essenbestellungen in der Betriebskantine des Hamburger Aluminiumwerks nehmen beständig ab.** Der Grund: die Qualität des Essens wird immer schlechter und die Arbeiter und Angestellten können ihre Arbeitskraft damit nicht wieder herstellen. Im Höchstfall 200 Essen am Tag werden noch verkauft, bei einer Belegschaft von 1200 (mit der Reynolds-Belegschaft, die auch die Kantine benutzt). Die Betriebsräte von HAW und Reynolds fordern seit langem eine Verbesserung des Essens und Öffnung der Kantine für Schichtgänger. Jetzige Öffnungszeit: Montags bis Freitags 7.00 bis 14.00 Uhr, obwohl 50% der Belegschaft Kontischicht gehen. Der HAW-Betriebsrat hat auf der letzten Betriebsversammlung angekündigt, daß er seine Forderungen bis Jahresende durchsetzen will.

b.khg. **Mit der Drohung, Industrieabwässer ungeklärt in die Elbe zu leiten,** versuchte Bausenator Lange letzte Woche, die Hamburger Kutterfischer von geplanten Kampfmaßnahmen abzuhalten. Die Fischer hatten geplant, den Abtransport des Klärschlamms vom Klärwerk Köhlbrandhöft durch eine Blockade zu verhindern. Bisher wird der Schlamm bei Elbe 1 in die Deutsche Bucht gekippt, wodurch die Fanggebiete der Fischer vernichtet werden. Die Fischer bestanden auf festen Zusagen, daß die Verklappungen des Schlamms in absehbarer Zeit aufhören.

Westberliner Kammergericht setzt Bundesrecht außer Kraft

r.jös. Das Westberliner Kammergericht erklärte die Regelung des neuen Gesetzes über das elterliche Sorgerecht, nach der ausnahmslos einem Elternteil nach einer Scheidung das Sorgerecht gerichtlich übertragen werden kann, für ungültig. Auf Antrag beider Eltern wurde ihnen das gemeinsame Sorgerecht über die 14-jährige Tochter zugesprochen, die dieses ebenfalls forderte. Das Gesetz müsse für Ausnahmefälle flexibel sein und der Staatseingriff in das Elternrecht dürfe nur soweit gehen, wie zum Wohle des Kindes erforderlich, argumentierten die Richter.

Aufmerksamkeit erregte das Urteil nicht zuletzt deshalb, weil das Kammergericht die Verfassungswidrigkeit selbst entschieden hat, ohne die Angelegenheit dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen. Nach Art. 100 Grundgesetz hat das BVerfG das Monopol, über die Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen zu befinden. Das Kammergericht sah sich an einer Vorlage an das BVerfG durch alliierte Vorbehaltsrechte aus dem Jahre 1949 gehindert.

Neu ist die Haltung des Kammergerichts nicht, sondern entspricht seiner ständigen Rechtssprechung seit 1954, der im übrigen das Oberverwaltungsgericht Berlin und der Bundesgerichtshof in unveröffentlichten Entscheidungen beigetreten sind. Gleichwohl ist diese Praxis umstritten und jede Entscheidung wird zum Anlaß grundsätzlicher Erörterungen über den besonderen Status Westberlins und die immer noch nicht voll hergestellte Rechtseinheit zum Bund genommen.

Bundesgewalt herrscht in Westberlin nicht unumschränkt. Die Besatzer haben sich entsprechende Vorbehalte ausbedungen. Der Programmsatz lautet: Berlin darf durch den Bund nicht regiert werden („not be governed by the Federation"). Bis heute halten die Besatzer daran fest, daß in Westberlin außer ihren eigenen nur Gesetze gelten, die vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wurden, Westberlin kein Land der BRD ist und das BVerfG keine Befugnis hat, über Entscheidungen Westberliner Behörden und Gericht zu richten. Zweck der Vorbehalte sei es, „im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat" (Art.2 des Deutschlandvertrages), eine organisatorische Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik bis auf weiteres aufzuschieben.

Die Praxis sieht anders aus. Seit 1957 verkündet das BVerfG in ständiger Rechtsprechung gegen Besatzerprotest und Staatsverträge (z.B. Viermächteabkommen von 1971) unverdrossen: Berlin ist ein Bundesland der BRD. Bundesgesetze werden automatisch durch das Übernahmegesetz in Westberlin gültig, und zwar entgegen Alliierter Auffassung, als Bundesgesetze. Rechtlich gezwungen werden kann das Abgeordnetenhaus allerdings nicht, alle Gesetze zu übernehmen. Dafür sorgt letztlich die Klausel im Übernahmegesetz, die den Fluß notwendiger Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt von der bedingungslosen Übernahme aller Gesetze abhängig macht. Auch auf dem Gebiet der Verfassungsgerichtsbarkeit ist die Bourgeoisie mit der schrittweisen Einbeziehung Westberlins in den Bund vorangekommen, gegen den offiziellen Protest der Besatzer, aber mit ihrer stillschweigenden Duldung. In mehreren grundlegenden Entscheidungen hat das BVerfG Wege aufgezeigt, seiner Jurisdiktion in Westberlin Geltung zu verschaffen. In der Brückmann-Entscheidung aus dem Jahr 74 erklärte das BVerfG, daß „alle im Land Berlin geltenden Gesetze des Bundes seiner uneingeschränkten Kontrolle unterliegen". Auf eine Verfassungsbeschwerde hin konnte das Gericht zwar nicht das Kammergerichtsurteil aufheben und den konkreten Fall regeln, es sah sich aber berufen, aus Anlaß des Urteils die Verfassungswidrigkeiten des der Entscheidung zugrunde liegenden Gesetzes auszusprechen, „um für alle betroffenen Bürger und die mit der Anwendung dieser Norm befaßten Staatsorgane die rechtliche Lage klarzustellen". Ein regelrechter Seiltanz. Da die formelle Zuständigkeit fehlt, sind Einzelfallentscheidungen mit gesetzlicher Bindungswirkung in Westberlin ausgeschlossen. Das BVerfG fordert seine Respektierung als Ausfluß der Bundestreue und postuliert dieses Gebot als Verfassungspflicht. Allerdings gibt es keine Sanktionsmöglichkeit für Verstöße durch Westberliner Behörden, Gerichte oder Verfassungsorgane. So ist das Kammergericht in dem Brückmann-Fall der „rechtlichen Klarstellung" des obersten Gerichts nicht gefolgt und hat sich damit schärfster Kritik und dem Vorwurf der Torpedierung der Rechtseinheit zum Bund ausgesetzt.

Der Besonderheit Westberlins, ohne Verfassungsgerichtsbarkeit zu sein, könnte leicht abgeholfen werden, durch Errichtung eines eigenen Verfassungsgerichtshofes. Die Westberliner Verfassung sieht dies immer noch vor. Insbesondere Rechtsanwälte fordern ein eigenes Verfassungsgericht als zusätzlichen Instanzenzug, vor allem für Verfassungsbeschwerden. Davon will die westdeutsche und westberliner Bourgeoisie aber nichts wissen. Das Abgeordnetenhaus hatte 1952 den trickreichen Versuch unternommen, dem BVerfG die Aufgaben eines Westberliner Verfassungsgerichts zu übertragen. Der Versuch scheiterte an dem Veto der Alliierten Kommandantur. Seitdem wird das Thema vermieden. Ein eigenes Verfassungsgericht würde die Gefahr in sich bergen, daß die Rechtseinheit zum Bund untergraben und die rechtliche Unabhängigkeit der Stadt befördert wird. Zumal die Besatzer von ihren Eingriffsrechten Gebrauch machen und dem Gericht ihren Standpunkt aufdrücken könnten, übernommenes Bundesrecht als originäres Westberliner Landesrecht zu behandeln und zu überprüfen. Die Besatzer müßten befürchten, mit ihrem Kriegsrecht vor Gericht gebracht zu werden. Da werden politische Taktlosigkeiten oder gar mangelnde Bundestreue des Kammergerichts als kleineres Übel empfunden.

Erörterungen über den besonderen Status Westberlins und die immer noch nicht voll hergestellte Rechtseinheit zum Bund genommen.

Bundesgewalt herrscht in Westberlin nicht unumschränkt. Die Besatzer haben sich entsprechende Vorbehalte ausbedungen. Der Programmsatz lautet: Berlin darf durch den Bund nicht regiert werden („not be governed by the Federation"). Bis heute halten die Besatzer daran fest, daß in Westberlin außer ihren eigenen nur Gesetze gelten, die vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wurden, Westberlin kein Land der BRD ist und das BVerfG keine Befugnis hat, über Entscheidungen Westberliner Behörden und Gericht zu richten. Zweck der Vorbehalte sei es, „im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat" (Art.2 des Deutschlandvertrages), eine organisatorische Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik bis auf weiteres aufzuschieben.

Die Praxis sieht anders aus. Seit 1957 verkündet das BVerfG in ständiger Rechtsprechung gegen Besatzerprotest und Staatsverträge (z.B. Viermächteabkommen von 1971) unverdrossen: Berlin ist ein Bundesland der BRD. Bundesgesetze werden automa-

te oder Verfassungsorgane. So ist das Kammergericht in dem Brückmann-Fall der „rechtlichen Klarstellung" des obersten Gerichts nicht gefolgt und hat sich damit schärfster Kritik und dem Vorwurf der Torpedierung der Rechtseinheit zum Bund ausgesetzt.

Der Besonderheit Westberlins, ohne Verfassungsgerichtsbarkeit zu sein, könnte leicht abgeholfen werden, durch Errichtung eines eigenen Verfassungsgerichtshofes. Die Westberliner Verfassung sieht dies immer noch vor. Insbesondere Rechtsanwälte fordern ein eigenes Verfassungsgericht als zusätzlichen Instanzenzug, vor allem für Verfassungsbeschwerden. Davon will die westdeutsche und westberliner Bourgeoisie aber nichts wissen. Das Abgeordnetenhaus hatte 1952 den trickreichen Versuch unternommen, dem BVerfG die Aufgaben eines Westberliner Verfassungsgerichts zu übertragen. Der Versuch scheiterte an dem Veto der Alliierten Kommandantur. Seitdem wird das Thema vermieden. Ein eigenes Verfassungsgericht würde die Gefahr in sich bergen, daß die Rechtseinheit zum Bund untergraben und die rechtliche Unabhängigkeit der Stadt befördert wird. Zumal die Besatzer von ihren Eingriffsrechten Gebrauch machen und dem Gericht ihren Standpunkt aufdrücken könnten,

Die Eindeichungspläne haben nichts mit sicheren Deichen zu tun

b.chi. Nach der Sturmflut 1962 hat die Landesregierung auf die Forderung der Küstenbevölkerung Nordfrieslands nach sicheren Deichen mit dem Generalplan „Deichverstärkung-Deichverkürzung und Küstenschutz" geantwortet. Dieser Plan, der die sogenannte große Lösung beinhaltete (siehe Karte, vom Hauke-Haien-Koog aus ein Deich nach Nordstrand und einer über die Hallig Habel nach Pellworm), wurde bis vor einigen Jahren von der Landesregierung, der Bundesregierung und den Parteien im Landesparlament unterstützt. Verwirklicht worden ist in den vergangenen 17 Jahren davon aber nichts, die Bevölkerung mußte seitdem mehrere große Sturmfluten hinnehmen, ohne daß in dem Küstenabschnitt vor Nordstrand Wesentliches verbessert wurde. Stattdessen haben die Parteien jetzt einen Streit über die richtige Deichführung vom Zaun gebrochen, der wirksame Maßnahmen noch um weitere Jahre verzögern wird. Die SPD vertritt seit 1978 (ähnlich wie die Grüne Liste Nordfriesland), daß die Deiche nur noch verstärkt werden sollen, angeblich um das Wattenmeer zu schützen.

Die CDU und die Landesregierung haben Anfang Juli umgeschwenkt auf die „kleine Lösung", d.h. vom Sönke-Nissen-Koog aus jeweils einen Deich nach Pellworm und Nordstrand und eine Vordeichung vor dem Ockholmer Koog (was auf der Karte nicht eingetragen ist). Dadurch werden etwa 3300 ha Land gewonnen, vor allem zwischen Nordstrand und dem Festland. Die Landesregierung sagt nur, daß dieses den Bedürfnissen des Küsten- und Wattenschutzes gleichmäßig gerecht wird, behält sich aber jede weitere Begründung vor. Alle Gutachten, die angeblich zu diesem Ergebnis geführt haben, werden immer noch unter Verschluß gehalten. Das legt den Verdacht nahe, daß es ihr vor allem um Landgewinnung geht, wobei sie sich darüber ausschweigt, wer das Land bekommen soll, was ihr von der SPD den Vorwurf eingebracht hat, es handele sich bei dem Projekt um „vordergründige Vorwände einer profitorientierten Großbauernlobby".

Vieles ist noch ungeklärt: die Fischer lehnen z.B. die Eindeichung ab, weil das Watt die Brutstätte zahlreicher Fische ist, die Bewohner von Nordstrand wollen vor allem aus Gründen des Fremdenverkehrs Inselbewohner bleiben; der Hauke-Haien-Koog und ein großer Teil des Sönke-Nissen-Koogs sollen weder verstärkt werden noch eine 2. Deichlinie erhalten. Es ist auch noch nicht klar, inwieweit der Raum zwischen der Hallig Langeneß und Pellworm und zwischen Pellworm und Nordstrand nicht zu einem riesigen Staubecken wird, das bei Südweststurm, wenn das Wasser des Norderhevstroms und der Süderau drückt, überfluten könnte. Dann wären die Hamburger Hallig und Nordstrandischmoor noch besonders gefährdet. Deshalb ist die Forderung nach sofortiger Veröffentlichung aller Gutachten richtig, damit die Landesregierung ihre Entscheidung begründen muß. Des weiteren muß den Kommunen die Entscheidungsgewalt über die Eindeichung der Nordstrander Bucht erteilt werden, die Mittel dafür vom Land und vom Bund bereitgestellt werden.



tragen ist). Dadurch werden etwa 3300 ha Land gewonnen, vor allem zwischen

Eiderstedt

Sonderprogramme des Hamburger Senats zur Ausbeutung Schwerbehinderter

b.güt. 140278 Erstanträge auf Anerkennung als Schwerbehinderter sind beim Hamburger Versorgungsamt in der Zeit zwischen dem 1. Mai 1974 und dem 30. April 1980 gestellt worden. Das sind 8% der Hamburger Bevölkerung. In den letzten 12 Monaten dieses Zeitraums waren es 33575. Der Jahresdurchschnitt der Vorjahre lag bei 21341. Als Ursache der Behinderung gibt die amtliche Statistik in 83,9% der Fälle „Krankheit" an. Es ist sicher richtig anzunehmen, daß es sich dabei überwiegend um Folgen des körperlichen und geistigen Verschleißes der Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozeß handelt.

Die Anträge werden vor allem gestellt, um bei gesundheitlicher Einschränkung der Arbeitskraft Schutz vor Kündigung zu haben. Laut Schwerbehindertengesetz müssen die Kapitalisten die Kündigung eines Schwerbehinderten (Einschränkung der Arbeitsfähigkeit von mindestens 50%) beim Versorgungsamt beantragen. Von 2926 beantragten Kündigungen in den letzten 5 Jahren stimmte das Versorgungsamt 1271 zu. Tatsächlich wird die Barriere auch durch die Betriebsräte und Vertrauensleute der Schwerbehinderten gezogen, die vom Versorgungsamt befragt werden müssen, ob es Arbeitsplätze gibt, auf denen Schwerbehinderte arbeiten können.

Schwerbehinderte, die auf den Arbeitsmarkt geworfen sind (in Hamburg waren es 1979 1398), sind der Arbeitsmarktpolitik des Hamburger Senats unterworfen. Da sie eine Erwerbsunfähigkeitsrente [illegible] wenn sie auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar sind, sorgt der Hamburger Senat dafür, daß sie vermittelbar sind. Neben den Arbeitshäusern, sog. Schwerbehindertenwerkstätten, in denen inzwischen 1722 zu Hungerlöhnen zwischen 85,- DM und 800,- DM ausgebeutet werden, hat der Senat 3 Sonderprogramme durchgeführt. Eins hatte folgendes Ziel: Geplant wurde, 37 Stellen beim Versorgungsamt Hamburg u.a. mit Schwerbehinderten zu besetzen, zur Abarbeitung der aufgelaufenen Anträge. „Die Zielgruppe für das Sonderprogramm ist in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt bestimmt worden. ... Es standen zur Verfügung: 361 Angestellte zwischen 55 und 60 und 303 Angestellte im Alter von 60 bis 65 Jahre", die zum Teil länger als 2 Jahre arbeitslos waren. Schwerbehinderte können mit 60 in Rente gehen. Bewußt zielte das Sonderprogramm ab auf Angestellte, die kurz vor dem Rentenanspruch standen und bei längerer Arbeitslosigkeit Erwerbsunfähigkeitsrente beantragt hätten und Angestellte, die offensichtlich wegen der Niedrigkeit der Rente auch nach 60 weiterarbeiten wollten. „Aus dieser Zielgruppe hat das Arbeitsamt 117 ältere Arbeitslose dem Versorgungsamt vermittelt. Nach Vorstellungsgesprächen, Untersuchung des [illegible] „Das Arbeitsamt hat zur beruflichen Eingliederung in 20 Fällen 80% vom Gehalt für 24 Monate bezahlt, in 6 Fällen 60% für 12 Monate". Stolz berichtet der Senat, daß die Schwerbehinderten, obwohl sie nach dem Gesetz das Recht haben, Überstunden abzulehnen, „bereit waren, freiwillig Überstunden zu leisten". Den Senat veranlaßt das zu der Feststellung: „Vorurteile wie, ältere arbeitslose Arbeitnehmer seien weniger leistungsbereit, sind widerlegt worden." Kritisiert wird am Sonderprogramm: „Bei der Wiederholung von Sonderprogrammen für ältere Arbeitnehmer sollte sichergestellt sein, daß die Zeitdauer der Aufgabe und der Arbeitsverträge einander entspricht.

Ältere Arbeitnehmer kurz vor Beendigung ihres Berufsweges dann nochmals umzusetzen, ist schwierig." (zitiert nach Senatsdrucksache 9/2276) Derartige „Eingliederungsprogramme" müssen bekämpft werden im Zusammenhang mit dem Kampf um eine ausreichende Rente und die Bedingungen des Rentenanspruchs.

Sonderprogramme des Hamburger Senats zur Ausbeutung Schwerbehinderter

b.güt. 140278 Erstanträge auf Anerkennung als Schwerbehinderter sind beim Hamburger Versorgungsamt in der Zeit zwischen dem 1. Mai 1974 und dem 30. April 1980 gestellt worden. Das sind 8% der Hamburger Bevölkerung. In den letzten 12 Monaten dieses Zeitraums waren es 33575. Der Jahresdurchschnitt der Vorjahre lag bei 21341. Als Ursache der Behinderung gibt die amtliche Statistik in 83,9% der Fälle „Krankheit" an. Es ist sicher richtig anzunehmen, daß es sich dabei überwiegend um Folgen des körperlichen und geistigen Verschleißes der Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozeß handelt.

Die Anträge werden vor allem gestellt, um bei gesundheitlicher Einschränkung der Arbeitskraft Schutz vor Kündigung zu haben. Laut Schwerbehindertengesetz müssen die Kapitalisten die Kündigung eines Schwerbehinderten (Einschränkung der Arbeitsfähigkeit von mindestens 50%) beim Versorgungsamt beantragen. Von 2926 beantragten Kündigun-

nen.

Schwerbehinderte, die auf den Arbeitsmarkt geworfen sind (in Hamburg waren es 1979 1398), sind der Arbeitsmarktpolitik des Hamburger Senats unterworfen. Da sie eine Erwerbsunfä- [illegible] wenn sie auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar sind, sorgt der Hamburger Senat dafür, daß sie vermittelbar sind. Neben den Arbeitshäusern, sog. Schwerbehindertenwerkstätten, in denen inzwischen 1722 zu Hungerlöhnen zwischen 85,- DM und 800,- DM ausgebeutet werden, hat der Senat 3 Sonderprogramme durchgeführt. Eins hatte folgendes Ziel: Geplant wurde, 37 Stellen beim Versorgungsamt Hamburg u.a. mit Schwerbehinderten zu besetzen, zur Abarbeitung der aufgelaufenen Anträge. „Die Zielgruppe für das Sonderprogramm ist in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt bestimmt worden. ... Es standen zur Verfügung: 361 Angestellte zwischen 55 und 60 und 303 Angestellte im Alter von 60 bis 65 Jahre", die zum Teil län-

wegen der Niedrigkeit der Rente auch nach 60 weiterarbeiten wollten. „Aus dieser Zielgruppe hat das Arbeitsamt 117 ältere Arbeitslose dem Versorgungsamt vermittelt. Nach Vorstellungsgesprächen, Untersuchung des [illegible] „Das Arbeitsamt hat zur beruflichen Eingliederung in 20 Fällen 80% vom Gehalt für 24 Monate bezahlt, in 6 Fällen 60% für 12 Monate". Stolz berichtet der Senat, daß die Schwerbehinderten, obwohl sie nach dem Gesetz das Recht haben, Überstunden abzulehnen, „bereit waren, freiwillig Überstunden zu leisten". Den Senat veranlaßt das zu der Feststellung: „Vorurteile wie, ältere arbeitslose Arbeitnehmer seien weniger leistungsbereit, sind widerlegt worden." Kritisiert wird am Sonderprogramm: „Bei der Wiederholung von Sonderprogrammen für ältere Arbeitnehmer sollte sichergestellt sein, daß die Zeitdauer der Aufgabe und der Arbeitsverträge einander entspricht.

Ältere Arbeitnehmer kurz vor Beendi-

b.abc. **Straßenreinigungsgebühren bei der Stadt Kiel: Prüfung personeller Konsequenzen.** Der Untersuchungsbericht über 1 Mio. DM zu wenig eingezogener Straßenreinigungsgebühren liegt vor. *OB Bantzer, Hochheim*, der frühere Bürgermeister, *Barow*, Stadtbaurat, *Bartels* und der Magistrat übernahmen nach einigem Hin und Her die politische Verantwortung dafür. Sauerbaum, CDU, meinte, damit hätte der Magistrat „seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan, sich vor die kleinen Beamten zu stellen." Daß dem nicht so ist, zeigen die Konsequenzen des Untersuchungsberichts. Obwohl herausgekommen ist, daß die eigentliche Ursache im Personalmangel des Liegenschaftsamtes zu finden ist, versucht man jetzt, die Konsequenzen den Beamten und Angestellten aufzuladen. Durch eine ämterübergreifende Geschäftsanweisung sollen mehr Aufgaben und Verantwortung nach unten delegiert werden und die Kontrolle verstärkt werden. Ein großer Teil des Berichtes befaßt sich mit personellen Konsequenzen.

b.chi. **Für den Notarztwagen, der in diesen Tagen in Niebüll eingesetzt wird, ist nicht genügend Personal vorhanden.** Von den 20 ärztlichen Planstellen sind bisher nur 15 besetzt, wovon die Ärzte aus Anästhesie, der Inneren und chirurgischen Abteilung für den Notarztwagen herangezogen werden sollen. Das bedeutet, daß sie 1 bis 1½ Stunden im Kreiskrankenhaus nicht zur Verfügung stehen werden.

r.jep. **Ein neues Entlohnungssystem soll bei der Rollstuhlfabrik Orthopedia in Kiel eingeführt werden.** Vor ½ Jahr hat, wie jetzt bekannt wurde, die Geschäftsleitung der Firma beschlossen, das vorhandene Lohn- und Akkordsystem, das sich im wesentlichen nach der Menge der hergestellten Produkte richtete, umzustellen. Es soll jetzt nach dem Standard Coast System entlohnt werden. Danach erhält ein Arbeiter nur dann seinen Lohn, wenn das von ihm produzierte Teil von einwandfreier Qualität ist. Zur Zeit müssen ca. 30% der Rollstühle von der Qualitätskontrolle ausgesondert und nachgearbeitet werden. Durch das neue Lohnsystem erhofft sich die Geschäftsleitung den hohen Ausschußanteil wesentlich reduzieren zu können. Wegen fehlender Kontrollmöglichkeiten und Marschrichtung zur Durchsetzung, weil mit zähem Widerstand der Beschäftigten gerechnet wird, wird mit der Einführung nicht vor einem Jahr gerechnet.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1980

Mit dem deutschen Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift nach der Weltherrschaft

Hamburg-Mitte-Ost, 11.8. – 15.8.80, 20 Uhr, Gaststätte „Laterne", Hammer Landstr. 46

Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens

Preetz-Schellhorn, 11.8. – 15.8.80, 20 Uhr, „Schellhorner Berg"

Lenin: „Staat und Revolution"

Kiel-West, 4.8. – 8.8.80, 20 Uhr, Gaststätte Holsten, Waitzstr. 21

Marx: „Lohn, Preis und Profit"

Hamburg-Nord, 4.8. – 8.8.80, 19.30 Uhr, Gaststätte Geibelburg, Geibelstraße

Probe des Musikzuges

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, „Bei Anne", Bismarckstraße 2

Zeichenkurs

Hamburg, 18.8.80, 18 Uhr, Universität, Phil-Turm, Raum 963, Thema: Zeichenübungen Mimik

„Die bürgerliche Revolution 1848/49 in Hamburg"

zu beziehen über den Büchertisch der KHG montags oder dienstags in der Mensa oder über KHG co. Kommunistischer Bund Westdeutschland, Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50. Preis: 0,80DM.

Auszüge aus dem Vorwort der Broschüre:

„... Die Teuerung der notwendigsten Lebensmittel verschärfte 1847 die Lage der Volksmassen ungemein. Die verschiedenen Klassen organisierten sich in Vereinen. Die Handwerker und Arbeiter hatten 1845 den Arbeiterbildungsverein gegründet. Die bürgerlich-liberalen organisierten sich in den Märztagen 1848 im Deutschen Klub, der in der Revolution in Hamburg die führende Rolle einnahm.(...)

In Hamburg existierte 1848 kaum Industrie – es fehlten sowohl eine schlagkräftige industrielle Bourgeoisie wie auch ein starkes Industrieproletariat. In Hamburg dominierten auf dem gewerbllichen Sektor das Handwerk und die Kleinproduktion. Dies bestimmte die Intensität der Revolution. Die Revolution richtete sich in Hamburg gegen die Kaufmannnsaristokratie, die die politische Macht ausübte und deren Interessen die Stadt beherrschten. Die Kaufleute waren antirepublikanisch."

Kommunistische Volkszeitung

Flugschrift

Die bürgerliche Revolution 1848/49 in Hamburg



Frauen des Honigabfüllwerks Dibona fordern Einstufung als angelernte Arbeiter

b.reb. Die Belegschaft des Bargteheider Honigabfüllwerkes Dibona KG, einer Tochtergesellschaft des Oetker-Konzerns, führt seit längerem einen hartnäckigen Kampf gegen die Eingruppierung fast sämtlicher Arbeiterinnen in die Lohngruppe IV für sog. „leichte Arbeiten“. Inzwischen haben 16 Arbeiterinnen, vertreten durch die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) und unterstützt von ihrem Betriebsrat Klage vor dem Lübecker Arbeitsgericht erhoben, nachdem vorherige Verhandlungen mit den Kapitalisten gescheitert waren. Bislang hat das Gericht keine Entscheidung gefällt und wird am 13. August um 9 Uhr einen Ortstermin in der Firma durchführen.

In dem Werk arbeiten 114 Arbeiter, davon 61 Frauen, die auf 4 Lohngruppen verteilt sind. In Lohngruppe I (tariflicher Bruttolohn 10,83 DM) sind die Betriebshandwerker eingestuft. Lohngruppe II (9,50 DM) ist für angelernte Arbeiter, Lohngruppe III (9,41 DM) für Arbeiter, die „schwere Arbeiten“ machen. Hinzu kommt die oben genannte Leichtlohngruppe IV, in der fast alle 61 Frauen eingestuft sind. Männer sind in dieser Lohngruppe nicht. In der Lohngruppe III ist bislang niemand. 24 Arbeiter sind in der Lohngruppe II, der Rest in der Lohngruppe I. Die Frauen fordern die Eingruppierung in die Lohngruppe II. Sie arbeiten vorwiegend an der Honigabfüllstation oder an Etikettiermaschinen. Die Geschwindigkeit wird über das Fließband diktiert. Durch die Einführung neuer Abfüllanlagen im Sommer 78 ist es den Dibona-Kapitalisten gelungen, die Bandgeschwindigkeit auf 200 Glas pro Minute zu erhöhen. Außerdem versuchen sie durch das sog. „rotierende System“, nach dem die Frauen überall einsetzbar sein müssen, eine intensivere Vernutzung der Arbeitskraft zu erreichen. So trug die Rechtsvertreterin der NGG vor Gericht vor, daß die Frauen am Band starken Arbeitsbelastungen ausgesetzt seien. Die Anlernzeit einschließlich der erforderlichen Geschwindigkeit beträgt über ein Jahr.

Nachdem die Frauen unmißverständlich klargestellt haben, daß sie nicht länger bereit sind, diese Zustände hinzunehmen, versuchen die Kapitalisten mit allen Mitteln zu spalten. Letzte Woche haben sie die schon vorher ausgesprochene Drohung wahrgemacht und dem Betriebsrat mitgeteilt, daß sie sämtliche 24 Arbeiter von Lohngruppe II nach Lohngruppe III runterstufen wollen. Der Lohnverlust von 0,09 DM soll über die betriebliche Zulage ausgeglichen werden, eine Farce, nicht nur weil solche betrieblichen Zulagen erheblich leichter zu kürzen sind, sondern sich spätestens bei der nächsten Tariflohnerhöhung der Lohnverlust doch einstellt, und der gültige Lohntarif lief am 31.7.80 aus. Der Betriebsratsvorsitzende der Dibona KG hat bereits klargestellt, daß er diese Maßnahme nicht hinnehmen wird. Bereits vorher hat die NGG laut Auskunft der Geschäftsstelle Lübeck angekündigt, daß sie auf eine Abgruppierung der Männer aus Lohngruppe II mit einer weiteren Klage antworten wird. Der Spaltungsversuch der Dibona-Kapitalisten kann leicht nach hinten losgehen. Über 100 der 114 Arbeiter sind in der NGG organisiert. Und nicht zufällig hat die NGG gerade bundesweit die Aktion „gerechte Eingruppierung – gerechter Lohn“ durchgeführt, in deren Mittelpunkt die Forderung nach Abschaffung der Leichtlohngruppen stand und durch eine Vielzahl von Berichten und Untersuchungen untermauert wurde.

Der Staatsschutz auf dem Tablett

b.wal. Hamburger „Autonome“ haben größere Teile von drei Abteilungen des Staatsschutzes gründlich auffliegen lassen: die relativ offen und die verdeckt arbeitende Spitzeltruppe und die Zugreiftruppe. Zwei Jahre lang wurde fast deren gesamter Funkverkehr aufgezeichnet, veröffentlicht sind über 100 Autonummern einschließlich Fahrzeugtyp und -farbe, sämtliche Funkfrequenzen, die Konterfeis der berüchtigtsten Spitzel und reihenweise Beispiele über deren praktische Schnüffelarbeit. Innensenator Staak gezwungenermaßen: „Wir haben einiges umstellen müssen.“ Die Broschüre „Die Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel Hamburg“ gibt aber nicht nur Hinweise, wie den neu strukturierten Staatsschutzabteilungen wiederum nachgestiegen werden kann, sie gibt auch Hinweise, was praktisch gegen die Bespitzelung getan werden kann, einschließlich der technischen Details.

In dem Abschnitt „Perspektive: Nicht hören, sondern stören“ heißt es: „Ohne Kommunikation ist dieser terroristische Apparat wie ein brachliegender Eierpfannkuchen. Das kapitalistische System produziert Überwachungsempfänger, die teilweise besser sind als die Geräte der Sicherheitsbehörden. Wir fordern die kapitalistischen Unternehmen auf, hochqualifizierte und billige Störsender herzustellen. Der Markt ist groß, noch nicht erschlossen, der Profit garantiert. – Beeilt Euch! – Sonst kommen wir Linken und machen das selbst. Vielleicht setzen sich Gruppen von uns hin und schmeißen Bausätze in die linken Verteilerkreise. Mehr als 30-50 Mark kann ein guter 3-5 Watt Störsender eigentlich nicht kosten.“ Die Verfasser stützen sich hier auf die produktiven Fähigkeiten der Arbeiter. Und zweifellos, es hätte günstige Auswirkungen, wenn die Polizeioffiziere statt Einsatzbefehlen Ohrensausen bekommen.

Der abgrundtief reaktionäre Charakter von Staats- und Verfassungsschutz ist auch an der immer geleugneten Zusammenarbeit mit SAVAK bewiesen: „Als ... ein SAVAK-Agent sich von linken Iranern bedroht fühlte, ließ er, als diese ihm einen angekündigten Besuch abstatteten, vorher die ‚90er‘ (die Zugreiftruppe, Red.) vom Staatsschutz ins Nebenzimmer. Dort saßen sie und lauschten sprungbereit, um gegebenenfalls zuzuschlagen ... wer noch im Raume war ... um zu dolmetschen: Frau Generalkonsulin vom Iranischen Generalkonsulat.“ Und das immerhin im Frühsommer 1979.

„Stern“ und „Spiegel“ haben berichtet, aber im Gegensatz zur Broschüre so, daß völlig unterschlagen wird: die Tätigkeit von Staats- und Verfassungsschutz ist ausgerichtet auf Observation und Unterdrückung aller Regungen der Volksmassen gegen die Herrschaft der Kapitalisten. Regelmäßig finden nächtliche Flächenobservationen in Stadtteilen statt, und zwar nicht in Blankenese, und da gilt z.B., wer spät mit einer Plastiktüte in der Hand nach Hause geht, als „bewaffnet“ und wird bis zur Haustür verfolgt. Und wer observiert wurde, ist auch verdächtig, sonst wäre er nicht observiert worden, versteht sich. Jüngst hat sich der DGB heftig mit dem Staats- und Verfassungsschutz wegen Bespitzelung aller Betriebsräte in Großbetrieben angelegt. Diese Spitzeltätigkeit beweist den Zweck dieser bei den Volksmassen aus aktuellen und historischen Gründen verhaßten Einrichtung samt seiner käuflichen Gestalten. Die Broschüre liefert Nützliches, um dem Staatsschutz nicht ausgeliefert zu sein, sondern ihn zu erkennen und zu bekämpfen.



„Staatsschutzautos erkennt man u.a. an den Antennen. Welche davon ist eine Tarnantenne? Auflösung: B-K-A“.

ÖTV-Tarif für kaufmännische Hafenangestellte

b.kyh. Rund 2000 der 12000 Beschäftigten im Hamburger Hafen – das sind 16% – arbeiten als kaufmännische Angestellte. Sie sind z.B. Verwaltungsangestellte, Buchhalter, Sekretärinnen, Programmierer. Für die Hafenarbeiter und die technischen Angestellten werden Tarife mit der ÖTV und dem Unternehmensverband Hafen abgeschlossen. Bei der Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft (HHLA), ein Senatsbetrieb, ein ÖTV-Tarif für alle Beschäftigten. Für die restlichen kaufmännischen Angestellten gelten Tarife der DAG mit dem Verein Hamburger Spediteure; der Unternehmensverband Hafen hat mit unterschrieben.

Dieser Tarif ist so niedrig, daß er weit unter Hafenstandard liegt. Er geht von 1000 DM für angelernte Arbeiten bis 2585 DM für Leitungsfunktionen. Die HHLA zahlt dafür 1875 DM bis 3850 DM. Die anderen Hafenbetriebe mußten dazu übergehen, „außertarifliche“ Gehälter mit Einzelverträgen abzuschließen, bei denen wenigstens die Höhe mit denen bei der HHLA vergleichbar liegt. Geblieben ist die Abspaltung von den Arbeitern und die Spaltung untereinander durch die Einzelverträge. Über diese wurde sogar der Rahmentarif der DAG mit bis zu 5 Tagen weniger Urlaub, kein Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld 13 DM pro Tag unterlaufen: meist gibt es weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld. Über Betriebsvereinbarungen wie bei Eurokai konnte wenigstens der Urlaub angehoben werden. Gehaltserhöhung geht nur über Einzelvereinbarungen.

In einer Unterschriftenaktion im letzten Jahr haben fast alle der angesprochenen Angestellten – bei Unikai, Tiedemann, bei Eurokai über 90% – einen ÖTV-Rahmentarif gefordert. Die Verbindung mit den Arbeitern wird gesucht. Es gibt zunehmend Eintritte in die ÖTV. Eine Gesamtbetriebsversammlung bei Eurokai hat die Forderung unterstützt. Die Operator im Rechenzentrum bei Eurokai haben über eine Betriebsvereinbarung ÖTV-Tarife wie für technische Angestellte durchgesetzt.

Der Unternehmensverband Hafen hatte noch letztes Jahr die kalte Schulter gezeigt: nicht zuständig. Der Verein der Spediteure hat jetzt sogar grundsätzlich Verhandlungen mit der ÖTV abgelehnt: nur die DAG sei tariffähig. Die ÖTV bezeichnet das als Kampfansage. In einem Schreiben an ihre Vertrauensleute kündigt sie nach der Sommerpause Beratungen für geeignete Schritte zur Durchsetzung der ÖTV-Tarife an.

U-Boote und Panzer von HDW und MaK

Kiel weiterhin Standbein westdeutscher Rüstungsproduktion

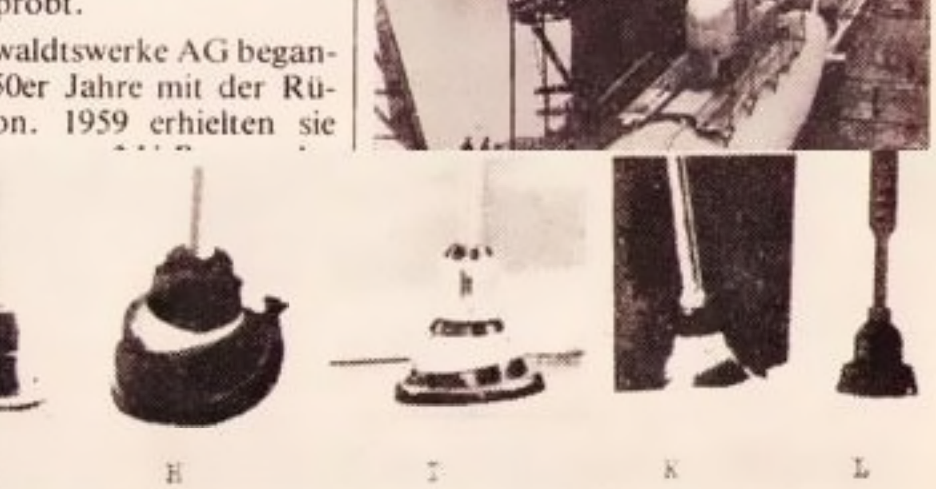
b.mes. Der Kieler Bürgermeister Dr. Jeschke in den Kieler Nachrichten vom 26. Februar 1949 zu den Sprengungen der Werftanlagen auf dem Ostufer: „.... Weiter hoffe ich, daß die Übergabe dieser Anlagen in die deutsche Verwaltung für die Ansiedlung von Friedensindustrien endlich erfolgen wird.“

Daß das nur Friedensgesäusel geblieben ist, zeigt die Entwicklung der Kieler Rüstungsindustrie. Mit der Wiederaufrüstung der BRD und dem Beitritt zur NATO begannen einige dieser Betriebe sofort damit, ihre alte Technologie für die Rüstungsproduktion wieder in Gang zu setzen. 1957 wurde die alte Torpedo-Versuchsanstalt Eckernförde von der Bundesmarine übernommen und ausgebaut. 1959 wurde das Marinearsenal Kiel (vormals Reichsmarine Arsenal) wieder aufgebaut. Ebenfalls in diesem Zeitraum begann bei der MaK (vormals Torpedowerke, Marinedepot) der Bau von Torpedos und Unterwasserausstoßrohren. Anfang der 60er Jahre wurden die ersten Panzer entwickelt. 1966 liefen die ersten Bergepanzer vom Band. Heute verfügt die MaK über folgende Produktionspalette: Leopard 2 Serie, KPZ Leopard, Bergepanzer LS, Brückenlegepanzer Biber, Pionierpanzer, Marder. Zum weiteren den Seezielkörper Nixe. Mit der Übernahme der Aktienmehrheit kauften sie sich den Panzerreparaturbetrieb Ischendorf. Zusammen mit der Krauss-Maffei-AG, München gründeten sie die „MaK-Krauss-Maffei-Sondertechnik – MKS“, die als Tochtergesellschaft fungiert. Der Sitz ist in Hamburg. Aufgabe ist die Entwicklung eines Kampfpanzers für die 90er Jahre. Als Generalunternehmen baut die MaK das Troika-Minenräumsystem. Die ersten Minenräumboote sind jetzt an die Bundesmarine abgeliefert worden und werden z.Zt. in der TVA Eckernförde erprobt.

Auch die Howaldtswerke AG begannen Ende der 50er Jahre mit der Rüstungsproduktion. 1959 erhielten sie den ersten Auftrag von 3 U-Booten der Klasse 201 für die Bundesmarine, die 1962 vom Stapel liefen. Bis 1964 bauten sie weitere 5 U-Boote der Klasse 205 und bis 1969 6 U-Boote. Von 1972-1975 liefen 8 U-Boote der Klasse 206 in Kiel vom Stapel. Die Howaldtswerke konnte ihre Produktionsanlagen in dieser Zeit, vor allem in den 50er Jahren, ausdehnen. So übernahm sie das Gelände der Krupp Germania Werft und der Deutschen Werke Kiel AG. 1968 wurden die Howaldtswerke Deutsche Werft AG Hamburg und Kiel (HDW) neugegründet. 1979 übernahm die HDW die Firma Hagenuk, die die im Bau befindliche Fregatte 122 der Bundesmarine mit Radar- und Ortungssystemen ausrüstet. Durch die Aufhebung der Rüstungsbeschränkung durch die WEU können die Werftkapitalisten ihre Kapazitäten in der Rüstung erweitern, größere Kriegsschiffe für das Nordmeer.



U-Boot SABALO der Klasse 209/2 für Venezuela, gebaut bei HDW.

rung in die Lohngruppe II. Sie arbeiten vorwiegend an der Honigabfüllstation oder an Etikettiermaschinen. Die Geschwindigkeit wird über das Fließband diktiert. Durch die Einführung neuer Abfüllanlagen im Sommer 78 ist es den Dibona-Kapitalisten gelungen, die Bandgeschwindigkeit auf 200 Glas pro Minute zu erhöhen. Außerdem versuchen sie durch das sog. „rotierende System“, nach dem die Frauen überall einsetzbar sein müssen, eine intensivere
wird. Der Spaltungsversuch der Dibona-Kapitalisten kann leicht nach hinten losgehen. Über 100 der 114 Arbeiter sind in der NGG organisiert. Und nicht zufällig hat die NGG gerade bundesweit die Aktion „gerechte Eingruppierung – gerechter Lohn“ durchgeführt, in deren Mittelpunkt die Forderung nach Abschaffung der Leichtlohngruppen stand und durch eine Vielzahl von Berichten und Untersuchungen untermauert wurde.
len. Der Markt ist groß, noch nicht erschlossen, der Profit garantiert. – Beeilt Euch! – Sonst kommen wir Linken und machen das selbst. Vielleicht setzen sich Gruppen von uns hin und schmeißen Bausätze in die linken Verteilerkreise. Mehr als 30-50 Mark kann ein guter 3-5 Watt Störsender eigentlich nicht kosten.“ Die Verfasser stützen sich hier auf die produktiven Fähigkeiten der Arbeiter. Und zweifellos, es hätte günstige Auswirkungen,

„Staatsschutzautos erkennt man u.a. an den Antennen. Welche davon ist eine Tarnantenne? Auflösung: B-K-A“.
ÖTV-Tarif für kaufmännische Hafenangestellte
b.kyh. Rund 2000 der 12000 Beschäftigten im Hamburger Hafen – das sind 16% – arbeiten als kaufmännische Angestellte. Sie sind z.B. Verwaltungsangestellte, Buchhalter, Sekretärinnen, Programmierer. Für die Hafenarbeiter und die technischen Angestellten werden Tarife mit der ÖTV und dem Unternehmensverband Hafen abgeschlossen. Bei der Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft (HHLA), ein Senatsbetrieb, ein ÖTV-Tarif für alle Beschäftigten. Für die restlichen kaufmännischen Angestellten gelten Tarife der DAG mit dem Verein Hamburger Spediteure; der Unternehmensverband Hafen hat mit unterschrieben.
Dieser Tarif ist so niedrig, daß er weit unter Hafenstandard liegt. Er geht von 1000 DM für angelernte Arbeiten bis 2585 DM für Leitungsfunktionen.
nachtsgeld, Urlaubsgeld 13 DM pro Tag unterlaufen: meist gibt es weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld. Über Betriebsvereinbarungen wie bei Eurokai konnte wenigstens der Urlaub angehoben werden. Gehaltserhöhung geht nur über Einzelvereinbarungen.
In einer Unterschriftenaktion im letzten Jahr haben fast alle der angesprochenen Angestellten – bei Unikai, Tiedemann, bei Eurokai über 90% – einen ÖTV-Rahmentarif gefordert. Die Verbindung mit den Arbeitern wird gesucht. Es gibt zunehmend Eintritte in die ÖTV. Eine Gesamtbetriebsversammlung bei Eurokai hat die Forderung unterstützt. Die Operator im Rechenzentrum bei Eurokai haben über eine Betriebsvereinbarung ÖTV-Tarife wie für technische Angestellte durchgesetzt.
U-Boote und Panzer von HDW und MaK
Kiel weiterhin Standbein westdeutscher Rüstungsproduktion
b.mes. Der Kieler Bürgermeister Dr. Jeschke in den Kieler Nachrichten vom 26. Februar 1949 zu den Sprengungen der Werftanlagen auf dem Ostufer: „.... Weiter hoffe ich, daß die Übergabe dieser Anlagen in die deutsche Verwaltung für die Ansiedlung von Friedensindustrien endlich erfolgen wird.“
Daß das nur Friedensgesäusel geblieben ist, zeigt die Entwicklung der Kieler Rüstungsindustrie. Mit der Wiederaufrüstung der BRD und dem Beitritt zur NATO begannen einige dieser Betriebe sofort damit, ihre alte Technologie für die Rüstungsproduktion wieder in Gang zu setzen. 1957 wurde die alte Torpedo-Versuchsanstalt Eckernförde von der Bundesmarine übernommen und ausgebaut. 1959 wurde das Marinearsenal Kiel (vormals Reichsmarine
Biber, Pionierpanzer, Marder. Zum weiteren den Seezielkörper Nixe. Mit der Übernahme der Aktienmehrheit kauften sie sich den Panzerreparaturbetrieb Ischendorf. Zusammen mit der Krauss-Maffei-AG, München gründeten sie die „MaK-Krauss-Maffei-Sondertechnik – MKS“, die als Tochtergesellschaft fungiert. Der Sitz ist in Hamburg. Aufgabe ist die Entwicklung eines Kampfpanzers für die 90er Jahre. Als Generalunternehmen baut die MaK das Troika-Minenräumsystem. Die ersten Minenräumboote sind jetzt an die Bundesmarine abgeliefert worden und werden z.Zt. in der TVA Eckernförde erprobt.
Auch die Howaldtswerke AG begannen Ende der 50er Jahre mit der Rüstungsproduktion. 1959 erhielten sie
und der Deutschen Werke Kiel AG. 1968 wurden die Howaldtswerke Deutsche Werft AG Hamburg und Kiel (HDW) neugegründet. 1979 übernahm die HDW die Firma Hagenuk, die die im Bau befindliche Fregatte 122 der Bundesmarine mit Radar- und Ortungssystemen ausrüstet. Durch die Aufhebung der Rüstungsbeschränkung durch die WEU können die Werftkapitalisten ihre Kapazitäten in der Rüstung erweitern, größere Kriegsschiffe für das Nordmeer.

Vorweganhebung im Metallhandwerk

b.lom. Die letzte Tariflohnerhöhung im Metallhandwerk von durchschnittlich 6,8% ist bei der Firma Assmusen in Flensburg auf den Effektivlohn gezahlt worden. Eine betriebliche Absicherung gibt es dafür aber nicht, vielmehr wird er „individuell“ ausgehandelt zwischen dem Betriebsinhaber und dem einzelnen Arbeiter.

Der Lohn von einem Installateur ist durch die Anrechnung der Lohnerhöhung von 11,60 DM auf 12,60 DM in der Stunde gestiegen. Tariflich abgesichert sind davon 11,29 DM, also rund 88%. Mithin 12%, 1,31 DM liegt der Effektiv- über dem Tariflohn, ein Betrag, den der Betriebsinhaber durchaus bei der nächsten Tariferhöhung ins Feld führen kann, bis dahin, daß sie voll angerechnet würde.

Wir wollen im folgenden an zwei Löhnen vergleichen, wie eine Vorweganhebung von 75 bzw. 150 DM wirken würde.

Lohngruppe 5	
Angelernter	9,48 DM
betriebliche Zulage	1,20 DM
Effektivlohn	10,68 DM
Vorweganhebung 75 DM	0,43 DM
Vorweganhebung 150 DM	0,86 DM

Im ersten Fall würde der Lohn zu 92,8%, im zweiten, bei einer Vorweganhebung von 150 DM, zu 96,8% abgesichert sein.

Lohngruppe 6	
(Vollgeselle)	11,29 DM
betriebliche Zulage	1,31 DM
Effektivlohn	12,60 DM
Vorweganhebung 75 DM	0,43 DM
Vorweganhebung 150 DM	0,87 DM

Im ersten Fall stiege der Tariflohn auf 11,72 DM, im zweiten auf 12,16 DM. Bei einer Vorweganhebung von 75 DM wäre der Lohn zu 93 % abgesichert, bei einer Vorweganhebung von 150 DM zu 96,4%. In beiden Fällen, sowohl bei Lohngruppe 5 als auch Lohngruppe 6, wäre eine Absicherung des Effektivlohns zu über 90% erreicht. Allerdings erhöht sich der tatsächliche Lohn dadurch nicht.

Jedoch ist der Nutzen offensichtlich, würde dadurch doch das Lohngefüge in den verschiedenen Handwerksbetrieben zusammengeschoben und die Kampfkraft der Arbeiter gestärkt. Eine direkte Lohnerhöhung hätten alle die, die in ihrem Betrieb lediglich Tariflohn erhalten.

Vergleich von Ausbildungsbedingungen in der Krankenpflege

b.sug. Vergleicht man die Ausbildungsbedingungen der Krankenpflegeschüler in verschiedenen Krankenhäusern, so stellt sich heraus, daß erhebliche Unterschiede bestehen.

So ist z.B. die Regelung des theoretischen Unterrichts in Kaltenkirchen, Neumünster, Schleswig, Uni-Klinik Kiel und Segeberg so, daß man einmal die Woche einen Tag zu je 8 Std. Unterricht hat, zusätzlich ab und zu Blockunterricht. In Segeberg wird außerdem jede Woche ein halber Tag unterrichtet, in Neumünster gilt dies für das letzte Jahr. Im AK Barmbek dagegen konnte durchgesetzt werden, daß im 1. und letzten Halbjahr der Ausbildung zwei Schultage pro Woche zu je 6 Std. gegeben werden, die als voller Arbeitstag zählen. Außerdem findet jedes halbe Jahr ein 4-wöchiger Blockunterricht statt in der gleichen Anrechnungsweise. Die ÖTV fordert schon lange in ihrem Änderungsvorschlag zum Manteltarifvertrag für Auszubildende, daß ein 6-stündiger Unterrichtstag als voller Arbeitstag gelten soll. Dies ist auch dringend erforderlich für alle Auszubildenden, um nicht zusätzlich zur 40-Stunden-Woche in der Freizeit lernen zu müssen.

In der praktischen Ausbildung ist es wichtig, dem Einsatz als Arbeitskraft entgegenzuwirken. Bekannt sind die Auseinandersetzungen um die Nachtarbeit. Richtig ist das völlige Verbot von Nachtarbeit für Auszubildende, wie es die ÖTV ebenfalls zum MTA-A fordert. Wichtig ist, um dies zu erreichen, die Begrenzung auf eine Mindestzahl von Nächten. In Hamburg wurde letztes Jahr durchgesetzt, daß 10 Nächte unter Aufsicht, 5 alleine durchgeführt werden. In Kaltenkirchen werden 5 Nachtwachen gemacht, wobei auf der Nachbarstation eine examinierte Kraft sein muß. In Schleswig dürfen höchstens 3 Wochen, in Kiel (Uni) 2 Wochen, in Segeberg im Schnitt 5 Nächte, in Heide 3 mal 7 Nächte gemacht werden. In Neumünster besteht keine Regelung, in der Praxis machen einige Schüler keine, andere ca. 10 Nächte.

Nicht angerechnet im Stellenplan sind die Auszubildenden in Hamburg, Kiel (Uni) und Bremen. In Neumünster, Segeberg und Schleswig beträgt die Anrechnung 1:5. Die Nichtanrechnung bringt mehr Personal insgesamt, es muß aber außerdem eine Schwester/Pfleger auf jeder Station für die Ausbildung zuständig sein, um die dem Zufall überlassene „Ausbildung“ planmäßig zu gestalten. Hier wurde jetzt in Bremen ein Anfang gemacht, indem das Berufsbildungsgesetz in der Krankenpflegeausbildung angewandt wird und eine Stellenbeschreibung für Ausbilder im Pflegebereich vorliegt. Gegen die Vernutzung als Arbeitskraft richten sich ebenfalls die Tätigkeitsnachweise, d.h. eine Auflistung der Tätigkeiten, die erlernt werden sollen auf einer bestimmten Station. Es gibt sie in Hamburg, Kaltenkirchen und Kiel (Uni), aber nur in Hamburg und Kiel speziell für jede Station und nur in Kiel und Kaltenkirchen ohne Beurteilung im Sinne von Bespitzelung (Verhalten gegenüber Vorgesetzten usw.). In Neumünster, Schleswig und Segeberg bekommen die Auszubildenden nur Beurteilungen in diesem Sinne, in Neumünster haben die Auszubildenden allerdings Unterschriften gegen Beurteilungen und für Tätigkeitsnachweise gesammelt.

Enge der Reproduktion für Arbeiterfamilie spürbarer

Die rasche Vorbereitung der Lohnkämpfe drängt

b.uwh. 6,8% mehr Lohn hatten sich die Metallarbeiter im Februar erkämpft. In den anderen Branchen wurde auch so um diese Marke abgeschlossen. IGM-Funktionäre forderten auf einer Konferenz Anfang März vom Vorstand, „nicht Scheiße für Edelsteine zu verkaufen". Daß der Abschluß nicht reichen würde, war eigentlich jedem klar. Wir haben versucht, genauer zu untersuchen, wie die Lage in den Arbeiterhaushalten nach dem Abschluß aussieht. Sich darüber Klarheit zu verschaffen, heißt, sich Munition zu beschaffen für den nächsten Lohnkampf, für dessen Vorbereitung kaum noch Zeit bleibt. Untersucht haben wir anhand der bürgerlichen Statistiken.

Einige Schlüsse kann man daraus ziehen. Was die Teuerung der Waren betrifft, die in der großen Tabelle dargestellt ist, so kann man daraus nicht ersehen, daß beispielsweise ein Arbeiter für Heizöl im April 80 37,5% mehr ausgeben hätte. Er hätte müssen, wenn er das Verbrauchsniveau von 2/79 gehalten hätte. In Wirklichkeit hat er aber nur 6,4% mehr für Heizung, Gas und Strom aufgewendet. D.h., es fand eine Einschränkung, bzw. eine Verschiebung statt, die sich auf dem jetzigen Stand nicht genau verfolgen läßt. Festhalten kann man: Während Nahrungsmittel im Zeitraum 2/79 bis 4/80 um durchschnittlich 4,2% teurer wurden, gab der Arbeiterhaushalt (zugrundegelegt: Hauhaltstyp II, 4 Personen mit mittlerem Einkommen) dafür 10,1% mehr aus. Insgesamt wurde für Nahrung in 4/80 29% des Lohns aufgewendet (2/79 – 27,2%). Daraus kann man nicht den Schluß ziehen, daß der Konsum gestiegen sei. Ein Anstieg von 3,1% bei Schweinefleisch fällt im Verhältnis zum Lohn mehr ins Gewicht, als der Anstieg z.B. bei Orangensaft. Auffallend ist der Preisanstieg gerade bei Waren, die vom Lohn die größten Häppchen verschlingen (Miete, Heizöl, Benzin). Gespart wurde vor allem bei Möbeln (42,9% weniger als 2/79), Verkehr (38,8%), Pflegemittel (1,8% größere Ausgaben, aber Verteuerung um 5,5%) und wie gesagt bei Heizung, Gas und Strom. 11% mehr mußte für Miete ausgegeben werden, 12% mehr für Kleidung und Schuhe (Preisanstieg 8%). Bemerkenswert ist die um 7,5% höhere Ausgabe für Haushaltsgeräte, was vielleicht Ausdruck verstärkter Einsaugung weiblicher Arbeitkraft in den Produktionsprozeß ist. In dem Schaubild haben wir verglichen den Preis, den der Arbeiterhaushalt (Typ II) für eine Ware bestimmter Menge aufbringt im Verhältnis zu dem Preis, den ein höherer Beamtenhaushalt (Typ III, 4 Personen) für die gleiche Menge Waren aufbringt. Dabei ist das, was der Beamte ausgibt, gleich 100% gesetzt. Die Differenz, die sich ausdrückt ist eine Differenz von Qualität. Wenn der Haus-

den, gab der Arbeiterhaushalt (zugrundegelegt: Hauhaltstyp II, 4 Personen mit mittlerem Einkommen) dafür 10,1% mehr aus. Insgesamt wurde für Nahrung in 4/80 29% des Lohns aufgewendet (2/79 – 27,2%). Daraus kann man nicht den Schluß ziehen, daß der Konsum gestiegen sei. Ein Anstieg von 3,1% bei Schweinefleisch fällt im Verhältnis zum Lohn mehr ins Gewicht, als der Anstieg z.B. bei Orangensaft. Auffallend ist der Preisanstieg gerade bei Waren, die vom Lohn die größten Häppchen verschlingen (Miete, Heizöl, Benzin). Gespart wurde vor allem bei Möbeln (42,9% weniger als 2/79), Verkehr (38,8%), Pflegemittel (1,8% größere Ausgaben, aber Verteuerung um 5,5%) und wie gesagt bei Heizung, Gas und Strom. 11% mehr mußte für Miete ausgegeben werden, 12% mehr für Kleidung und Schuhe (Preisanstieg 8%). Bemerkenswert ist die um 7,5% höhere Ausgabe für Haushaltsgeräte, was vielleicht Ausdruck verstärkter Einsaugung weiblicher Arbeitkraft in den Produktionsprozeß ist. In dem Schaubild haben wir verglichen den Preis, den der Arbeiterhaushalt (Typ II) für eine Ware bestimmter Menge aufbringt im Verhältnis zu dem Preis, den ein höherer Beamtenhaushalt (Typ III, 4 Personen) für die gleiche Menge Waren aufbringt. Dabei ist das, was der Beamte ausgibt, gleich 100% gesetzt. Die Differenz, die sich ausdrückt ist eine Differenz von Qualität. Wenn der Haus-

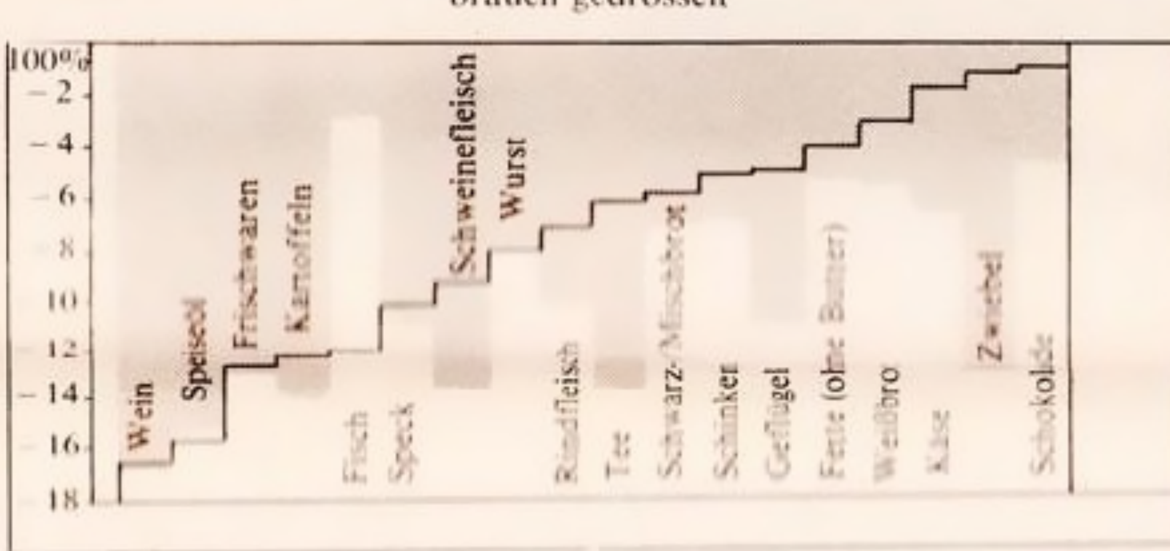
haltstyp III also 10 DM für 2 Liter Wein bezahlt, gibt der Haushaltstyp II 8,32 DM für die gleiche Menge aus, kauft also billigere Ware. Die weiße Fläche stellt dar das Verhältnis im April 1980, die Linie zeigt das gleiche für 1965. Die Rasterfläche zeigt die Differenz zum Beamtenhaushalt.

Verbraucherpreise in Hamburg für ausgewählte Lebensmittel (wenn ohne Angabe, dann Kilopreis)

Ware	2/79	April/80	Prozentanstieg
Rindfleisch (Keule)	16,99 DM	17,36 DM	2,8%
Schweinefleisch/Braten	10,36 DM	10,59 DM	3,1%
Schweinefleisch/Kotelett	12,45 DM	12,77 DM	2,6%
Kalbsschnitzel	33,20 DM	35,30 DM	6,3%
Feine Leberwurst	14,63 DM	14,81 DM	2,0%
Salami (ungar. Art)	17,65 DM	18,28 DM	3,6%
Fischfilet vom Seelachs	7,88DM	8,96 DM	13,7%
Hering in Tomatensauce (Dose)	1,98 DM	2,14 DM	8,1%
Brathähnchen (tiefgekühlt)	5,06 DM	5,32 DM	5,2%
10 Eier, Klasse A	2,42 DM	2,66 DM	10,0%
Vollmilch, 1 Liter	1,18 DM	1,20 DM	1,7%
Roggenbrot	2,42 DM	2,64 DM	9,1%
Dunkles Mischbrot	2,47 DM	2,64 DM	6,9%
Säuglingsnahrung (190 g Glas)	1,42 DM	1,47 DM	3,5%
Orangensaft, 1 Liter	1,46 DM	1,51 DM	3,4%
Kaffee, mittlere Qualität, 250 g	5,49 DM	5,85 DM	6,6%
Flaschenbier, 0,5 Liter	0,91 DM	0,97 DM	7,7%
Rotwein, 1 Liter	2,99 DM	3,42 DM	14,4%
Kartoffeln, 2,5 kg	1,83 DM	1,78 DM	- 2,7%
Weißkohl	0,93 DM	0,78 DM	-16,1%
Rotkohl	1,01 DM	0,81 DM	-20,0%
Möhren	1,34 DM	1,26 DM	- 6,0%
Tomaten	4,52 DM	5,56 DM	23,0%
Tafeläpfel	2,14 DM	2,94 DM	37,4%
Zitronen	2,49 DM	2,84 DM	14,0%
Bananen	1,61 DM	2,19 DM	36,0%
Waschpulver	2,81 DM	2,96DM	5,3%
Fußbodenpflegemittel	4,32 DM	4,91 DM	13,7%
Normalbenzin, 1 Liter	0,94 DM	1,17 DM	24,5%
Kohle, Anthrazitbriketts, 50 kg	19,05 DM	22,90 DM	20,2%
leichtes Heizöl, 1 Hektoliter	43,50 DM	59,80 DM	37,5%
Miete für eine 3-Zimmerwohnung	516,00 DM	562,00 DM	9,0%
Kinokarte (mittlerer Platz)	6,25 DM	6,75 DM	8,0%
Herrenhalbschuhe	72,10 DM	82,00 DM	13,7%
Herrenparka	79,30 DM	84,30 DM	6,3%
Summe	901,70 DM	992,03 DM	11,0%

Quelle: Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, Serie M, Preise und Preisindexziffern, 5/79 und 5/80.

Wo kein Ausweichen auf schlechtere Qualität möglich ist, wird der Verbrauch gedrosselt



Arbeiterhaushalte müssen auf mindere Qualität zurückweichen

Prozentualer Anteil des Verbrauchs eines Arbeiterhaushalts (Haushaltstyp II) vom Verbrauch eines Beamtenhaushaltes (Haushaltstyp III) an bestimmten Waren:

In der nebenstehenden Tabelle ist der Verbrauch der Arbeiterhaushalte im Verhältnis zu Haushalten höherer Beamter (gleich 100%) dargestellt. Genommen sind Waren, die im Zeitraum von 2/79 bis 4/80 nur eine geringe Preisdifferenz aufweisen. Die große Verbrauchsdifferenz zum gesicherten

Tubensahne	69,4%
Joghurt	66,5%
Butter	75,6%
Tomaten	77,3%
Salat	89,9%
Kernobst	70,4%
Steinobst	70,1%

Summe 901,70 DM 992,03 DM 11,0%

Quelle: Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, Serie M, Preise und Preisindexziffern, 5/79 und 5/80.

Wo kein Ausweichen auf schlechtere Qualität möglich ist, wird der Verbrauch gedrosselt



Arbeiterhaushalte müssen auf mindere Qualität zurückweichen

Prozentualer Anteil des Verbrauchs eines Arbeiterhaushalts (Haushaltstyp II) vom Verbrauch eines Beamtenhaushaltes (Haushaltstyp III) an bestimmten Waren:

In der nebenstehenden Tabelle ist der Verbrauch der Arbeiterhaushalte im Verhältnis zu Haushalten höherer Beamter (gleich 100%) dargestellt. Genommen sind Waren, die im Zeitraum von 2/79 bis 4/80 nur eine geringe Preisdifferenz aufweisen. Die große Verbrauchsdifferenz zum gesicherten

Tubensahne 69,4%
Joghurt 66,5%
Butter 75,6%
Tomaten 77,3%
Salat 89,9%
Kernobst 70,4%
Steinobst 70,1%

Beamtenhaushalt drückt wohl aus, daß bei diesen Waren ein Ausweichen auf qualitativ minderwertigere Waren schon nicht mehr möglich ist. Am deutlichsten wird das bei Marmelade, wo es ja große Qualitätsunterschiede gibt. Offenbar wird schon das Billigste gekauft.

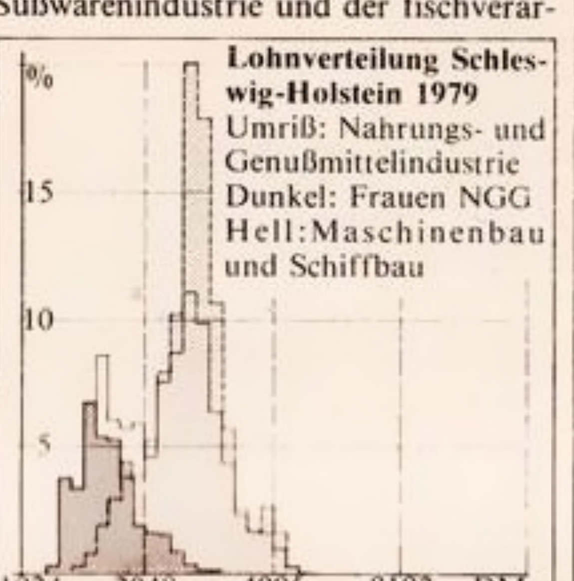
Apfelsine/Mandarine	69,7%
Bananen	92,8%
Marmelade	74 0%
Vollmilch	89,3%
Sahne	69,4%
Tee	42,5%
Wein	44,3%

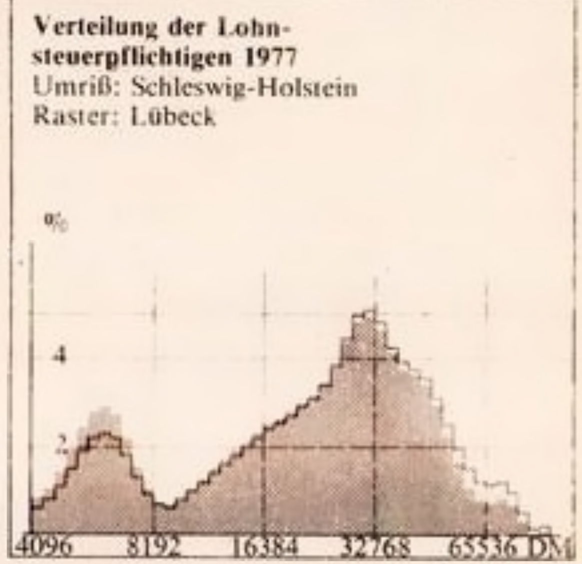
Lübeck: Niedriger Lohn bei hoher Erwerbstätigkeit in der Industrie

b.kaq. Eine überdurchschnittliche Erwerbstätigkeit in der Industrie von 34,6% in Lübeck gegenüber dem Landesdurchschnitt von 23,8% führt nicht zu überdurchschnittlichem Verdienst. Vergleichende Untersuchungen der Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen von 1977 in Lübeck und Schleswig-Holstein, siehe Schaubild, belegen dies. In dem Bereich von 3800 DM bis 8000 DM jährlich, was einem Monatslohn von 316 bis 666 DM entspricht, ist der Anteil in Lübeck um 1% höher.

In dem Bereich zwischen 11585 bis 17559 DM jährlich gibt es in Lübeck ebenfalls einen Überhang von 0,1% je Lohnklasse. Ab 26618 DM, also monatlich 2218 DM, bis zum Ende der Lohnverteilung liegt der Anteil der Lohnverteilung mit 0,2 bis 0,4% unter dem Landesdurchschnitt. 19% der Erwerbstätigen sind in Lübeck in der Investitionsgüterindustrie (Schleswig-Holstein 13,4%) tätig, davon allein 15% im Bereich Maschinenbau und Schiffbau. 4,4% der Erwerbstätigen in Lübeck sind in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie tätig (Schleswig-Holstein 3,8%). Je 1% davon in der Süßwarenindustrie und der fischverarbeitenden Industrie. Tarifliche Löhne von 7,25 DM bis 8,72 DM in diesen Branchen für ungelernte Frauen erbringen einen Monatsverdienst von 1254 bis 1508 DM.

Aber auch die Metallindustrie mit ihren sogenannten „Leichtlohngruppen" fällt in diesen Bereich, wie die Lohnverteilung zeigt. Die Lohngruppe II mit 7,53 DM erbringt bei 16% Leistungszulage einen Monatsverdienst von 1511 DM. Die IG Metall hat bislang versucht, durch Arbeitsgerichtsverfahren die Höhergruppierungen der Frauen durchzusetzen nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Das ist oft nicht erfolgreich, weil es sich ja gar nicht immer um gleiche Arbeit handelt. Die IG Metall macht jetzt eine Kampagne für die Streichung der Lohngruppe II, um diese Forderung im ganzen Tarifgebiet durchzusetzen. Das wird die Gewerkschaften in den anderen Branchen stärken, um eine Veränderung der Lohnstruktur zu erreichen. Nützlich ist dabei auch die Durchsetzung der Forderung nach weniger Besteuerung der niedrigen Löhne durch Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohnes.

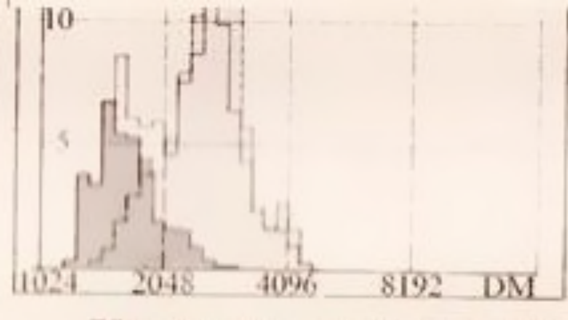


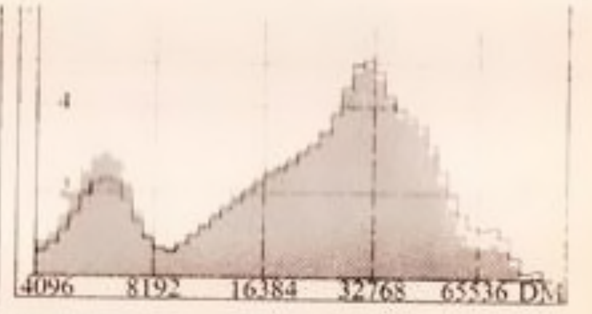


Kluft der sozialen Einrichtungen zwischen Innenstadt und Außenbezirk Flensburg

b.beu. Durch die vermehrte Arbeitshetze und die Intensivierung der Arbeit bräuchte die Arbeiterklasse mehr Zeit und Möglichkeiten der Reproduktion als je zuvor. Um Kinder zu ernähren und aufzuziehen muß einerseits der Lohn ausreichend sein, andererseits müssen die Wohnverhältnisse dies möglich machen. So haben sich im Wohnbereich der Stadt Flensburg im Lauf der Jahre und Jahrzehnte Verschiebungen ergeben.

Ein Teil der Bevölkerung ist aus der Innenstadt in die Außenbezirke gezogen. Die Bevölkerungsveränderung hat von 1970 bis 1976 in Engelsby und Mürwik sowie Harrislee (ehem. Stadtteil Flensburg) eine Zunahme von 30 bzw. 22% aus der Gesamtbevölkerung von 91500 registriert. Dagegen steht eine Abwanderung aus dem Innenstadtbereich von 20% der Gesamtbevölkerung. Die Wohnungen in den Mittel- und Randbezirken sind zwar teuer (Innenstadt ca. 380 DM, Randbezirk ca. 540 DM), aber auch größer und bieten bessere Bedingungen für die ganze Familie. Wo die Zuwanderung von Familien am größten ist, besteht auch der meiste Erholungsraum wie Wälder und Grünanlagen. Wie die untenstehende Tabelle zeigt, ist in den bürgerlichen [illegible] halt am höchsten. Besonders in der Nordstadt sind die Haushalte klein, obwohl dort gerade die Teile der Ausländer wohnen, die trotz der schlechten Wohnverhältnisse dort leben müssen. Die Zahlen der Haushaltsgrößen in der westlichen Höhe zeigen, daß die hohen Angestellten und die Bourgeoisie selbst, die zum größten Teil dort wohnt, sich mehr Kinder leisten können. Die Abwanderungsmotive aus Flensburg haben ihren Grund unter anderem bestimmt in den fehlenden sozialen Einrichtungen für die Kindererziehung wie Kindergärten und Jugendeinrichtungen, welche, wenn überhaupt, nur in der Innenstadt Flensburgs, nicht aber in den Außenbezirken zu finden sind.





Kluft der sozialen Einrichtungen zwischen Innenstadt und Außenbezirk Flensburg

b.beu. Durch die vermehrte Arbeitshetze und die Intensivierung der Arbeit bräuchte die Arbeiterklasse mehr Zeit und Möglichkeiten der Reproduktion als je zuvor. Um Kinder zu ernähren und aufzuziehen muß einerseits der Lohn ausreichend sein, andererseits müssen die Wohnverhältnisse dies möglich machen. So haben sich im Wohnbereich der Stadt Flensburg im Lauf der Jahre und Jahrzehnte Verschiebungen ergeben.

Ein Teil der Bevölkerung ist aus der Innenstadt in die Außenbezirke gezogen. Die Bevölkerungsveränderung hat von 1970 bis 1976 in Engelsby und Mürwik sowie Harrislee (ehem. Stadtteil Flensburg) eine Zunahme von 30 bzw. 22% aus der Gesamtbevölkerung von 91500 registriert. Dagegen steht eine Abwanderung aus dem Innenstadtbereich von 20% der Gesamtbevölkerung. Die Wohnungen in den Mittel- und Randbezirken sind zwar teuer (Innenstadt ca. 380 DM, Randbezirk ca. 540 DM), aber auch größer und bieten bessere Bedingungen für die ganze Familie. Wo die Zuwanderung von Familien am größten ist, besteht auch der meiste Erholungsraum wie Wälder und Grünanlagen. Wie die untenstehende Tabelle zeigt, ist in den bürgerlichen halt am höchsten. Besonders in der Nordstadt sind die Haushalte klein, obwohl dort gerade die Teile der Ausländer wohnen, die trotz der schlechten Wohnverhältnisse dort leben müssen. Die Zahlen der Haushaltsgrößen in der westlichen Höhe zeigen, daß die hohen Angestellten und die Bourgeoisie selbst, die zum größten Teil dort wohnt, sich mehr Kinder leisten können. Die Abwanderungsmotive aus Flensburg haben ihren Grund unter anderem bestimmt in den fehlenden sozialen Einrichtungen für die Kindererziehung wie Kindergärten und Jugendeinrichtungen, welche, wenn überhaupt, nur in der Innenstadt Flensburgs, nicht aber in den Außenbezirken zu finden sind.

Personen pro Haushalt in den Stadtbezirken Flensburg

0 – 1,4	gleichmäßig verteilt, besonders Nordstadt
1,5 – 1,8	gleichmäßig verteilt, außer westliche Höhe
2,9 – 2,2	westliche Höhe und Rude, Engelsby und Mürwik
2,3 – 2,8	konzentriert westliche Höhe
2,9 u. mehr	vereinzelt und westliche Höhe

(Daten und Zahlen aus Flensburger Planungskatalog 1977)

Die Dienstaufsicht ist an unbezahlter Mehrarbeit und nicht an ausreichender Urlaubsvertretung interessiert

b.eve. Jetzt in der Urlaubszeit tritt an den Krankenhäusern der Personalmangel noch viel schärfer in Erscheinung. Vor ca. vier Wochen wurde im großen Chirurgie Operationssaal im Allgemeinen Krankenhaus Heidberg in Hamburg zwei Tage nicht operiert. Der Personalmangel war so kraß, daß der Betrieb des OP mit zwei OP-Schwestern nicht mehr möglich war. Der Rettungshubschrauber konnte nicht landen, vom zentralen Bettennachweis konnten keine Notfälle zugewiesen werden. Die Beschäftigten forderten: vier Planstellen mehr – sofort. Jetzt in der Urlaubszeit heißt das Zusatzschichten und Überstunden bis zur totalen Erschöpfung für die OP-Pfleger. Dieses Beispiel ist aber nur deshalb kraß, weil der Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung von der Hamburger Gesundheitsbehörde nicht mehr vertuscht werden konnte. An zwei Stationen des Israelitischen Krankenhauses regeln die Beschäftigten die Lage in der Urlaubszeit so, daß sie vereinbaren, daß immer zwei Schwestern einer Station gleichzeitig in Urlaub sein können. Trotzdem bedeutet das jeweils bei einer Stationsbesetzung von 9 bzw. 10 Schwestern, daß die Station zu 20 bzw. 22,2% unterbelegt ist. Die Hamburger Gesundheitsbehörde berechnet den Stellenbedarf an den Krankenhäusern immer noch mit einem 15% Ausfallschlüssel für Urlaub und Krankheit zusammen. Nicht berücksichtigt ist bei diesem Schlüssel unter anderem, daß die Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten seit 1975 sich Urlaubsverlängerungen erkämpft haben.

Zunahme der Urlaubsdauer an einer Station eines Hamburger Krankenhauses:

	Alter	Zunahme d. Url.tage	Urlaub 1975	Urlaub 1980
KRII	23	6	18	24
KRIII	24	6	18	24
KRIV	23	6	18	24
KRIV	23	6	18	24
KRIV	23	6	18	24
KRIV	26	6	18	24
KRV	45	2	27	29
KRV	50	2	27	29
KRVI	39	3	23	26

Die Urlaubsverlängerung bedeutet für die Personalsituation folgendes: Zwei Schwestern, sagen wir KR III, 24 Jahre und KR II, 23 Jahre sind in Urlaub. Sie haben zusammen 12 Tage länger Urlaub als 1975. Das sind ausgehend von einer 40-Stundenwoche gerechnet 96 Arbeitsstunden, die das Personal zusätzlich ohne Urlaubsvertretung mitarbeiten muß. Das sind verteilt auf die restlichen sieben Schwestern 4,57 Arbeitsstunden pro Woche und Schwester mehr Arbeit. Unbezahlt versteht sich. Weil vieles schlicht schneller erledigt werden muß und sich noch nicht einmal in Überstunden ausdrückt. Und wenn bezahlt, dann durch Freizeitausgleich irgendwann einmal oder durch lächerliche Überstundenzuschläge.

Daß der Urlaub verlängert werden mußte und daß die Forderung der ÖTV nach 30 Tagen Urlaub berechtigt, wenn nicht zu niedrig ist, darüber sind sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst einig. Durchgesetzt werden muß aber gegen die Krankenhausleitungen, daß sie diese Urlaubsverlängerungen nicht hinterrücks wieder zu Fall bringen dadurch, daß sie keine Urlaubsvertretungen einstellen und das Personal sich abschinden muß.

Krabbe 17 muß endlich Jugendzentrum werden

b.chv. Seit über 6 Jahren kämpfen die Jugendlichen von Plön für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Teile von ihnen haben sich in der Initiative „Aktion Jugendzentrum" (AJZ) organisiert und 1978 ein Selbstverwaltungsmodell veröffentlicht. Um von der Stadt als Interessenvertreter anerkannt zu werden und um gleichzeitig Mitglied im OJR zu sein, gründeten Teile des AJZ den TOJ (Trägerverein für ein Offenes Jugendzentrum). In der praktischen Anwendung der Selbstverwaltung im vorläufigen Jugendzentrum der Stadt, dem Teehaus, haben sich die Jugendlichen ausgebildet. Sie haben eine selbständige Finanzführung und sind von der Stadt finanziell unabhängig, brauchen weder Hausmeister, noch einen Jugendpfleger zur Aufsicht. Auf einer monatlich tagenden MV beschließen sie das Programm des kommenden Monats und veröffentlichen es in einem selbstentworfenen Programmheft, das kostenlos verteilt wird. Das Teehaus mit seinen 80 qm ist für die ca. 500 Jugendlichen in Plön und Umgebung entschieden zu klein.

Das seit Jahren versprochene Jugendzentrum Krabbe 17, ein Haus in der Plöner Altstadt, sollte bis Herbst 80 mit 850000 DM saniert werden. Die Bundesregierung wollte im Rahmen der Zonenrandförderung 192000 DM übernehmen. Vor ca. 2 Wochen hat nun der Bund diese Gelder zurückgezogen, weil sich das Land angeblich nicht in gleicher Höhe beteiligen würde. Das wird natürlich von den Vertretern der Landesregierung heftig bestritten, und die Stadt Plön zeigt sich auch ganz bestürzt. Es ist die offensichtliche Absicht, die Interessen der Jugendlichen, auch Krabbe 17 nach Fertigstellung in Selbstverwaltung zu übernehmen, in dem lauthalsgeführten Streit der „Kompetenzen" zu verreißen. Die Jugendlichen wollen wissen, was gespielt wird. Zum 27.8.80 haben sie die drei Bundestagskandidaten (Herr Jungmann von der SPD ist schon im Bundestag) ins Teehaus eingeladen, um sie zur Rede zu stellen. Vor allem Herrn Jungmann, den sie für die Maßnahme der Bundesregierung verantwortlich machen. Auf die Entschlossenheit der Jugendlichen kommt es an, ob sie die Herrn Volksvertreter zu einer festen Zusage zwingen können.



Transparent der HBV-Frauen am 1. Mai 1980 in Hamburg. Mit der verlogenen Parole „Gleichberechtigung der Frau" will der Hamburger Senat erreichen, daß die Frauen zukünftig Reservearmee für fast alle unqualifizierten Arbeiten werden sollen (siehe Artikel auf dieser Seite).

Modell zur Ausdehnung der Teilzeitarbeit

r.nor. Schnipkoweit, Minister für Soziales in Niedersachsen, stellte nun auch ein Sonderprogramm mit „Modellcharakter" für die Bezuschussung „der mittelständischen Wirtschaft" (Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigte) zur „Einrichtung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze bei Einstellung teilzeitarbeitsloser Frauen" vor (DM 3000,- für jeden zusätzlichen Teilzeit(TZ)-Arbeitsplatz „zur Dekkung erhöhter Unkosten").

400000 DM ist vorläufig das Volumen des Modells für Arbeitsamtsbezirke Braunschweig, Emden, Hildesheim, Leer, Nordhorn und Osnabrück. „Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder oder pflegebedürftiger Personen" ist Einstellungsvorraussetzung seitens der Frau.

Verwandelt der Kapitalist eine Vollzeit(VZ)-Stelle in 2 TZ-Stellen durch Entlassung, so schafft er eine zusätzliche TZ-Stelle bei gleicher oder niedrigerer Lohnsumme: es findet also Rückfluß von über die Steuern eingezogenen Lohnbestandteilen an die Kapitalisten statt zur Finanzierung der vorhandenen, nicht einmal zusätzlichen Lohnvolumens. Der Bremer „Modellversuch" spricht offen von 3000,- Zuschuß bei „*Umwandlung* eines Vollzeitarbeitsplatzes". Im Unterschied zum Modellversuch in Rheinland-Pfalz, wo 20 – 25 Wochenstunden (St.) und damit Sozialversicherungspflicht festgelegt sind, genügen in Niedersachsen Arbeitsplätze mit weniger als 20 St., um dem Kapitalisten den Zuschuß einzubringen; er kann die TZ-Arbeitskraft nur nicht weniger als 1 Jahr beschäftigen. Nach dem Zwischenbericht zum rheinland-pfälzischen Modell liegt die Teilbarkeit von Arbeitsplätzen „noch bedeutend höher (als 60%), wenn neben der klassischen Vormittags-Nachmittags-Arbeitsplatzteilung auch andere Arbeitszeitformen in Betracht gezogen werden" (Minister Gölter).

In Niedersachsen sind im öffentlichen Dienst die TZ-Beschäftigten (Beamte, Angestellte, Arbeiter) insgesamt zwischen 72 und 77 von 17555 (16261 weiblich) auf 60335 (51576), d. h. um 353,8% (317,2%) gestiegen. Diese Entwicklung ist für die Privatwirtschaft an den wenigen vorhandenen Daten erkennbar. Die TZ-Arbeiterinnen im HBV-Gewerbe sind von fast null 1972 auf 9660 im Jahre 1978 gestiegen. 1972 arbeiteten im Produktiven Gewerbe 28730 TZ-Arbeiterinnen; das waren 25,8% der VZ-Arbeiterinnen; 1978 machten alleine die TZ-Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 19,2% der VZ-Arbeiterinnen aus.

1978 lag der Durchschnittslohn der TZ-Arbeiterinnen im Produktiven Gewerbe Niedersachsens in der höchsten tarifmäßigen Altersstufe bei 925,- monatlich. Die 2205 TZ-*Arbeiter* (= 0,5% der Arbeiter) verdienten durchschnittlich 1124,-. Die große Mehrheit der Arbeiterinnen im HBV-Gewerbe (74,6%) verdiente 1978 zwischen 300 und 1000 brutto.

Auf dieses Niveau sind die Löhne nur durch TZ-Arbeiterinnen zu kriegen, die, weil der Lohn des Mannes nicht reicht – was bei heranwachsenden Kindern, solange in der Ausbildung, unmittelbar in Erscheinung tritt –, gezwungen ist, Kindererziehung und Haushalt zu vernachlässigen und ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Der weitaus größte Teil der TZ-Beschäftigten sind Frauen zwischen 30 – 45 und 1 – 3 Kindern. TZ-Arbeit erscheint als Teilverkauf der Arbeitskraft; in Wirklichkeit benutzen sie die Kapitalisten, um über die Intensivierung der Arbeit für die volle Verausgabung der Arbeitskraft in der halben Zeit halben Lohn zu zahlen, ja sogar weniger, und sie setzen diese Arbeits- und Lohnbedingungen gegen die VZ-Beschäftigten ein. Kapitalisten und öff. Dienstherr drücken bei TZA unter 20 Stunden den Lohn zusätzlich um ihren Anteil an der Sozialversicherung. Anspruch auf Urlaubsgeld und Beihilfen besteht nicht.

Richtig stellt auch der Bundesfrauenausschuß der ÖTV fest, daß die Geltung der Tarifverträge auch für TZ-Beschäftigte und „langfristig eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und Lohnausgleich" durchgesetzt werden muß.

(DM 3000,- für jeden zusätzlichen Teilzeit(TZ)-Arbeitsplatz „zur Dekkung erhöhter Unkosten").

400000 DM ist vorläufig das Volumen des Modells für Arbeitsamtsbezirke Braunschweig, Emden, Hildesheim, Leer, Nordhorn und Osnabrück. „Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder oder pflegebedürftiger Personen" ist Einstellungsvorraussetzung seitens der Frau.

Verwandelt der Kapitalist eine Vollzeit(VZ)-Stelle in 2 TZ-Stellen durch Entlassung, so schafft er eine zusätzliche TZ-Stelle bei gleicher oder niedrigerer Lohnsumme: es findet also Rückfluß von über die Steuern eingezogenen Lohnbestandteilen an die Kapitalisten statt zur Finanzierung der vorhandenen, nicht einmal zusätzlichen Lohnvolumens. Der Bremer „Modellversuch" spricht offen von 3000,- Zuschuß bei „*Umwandlung* eines Vollzeitarbeitsplatzes". Im Unterschied zum Modellversuch in Rheinland-Pfalz, wo 20 – 25 Wochenstunden (St.) und damit Sozialversicherungspflicht festgelegt sind, genügen in Niedersachsen Arbeitsplätze mit weniger als 20 St., um dem Kapitalisten den Zuschuß einzubringen; er kann die TZ-Arbeitskraft nur nicht weniger als 1 Jahr beschäftigen. Nach dem Zwischenbericht zum rheinland-pfälzischen Modell liegt die Teilbarkeit von Arbeitsplätzen „noch bedeutend höher (als 60%), wenn neben der klassischen Vormit-

machten alleine die TZ-Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 19,2% der VZ-Arbeiterinnen aus.

1978 lag der Durchschnittslohn der TZ-Arbeiterinnen im Produktiven Gewerbe Niedersachsens in der höchsten tarifmäßigen Altersstufe bei 925,- monatlich. Die 2205 TZ-*Arbeiter* (= 0,5% der Arbeiter) verdienten durchschnittlich 1124,-. Die große Mehrheit der Arbeiterinnen im HBV-Gewerbe (74,6%) verdiente 1978 zwischen 300 und 1000 brutto.

Auf dieses Niveau sind die Löhne nur durch TZ-Arbeiterinnen zu kriegen, die, weil der Lohn des Mannes nicht reicht – was bei heranwachsenden Kindern, solange in der Ausbildung, unmittelbar in Erscheinung tritt –, gezwungen ist, Kindererziehung und Haushalt zu vernachlässigen und ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Der weitaus größte Teil der TZ-Beschäftigten sind Frauen zwischen 30 – 45 und 1 – 3 Kindern. TZ-Arbeit erscheint als Teilverkauf der Arbeitskraft; in Wirklichkeit benutzen sie die Kapitalisten, um über die Intensivierung der Arbeit für die volle Verausgabung der Arbeitskraft in der halben Zeit halben Lohn zu zahlen, ja sogar weniger, und sie setzen diese Arbeits- und Lohnbedingungen gegen die VZ-Beschäftigten ein. Kapitalisten und öff. Dienstherr drücken bei TZA unter 20 Stunden den Lohn zusätzlich um ihren Anteil an der

Unter der Parole Gleichberechtigung – demnächst unbeschränkte Nachtarbeit für Frauen

r.ind. Der Hamburger Senat will im Bundesrat den Entwurf (nicht veröffentlicht) eines „arbeitsschutzrechtlichen Gleichstellungsgesetzes" einbringen. Am 22. Juli hat der Sozialsenator Ehlers eine Landespressekonferenz dazu gegeben: „Die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen benachteiligen in vielen Bereichen die weiblichen Arbeitnehmer. Mit dem gesellschafts- und rechtspolitischen Auftrag des Grundgesetzes sind sie nicht vereinbar und müssen daher den heutigen Verhältnissen angepaßt werden". Von den vielen Bestimmungen gelten einige schon seit 1938 und bedeuten heute tatsächlich, daß Frauen bestimmte Berufe gar nicht oder nur schwer erlernen können, wie z.B. festgelegt ist, daß Frauen auf Bauten nicht mit den eigentlichen Betriebsarten beschäftigt werden dürfen, oder daß sie den Malerberuf nur erlernen dürfen, wenn besonders breite Leitern vorhanden sind (für lange Röcke).

An den Vorarbeiten zu diesem Entwurf war der DGB beteiligt, nach Auskunft ist er dafür, daß die Gesetze überarbeitet werden, hält aber an bestimmten Schutzmaßnahmen fest, insbesondere was das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen betrifft. Gerade darin sieht der Senator aber eine wesentliche Benachteiligung: „Ein sachlicher Grund für die ungleiche Behandlung besteht nicht mehr." Da jedoch Nachtarbeit schädlich ist, sollte nach Meinung des Senators durch gesetzliche Bestimmungen die Nachtarbeit für alle Arbeitnehmer auf das unbedingt erforderliche Maß zurückgeschraubt werden (Pressestelle). Auf jeden Fall müssen die Frauen zuerst *gleichberechtigt* werden, und das erforderliche Maß wird sicher nicht das generelle Verbot der Nachtarbeit sein, solch eine Initiative ist bisher nicht bekannt. Welches Maß notwendig ist, bestimmen die Kapitalisten, und die Produktion – insbesondere aber die Höchstprofite und damit Punkte vor der Konkurrenz – ist immer gefährdet, wenn die Maschinen nicht rund um die Uhr laufen. Und der Ausdehnung der Nachtarbeit setzt nur der Kampf der Arbeiter Schranken. Die Forderungen in Richtung Verbot der Nachtarbeit nahmen auf den 1.Mai-Demonstrationen einen großen Raum ein, und die gesamte Gewerkschaftspresse befaßt sich damit. Wenn in Zukunft die Frauen zur Nachtarbeit gezwungen werden können, soll damit der Kampf gebrochen werden, indem die Kapitalisten den Zugriff auf viel mehr Arbeitskräfte haben.

Ein zweiter wesentlicher Punkt des Entwurfs soll die Beseitigung der Schutzvorschriften sein, „wenn sie an eine durchschnittlich geringere körperliche Leistungsfähigkeit von Frauen anknüpfen, da sie erhebliche individuelle Unterschiede nicht berücksichtigen" (Pressestelle). Den Frauen würden damit die Bauberufe geöffnet, wenn auch nicht als Maurer, so als Zupfleger, was Schwerstarbeit ist, ebenso könnten sie dann an Walzstraßen, am Hochofen und als Stahlarbeiter beschäftigt werden, was ebenfalls Schwerstarbeit ist. Diese Art *Gleichberechtigung* wollen die Frauen aber nicht, im Gegenteil, z.B. gibt es an den Gewerkschaftstag der IG Chemie allein 3 Anträge, die fordern, das Verbot beizubehalten, Frauen auf Arbeitsstellen regelmäßig mehr als 10 kg heben zu lassen.

In Hamburg nimmt der Anteil der arbeitslosen Frauen an allen Arbeitslosen seit 1975 zu, sie bilden schon jetzt einen großen Teil der industriellen Reservearmee, aber nicht alle Kapitalisten haben darauf Zugriff. Das Gesetz soll die Gleichberechtigung der Kapitalisten herstellen, es wird nur die Reihe „Mädchen in Männerberufen", „Ausländerkinder in die Berufe" (wir haben darüber in der KVZ berichtet) fortsetzen, womit die Kapitalisten insgesamt Druck auf die Löhne betreiben und die Arbeitsbedingungen verschlechtern wollen.

Übernahme von Arbeiten durch nicht dafür qualifiziertes Personal hält Krankenhausbetrieb am laufen

r.mha. Frühdienst auf einer 27-Bettenstation, besetzt mit einer Vollschwester und zwei Schülerinnen. Um 6 Uhr gehen die beiden Schülerinnen Bettenmachen, während die Schwester Blutabnahmen vornimmt. Ca. 40 Röhrchen a 5 – 10 ccm von 10 verschiedenen Patienten. Ursprünglich ist das Blutabnehmen ärztliche Tätigkeit, die jedoch fast überall in die Routinearbeit der Krankenschwestern eingegangen ist, manifestiert durch die Laborschlußzeiten von 8 Uhr – danach werden nur noch im Notfall Untersuchungen angenommen. Vom ärztlichen Personal ist diese Tätigkeit ohnehin nicht mehr zu bewältigen.

Bei 6 der 10 Patienten, denen Blut abgenommen werden muß, muß auch eine Infusion angelegt werden. Die Schwester erledigt diese Aufgabe gleich mit. So wird Zeit gespart, weil die Infusion dann bis zum Frühstück schon durchgelaufen ist und somit keiner abgestellt werden muß zum Füttern des Patienten. Außerdem wird der Patient, da sowieso Blut abgenommen werden muß, nur einmal gestochen. Die Technik des Venenpunktierens beherrscht die erfahrene Schwester, wozu ihre Ausbildung sie jedoch nicht qualifiziert, ist das Einschätzen von und Handeln bei unvorhergesehenen Reaktionen der Kranken auf bestimmte Medikamente. Nicht nur bei der intravenösen Gabe von Herzmitteln kann der Patient plötzlich „wegbleiben", auch als harmlos geltende Medikamente können beim Patienten einen allergischen Schock verursachen, der – wird er nicht rechtzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen getroffe – in kürzester Zeit zum Tod führen kann. Die Gabe von Kaliumchlorid, z.B. nicht in die Infusionsflasche sondern direkt in die Vene gespritzt, kann den Verlust des Armes bedeuten.

Gegen 7 Uhr verschwindet eine Schülerin in der Küche, um das Frühstück für die Patienten zuzubereiten, die andere verabreicht, da die Blutabnahme noch nicht beendet ist, die intramuskulären und subcutanen (unter die Haut) Spritzen. Das ist zwar nicht Arzt-, jedoch Schwesterntätigkeit und keine Schülerinnensache, es sei denn unter Aufsicht und Anleitung. Geht etwas schief, trifft die Schülerin z.B. den Ischiasnerv und das Bein bleibt gelähmt, oder es entwickelt sich an der Einstichstelle eine Entzündung, ein Spritzenabszeß, wird die diensthabende Schwester zur Verantwortung gezogen, ebenso wie sie sich zu verantworten hat, unterläuft ihr ein Fehler bei der Ausübung von Arzttätigkeiten. Ohne die Übernahme von Aufgaben durch dafür nicht qualifiziertes Personal würde der Krankenhausbetrieb jedoch schnell zusammenbrechen, denn wann soll der Chirurg, der den ganzen vormittag operiert auch noch Blutabnahmen und Infusionenlegen tätigen, genau wie die Vollschwester allein mit zwei Schülerinnen überbelastet ist.

r.wal. **Kampagne der ÖTV:** unter welchen Bedingungen dürfen ursprüngliche ärztliche Tätigkeiten, wie intravenöse, intramuskuläre, sub- und intruktane (unter bzw. in die Haut gehende) Spritzen durch das Pflegepersonal übernommen werden. **Forderungen:** 1. Ausreichende Qualifikation des Pflegepersonals (gegenwärtig ist das Erlernen derartiger Injektionstechniken nicht Bestandteil der Ausbildungs- und Prüfungsordnung). 2. Verantwortungspflicht des Arztes, d.h. solange die Ausbildung in diesen Tätigkeiten nicht erfolgt ist, trägt der Arzt die Verantwortung, wenn er das Pflegepersonal damit beauftragt. 3. Klärung der arbeitsrechtlichen Situation, d.h. einer Pflegekraft dürfen keine Nachteile daraus erwachsen, daß sie eine Ausführung der Injektionen aufgrund einer mangelnden Ausbildung verweigert. 4. Haftpflicht, der Krankenhausträger soll die Kosten einer Haftpflichtversicherung übernehmen. 5. Personalbemessung – der Stellenplan muß entsprechend ausgeweitet werden.

Viele Schwestern und Pfleger an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) weigern sich zunehmend, unter den gegenwärtigen Bedingungen Injektionen durchzuführen. 10 Beschäftigte der Aufnahmestation der MHH, auf der sich das Pflegepersonal teilweise weigert, Blutentnahmen durchzuführen, haben in einem Brief an den Kanzler der MHH die sofortige Einrichtung von 16 Planstellen gefordert. Die Station ist so unterbesetzt, daß nachts nur eine examinierte Kraft und eine Hilfskraft arbeiten, obwohl die Station als Aufnahmestation auch nachts schwere Notfälle (z.B. Tablettenvergiftungen) aufnehmen muß.

Übernahme von Arbeiten durch nicht dafür qualifiziertes Personal hält Krankenhausbetrieb am laufen

r.mha. Frühdienst auf einer 27-Bettenstation, besetzt mit einer Vollschwester und zwei Schülerinnen. Um 6 Uhr gehen die beiden Schülerinnen Bettenmachen, während die Schwester Blutabnahmen vornimmt. Ca. 40 Röhrchen a 5 – 10 ccm von 10 verschiedenen Patienten. Ursprünglich ist das Blutabnehmen ärztliche Tätigkeit, die jedoch fast überall in die Routinearbeit der Krankenschwestern eingegangen ist, manifestiert durch die Laborschlußzeiten von 8 Uhr – danach werden nur noch im Notfall Untersuchungen angenommen. Vom ärztlichen Personal ist diese Tätigkeit ohnehin nicht mehr zu bewältigen.

Bei 6 der 10 Patienten, denen Blut abgenommen werden muß, muß auch eine Infusion angelegt werden. Die Schwester erledigt diese Aufgabe gleich mit. So wird Zeit gespart, weil die Infusion dann bis zum Frühstück schon durchgelaufen ist und somit keiner abgestellt werden muß zum Füttern des Patienten. Außerdem wird der Patient, da sowieso Blut abgenommen werden muß, nur einmal gestochen. Die Technik des Venenpunktierens beherrscht die erfahrene Schwester, wozu ihre Ausbildung sie jedoch nicht qualifiziert, ist das Einschätzen von und Handeln bei unvorhergesehenen Reaktio-

troffe – in kürzester Zeit zum Tod führen kann. Die Gabe von Kaliumchlorid, z.B. nicht in die Infusionsflasche sondern direkt in die Vene gespritzt, kann den Verlust des Armes bedeuten.

Gegen 7 Uhr verschwindet eine Schülerin in der Küche, um das Frühstück für die Patienten zuzubereiten, die andere verabreicht, da die Blutabnahme noch nicht beendet ist, die intramuskulären und subcutanen (unter die Haut) Spritzen. Das ist zwar nicht Arzt-, jedoch Schwesterntätigkeit und keine Schülerinnensache, es sei denn unter Aufsicht und Anleitung. Geht etwas schief, trifft die Schülerin z.B. den Ischiasnerv und das Bein bleibt gelähmt, oder es entwickelt sich an der Einstichstelle eine Entzündung, ein Spritzenabszeß, wird die diensthabende Schwester zur Verantwortung gezogen, ebenso wie sie sich zu verantworten hat, unterläuft ihr ein Fehler bei der Ausübung von Arzttätigkeiten. Ohne die Übernahme von Aufgaben durch dafür nicht qualifiziertes Personal würde der Krankenhausbetrieb jedoch schnell zusammenbrechen, denn wann soll der Chirurg, der den ganzen vormittag operiert auch noch Blutabnahmen und Infusionenlegen tätigen, genau wie die Vollschwester allein mit zwei Schülerinnen überbelastet ist.

r.wal. **Kampagne der ÖTV:** unter welchen Bedingungen dürfen ursprüngliche ärztliche Tätigkeiten, wie intravenöse, intramuskuläre, sub- und intruktane (unter bzw. in die Haut gehende) Spritzen durch das Pflegepersonal übernommen werden. **Forderungen:** 1. Ausreichende Qualifikation des Pflegepersonals (gegenwärtig ist das Erlernen derartiger Injektionstechniken nicht Bestandteil der Ausbildungs- und Prüfungsordnung). 2. Verantwortungspflicht des Arztes, d.h. solange die Ausbildung in diesen Tätigkeiten nicht erfolgt ist, trägt der Arzt die Verantwortung, wenn er das Pflegepersonal damit beauftragt. 3. Klärung der arbeitsrechtlichen Situation, d.h. einer Pflegekraft dürfen keine Nachteile daraus erwachsen, daß sie eine Ausführung der Injektionen aufgrund einer mangelnden Ausbildung verweigert. 4. Haftpflicht, der Krankenhausträger soll die Kosten einer Haftpflichtversicherung übernehmen. 5. Personalbemessung – der Stellenplan muß entsprechend ausgeweitet werden.

Aktionen gegen NATO-Herbstmanöver geplant

r.mid. Beginnend im August werden in der Bezirksgruppe etwa 8 Manöver der Besatzungsstreitkräfte und der Bundeswehr im Rahmen der NATO-Manöver „Autumn Forge" stattfinden. An diesen Manövern werden über 100000 Mann mit 12000 Militärfahrzeugen teilnehmen. Die meisten dieser Manöver dienen der Vorbereitung des Großmanövers „Crusader", an dem allein 65000 Soldaten teilnehmen. Im Landkreis Hameln-Pyrmont ist jetzt die Übung „Natures Child 80/6" angelaufen, während der eine Weserüberquerung in der Nähe von Grohnde stattfinden wird. Nach der Übung sollen die beteiligten Truppenteile am 23. September an einer Parade in Detmold teilnehmen. Obwohl die Übung bereits Ende Juli anlief, wurde dem Landkreis Hameln noch immer nicht mitgeteilt, welche Bereiche des Kreises durch das Manöver betroffen sind.



Flußüberquerung eines AMX-30 Panzers

Gerade im Raum Hameln war es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Protestaktionen gegen die Manöverschäden gekommen. In Hameln fordert sogar der Stadtrat, daß das Übungsgelände und die Kasernen der britischen Besatzer in Hameln nicht ausgedehnt werden, weil sonst die Störungen für die Bevölkerung unerträglich werden.

Der niedersächsische Finanzminister hat Ende Juli in einer Pressemitteilung bekannt gemacht, daß im Jahr '79 über 14000 Manöverschäden durch die Ämter für „Verteidigungslasten" beglichen wurden. 18 Millionen Mark wurden aufgewendet. Das entspricht einer durchschnittlichen Schadensregulierung von 1300 DM.

Ende Juli trafen sich in Hannover über 80 Leute und 18 Gruppen aus dem norddeutschen Raum zu einem Koordinierungsgespräch gegen die NATO-Herbstmanöver. Bei diesem Treffen einigte man sich auf die Herausgabe eines Nachrichtendienstes und die Vorbereitung eines Kongresses auf dem verschiedene Fragen des antimilitaristischen, antiimperialistischen Kampfes besprochen werden sollen. Ein erstes „MaNÖver-Info" wurde bereits erstellt und an 6 Gruppen in Detmold, Hameln, Hamburg, Braunschweig, Hildesheim und Hannover verschickt. Weitere regionale Koordinationstreffen sind geplant.

Trennscheibe gegen Besucher eines Gefangenen

r.hep. Am 4.7.1980 hat das Landgericht Hannover, 2. Strafkammer, Ausdehnung des Trennscheibeneinsatzes beschlossen. Eine Frau soll ihren gefangenen Mann nur besuchen dürfen bei Trennscheibe. D.h. jeder direkte Kontakt wird unterdrückt, jeder sitzt in einem kahlen Raum, dazwischen eine Wand, in der Wand eine Panzerglasscheibe von etwa 1,5m², beidseitig eine geräuschdurchlässige Filterkonstruktion. Das Ehepaar ist gemeinsam wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz angeklagt. Die Begründung für die Trennscheibe: „Sie sind der Drogenscene zuzurechnen."

Gesetzlich gibt es die Trennscheibe seit 1978 nur in Verfahren wegen terroristischer Vereinigung – § 129a StGB, nur gegen Anwälte, die nicht überwacht werden dürfen. Seither sinnt die Bourgeoisie auf Ausdehnung. 1979 hat sie es in Celle 3 mal gegen sonstige Gefangene und ihre Anwälte erfolglos versucht. Die Ausdehnung auf Besucher ist der neueste Versuch; jetzt heißt es Rauschgift, dann wird es heißen Geld- oder Briefschmuggel – uferlos. Der Einsatzplan in Hannover stammt schon vom 28.1.1980; noch am 3.7. fürchtete ein Staatsanwalt Aufruhr bei Einsatz; am 30.7. forderte die Vereinigung Niedersächsischer Strafverteidiger Abriß der Trennscheibe, generelles Verbot. Am 1.8. räumte der Gefängnisleiter im NDR Zweifel an der Rechtmäßigkeit ein. Weitere Stellungnahmen können die vertiefen.

Mehr Zwangsarbeit in Gefängnissen Nordrhein-Westfalens

r.elb. In ihrer Jahresbilanz über die Ausbeutung der Gefangenen in Nordrhein-Westfalen kann Justizministerin Inge Donepp (SPD) eine „wesentliche Verbesserung der Arbeitssituation" vermelden lassen. Darunter ist nichts anderes zu verstehen, als daß den Gefangenen mehr Zwangsarbeit abgepreßt wurde. Im Tagesdurchschnitt waren in die 17 Gefängnisse 15256 Gefangene gepfercht, davon 10157 oder 66,6% in Zwangsarbeit. Der weitaus größte Teil der Gefangenen, die nicht arbeiteten, waren Untersuchungsgefangene, der „Anteil der mangels Arbeit Unbeschäftigten ist von 7,1% im Jahre 1978 auf 4,9% im vergangenen Jahr gesunken". Weder renten- noch krankenversichert, ohne gewerkschaftlichen Zusammenschluß sind die Gefangenen der entrechtetste Teil der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten beuten knapp 57% der arbeitenden Gefangenen in NRW zumeist in Betrieben innerhalb der Gefängnisse aus und zahlen dafür an die Justiz Tagessätze zwischen ca. 50 und 70 DM; der gefangene Arbeiter bekommt pro Tag nicht einmal *einen* Stundenlohn eines Arbeiters „in Freiheit". Aber damit nicht genug: 10,1% der Gefangenen erhalten gar nichts. Sie werden zu sogenannten lohnfreien Arbeiten in den Küchen und Wäschereien der Gefängnisse eingesetzt, weitere 11,4% zu anderen Hilfstätigkeiten herangezogen. Gewerkschaftliche Rechte und tarifliche Bezahlung sind die vordringlichsten Forderungen.

Besteuerung der Bauern – Einige Erfahrungen aus der Ausbildung für Steuerberater

r.mia. Wenn man sich zum Steuerberater ausbilden lassen will, so kann man dies nur auf privaten Schulen tun. Zahlreiche Vorraussetzungen erfüllt, zahlt das Arbeitsamt 58% vom bisherigen Netto, 3,- DM je Unterrichtsstunde, pauschal 330 DM für Unterbringung und Verpflegung sowie 150 DM für Bücher, für die man selber 500 DM aufbringen muß. Gefördert wird eine viermonatige Ausbildung, die verglichen mit der Finanzverwaltungsausbildung dort mindestens 18 Monate dauert. Gedrängter Stoff. Täglich 14–15 Stunden Arbeitszeit, Samstag, Sonntag durch, vier freie Tage im Monat. Selber legt man dabei um die 10000 DM zu. Studiert werden Gesetze und ihre Anwendung. Ist das doch spezielle Lohnsteuerrecht erst gar nicht Ausbildungsgegenstand, so erfährt man von den Landwirten, daß sie hohe Gewinne hätten, beileibe aber dafür keine Steuern zahlen würden. Gemeint sind ca. 600000 kleine und mittlere Bauern, die ihren Gewinn nach sogenannten Durchschnittssätzen des § 13a des Einkommenssteuergesetzes ermitteln.

Ab dem 1.7.80, dem Beginn des Wirtschaftsjahres der Landwirte, ist jetzt die Besteuerung der Bauern neu geregelt worden. Im Kern werden 55000 Bauern dadurch neu in die Buchführungspflicht gezwängt, und auf die Jahre hin gesehen bedeutet diese Neuregelung die generelle Buchführungspflicht der kleinen und mittleren Bauern. Diese Neuregelung veranlaßte es auch, die angehenden Steuerbevollmächtigten und Steuerberater auf einen „entstehenden zukunftsträchtigen Markt“ hinzuweisen, der sich dadurch auftun würde.

Tatsächlich sind die steuerlichen Fragen der Bauern kompliziert, und man braucht neben den steuerlichen Kenntnissen eine gehörige Portion Einblick und Verständnis ihrer Produktion. Ist letzteres erst gar nicht vorhanden, so dürfte man doch wenigstens auf steuerliche Kenntnisse hoffen. Doch auch dabei weit gefehlt. Die jeweiligen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes, des Umsatzsteuergesetzes und des Bewertungsgesetzes sind nicht „prüfungsrelevant“, und man strotzt vor Unkenntnis nach beendigter Ausbildung. Dafür hat man aber im Kopf, daß die Bauern ihre Gewinne nicht versteuern würden und daß das auch noch gesetzlich gedeckt wäre. Wie verhält es sich aber tatsächlich mit der gesetzlichen Absicherung der Nichtbesteuerung?

Obwohl für den Leser sicher schwierig, kurz ein Überblick über diesen § 13a des Einkommenssteuergesetzes. Voraussetzung ist, daß der Bauer nicht buchführungspflichtig ist. Pflichtig ist er, wenn er entweder sich ins Handelsregister eintragen läßt (§ 3 des Handelsgesetzbuches) oder einen Umsatz von mehr als 360000 DM hat oder ein Vermögen von mehr als 100000 DM hat (der Grund und Boden wird dabei auch bewertet) oder einen Gewinn von mehr als 15000 DM hat. Das war die alte Regelung.

Vereinfacht dargestellt ermittelt sich der Gewinn nach § 13a folgendermaßen: Zuerst wird ein sogenannter Grundbetrag ermittelt. Eine vom Staat festgelegte, in den einzelnen Landstrichen aber verschiedene „landwirtschaftliche Vergleichszahl“ wird mit einem Vergleichswert des Bewertungsgesetzes, der sich nach der Art der Nutzung des Bodens bestimmt, malgenommen. Mit der landwirtschaftlichen Fläche malgenommen kommt ein „Ausgangswert“ heraus. Davon bildet dann ein Zwölftel den Grundbetrag, einen ersten Teil des Gewinns. Hinzu kommen jetzt noch der Wert der Arbeitsleistung des Betriebsinhabers und seiner im Betrieb unentgeltlich tätigen Angehörigen. Weiterhin Pachtzinsen, sofern er Land verpachtet hat, sowie eventuell noch Zuschläge für Sonderkulturen wie Spargel und Hopfen. Als letztes noch der Nutzungswert der Wohnung mit 1/18 des Wohnungswertes. Von dieser Summe abziehen kann der Bauer dann Pachtzinsen für zugepachtetes Land sowie Schuldzinsen, soweit es sich um Betriebsausgaben handelt. Neugeregelt wurde jetzt, daß der Grundbetrag nicht mehr 1/12 sondern 1/6 bzw. 1/5 des Ausgangswertes beträgt. Der Wert der Arbeitsleistung wurde von bisher zwischen 4000 und 4800 auf mindestens 8000 bis zu 14000 DM je tätigem Angehörigen erhöht. Der Tatbestand, daß es meist nur geht, wenn die ganze Familie des Bauern arbeitet, ist Grund genug, dies zur Besteuerungsgrundlage zu machen. Der Betriebsleiterzuschlag wurde von 2,5% auf 5% erhöht. An der Buchführungspflicht wurde ebenfalls gedreht. Herauszuheben ist dabei die Beseitigung der Grenze des Vermögens von 100000 DM und stattdessen eine 40000-DM-Grenze bezogen auf den Wirtschaftswert, der auf Grund und Boden, seine Bebauung und die Wirtschaftsgebäude greift.

Mit 300 Mio. DM gibt die Bundesregierung die Beute des Raubzuges an. Schon jetzt ist sicher, daß es ein Vielfaches dieses Betrages werden wird. Daß dem Steuerraubzug nicht im Vertrauen auf die Steuerberater begegnet werden kann, sieht man.

Landhandel will Getreidepreis drücken



Die meisten Bauern mußten ihre Wintergerste ohne Preis abliefern. Der Landhandel lotet jetzt seine Möglichkeit aus, den Preis zu drücken. Im nördlichen Schleswig-Holstein treffen sich die Geschäftsführer der Raiffeisenkassen am 1. August zur „Getreidesitzung“. Die hochwertigen Futtermittel, die den Ländern der Dritten Welt weit unter Wert abgepreßt werden, drücken auf den Absatz und Preis inländischer Futtermittel. Futtergerste aus dem Vorjahr war noch reichlich vorhanden. Sie wurde im Juni mit 45,50 DM/dt gehandelt, 1979 waren es 46,90 DM/dt. Der Landhandel will für seinen Profitverlust die Bauern zahlen lassen. Soweit Preise genannt wurden, liegen sie mit 40,50 DM/dt um 1,50 DM unter dem Erntepreis des Vorjahres.

Bedarf an essentiellen Nährstoffen nur teilweise gedeckt

z.hev. Im Ernährungsbericht 1980 der Deutschen Gesellschaft für Ernährung wird eine „unzureichende Bedarfsdeckung an essentiellen Nährstoffen“ (Vitamine, Mineralien, Linolsäure, Eiweiß) festgestellt. Diese Stoffe können vom menschlichen Körper nicht aus anderen Bestandteilen der Nahrung aufgebaut und müssen deshalb stets mit der Nahrung zugeführt werden. Völliges Fehlen führt zu schweren Mangelkrankheiten, chronische und relativ geringfügige Unterversorgung zu Störungen im Wohlbefinden, die nur schwer als Mangelerscheinungen erkannt werden können. Besonders kritisch ist die Versorgung bei Eisen, hier besonders bei Frauen im gebärfähigen Alter, und bei Vitamin B 1. Dieses Vitamin gilt als „kritischer Nährstoff im engsten Sinn“, da wegen einschneidender Änderungen in der Ernährung weniger Kartoffeln und Backwaren gegessen werden, in denen es reichlich vorkommt. Die Versorgung mit Folsäure ist mangelhaft bei Kindern, Jugendlichen und erwachsenen Frauen; Calcium wegen fallenden Milchkonsums vor allem bei Jugendlichen und Kindern; in verschiedenen Regionen Westdeutschlands herrscht Jodmangel. Bestimmte Medikamente, falsche Lagerung und Verarbeitung von Nahrungsmitteln, vor allem in Großküchen mit zu langen Koch- und Warmhaltezeiten, zerstören essentielle Nährstoffe.

Fischverarbeitungsindustrie in Neufundland wird bestreikt

z.elf. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fischverarbeitungsfabriken in Neufundland, Kanada, streiken seit Mitte Juli. Die Küstenfischer Neufundlands boykottieren die Fischlieferungen an die Fabriken. Die Arbeiter in den Fischfabriken und die Küstenfischer sind in einer gemeinsamen Gewerkschaft organisiert. Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Kapitalisten über höhere Löhne und höhere Abnahmepreise waren Ende Juni gescheitert. Auf den Streik gegen fünf Werke der Kapitalisten von Fisheries Products Ltd. antworteten die Kapitalisten der Firma National Sea Pro-
waren durch Streik und Aussperrung 75 Verarbeitungsfabriken geschlossen. In Neufundland arbeiten fast 8% direkt im Fischfang und in Fischfabriken, Tausende in von der Fischerei abhängigem Gewerbe. 1979 exportierte Neufundland Fisch im Werte von 420 Mio. kanadischen Dollar (ca. 645 Mio. DM), zwei Drittel davon in die USA. Der Ministerpräsident von Neufundland Peckford verlangte eine 30tägige „Abkühlfrist“, also Abbruch des Streiks. Der Präsident der Gewerkschaft der Küstenfischer und der Arbeiter in der Fischindustrie hatte die Kapitalisten gewarnt: „Merkt euch, die Fischer sind zäh, und sie wissen, wie man durchhält.“ Anfang des Jahres hatten auch die Arbeiter auf den Tiefseetrawlern gestreikt.

Expansionsanstrengungen der französischen Agrarkapitalisten

z.pel.Paris. „Eine Landwirtschaft der Eroberung“ hatte Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing in einer Grundsatzrede im Dezember 1977 gefordert. Die Entwicklung seitdem mag ihn mit einer gewissen Befriedigung erfüllen. Der Staatssekretär für die Nahrungsmittelindustrie Débatisse – bis Februar war er noch Präsident des Bauernverbandes FNSEA – konnte am 29.7. verkünden, daß er für das Jahr 1980 im Außenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten und Nah-
auf die Jahre hin gesehen bedeutet diese Neuregelung die generelle Buchführungspflicht der kleinen und mittleren Bauern. Diese Neuregelung veranlaßte es auch, die angehenden Steuerbevollmächtigten und Steuerberater auf einen „entstehenden zukunftsträchtigen Markt“ hinzuweisen, der sich dadurch auftun würde.

Tatsächlich sind die steuerlichen Fragen der Bauern kompliziert, und man braucht neben den steuerlichen Kenntnissen eine gehörige Portion Einblick und Verständnis ihrer Produktion. Ist letzteres erst gar nicht vorhanden, so dürfte man doch wenigstens auf steuerliche Kenntnisse hoffen. Doch auch dabei weit gefehlt. Die jeweiligen Vorschriften des Einkommen-

dung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Unter dem Schlachtruf der Senkung der Produktionskosten und Erhöhung der Produktivität zwecks Eroberung der europäischen Märkte treiben die nationalen Bourgeois die Masse der Bauern zu forcierter Mechanisierung der Produktion sowie Einsatz von Kunstdünger, Spezialfutter etc. Die notwendigen Kredite werden teilweise von den Maschinenbau- und Düngemittelkapitalisten, in der Hauptsache jedoch über den crédit agricole,
gesetzes, der sich nach der Art der Nutzung des Bodens bestimmt, malgenommen. Mit der landwirtschaftlichen Fläche malgenommen kommt ein „Ausgangswert“ heraus. Davon bildet dann ein Zwölftel den Grundbetrag, einen ersten Teil des Gewinns. Hinzu kommen jetzt noch der Wert der Arbeitsleistung des Betriebsinhabers und seiner im Betrieb unentgeltlich tätigen Angehörigen. Weiterhin Pachtzinsen, sofern er Land verpachtet hat, sowie eventuell noch Zuschläge für Sonderkulturen wie Spargel und Hopfen. Als letztes noch der Nutzungswert der Wohnung mit 1/18 des Wohnungswertes. Von dieser Summe abziehen kann der Bauer dann Pachtzinsen für zugepachtetes Land sowie Schuldzinsen, soweit es sich um Betriebsausgaben

hängige.

In anderen Bereichen, z.B. Milchprodukte, hat eine ähnliche Bewegung von vertikaler Verknüpfung und Konzentration stattgefunden. 40% der Unternehmen der Nahrungsmittelbranche sind zwischen 1960 und 1975 niederkonkurriert worden, wobei der französische Staat diese Konzentrationsbewegung über Exportsubventionen und Rationalisierungsauflagen nach Kräften gefördert hat. Mit Générale Occidentale und BSN Gervais-Danone sind

und den Niederlanden. ⅔ der Exporte gingen jedoch in die EG. Für die kommenden Jahre soll der Angriff auf die Drittmärkte organisiert werden. Das soeben beschlossene landwirtschaftliche Rahmengesetz bestimmt dafür die nationalen Maßnahmen wie Beschränkung der Staatshilfen auf an die Konzerne gebundene Bauern, Verstärkung der Exportsubventionen und Finanzierung der Exportstrukturen über einen „Exportfondsbeitrag“ aller Bauern. Für die EG verlangen die französischen

Die meisten Bauern mußten ihre Wintergerste ohne Preis abliefern. Der Landhandel lotet jetzt seine Möglichkeit aus, den Preis zu drücken. Im nördlichen Schleswig-Holstein treffen sich die Geschäftsführer der Raiffeisenkassen am 1. August zur „Getreidesitzung“. Die hochwertigen Futtermittel, die den Ländern der Dritten Welt weit unter Wert abgepreßt werden, drücken auf den Absatz und Preis inländischer Futtermittel. Futtergerste aus dem Vorjahr war noch reichlich vorhanden. Sie wurde im Juni mit 45,50 DM/dt gehandelt, 1979 waren es 46,90 DM/dt. Der Landhandel will für seinen Profitverlust die Bauern zahlen lassen. Soweit Preise genannt wurden, liegen sie mit 40,50 DM/dt um 1,50 DM unter dem Erntepreis des Vorjahres.

Große Ernteverluste im Obst- und
Fischverarbeitungsindustrie in Neufundland wird bestreikt

z.elf. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fischverarbeitungsfabriken in Neufundland, Kanada, streiken seit Mitte Juli. Die Küstenfischer Neufundlands boykottieren die Fischlieferungen an die Fabriken. Die Arbeiter in den Fischfabriken und die Küstenfischer sind in einer gemeinsamen Gewerkschaft organisiert. Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Kapitalisten über höhere Löhne und höhere Abnahmepreise waren Ende Juni gescheitert. Auf den Streik gegen fünf Werke der Kapitalisten von Fisheries Products Ltd. antworteten die Kapitalisten der Firma National Sea Pro-
waren durch Streik und Aussperrung 75 Verarbeitungsfabriken geschlossen. In Neufundland arbeiten fast 8% direkt im Fischfang und in Fischfabriken, Tausende in von der Fischerei abhängigem Gewerbe. 1979 exportierte Neufundland Fisch im Werte von 420 Mio. kanadischen Dollar (ca. 645 Mio. DM), zwei Drittel davon in die USA. Der Ministerpräsident von Neufundland Peckford verlangte eine 30tägige „Abkühlfrist“, also Abbruch des Streiks. Der Präsident der Gewerkschaft der Küstenfischer und der Arbeiter in der Fischindustrie hatte die Kapitalisten gewarnt: „Merkt euch, die Fischer sind zäh, und sie wissen, wie man durchhält.“ Anfang des Jahres hatten auch die Arbeiter auf den Tiefseetrawlern gestreikt.

Expansionsanstrengungen der französischen Agrarkapitalisten

z.pel.Paris. „Eine Landwirtschaft der Eroberung“ hatte Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing in einer Grundsatzrede im Dezember 1977 gefordert. Die Entwicklung seitdem mag ihn mit einer gewissen Befriedigung erfüllen. Der Staatssekretär für die Nahrungsmittelindustrie Débatisse – bis Februar war er noch Präsident des Bauernverbandes FNSEA – konnte am 29.7. verkünden, daß er für das Jahr 1980 im Außenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln einen Rekordüberschuß von 15 Mrd. FF erwarte. 1978 hatten die Exporte von 55,4 Mrd. FF die Importe um 4,9 Mrd. FF überstiegen, 1979 war der Überschuß schon auf knapp 10 Mrd. FF angewachsen und trug entscheidend zur Reduzierung des Minus der Gesamthandelsbilanz bei. In der Europäischen Gemeinschaft ist der französische Imperialismus 1979 ganz knapp hinter den Niederlanden einzig bedeutender Nettoexporteur von Lebensmitteln, der Anteil an den Gesamtexporten beträgt 16%. Der Steigerung des Warenexportes entspricht ein sprunghafter Anstieg der Auslandsinvestitionen in dieser Branche, die 1979 mit 325 Mio. FF die Neuanlagen der *beiden* letzten Jahre übertreffen.

600000 Arbeiter, knapp 10% des Industrieproletariats, unterliegen mittlerweile der Ausbeutung durch die Nahrungsmittelkapitalisten und schaffen 12% des gesamten industriellen Neuwerts. Der Umsatz der Branche beläuft sich auf 250 Mrd. FF und wird nur noch durch die Bauindustrie übertroffen. Tatsächlich geht die ökonomische Bedeutung der Nahrungsmittelindustrie und der sie beherrschenden Großkonzerne noch erheblich über diesen Bereich hinaus, wird doch der auf die Landwirtschaft zugeschnittene Großhandels- und Dienstleistungsbereich von ihnen dominiert.

Kapitalistische Organisierung der landwirtschaftlichen Produktion wie industrielle Produktion der Nahrungsmittel erhalten den entscheidenden Antrieb Anfang der 60er Jahre mit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Unter dem Schlachtruf der Senkung der Produktionskosten und Erhöhung der Produktivität zwecks Eroberung der europäischen Märkte treiben die nationalen Bourgeois die Masse der Bauern zu forcierter Mechanisierung der Produktion sowie Einsatz von Kunstdünger, Spezialfutter etc. Die notwendigen Kredite werden teilweise von den Maschinenbau- und Düngemittelkapitalisten, in der Hauptsache jedoch über den crédit agricole, die landwirtschaftliche Genossenschaftsbank, gewährt. Die enorme Verschuldung – sie verachtfacht sich bis 1974, während die Produktion nur verdreifacht werden kann – führt in den 60er Jahren zur Aufgabe von 130000 Bauern pro Jahr und zwingt die verbleibenden unter das Diktat von Industrie- und Handelskapitalisten, die gleichzeitig darangehen, die *industrielle* Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte zu organisieren. Ein Beispiel: Im Rindfleischsektor können immer mehr Züchter unter dem Druck der Schulden in die „Integration“ gezwungen werden. D.h. sie verkaufen ihre Rinder einer Firma, die ihnen Ankauf von Jungrindern und Futter finanziert. Der Verkaufspreis hängt vom „Markt“ ab. Während in diesem Fall das Vieh noch Eigentum der Bauern ist, liefert unter anderen Verträgen der Nahrungsmittelkonzern die Jungtiere wie Futter und technische Hilfe und garantiert einen bestimmten Abnahmepreis, der nach Qualität, Gewicht etc. variiert. Der Bauer erhält faktisch Lohn, wobei dieser bei minderwertigem Futter oder Jungtieren schlechter Qualität drastisch fällt und den Bauern vollständig in die Hand des Konzerns gibt. 60% der französischen Viehzüchter sind mittlerweile solchen Verträgen unterworfen. Der gleiche Kapitalist organisiert die industrielle Verarbeitung der Rinder in großen Schlachtereien und baut Kühlketten zum Vertrieb fertig abgepackter Portionen auf. Die vier größten Schlachtereien kontrollieren mittlerweile 58% des Marktes und beschäftigen jeweils bis zu 1000 Lohnabhängige.

In anderen Bereichen, z.B. Milchprodukte, hat eine ähnliche Bewegung von vertikaler Verknüpfung und Konzentration stattgefunden. 40% der Unternehmen der Nahrungsmittelbranche sind zwischen 1960 und 1975 niederkonkurriert worden, wobei der französische Staat diese Konzentrationsbewegung über Exportsubventionen und Rationalisierungsauflagen nach Kräften gefördert hat. Mit Générale Occidentale und BSN Gervais-Danone sind zwei Monopole entstanden, die jeweils etwa 60000 Arbeiter ausbeuten und mit Jahresumsätzen von 17 bzw. 14 Mrd. FF zwar noch erheblich hinter den Weltmarktführern Unilever und Nestle liegen, jedoch schon an die Umsätze der US-Konzerne Coca Cola und General Foods heranreichen.

1978 waren die französischen Imperialisten drittgrößter Nahrungsmittelexporteur der Welt hinter den USA und den Niederlanden. ⅔ der Exporte gingen jedoch in die EG. Für die kommenden Jahre soll der Angriff auf die Drittmärkte organisiert werden. Das soeben beschlossene landwirtschaftliche Rahmengesetz bestimmt dafür die *nationalen* Maßnahmen wie Beschränkung der Staatshilfen auf an die Konzerne gebundene Bauern, Verstärkung der Exportsubventionen und Finanzierung der Exportstrukturen über einen „Exportfondsbeitrag“ aller Bauern. Für die EG verlangen die französischen Imperialisten eine „gemeinsame Exportpolitik“. Das kann bei den weit über den Weltmarktpreisen liegenden EG-Preisen nur verstärkte Subventionierung bedeuten. Dies aber wird z.B. den BRD-Imperialisten, deren Agrarhandelsbilanz stark negativ ist und die vor allem *Kapitalexport* in die Dritte Welt betreiben, keineswegs gefallen. Selbst eine zeitweise Einigung ist keineswegs sicher.



Die im Lohnkampf stehenden Arbeiter von Sodima-Yoplait werden von Bauern der Region unterstützt. Oftmals ist heute der direkte Gegner der gleiche.

Große Ernteverluste im Obst- und Gemüseanbau

z.bil. Mit 20 Millionen DM wird der Gesamtschaden im Erwerbsobst- und Gartenanbau in Hessen durch den Bauernverband beziffert. Die Witterung im Juni/Juli hat die Gemüse- und Obsternte zu großen Teilen verdorben. Im Gemüsebau betragen die Ertragsausfälle 15% (11 Mio. DM), insbesondere Kohlsorten wie Blumenkohl und Kohlrabi sind angegriffen. – Bei den Süßkirschen, die im Juli geerntet wurden, war der diesjährige Ernteausfall im Süßkirschenanbaugebiet Witzenhausen (Nordhessen) 90% (4,9 Mio. DM); bei den Sauerkirschen, die jetzt geerntet werden, beträgt der Verlust 1,2 Mio. DM. In Mittel- und Oberfranken wurden durch Regenfälle zwei Drittel der Kirschenernte vernichtet. Die Frühkartoffeln, deren Erntezeit Mitte Juli begann, konnten wegen des Regens nicht rechtzeitig eingebracht werden. Die Erzeugerpreise für Frühkartoffeln betragen zwischen 25–26 DM (= 25 kg). Der Großhandel verkauft sie zwischen 45–55 DM, im Einzelhandel kostet das Kilo 1,40–1,60 DM. Aus Italien importierte Frühkartoffeln werden zu 17–18 DM importiert, im Einzelhandel aber ebenfalls zwischen 1,60–2,00 DM verkauft. Obwohl die Bauern die Frühkartoffeln mit höheren Kosten einbringen, liegen die Erzeugerpreise um 25,3% niedriger als 1979. Bereits 1978/79 war das Familieneinkommen pro Arbeitskraft in den gemüseanbauenden Betrieben von 27855 DM auf 25705 DM (1977/78) gesunken.

Förderung der bürgerlichen Familie durch das Steuerrecht

z.frb. Eines der Probleme, das durch die Steuerpolitik des bürgerlichen Staatsapparates aufgeworfen ist und über dessen Behandlung man sich verständigen sollte, ist der Unterschied in der Besteuerung von Verheirateten, wenn Mann und Frau arbeiten, zur Besteuerung des Einkommens, wenn nur einer arbeitet. Die Besteuerung von Verheirateten geschieht nach dem Prinzip des Splitting, d.h. beide Einkommen werden zusammengezählt, sodann für je die Hälfte die Steuer nach Tarif berechnet. Arbeiten beide Ehepartner, so macht die Steuer kaum einen Unterschied zur Besteuerung der Nichtverheirateten. So entsprechen sich dann auch Steuerklasse IV (Verheiratete, beide arbeiten) und I (Ledige). Einen gewissen Vorteil gibt das Splitting, wenn die Löhne weit auseinander liegen. In der Lohnsteuer existiert hierfür die Kombination der Steuerklassen III/V, die dann eine niedrigere Gesamtsteuer als in IV/IV ergibt, wenn der niedrigere Lohn weniger als 40% des Gesamteinkommens ausmacht. Man mogelt sich daher am Problem vorbei, wenn man denkt, die Steuerklasse V sei eine besondere Gemeinheit. In Wirklichkeit zeigt sie nur, wie weit die Besteuerung des Lohns des Verheirateten, dessen Ehegatte ebenfalls arbeitet, über der Besteuerung des alleinarbeitenden Verheirateten (der dann nach III besteuert wird) liegt.

Den wirklichen Vorteil bietet das Splitting, wenn nur ein Ehegatte arbeitet und er das Gesamteinkommen erbringt. Zur Berechnung der Steuer wird es ebenfalls halbiert, sodann der auf das ahalbierte Einkommen berechnete Steuerbetrag verdoppelt. Dies bedeutet, daß das Einkommen weniger in die Progressionszone hineinragt oder ganz herauskommt. Für 3000 DM beträgt die Steuer in Steuerklasse IV 636,90 DM und 379,30 DM in Steuerklasse III. Je höher das Einkommen, um so höher der Vorteil: Bei 2000 DM beträgt der Unterschied 288,30 DM zu 179,10 DM.

Das gegenwärtig praktizierte Ehegattensplitting in der Einkommensteuer wurde 1958 auf Geheiß des Bundesverfassungsgerichts eingeführt: „Will man aus dem Gesichtspunkt der Sozialstaatlichkeit und des Schutzes von Ehe und Familie der besonderen Lage des Ehemannes und Familienvaters, der für mehrere Personen aufzukommen hat, Rechnung tragen, so gibt es dazu verschiedene, in der Öffentlichkeit bereits erörterte Wege (Erhöhung der Freibeträge, Einführung des ‚splitting'). " Die Bourgeois machen die Sache schmackhaft mit der Behauptung, das Splitting vermeide die Schlechterstellung der Einverdiener-Ehe gegenüber der Mehrverdiener-Ehe. Betrachtet man die Sache aber nicht vom Interesse an der Erhaltung der „Einverdiener-Ehe" her, sondern vom Stand-

dann nach III besteuert wird) liegt.

Den wirklichen Vorteil bietet das Splitting, wenn nur ein Ehegatte arbeitet und er das Gesamteinkommen erbringt. Zur Berechnung der Steuer wird es ebenfalls halbiert, sodann der auf das ahalbierte Einkommen berechnete Steuerbetrag verdoppelt. Dies bedeutet, daß das Einkommen weniger in die Progressionszone hineinragt oder ganz herauskommt. Für 3000 DM beträgt die Steuer in Steuerklasse IV 636,90 DM und 379,30 DM in Steuerklasse III. Je höher das Einkommen, um so höher der Vorteil: Bei 2000 DM beträgt der Unterschied 288,30 DM zu 179,10 DM.

Das gegenwärtig praktizierte Ehegattensplitting in der Einkommensteuer wurde 1958 auf Geheiß des Bundesverfassungsgerichts eingeführt: „Will man aus dem Gesichtspunkt der Sozialstaatlichkeit und des Schutzes von Ehe und Familie der besonderen Lage des Ehemannes und Familienvaters, der für mehrere Personen aufzukommen hat, Rechnung tragen, so gibt es dazu verschiedene, in der Öffentlichkeit bereits erörterte Wege (Erhöhung der Freibeträge, Einführung des ‚splitting'). " Die Bourgeois machen die Sache schmackhaft mit der Behauptung, das Splitting vermeide die Schlechterstellung der Einverdiener-Ehe gegenüber der Mehrverdiener-Ehe. Betrachtet man die Sache aber nicht vom Interesse an der Erhaltung der „Einverdiener-Ehe" her, sondern vom Stand-
punkt des Lohnabhängigen, der seine Arbeitskraft an den Kapitalisten verkauft, so wird der Lohn des „Mehrverdieners" höher besteuert als das Einkommen des „Einverdieners". Gefördert wird die Ehe des bürgerlichen Gesetzbuches. §1360 proklamiert: „Die Ehegatten sind einander verpflichtet, durch ihre Arbeit und mit ihrem Vermögen die Familie angemessen zu unterhalten. Die Frau erfüllt ihre Verpflichtung, durch Arbeit zum Unterhalt der Familie beizutragen, in der Regel durch die Führung des Haushalts." Die Entwicklung der Industriearbeit, die Vergesellschaftung der Arbeit, die die Privatarbeit schließlich auch in der Reproduktion aufhebt, hat diesem Ideal der bürgerlichen Familie längst den Boden entzogen. Die Trennung von Haus und Herd war die erste Bedingung der Emanzipation des Proletariats, sie vervollständigt sich mit der Einreihung der Frauen der Besitzlosen in die industrielle Armee. Wahr ist, innerhalb des Kapitalismus setzt sich diese Tendenz durch vermittels Senkung des Lohns unter ein Niveau, das die Ernährung einer ganzen Familie gewährleisten würde. Dennoch, die Trennung von Haus und Herd ist ein historischer Fortschritt und nicht aufzuhalten. Nur die Bourgeois, die die alte Familie als Unterdrückungsmittel halten wollen, weinen der „Hausfrau" nach, fordern wie die CDU Hausfrauenrente usw.

Der Prozeß dauert noch lange Zeit an. In der Mehrzahl der Familien arbeitet nur einer, und es sind dies auch die Familien der Volksmassen. Folgendermaßen waren 1977 die Lohnabhängigen auf die Steuerklassen verteilt, und folgendermaßen war ihr durchschnittlicher Bruttolohn (da für die BRD noch nicht veröffentlicht, Daten für Hessen):

Steuerklasse I	22,4%	1439 DM
Steuerklasse II	11,7%	1477 DM
Steuerklasse III	28,2%	2550 DM
Steuerklasse III/V	20,8%	1758 DM
Steuerklasse IV	16,8%	2140 DM

56% der steuerlich berücksichtigten Kinder finden sich bei Steuerklasse III. Das *Familieneinkommen* liegt in Steuerklasse III mit Alleinverdienern unter demjenigen bei den Mehrverdienern. Dennoch läuft die Splitting-Besteuerung auf Begünstigung hoher Einkommen, in der der „Einverdiener" normal ist, hinaus. Für die Lohnabhängigen stellt sich die Aufgabe der Lohnarbeit der Frau meist als Problem der Kindererziehung, also die finanziellen Folgen als Problem des Kindergeldes. Es scheint vernünftig, im Rahmen der Forderung gegen die ständig erhöhte Besteuerung des Arbeiterlohns und für ein Kindergeld wie im öffentlichen Dienst in diesem Zusammenhang die Beseitigung aller *besonderen* steuerlichen Förderung der Einverdiener-Ehe und die gleiche Behandlung aller Lohnabhängigen zu betreiben. Die Arbeiterklasse kann kein Interesse haben an einer Besteuerung, die die Kettung der Frau an Haus und Herd fördert und die in jedem Fall höhere Einkommen gegenüber niedrigen begünstigt. Seit langem hat der DGB Forderungen

gigen auf die Steuerklassen verteilt, und folgendermaßen war ihr durchschnittlicher Bruttolohn (da für die BRD noch nicht veröffentlicht, Daten für Hessen):

Steuerklasse I	22,4%	1439 DM
Steuerklasse II	11,7%	1477 DM
Steuerklasse III	28,2%	2550 DM
Steuerklasse III/V	20,8%	1758 DM
Steuerklasse IV	16,8%	2140 DM

56% der steuerlich berücksichtigten Kinder finden sich bei Steuerklasse III. Das *Familieneinkommen* liegt in Steuerklasse III mit Alleinverdienern unter demjenigen bei den Mehrverdienern. Dennoch läuft die Splitting-Besteuerung auf Begünstigung hoher Einkommen, in der der „Einverdiener" normal ist, hinaus. Für die Lohnabhängigen stellt sich die Aufgabe der Lohnarbeit der Frau meist als Problem der Kindererziehung, also die finanziellen Folgen als Problem des Kindergeldes. Es scheint vernünftig, im Rahmen der Forderung gegen die ständig erhöhte Besteuerung des Arbeiterlohns und für ein Kindergeld wie im öffentlichen Dienst in diesem Zusammenhang die Beseitigung aller *besonderen* steuerlichen Förderung der Einverdiener-Ehe und die gleiche Behandlung aller Lohnabhängigen zu betreiben. Die Arbeiterklasse kann kein Interesse haben an einer Besteuerung, die die Kettung der Frau an Haus und Herd fördert und die in jedem Fall höhere Einkommen gegenüber niedrigen begünstigt. Seit langem hat der DGB Forderungen
gegen die Förderung der hohen Einkommen durch das Ehegattensplitting erhoben, zuletzt auf dem Bundeskongreß 1978. Die IG Metall forderte auf dem Gewerkschaftstag 1977, den höchsten Splittingvorteil auf 5000 bis 6000 DM zu begrenzen. Das kann man sicherlich unterstützen.

Lohnhöhe und Reproduktion (IV)

z.gör. Welche Bedeutung hat die Bildung von Ersparnissen für die Lohnabhängigen-Haushalte? Ordnet man die privaten Haushalte insgesamt nach der Höhe ihres Nettovermögens (Spar-, Bauspar- und Lebensversicherungsguthaben, Wertpapiere, Haus- und Grundvermögen, Produktivvermögen, abzüglich der Verschuldung), so ergibt sich – nach Berechnungen für das Jahr 1973 – folgendes Bild: Die untersten 20% aller Haushalte verfügen über nicht mehr als 0,8% des gesamten Nettovermögens, die folgenden 20% verfügen über 2% und die dann folgenden 20% verfügen über 5,7% des gesamten Nettovermögens. 60% aller privaten Haushalte besitzen also nicht mehr als 8,5% des gesamten Nettovermögens. Von den verbleibenden 91,5% des Nettovermögens entfallen 78% auf die obersten 20% der Haushalte; ein Prozent aller Haushalte besitzt allein ein Viertel des gesamten Nettovermögens.

Diese Darstellung illustriert die Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums bei der Bourgeoisie. Ihr Mangel ist, daß sie eine qualitative Gleichsetzung sämtlicher Vermögen vornimmt, unabhängig von deren Entstehungs- und Verwendungszusammenhang. Das ist falsch. Die Lohnabhängigen-Haushalte können Vermögen nur durch Ersparnisse bilden. Ersparnisbildung ist indessen für ihre Reproduktion zwar notwendig, aber keine Quelle von Reichtum. Dagegen besitzen die Bourgeois Vermögen als Kapital, also als Quelle ihrer fortwährenden Bereicherung.

Angenommen, ein Haushalt beabsichtigte, monatlich einen bestimmten Prozentsatz seines Nettolohns zu sparen, um sich aus den dann anfallenden Zinsen eine (zusätzliche) Einkommensquelle zu verschaffen. Entsprechend in etwa den Verhältnissen des sog. 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen kann man folgende Modellrechnung durchführen. Der Haushalt erzielt ohne Zinseinkünfte ein gleichbleibendes Nettoeinkommen in Höhe von 2500 DM monatlich. Dies plus die monatlichen Zinsen des Sparkontos bilden das monatliche Gesamteinkommen, und wir nehmen also an, daß davon stets erneut 10% auf das Sparkonto eingezahlt werden. Inbezug auf die Reproduktionsmöglichkeiten des Haushalts ist dann die wesentliche Frage: Wie entwickelt sich der Teil des Gesamteinkommens, der *für Konsumausgaben* zur Verfügung steht? Anfänglich steht dieser Betrag bei 2250 DM, da der Haushalt 10% seines Einkommens statt in Lebensmittel in Ersparnisse verwandelt. Es findet Einschränkung des Konsums statt, und sie dauert an. Bei einem Zinssatz von 5% pro Jahr würde erst nach 22 Jahren das ursprüngliche Einkommen von 2500 DM erneut für Konsumzwecke zur

sparnisse bilden. Ersparnisbildung ist indessen für ihre Reproduktion zwar notwendig, aber keine Quelle von Reichtum. Dagegen besitzen die Bourgeois Vermögen als Kapital, also als Quelle ihrer fortwährenden Bereicherung.

Angenommen, ein Haushalt beabsichtigte, monatlich einen bestimmten Prozentsatz seines Nettolohns zu sparen, um sich aus den dann anfallenden Zinsen eine (zusätzliche) Einkommensquelle zu verschaffen. Entsprechend in etwa den Verhältnissen des sog. 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen kann man folgende Modellrechnung durchführen. Der Haushalt erzielt ohne Zinseinkünfte ein gleichbleibendes Nettoeinkommen in Höhe von 2500 DM monatlich. Dies plus die monatlichen Zinsen des Sparkontos bilden das monatliche Gesamteinkommen, und wir nehmen also an, daß davon stets erneut 10% auf das Sparkonto eingezahlt werden. Inbezug auf die Reproduktionsmöglichkeiten des Haushalts ist dann die wesentliche Frage: Wie entwickelt sich der Teil des Gesamteinkommens, der *für Konsumausgaben* zur Verfügung steht? Anfänglich steht dieser Betrag bei 2250 DM, da der Haushalt 10% seines Einkommens statt in Lebensmittel in Ersparnisse verwandelt. Es findet Einschränkung des Konsums statt, und sie dauert an. Bei einem Zinssatz von 5% pro Jahr würde erst nach 22 Jahren das ursprüngliche Einkommen von 2500 DM erneut für Konsumzwecke zur
Verfügung stehen, und es würde ungefähr noch einmal so lange dauern, bis der kumulierte (angehäufte) Verzicht auf Konsumtionsmittel kompensiert werden könnte. Tatsächlich steht der reale, also um die Inflationsrate bereinigte Zinssatz jedoch erheblich niedriger, für Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von 4 und mehr Jahren noch unter 2% pro Jahr. Bei einem realen Zinssatz von 2% würde es dementsprechend 52 Jahre dauern, bis das ursprüngliche Einkommen von 2500 DM erneut für Konsumzwecke zur Verfügung steht und ebenfalls noch einmal so lange, bis der kumulierte Verzicht auf Konsumtionsmittel kompensiert werden könnte. Im Durchschnitt eines Arbeiterlebens hätte der ganze Versuch, Reichtum zu erwerben, also nur zu einer fortwährenden Einschränkung der Konsumtion geführt.

Legt man die Haushaltsrechnungen zugrunde, die das Statistische Bundesamt für den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen durchführt (zuletzt für Februar 1980), so zeigt sich, daß dessen Bruttoeinkünfte aus Vermögen (insgesamt, einschl. Vermietung und Verpachtung) durchschnittlich 84 DM monatlich betragen. Das sind 2,6% des Haushaltsbruttoeinkommens und bildet nur einen Bruchteil der monatlichen Nettoersparnis in Höhe von 261 DM. Also auch die akkumulierte Ersparnisbildung erzwingt noch Einschränkung des Konsums. Für die Masse der Lohnabhängigen-Haushalte stellt sich die Lage noch verschärft dar. Denn drei Viertel aller Haushalte haben ein geringeres Einkommen als der genannte „Standard"-Haushalt. Je niedriger jedoch das Einkommen ist, desto geringer sind die Möglichkeiten zur Ersparnisbildung sowohl absolut *als auch relativ*. Die Reproduktionsklemme verschärft sich mit sinkendem Einkommen beschleunigt.

Für die Masse der Lohnabhängigen ist es also im allgemeinen nicht möglich, durch Ersparnisse Reichtum, eine wesentliche Einnahmequelle zu bilden. Ganz im Gegensatz dazu resultiert die Notwendigkeit der Ersparnisbildung aus Zwecken der Reproduktion. Erstens sind Ersparnisse notwendig, um solche Gebrauchsgüter finanzieren zu können, die nicht auf einmal aus dem Wochen- oder Monatslohn gezahlt werden können, die aber zumeist auch eine längere Lebensdauer besitzen und daher nur in größeren Abständen erneuert zu werden brauchen. Zweitens sind Ersparnisse erforderlich, um in den verschiedenen Lebensabschnitten auftretende Veränderungen in der Höhe des Einkommens wie auch in den Bedürfnissen ausgleichen zu können. Der allgemeine Zweck der Ersparnisbildung besteht also darin, mit ihrer Hilfe eine bessere Übereinstimmung in der zeitlichen Verteilung der Einnahmen der Haushalte einerseits und ihrer für die Reproduktion erforderlichen Ausgaben andererseits zu erzielen.

Wie sich bereits aus der Finanzierung langlebiger Gebrauchsgüter die Notwendigkeit ergibt, dauernd einen

geres Einkommen als der genannte „Standard"-Haushalt. Je niedriger jedoch das Einkommen ist, desto geringer sind die Möglichkeiten zur Ersparnisbildung sowohl absolut *als auch relativ*. Die Reproduktionsklemme verschärft sich mit sinkendem Einkommen beschleunigt.

Für die Masse der Lohnabhängigen ist es also im allgemeinen nicht möglich, durch Ersparnisse Reichtum, eine wesentliche Einnahmequelle zu bilden. Ganz im Gegensatz dazu resultiert die Notwendigkeit der Ersparnisbildung aus Zwecken der Reproduktion. Erstens sind Ersparnisse notwendig, um solche Gebrauchsgüter finanzieren zu können, die nicht auf einmal aus dem Wochen- oder Monatslohn gezahlt werden können, die aber zumeist auch eine längere Lebensdauer besitzen und daher nur in größeren Abständen erneuert zu werden brauchen. Zweitens sind Ersparnisse erforderlich, um in den verschiedenen Lebensabschnitten auftretende Veränderungen in der Höhe des Einkommens wie auch in den Bedürfnissen ausgleichen zu können. Der allgemeine Zweck der Ersparnisbildung besteht also darin, mit ihrer Hilfe eine bessere Übereinstimmung in der zeitlichen Verteilung der Einnahmen der Haushalte einerseits und ihrer für die Reproduktion erforderlichen Ausgaben andererseits zu erzielen.

Wie sich bereits aus der Finanzierung langlebiger Gebrauchsgüter die Notwendigkeit ergibt, dauernd einen
Teil des Lohns sparen zu müssen, kann man aus folgender Rechnung erkennen: Ein Haushalt benötige eine Einrichtung im Wert von 40000 DM, ihre durchschnittliche Lebensdauer beträgt 12 Jahre, und alle 2 Jahre muß ein Sechstel der Einrichtung erneuert werden. Dann müssen monatlich 278 DM gespart werden, und der Haushalt muß ein Sparkonto in Höhe von durchschnittlich 3472 DM halten, bloß um seine Einrichtung erhalten zu können. Dies Geld steht dann für die Konsumtion aber nicht mehr zur Verfügung. Und da sich der notwendige Umfang solcher Reproduktionsmittel vergrößert, werden allein schon deshalb höhere Ersparnisse erforderlich.

Die Kapitalisten haben an der Ersparnisbildung der Lohnabhängigen mehrfaches Interesse. *Erstens* sind die Ersparnisse der Lohnabhängigen Quellen *ihrer Kapitalbildung*. Der Bankenapparat hat u.a. die Funktion, dies zu organisieren. *Zweitens*, insofern die Ersparnisbildung der Lohnabhängigen der Reproduktion dient, ihrer Bereicherung nicht dienen kann, können die Kapitalisten sie zu deren zusätzlicher Ausplünderung nutzen. Dies geschieht entweder unverhüllt durch Kredit- und Ratenzahlungsgeschäfte, wenn der niedrige Lohn eine gewöhnliche Form der Ersparnisbildung bereits unmöglich gemacht hat. Oder aber es geschieht durch Ausnutzung des Umstands, daß die Lohnabhängigen ihre Ersparnisse kurzfristig anlegen müssen, damit sie überhaupt der Finanzierung von Reproduktionsbedingungen dienen können. Dann werden so niedrige Sparzinsen gezahlt, daß bestenfalls die Entwertung der Sparguthaben durch Inflation kompensiert wird. Im Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre war selbst das nicht der Fall, sondern es hat eine Entwertung der Sparguthaben stattgefunden. Kommentar eines Wirtschaftsinstituts: „Für Kontensparer steht aber offensichtlich weniger der Renditeaspekt im Vordergrund der Dispositionen, sondern vielmehr das Interesse von Erst- und Kleinsparern an einer sicheren und zugleich einfachen Anlageform. Hinzu kommt der Wunsch von Konsumsparern, ohne längere Bindungsfrsit für größere Anschaffungen oder Reisen 'ansparen' zu können, vor allem aber das Ziel von Vorsorgesparern, in wirtschaftlichen Notfällen schnell über Rücklagen verfügen zu können." (DIW-Wochenbericht 19/1979) *Drittens* wirkt die Bildung von Ersparnissen durch die Lohnabhängigen als eine Form der Senkung des Werts ihrer Arbeitskraft. Ersparnisbildung senkt die *lebensdurchschnittlichen* Produktionskosten der Ware Arbeitskraft für die Kapitalisten – durch Ausgleich zwischen „guten" und „schlechten" Zeiten. Das ist insbesondere bei den gesetzlichen Sozialversicherungen der Fall, die ja auf Zwangssparen aus Lohn gründen.

Alle drei Gründe werden bei der staatlichen Förderung der Vermögensbildung eine Rolle spielen. Für die Lohnabhängigen stellt sich indessen nicht die Alternative, auf Bildung von

nen. Dann werden so niedrige Sparzinsen gezahlt, daß bestenfalls die Entwertung der Sparguthaben durch Inflation kompensiert wird. Im Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre war selbst das nicht der Fall, sondern es hat eine Entwertung der Sparguthaben stattgefunden. Kommentar eines Wirtschaftsinstituts: „Für Kontensparer steht aber offensichtlich weniger der Renditeaspekt im Vordergrund der Dispositionen, sondern vielmehr das Interesse von Erst- und Kleinsparern an einer sicheren und zugleich einfachen Anlageform. Hinzu kommt der Wunsch von Konsumsparern, ohne längere Bindungsfrsit für größere Anschaffungen oder Reisen 'ansparen' zu können, vor allem aber das Ziel von Vorsorgesparern, in wirtschaftlichen Notfällen schnell über Rücklagen verfügen zu können." (DIW-Wochenbericht 19/1979) *Drittens* wirkt die Bildung von Ersparnissen durch die Lohnabhängigen als eine Form der Senkung des Werts ihrer Arbeitskraft. Ersparnisbildung senkt die *lebensdurchschnittlichen* Produktionskosten der Ware Arbeitskraft für die Kapitalisten – durch Ausgleich zwischen „guten" und „schlechten" Zeiten. Das ist insbesondere bei den gesetzlichen Sozialversicherungen der Fall, die ja auf Zwangssparen aus Lohn gründen.

Alle drei Gründe werden bei der staatlichen Förderung der Vermögensbildung eine Rolle spielen. Für die Lohnabhängigen stellt sich indessen nicht die Alternative, auf Bildung von
Ersparnissen verzichten zu können. Im Gegenteil, sie sind in wachsendem Umfang aus Gründen der Reproduktion erforderlich. Deshalb ist es wichtig, durch den Lohnkampf den Spielraum zur Ersparnisbildung zu vergrößern und ihre Anlage unter Kontrolle zu bringen.



z.jon.Beijing. **In den nächsten drei Jahren soll für alle Untertagearbeiter im chinesischen Kohlebergbau der Sechsstundenarbeitstag in vier Schichten (an sechs Wochentagen) anstelle des Achtstundentages in drei Schichten eingeführt werden.** Versuche haben ergeben, daß die neue Arbeitszeitregelung zu einer Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bergarbeiter, der Arbeitssicherheit und des Produktionsergebnisses führt. – Über die Sicherheit der Kohlebergwerke in China wird zur Zeit heftig diskutiert. Im Juni wurden zwei Zechendirektoren zu Gefängnisstrafen auf Bewährung verurteilt, weil sie ein Grubenunglück mit 52 Todesopfern zu verantworten haben. Trotz hoher Gaskonzentration in der Grube hatten sie weiterarbeiten lassen, um eine vorfristige Planerfüllung zu erzwingen. Die Zeitung des chinesischen Gewerkschaftsbundes wurde mit Leserbriefen gegen dieses milde Urteil überschüttet. Am 14.7. kündigte der Minister für die Kohleindustrie, Gao Yangwen, in der Gewerkschaftszeitung an, daß in allen Bergwerken die in der Kulturrevolution geschlossenen Sicherheitsbüros wiedereröffnet und mit starken Vollmachten zur Durchsetzung der Arbeitssicherheit ausgestattet werden sollen. In der gesamten chinesischen Kohleindustrie soll eine Sicherheitskampagne durchgeführt werden, deren erstes Ziel es ist, im ganzen Land hundert Tage lang unfallfrei zu arbeiten.

z.wos. **Der mit 4,5 Mio. Mitgliedern größte der japanischen Richtungsgewerkschaftsverbände, SOHYO, beendete am 25. 7. seinen 61. ord. Kongreß.** Der Vorsitzende Makieda erklärte: „In der gegenwärtigen Lage gibt es keine andere Perspektive für eine politische Erneuerung, als eine Koalitionsregierung anzustreben." Ihm zufolge sollte SOHYO nach dem jüngsten Wahlsieg der LDP das Konzept einer SPJ/-KOMEITO-Regierung verfolgen, wozu sich aber die SPJ selbst „reformieren" müsse. Ein großer Teil der Bevölkerung habe angesichts der verstärkten Gegensätze zwischen der UdSSR und der VR China Zweifel am bisher von SOHYO und SPJ vertretenen „Bild vom Sozialismus". SOHYO hat diesmal die KPJ nicht als Gast eingeladen. Angestrebt wird eine „Arbeitereinheitsfront", u.a. ein Zusammenrücken mit dem rechtssozialdemokratischen DOMEI-Verband. Ferner will SOHYO verstärkt in den Klein- und Mittelbetrieben organisieren.

z.elf. **Die Arbeiter und Angestellten in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes im indischen Bundesstaat Maharashtra führen seit mehreren Wochen Kampfaktionen gegen die staatlichen Dienstherren durch.** Am 17.7. belagerten die städtischen Bediensteten von Bombay, darunter viele Frauen, die Stadthalle der Hauptstadt des Bundesstaates, als dort die Stadträte tagten. Ein Koordinationskomitee aller 14 Gewerkschaften der städtischen Bediensteten hatte die Aktion organisiert, um den Forderungen nach Lohnerhöhung und u.a. einer Zulage zum Urlaubsgeld Nachdruck zu verleihen. Ebenfalls am 17.7. streikten die 25000 Angestellten der staatlichen Versicherungsgesellschaft Insurance Corporation of India in Bombay gegen Pläne der Versicherungsgesellschaft, rückwirkend bestehende Arbeitsbedingungen zu verändern und die Grundlöhne anzugreifen. Obwohl die Zentralregierung den Beschäftigten im staatlichen Versicherungsgewerbe die Arbeitsbedingungen durch Gesetz diktieren kann, ist es den Beschäftigten durch Kampfaktionen gelungen, die Vertreter der Versicherungsgesellschaft zu Verhandlungen mit der Gewerkschaft zu zwingen. Gestreikt haben auch Arbeiter verschiedener Elektrizitätswerke und der Bombayer Busfahrgesellschaft. Die Bahnpostarbeiter in fünf Bezirken des Bundesstaates streikten vom 17. bis 21.7. aus Protest gegen die Festnahme eines Arbeiters während der Arbeit. Der Arbeiter hatte seinen Postausweis nicht bei sich und sollte wegen Fahrens ohne Fahrschein bestraft werden.

z.scc. **Die meisten ägyptischen Bergwerke liegen gegenwärtig still:** Die Bergarbeiter am Roten Meer, wo v.a. Phosphat, Salz und Asbest, und in Assuan, wo Phosphat und Eisenerz gefördert wird, streiken für Lohnerhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen, Invaliditätsversicherung sowie Gefahrenzulagen für bestimmte Arbeiten. Ihr Streik, der durch die Bergarbeitergewerkschaft organisiert wird und sich auch gegen die Absichten der Regierung richtet, die staatlichen Bergwerke zu reprivatisieren, ist der größte seit den Kämpfen in der Textilindustrie vor drei Jahren. Der Minister für Industrie und Bergbau legte inzwischen einen Gesetzentwurf vor, der rund 45 Mio. DM für die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter vorsieht.

z.elf. **5500 der 6300 Arbeiter in den Werken von Abitibi Price Ltd. in Ostkanada stimmten am 29./30.7. für Annahme des von der kanadischen Papierarbeitergewerkschaft CPU mit Abitibi ausgehandelten Zweijahresvertrages.** Abitibi, der größte Zeitungskapitalist der Welt, hat damit sein Ziel, einen Dreijahresvertrag ohne Inflationsausgleich, nicht durchsetzen können. Die Arbeiter erhalten jetzt im ersten Jahr eine Lohnerhöhung von 17%, das bedeutet pro Stunde durchschnittlich 9,08 kanadische Dollar und damit knapp 14 DM (ein kan. Dollar etwa 1,53 DM), im zweiten Jahr insgesamt weitere 9,5% mehr und damit pro Stunde durchschnittlich 11,68 Dollar. Auch die Zahlungen für Rente und Zahnbehandlungen mußte Abitibi erhöhen. Die Gewerkschaft CPU wird den Vertrag zur Verhandlungsgrundlage mit weiteren Papierkapitalisten machen. Die Gewerkschaft Confederation of National Trade Unions (CNTU), die Arbeiter bei anderen Papierkapitalisten organisiert, hat den Vertrag bisher nicht angenommen, nachdem der durchschnittliche Stun-

AG Weser-Pleite: Krupp saniert mit Entlassungen und Teilstillegungen

z.dog. Mit der AG Weser Werft in Bremen hat der Krupp Konzern einen Klotz am Bein, den er lieber heute als morgen los wäre. 65 Mio. DM Verlust hat die 135 Jahre alte Werft Krupp 1979 eingebracht. Die Entwicklung des Weltschiffbaumarktes läßt derzeit für die AG Weser Kapitalisten keine Hoffnung zu, daß sie in absehbarer Zeit das von ihnen angehäufte Kapital profitabel verwerten könnten.

Mit umfangreichen Investitionen hatten die AG Weser Kapitalisten die technischen Grundlagen für die industrielle Produktion von Großtankern geschaffen. Die Sektionsbauweise wurde schon in den fünfziger Jahren eingeführt, vom genieteten zum geschweißten Schiff übergegangen, das Schweißen wurde mechanisiert und automatisiert. 1966 wurde die Paneelhalle in Betrieb genommen, die Vorrausetzung für die Taktarbeit. AG Weser war die zweite Werft in Europa, die dieses Verfahren einführte. Der Stahldurchsatz verdoppelte sich. Automaten zum Schweißen von vertikalen Außenhautnähten wurden eingeführt, auch in diesem Punkt war AG Weser Zweiter in Europa. 1968 wurde der Bau eines Bockkranes mit 750 t Hubkraft und des Großhellings abgeschlossen. 1974 werden Erweiterungen der Paneelhalle durchgeführt, der Helling um 32 m verlängert. 1975 ist das Investitionsprogramm weitgehend abgeschlossen. Mehr als 8000 Beschäftigte arbeiteten auf der Werft. Zwar kann die Bauzeit der Tanker von Mal zu Mal um zwei Wochen verkürzt werden, aber die Entwicklung des Auftragseingangs versammt sich, Stornierungen von Aufträgen zeigen, daß der Markt für Großtanker überfüllt ist. Die getätigten Investitionen drücken auf die Profitrate. Wie die Investitionen für die schnelle Produktion von Großschiffen den AG Weser Kapitalisten Riesenprofite eingebracht haben, trifft die Krise das Kapital umso schärfer. 1978 vermeldet der Geschäftsbericht einen Verlust von 7,3 Mio. DM.

Nachdem der von Krupp beabsichtigte und von der Bremer Landesregierung unterstützte und geförderte Verkauf der AG Weser an die zum Thyssen Bornemizsa Konzern gehörende Vulkan Werft bei diesen nicht auf Begeisterung stieß, werden jetzt verschiedene Möglichkeiten von den Kapitalisten erörtert, wie die Krise ihrer Profite zu bereinigen sei: Reduzierung der Werft auf einen Reparaturbetrieb, dabei Entlassung von 1500 bis 2000 der derzeit noch 2600 Beschäftigten, vollständige Stillegung der Werft oder Entlassung eines Teils der Belegschaft und Weiterführung der Produktion in der Hoffnung auf bessere Profitaussichten und unter Inkaufnahme von weiteren Verlusten in den nächsten Jahren.

Die AG Weser Belegschaft nutzte die Taufe der Fregatte „Niedersachsen", um gegen Stillegungs- oder Teilstillegungspläne zu demonstrieren. Dabei hat sie die Unterstützung der Belegschaft des Bremer Vulkans, wo auf der Betriebsversammlung eine entsprechende Resolution begrüßt wurde.

Tarifabschlüsse im 1. Halbjahr 1980: Im Durchschnitt 6,8% für 15,5 Mio. Arbeiter und Angestellte

z.gih. Bis zur Jahresmitte 1980 waren für ca. 95% der Arbeiter und Angestellten, für die im 1. Halbjahr 1980 die Lohn- und Gehaltstarifverträge kündbar waren, neue Tariflöhne und -gehälter vereinbart. Im Durchschnitt erreichten dabei die Gewerkschaften des DGB für bisher ca. 15,5 Millionen Arbeiter und Angestellte Erhöhungen der Löhne und Gehälter um 6,8%. Dies ist der Prozentsatz, den die IG Metall im Februar für die Metall-, Eisen- und Stahlindustrie abgeschlossen hat. In den größeren Bereichen schwankten die Tariferhöhungen zwischen 6,3% (öffentlicher Dienst) und 7,1% (chemische Industrie).

Unterschiedlich fielen die Forderungen nach Mindestbeträgen und Strukturverbesserungen für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen aus:

– Einmalige Ausgleichszahlungen zwischen 30 DM und 165 DM bei der *IG Metall* – Einmalige Ausgleichszahlung bis zu 200 DM plus 13 DM Zulage bei den Gewerkschaften des *öffentli-*

– Pauschalzahlungen für den Monat Februar auf alle Lohn- und Gehaltsgruppen von 225 DM in der *Heizungsindustrie Schleswig-Holstein* – Zusätzliche Erhöhung der Zeitlöhne zwischen 0,02 DM und 0,03 DM/Stunde und zusätzliche Strukturverbesserungen bei den Gehältern in der *Textilindustrie Rheinland-Pfalz* sowie Erhöhung der Leistungszulage für Zeitlöhner um 2 auf 6% des Tariflohns in *Baden-Württemberg* – Zusätzliche Vorabhöhung der Zeitlöhne um 0,05 DM/Stunde in der *Maschenindustrie Westberlin* sowie zusätzliche Vorabhöhung in den Gehaltsgruppen K 1 / T 1 und M 1 um 20 DM – Erhöhung der Lohngruppe S 1 um 0,03 DM/Stunde, Lohngruppe 1 bis 3 erhöhen sich um den gleichen DM-Betrag wie LG 4 in der *Stepp- und Daunenindustrie Westdeutschland* – Ersatzlose Streichung der untersten Stufe in den Lohngruppen 1 und 2 im *Kfz-Gewerbe Schleswig-Holstein*.

Im bisherigen Tarifkampf 1980

auf der Werft. Zwar kann die Bauzeit der Tanker von Mal zu Mal um zwei Wochen verkürzt werden, aber die

schaft des Bremer Vulkans, wo auf der Betriebsversammlung eine entsprechende Resolution begrüßt wurde.

Tarifabschlüsse im 1. Halbjahr 1980: Im Durchschnitt 6,8% für 15,5 Mio. Arbeiter und Angestellte

z.gih. Bis zur Jahresmitte 1980 waren für ca. 95% der Arbeiter und Angestellten, für die im 1. Halbjahr 1980 die Lohn- und Gehaltstarifverträge kündbar waren, neue Tariflöhne und -gehälter vereinbart. Im Durchschnitt erreichten dabei die Gewerkschaften des DGB für bisher ca. 15,5 Millionen Arbeiter und Angestellte Erhöhungen der Löhne und Gehälter um 6,8%. Dies ist der Prozentsatz, den die IG Metall im Februar für die Metall-, Eisen- und Stahlindustrie abgeschlossen hat. In den größeren Bereichen schwankten die Tariferhöhungen zwischen 6,3% (öffentlicher Dienst) und 7,1% (chemische Industrie).

Unterschiedlich fielen die Forderungen nach Mindestbeträgen und Strukturverbesserungen für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen aus:

– Einmalige Ausgleichszahlungen zwischen 30 DM und 165 DM bei der IG Metall – Einmalige Ausgleichszahlung bis zu 200 DM plus 13 DM Zulage bei den Gewerkschaften des öffentli-

– Pauschalzahlungen für den Monat Februar auf alle Lohn- und Gehaltsgruppen von 225 DM in der Heizungsindustrie Schleswig-Holstein – Zusätzliche Erhöhung der Zeitlöhne zwischen 0,02 DM und 0,03 DM/Stunde und zusätzliche Strukturverbesserungen bei den Gehältern in der Textilindustrie Rheinland-Pfalz sowie Erhöhung der Leistungszulage für Zeitlöhner um 2 auf 6% des Tariflohns in Baden-Württemberg – Zusätzliche Vorabhöhung der Zeitlöhne um 0,05 DM/Stunde in der Maschenindustrie Westberlin sowie zusätzliche Vorabhöhung in den Gehaltsgruppen K 1 / T 1 und M 1 um 20 DM – Erhöhung der Lohngruppe S 1 um 0,03 DM/Stunde, Lohngruppe 1 bis 3 erhöhen sich um den gleichen DM-Betrag wie LG 4 in der Stepp- und Daunenindustrie Westdeutschland – Ersatzlose Streichung der untersten Stufe in den Lohngruppen 1 und 2 im Kfz-Gewerbe Schleswig-Holstein.

Im bisherigen Tarifkampf 1980

chen Dienstes – Dauerhafte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen über die Durchschnittserhöhungen hinaus in der *Druckindustrie* und den *Banken und Versicherungen* – Differenzierte DM-Beträge im *Handel* – Im *Baugewerbe* wurden aufgrund eines bundesweiten Rahmenabkommens erneut die oberen Facharbeiter-Lohngruppen stärker angehoben

konnten durchweg in allen Bereichen höhere Tariflöhne und -gehälter durchgesetzt werden als 1979 (durchschnittlich 4,8%). Die Preissteigerungen sind in diesem Jahr aber auch erheblich höher (Mai: 6%, Juni: 6%, Juli: 5,4% gegenüber dem Vorjahresmonat), so daß nach der höheren Steuer von den Tariferhöhungen nicht viel übrig bleibt.

Azanische Arbeiter beenden ihren Streik

11000 Gemeindearbeiter im Kampf um mehr Lohn / Ausweisungstaktik der Kolonialisten

z.hef. Nach den letzten Berichten aus Azania haben die 11000 Arbeiter bei der Stadtverwaltung Johannesburg ihren Streik am Freitag jedenfalls vorläufig beendet. Der Streik war der jüngste Ausdruck einer breiten Bewegung der azanischen Arbeiterklasse gegen die Hungerlöhne und die Unterdrückung durch die imperialistischen Monopole und ihr Kolonialregime. Anfang Juli hatten Arbeiter bei VW und anderen Betrieben um Kapstadt erfolgreich für mehr Lohn gestreikt.

Die Aktionen in Johannesburg begannen am vorletzten Donnerstag, dem 24. Juli. 650 azanische Arbeiter des Kraftwerkes Orlando vor Johannesburg wiesen ein Lohnangebot von 4 Rand (ca. 9 DM) mehr pro Woche auf ihren Wochenlohn von 29 Rand (65 DM) zurück. Sie forderten 58 Rand (145 DM) in der Woche. Die Kapitalisten gaben ihnen eine Frist von 30 Minuten, zur Arbeit zurückzukehren. Die Arbeiter weigerten sich und wurden alle entlassen. 1000 Arbeiter der Stadtverwaltung in Roodeport in der Nähe von Johannesburg streikten am gleichen Tag etwa drei Stunden. Die Stadtverwaltung versprach ihnen Lohnerhöhungen von 15 bis 20% und konnte ihren Streik damit vorerst beenden.

Am nächsten Tag, einem Freitag, beschließen 800 weitere Elektrizitätsarbeiter, einen Streik für die Lohnforderung und in Unterstützung ihrer 650 beim Kraftwerk Orlando entlassenen Kollegen durchzuführen. Die Kapitalisten entlassen am Nachmittag auch die 800. 300 Fahrer und Mechaniker im Fuhrpark schließen sich dem Streik an. Die Kolonialisten werden unruhig.

Die meisten streikenden Arbeiter sind Mitglieder der Black Municipal Workers Union (Gewerkschaft der schwarzen Gemeindearbeiter). Die BMWU ist illegal, weil nicht registriert. Nach dem im September 1979 verabschiedeten Gewerkschaftsgesetz müssen sich alle Gewerkschaften beim Regime registrieren lassen. Eine ursprüngliche Klausel, nach der Arbeiter aus den „Homelands" genannten Reservaten (also die Mehrheit der Arbeiter) nicht Mitglieder der registrierten Gewerkschaften werden könnten, mußte Botha am 25. September fallenlassen. Aber auch so bedeutet Registrierung Schikane und Unterdrückung: Z.B. muß die Gewerkschaft ihre Mitgliederkartei ausliefern und ihre Finanzen dauernd vom Kolonialregime kontrollieren lassen.

Joseph Mavi, Präsident der BMWU und Busfahrer, fordert die Stadtverwaltung zu sofortigen Verhandlungen mit der Gewerkschaft auf, sonst würden am Montag 9000 streiken. Die Stadtverwaltung lehnt ab, sie will nur mit der registrierten Johannesburg Municipal Workers Union verhandeln. Erste Streikbrecher werden in den Reservaten angeheuert – bei weit über 20% Arbeitslosigkeit der Azanier kein Kunststück. Die BMWU organisiert den Streik für Montag (28.7.). Am Montag sind mindestens 3500 Arbeiter im Streik, und ihre Zahl wächst.

In den vornehmen „weißen" Vierteln der Kolonialisten stapelt sich der Müll, weil 3000 Müllarbeiter streiken. Die Busfahrer und Abwasserarbeiter arbeiten auch nicht. Die Entschlossenheit der Arbeiter jagt den Kolonialisten Respekt ein. Die weißen Busfahrer stimmen dagegen, die bestreikten Routen zu befahren. Das sei zu gefährlich. Stattdessen werden weitere Streikbrecher aus den Reservaten Venda und Bophutatswana angefahren. In den Kraftwerken nehmen die Kapitalisten die Entlassung aller Arbeiter bis auf 40 Streikführer zurück. Ein Teil der Elektrizitätsarbeiter folgt dem Angebot. Die Stadtverwaltung entläßt 75 Busfahrer, unter ihnen den Präsidenten der BMWU, und 500 Mechaniker.

Am Dienstag und Mittwoch (29. und 30.7.) weiten die Arbeiter die Streiks aus, 11000 beteiligen sich schließlich. Einheitliche Forderung: 58 Rand pro Woche. Vertreter des Stadtrats fordern die Arbeiter auf, Repräsentanten für Verhandlungen mit dem Stadtrat zu wählen. Die Arbeiter bestehen auf Anerkennung ihrer Gewerkschaft und Verhandlungen mit ihr.

Die Polizei hält die Arbeiterwohnviertel und die Betriebshöfe der Stadtverwaltung schwerbewaffnet, mit Schilden und Helmen ausgerüstet, besetzt. Laufend kontrollieren Polizisten die Pässe der Arbeiter, in denen der Arbeitsnachweis eingestempelt sein muß. Der Stadtrat droht mit Entlassung aller Streikenden.

Entlassung ist für einen azanischen Arbeiter noch schwerwiegender als in Westdeutschland. Mehr als 60% der Beschäftigten des Stadtrats Johannesburg sind Wanderarbeiter. D.h., sie dürfen sich im „weißen" Johannesburg nur aufhalten, wenn sie Arbeit haben. Ansonsten müssen sie in das Reservat, in das das Kolonialregime sie und ihre Familien gesperrt hat, was für sie Arbeitslosigkeit und damit noch größeres Elend bedeutet.

Trotz dieser Drohungen wird der Streik ausgeweitet. Die 450 Arbeiter der Gaswerke schließen sich an. Der Müll in den Straßen der „weißen Stadt" häuft sich.

Am Donnerstag beginnt die Stadtverwaltung eine erste große Entlassungsaktion. Polizeiangriffe auf Streikende häufen sich. Der Streik bröckelt ab. Die BMWU versucht, in der Nacht zum Freitag eine einstweilige Anordnung zu erreichen, nach der die Arbeiter nicht zwangsweise in die Reservate gebracht werden dürfen. Das Gericht lehnt ab. Noch im Gerichtssaal wird BMWU-Präsident Mavi verhaftet und wegen „Sabotageverdachts" festgesetzt.

Am Freitag morgen (1.8.) verhaftet die Polizei vor dem Morgengrauen mehr als 1200 Arbeiter und zwingt sie mit vorgehaltenen Waffen in Busse für den Transport in die Reservate. Die meisten anderen Arbeiter beenden den Streik.

Eine Lohnerhöhung und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft konnten die Arbeiter in Johannesburg also bisher nicht durchsetzen.

Die azanischen Schüler weiteten ihren Schulboykott in Soweto während des Streiks wieder aus. Die Kämpfe der Arbeiterklasse ermutigen das Volk.



beim Kraftwerk Orlando entlassenen Kollegen durchzuführen. Die Kapitalisten entlassen am Nachmittag auch die 800. 300 Fahrer und Mechaniker im Fuhrpark schließen sich dem Streik an. Die Kolonialisten werden unruhig.

Die meisten streikenden Arbeiter sind Mitglieder der Black Municipal Workers Union (Gewerkschaft der schwarzen Gemeindearbeiter). Die BMWU ist illegal, weil nicht registriert. Nach dem im September 1979 verabschiedeten Gewerkschaftsgesetz müssen sich alle Gewerkschaften beim Regime registrieren lassen. Eine ursprüngliche Klausel, nach der Arbeiter aus den „Homelands" genannten Reservaten (also die Mehrheit der Arbei-

Kraftwerken nehmen die Kapitalisten die Entlassung aller Arbeiter bis auf 40 Streikführer zurück. Ein Teil der Elektrizitätsarbeiter folgt dem Angebot. Die Stadtverwaltung entläßt 75 Busfahrer, unter ihnen den Präsidenten der BMWU, und 500 Mechaniker.

Am Dienstag und Mittwoch (29. und 30.7.) weiten die Arbeiter die Streiks aus, 11000 beteiligen sich schließlich. Einheitliche Forderung: 58 Rand pro Woche. Vertreter des Stadtrats fordern die Arbeiter auf, Repräsentanten für Verhandlungen mit dem Stadtrat zu wählen. Die Arbeiter bestehen auf Anerkennung ihrer Gewerkschaft und Verhandlungen mit ihr.

Die Polizei hält die Arbeiterwohn-

wegen „Sabotageverdachts" festgesetzt.

Am Freitag morgen (1.8.) verhaftet die Polizei vor dem Morgengrauen mehr als 1200 Arbeiter und zwingt sie mit vorgehaltenen Waffen in Busse für den Transport in die Reservate. Die meisten anderen Arbeiter beenden den Streik.

Eine Lohnerhöhung und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft konnten die Arbeiter in Johannesburg also bisher nicht durchsetzen.

Die azanischen Schüler weiteten ihren Schulboykott in Soweto während des Streiks wieder aus. Die Kämpfe der Arbeiterklasse ermutigen das Volk.



Arbeiterversammlung letzte Woche in Johannesburg. Vor den Toren steht schwerbewaffnete Polizei

---

denlohn immer noch unter dem von Westkanada liegt. Bei drei Kapitalisten streiken ca. 2100 CNTU-Arbeiter.

z.hef.London. **Die irische Gewerkschaft führte am 24. Juli mit Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden die ersten Verhandlungen über ein neues „Nationales Übereinkommen" zur Lohnpolitik durch.** Das letzte Abkommen, das ab April 1979 galt, läuft am 1. August aus. Es gilt für 600000 Arbeiter. Seit 1970 gelingt es den Kapitalisten in Irland, mit Hilfe der Regierung die Gewerkschaften in solche Lohnleitlinien-Abkommen zu zwängen und damit die Voraussetzungen für Lohnsenkung zu schaffen. Das letzte Abkommen z.B. sah eine Laufzeit von 15 Monaten vor. In den ersten neun Monaten sollte der Lohn um 9%, danach noch einmal um 2% plus je einem Prozent für jedes Prozent Inflation über 7% erhöht werden. Die irische Arbeiterklasse hat diese Spitzfindigkeiten nicht mitgemacht und viele entschiedene Lohnkämpfe geführt, deren Ergebnisse weit über das „nationale Übereinkommen" hinausgingen. In diesem Jahr fordert der Gewerkschaftsbund ICTU Lohnerhöhungen auf dem Niveau der Inflation bzw. des Wachstums des Bruttosozialprodukts – was etwa 20% bedeutet – und eine Laufzeit nicht über 12 Monate. Die Kapitalisten bieten nur 7% an. Die Regierung hält 7 bis 8% für „angemessen" bei einer Inflationsrate von mehr als 20%. Sie sorgt sich vor allem um „das Investitionsklima" zur „Schaffung von Arbeitsplätzen".

z.rül. **Seit 21. Juli streiken in den USA mehr als 60000 Film- und Fernsehschauspieler.** Die drei großen Fernsehgesellschaften und mehrere Filmgesellschaften mußten sämtliche Filmproduktionen einstellen. 30 neue Fernsehfilme und 40 Kinofilme können nicht fertiggestellt werden. Die Schauspieler, die in zwei Gewerkschaften organisiert sind, fordern eine 40%ige Erhöhung ihrer Tariflöhne binnen drei Jahren, bessere Arbeitsbedingungen und eine Beteiligung an den Nettogewinnen der Kapitalisten aus dem Vertrieb der Filme. Die Kapitalisten sollen den Schauspielern mindestens 6% des Gewinns zahlen. Die Kapitalisten, die mit dem Vertrieb der Kinofilme und neuerdings dem Kassettenverkauf von Filmen Riesenprofite machen, lehnen das entschieden ab. Um den Streik zu brechen, begannen mehrere Filmgesellschaften bereits nach drei Tagen, andere Lohnabhängige auszusperren. Die größte Filmgesellschaft MCA Universal Studios sperrte 1000 Kameraleute, Kulissenarbeiter etc. aus, 20th Century Fox 130 Kulissenarbeiter. MCA kündigte gleichzeitig an, wenn der Streik andauere, würden weitere mehrere hundert Arbeiter ausgesperrt. Das Ergebnis neuer Verhandlungen am vorletzten Freitag ist noch nicht bekannt.

z.ans.Rom. **Mit einer Reihe von Kämpfen haben große Teile der süditalienischen Arbeiterklasse in den letzten Wochen auf die Angriffe der Kapitalisten geantwortet.** Den Druck der riesigen industriellen Reservearmee nutzend – 22,6% der süditalienischen Erwerbsbevölkerung sind arbeitslos – gehen die Kapitalisten daran, die Ausbeutung zu verschärfen, Tausende von Arbeitern auf die Straße zu werfen, die Kurzarbeit auszudehnen und unprofitable Werke zu schließen. Über 10000 Arbeiter demonstrierten am 25.7. in Battipaglia, Campania, gegen die Schließung dreier Werke des staatlichen Tabakkonzerns ATI. Für die Rücknahme dieser Pläne, durch die 1000 Arbeiter auf die Straße gesetzt würden, fand am selben Tag in der Sele-Ebene südlich von Neapel ein vierstündiger Generalstreik statt. In Caserta, Campania, demonstrierten die Arbeiter des zweitgrößten Elektrokonzerns Indesit gegen Kurzarbeit und Entlassungsdrohungen; in Villa Literno besetzten 1000 Indesit-Arbeiter stundenlang an mehreren Tagen Bahngelände. In Bari, wo die 1000 Arbeiter des Stahlwerkes von Giovinazzo seit drei Monaten kurzarbeiten müssen, besetzten die Stahlarbeiter zusammen mit Arbeitern von Montedison, Brindisi, für längere Zeit den Saal des Regionalrats von Apulien.

z.pel. **Der seit dem 9. Januar andauernde Arbeitskampf im Zweigwerk Vitoria des Michelin-Konzerns ist jetzt durch Zwangsschlichtung der baskischen Regierung beendet worden.** Die Michelin-Kapitalisten, die in Vitoria rund um die Uhr arbeiten lassen, hatten sich unter Hinweis auf die absolut notwendige Auslastung der Maschinerie geweigert, den Forderungen der Arbeiter nach Reduzierung der Arbeitszeit an den Samstagen nachzukommen. Gegen den Vorschlag von 28 Wochen zu 48 Stunden bei Samstagsarbeit bis 22 Uhr und 19 Wochen zu 40 Stunden ohne Samstagsarbeit hatten die 4000 Arbeiter insgesamt 36 Tage gestreikt. Die Michelin-Kapitalisten antworteten mit Aussperrung bis zu 20 Tagen. Der Schiedsspruch läßt generell nur noch Samstagsarbeit bis 14 Uhr zu und enthält ein rotierendes Verfahren, das für den Großteil der Produktionsarbeiter einen freien Samstag alle drei Wochen bringt.

z.dml.Salisbury. **Die Regierung Zimbabwes hat Maßnahmen angekündigt, das Gerichtswesen zu demokratisieren.** Nach dem vorgeschlagenen Entwurf sollen Volksgerichte auf Dorf-, District-und Provinzebenen aufgebaut werden. Auf unterster Ebene, dem Dorfgericht, wird der Dorfälteste den Vorsitz haben, dem Districtgericht, der mittleren Ebene, soll der Häuptling vorsitzen. Die fünf Beisitzer werden jeweils von den Bewohnern des entsprechenden Gebietes gewählt. Dorf- und Districtgerichte unterstehen dem Magistratsgericht. In diesem Gericht auf Provinzebene hat ein Regierungsbeamter den Vorsitz. Er ist direkt dem obersten Gericht verantwortlich. – Die Regierung knüpft damit an die Volksgerichte an, die sich während des Krieges unter Anleitung der ZANU (PF) herausgebildet hatten. Hier entschieden Vertreter der Massen über Delikte wie Diebstahl, Verrat von Befreiungskämpfern und führten die Urteile selbst aus. Der Kolonialstaat hat diese Gerichte verfolgt.

Ab 1.8.: Weiterer Abbau der Schulpflicht in Niedersachsen und Westberlin

r.kar. In Niedersachsen und in Westberlin treten mit dem 1.8.80 die veränderten Schulgesetze in Kraft. Ein wesentlicher Bestandteil ist der Abbau der Schulpflicht. Die 15. Änderung des Schulgesetzes in Westberlin sieht u.a. vor, daß ausländische Kinder, die mindestens 7 Jahre alt sind, wenn sie nach Westberlin kommen, nur bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres schulpflichtig sind. Jugendliche, die mit 14–15 Jahren nach Westberlin kommen und nach ihrem Bildungsstand den Hauptschulabschluß innerhalb von zwei Jahren voraussichtlich nicht erreichen können, besuchen bis zu zweijährige „Eingliederungslehrgänge". Nach dem Besuch des Lehrgangs ist die Schulpflicht aufgehoben. Ebenso für Jugendliche, die mit 15 Jahren nach Westberlin gezogen sind und an einer „außerschulischen Maßnahme zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer" teilnehmen. Für ausländische Jugendliche ist die Schulpflicht somit in der Regel mit 16 Jahren beendet. Ausländische Jugendliche, die mit 16 Jahren nach Westberlin kommen sind auch nicht mehr schulpflichtig. 10% aller Schüler in Westberlin sind Ausländer.

In Niedersachsen beginnt mit dem 1.8. die „Einführung einjähriger vollzeitschulischer Bildungsgänge für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag". Das ist das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ); das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) und die einjährige Berufsfachschule (BFS). Nach dem einen Jahr ist die Schulpflicht beendet. Die Spitze bildet das neu eingeführte BVJ. 10000 Jugendliche aus der Sonderschule und ohne Hauptschulabschluß sollen im August in das BVJ gepreßt werden. „Das didaktische Zentrum des BVJ muß die Fachpraxis sein".(Arbeit im BVJ, Niedersächsisches Ministerialblatt 16/80). So weist die Stundentafel auch wöchentlich 18 Stunden Fachpraxis in zwei Berufsfeldern auf. „Entscheidend ist, daß die Schüler für die ausgewählten Inhalte genügend motiviert werden und der fachgerechte Umgang mit Werkzeug, Maschine und Material im Vordergrund steht". (ebenda) Begründet werden diese Maßnahmen zur Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft damit, daß die Jugendlichen ohne Berufschulpflicht besser vermittelbar seien und sie ohnehin den Berufsschulunterricht für arbeitslose Jugendliche häufig schwänzen würden. Beides wird stimmen.

Aber die Bourgeoisie wird es auch schwer haben, die Jugendlichen für das BVJ zu gewinnen. In Wolfsburg haben sich z.B. ein Viertel der in Frage kommenden Schüler nicht zum BVJ angemeldet. In den Wolfsburger Nachrichten vom 16.7. drohte der Berufsschuldirektor schon mit polizeilicher Vorführung und Bußgeldbescheiden, falls die Eltern ihre Kinder nicht anmelden. Die Massen durchschauen diese Maßnahmen. Sie wissen, daß das keine umfassende und allseitige Ausbildung ihrer Kinder ist, sondern die Vorbereitung zum billigen Hilfsarbeiter mit 16 Jahren. Die Gewerkschaften lehnen diese Maßnahmen auch ab.

Philippinische Studenten streiken gegen höhere Gebühr und schlechten Unterricht

z.hef. 40000 Universitätsstudenten verließen am 22. Juli in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, ihre Hörsäle und Seminarräume und traten in den Streik gegen höhere Unterrichtsgebühren und für eine Verbesserung des Unterrichts. Mehr als 30000 Studenten der Universität des Ostens und etwa 10000 Studenten der Adamson-Universität beteiligten sich an dem Boykott.

Beide sind private Universitäten nach dem Vorbild der US-Colleges und sind unter dem Einfluß der US-Kolonialmacht errichtet worden. Es gibt etwa 30 dieser Privatuniversitäten. Die überwiegende Mehrheit der philippinischen Studenten studiert dort und nicht an einer der zehn staatlichen Hochschulen.

Die Privatanstalten finanzieren sich fast ausschließlich aus den Studiengebühren der Studenten. Die Universität des Ostens und die Adamson-Universität hatten beim Erziehungsministerium eine Anhebung der Studiengebühren

Das ist das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ); das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) und die einjährige Berufsfachschule (BFS). Nach dem einen Jahr ist

rer Kinder ist, sondern die Vorbereitung zum billigen Hilfsarbeiter mit 16 Jahren. Die Gewerkschaften lehnen diese Maßnahmen auch ab.

Philippinische Studenten streiken gegen höhere Gebühr und schlechten Unterricht

z.hef. 40000 Universitätsstudenten verließen am 22. Juli in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, ihre Hörsäle und Seminarräume und traten in den Streik gegen höhere Unterrichtsgebühren und für eine Verbesserung des Unterrichts. Mehr als 30000 Studenten der Universität des Ostens und etwa 10000 Studenten der Adamson-Universität beteiligten sich an dem Boykott.

Beide sind private Universitäten nach dem Vorbild der US-Colleges und sind unter dem Einfluß der US-Kolonialmacht errichtet worden. Es gibt etwa 30 dieser Privatuniversitäten. Die überwiegende Mehrheit der philippinischen Studenten studiert dort und nicht an einer der zehn staatlichen Hochschulen.

Die Privatanstalten finanzieren sich fast ausschließlich aus den Studiengebühren der Studenten. Die Universität des Ostens und die Adamson-Universität hatten beim Erziehungsministerium eine Anhebung der Studiengebühren

um 10 bis 15% beantragt, die das Ministerium Anfang Juli billigte.

Während die Studiengebühren steil ansteigen, wird die Ausbildung schlechter und ihr untauglicher Charakter für die Philippinen wird immer deutlicher. Die Studenten kommen mit 17 in die Universitäten. Dann müssen sie neben Filipino auch Spanisch und Englisch sprechen. Denn die Mehrzahl der Kurse wird in Englisch durchgeführt. Die Lehrbücher für technische und wirtschaftliche Fächer sind fast alle in Englisch und kommen aus den USA. Mehr als ein Drittel der Studenten studiert in Lehrerkursen, sie können mit dem amerikanischen Material wenig anfangen, wenn sie Grundschulunterricht in Filipino oder einer der 99 anderen Sprachen geben.

Neben den Forderungen nach Einfrierung der Studiengebühren auf dem gegenwärtigen Stand und der Verbesserung der Unterrichtsqualität fordern die Studenten die Wiederzulassung der Studentenvertretungen. Diese Forderung richtet sich gegen den Ausnahmezustand und seine Anwendung gegen die Studentenbewegung durch die Marcos-Regierung. Am gleichen Tag, als die 40000 Studenten der Privatuniversitäten streikten, streikten auch Hunderte von Studenten der staatlichen „Elitehochschule" Universität der Philippinen. Sie protestierten gegen ein am Vortag verabschiedetes Gesetz, das der Regierung mehr Unterdrückungsmöglichkeiten gegen Veröffentlichungen und Unterrichtsinhalte der Universitäten gibt und der Einschüchterung von Studenten und Hochschullehrern dient.

„Ferien" oder anders gesagt, Zeit, um sich Geld zu verdienen

r.mis. Die Zeit der Schulferien – etwa 12 Wochen im Schuljahr – wird von vielen Jugendlichen dafür genutzt, um sich Geld zusätzlich zu ihrem sogenannten Taschengeld oder bei den Schülern der Sekundarstufe II, teilweise auch noch zu ihrem Bafög dazuzuverdienen. Im folgenden zeigen wir kurz an einigen Beispielen Bedingungen, unter denen Jugendliche arbeiten:

18 Jahre, männlich; 9,82 DM brutto; Schichtarbeit entweder von 6 bis 14.30 Uhr oder von 14.30 bis 23 Uhr. Chemiebetrieb.

18 Jahre, männlich; 11,42 DM brutto; Arbeitszeit von 6 bis 16.45 Uhr, arbeitet im Durchschnitt 10 Stunden, 25% Überstundenzulage, sowie 6 DM Schmutzzulage. Baubetrieb.

19 Jahre, weiblich; ca. 8,50 DM (mit Schichtzulage) und zusätzlich 0,75 DM Nachtschichtzulage. Arbeitszeit im Durchschnitt 39 Stunden. Stupide Arbeit vor einem Sichtgerät. Eine Woche Anlernzeit. Arbeitet auch feiertags. Will 6 Wochen arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren, da das Bafög zu niedrig ist.

Weiblich; 7,50 DM; Arbeitet von 7 bis 17 Uhr mit 2 Stunden Pause. Büroarbeit. Will 4 Wochen arbeiten, um den Urlaub zu zahlen.

18 Jahre, männlich; 7 DM; Arbeitszeit von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Getränkefirma, wird oft versetzt. Will 4½ Wochen arbeiten.

18 Jahre, weiblich; 8,50 DM; Arbeitszeit 8 Stunden. Der Arbeitsplatz ist im Hafen. Sie muß hauptsächlich schleppen und Nahrungsmittel (Nudeln) mit Preisen versehen. Die festangestellten Arbeiter bekommen für die gleiche Arbeit 10,50 DM. Sie will 2 Wochen arbeiten.

Die Kapitalisten setzen die Jugendlichen als Lohndrücker ein. Viele Jugendliche sind in Nacht- und/oder Schichtarbeit eingesetzt. Wegen den, wenn auch unzureichenden Schranken des Jugendarbeitsschutzgesetzes, stellen die Kapitalisten über 18-jährige ein. Als Gründe, warum die Jugendlichen arbeiten würden gaben sie an: Für den Führerschein, für den Urlaub... und das Studium. Bei den wenigen Beispielen wird die Tendenz deutlich, daß sogenannte größere Ausgaben aus dem Einkommen der Arbeiterfamilien nicht zu finanzieren sind. Die Ferien werden von vielen Jugendlichen genutzt, um das nötige Geld zusammenzukriegen. Wobei man auch nicht übersehen darf, daß ein nicht kleiner Teil von Jugendlichen regelmäßig neben der Schulzeit arbeitet.

„Es war mal ein Prolet, der hatte einen Traum" Koslowsky – Rockoper von Floh de Cologne

z.din. Es war mal ein Prolet, der hatte einen Traum / Es träumte der Prolet er wär ein Lindenbaum / Er stand vor einem Haus wo ihm vom Auspuffgas die Blätter fielen aus / Die Bürger warn empört und haben ihn gehegt und haben ihn gepflegt. / Es dachte der Prolet welch wunderbarer Traum. / Doch als er aufgewacht war er kein Lindenbaum / Er war nur ein Prolet, der 40 Jahre lang in Dreck und Hitze steht.

Der diesen Traum träumt heißt Rudi Koslowsky und ist Dreh- und Angelpunkt der gleichnamigen Rockoper der DKP-Rockgruppe Floh de Cologne, die am 30.7.80 mit diesem Stück im III. Fernsehprogramm zu sehen war. Koslowsky, Arbeiter bei der Klöckner-Maxhütte in Sulzbach/Oberpfalz verschwindet nach einer Wirtshausschlägerei und eintägigem Aufenthalt in der Ausnüchterungszelle spurlos.

„Rudi Koslowsky, der Prolet mit der Wut seiner Klasse, der nur die Duldsamkeit seiner Klasse sah. Rudi Koslowsky, dem die Geschicht seiner Klasse die Kraft zum Leben gab, aber der die Kraft seiner Klasse nicht sah."

Die Rockoper von Floh de Cologne handelt nicht von der Kraft der Arbeiterklasse, nicht von ihren Kämpfen gegen die Kapitalisten. Sie läßt Koslowsky eine Entwicklung absolvieren, in deren Verlauf er ständig auf die Ohnmacht der Arbeiterklasse, auf Spaltung und Borniertheit trifft, vor der er schließlich resigniert und flieht. Koslowsky, Arbeiterkind von Eltern polnischer Herkunft, gelernter Bäcker, tätig als Bauhelfer, verzieht vom Ruhrgebiet nach Sulzbach in die Oberpfalz, nachdem er dort ein Haus geerbt hat. Bei der Klöckner-Maxhütte findet er Arbeit. Er lebt sich ein, will nur zufrieden sein – mehr verlangt er nicht. Derweil verständigen sich die Kapitalisten, im Stück als Götter auftretend, darüber, daß in der Stahlindustrie 220000 Arbeiter zuviel beschäftigt sind - die müssen weg. Erstmal verliebt sich Koslowsky in Evelyn. Die hat Realschulabschluß und arbeitet bei der Stadtverwaltung. Rudi ist glücklich. Die Götter beschließen, 1400 Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Musik: Über den Wolken, muß die Freiheit wohl grenzenlos sein. Ob dann jemand entlassen wird, erfährt man nicht. Zumindest Koslowsky bleibt im Betrieb. Pech hat er trotzdem. Sein Meister, Josef, ist der Vater von Evelyn. Der hätte für seine Tochter lieber einen Beamten gehabt anstatt Koslowsky, deswegen lässt er ihn im Betrieb nur noch die größte Dreckarbeit machen. Koslowsky besäuft sich abends, und er kommt zu der Erkenntnis: *Hier wird im Leben keiner was, wenn er nicht will, daß etwas anders wird.* Inzwischen beklagt sich Evelyn auch schon darüber, daß sie mit Koslowsky nie „fortgehen" kann, weil er ständig Schicht arbeiten muß. Gleich treten mehrere Jugendliche auf, um zu berichten, daß Ausgehen, Mopedfahren, Disco usw. das Größte ist. Bloß Evelyns Schwester, die „Prinzessin von Sulzbach", denkt anders. Sie überwirft sich mit ihrem Vater, weil der immer nur ackert und rafft, sie setzt sich nach Nürnberg ab und wird Fixerin. „Vater, ich fliege – da gibts kein Kämpfen und Schlagen, keine Ellenbogen und Geld". Leo, ein „Kommunist" will die Fixerin überzeugen, daß ihre Träume ohne Kampf nur Schäume sind. *„Der Kampf für Sozialismus braucht Kleinarbeit, wenn alle mitmachen ists bald soweit"* Das Mädchen fixt weiter, kommt zurück nach Sulzbach und stirbt an einer Überdosis. Koslowsky heult und verflucht den Staat. „Ihr wollt nur unser Geld". Zu allem Unglück kommt es auch noch zum Bruch zwischen Koslowsky und Evelyn. Sie verläßt ihn, wegen der „Schicht und Schichtzugehörigkeit". Den einzigen Halt bietet noch Schorsch, der Vertrauensmann von Koslowskys Abteilung. Der erzählt ihm schwärmerisch von der roten Räterepublik und von einem Gewerkschaftsfunktionär der wirklich was für die Arbeiter unternimmt. Von Schorschs Tätigkeiten erfährt man nur dies, daß er gelegentlich Parolen an die Klowand schreibt. Koslowsky: *„Mit Politik und so hab ich nichts am Hut. Aber deine Geschichten, die tun mir unheimlich gut."*

Der Vertrauensmann Schorsch stürzt beim Entladen eines Lastwagens in die Schlackenkippe der Klöckner-Maxhütte und ist tot. Jetzt erst merkt Koslowsky, wie sehr ihm der Schorsch fehlt.

Er geht in die Kneipe und besäuft sich. Als er die Gäste auffordert, mit ihm auf seinen Freund Schorsch zu trinken, *„da steht einer auf vom Nebentisch und sagt hör auf was soll das Geschiß um einen Roten der in die Schlacke fiel. Um solche wie den ist es gar nicht schad, wenn wir drankommen gehn noch andre ab, Gewerkschaftsschweine gibts in Deutschland sowieso zu viel."* Nachdem keiner der Gäste was sagt, und Koslowsky sich von dem Reaktionär der sich zu Strauß bekennt, „Kommunistensau" beschimpfen lassen muß, schlägt er zu. Wie schon erwähnt, wird er dann vorläufig festgenommen. *„Am folgenden Tag verschwand Rudi Koslowsky, der Prolet, der zuschlug weil einer seinen Freund beleidigte, weil einer seine Gefühle mit Füßen trat. Rudi Koslowsky, der in einer Welt scheiterte, in der die Würde des Menschen täglich mit Füßen getreten wird. Er verschwand mit seiner Angst und mit seiner Hoffnung. Aber die Angst und die Hoffnung verschwanden nicht aus Sulzbach."*

Die Musik von Floh de Cologne richtet sich an die Jugend. An die studierende, aber auch die Arbeiterjugend. Vermittelt über die Rock/Jazz Musik des Stückes, und angeknüpft an real existierenden Widersprüchen und Gefühlen wie Wut, Hoffnung und Angst soll beim Publikum die politische Aussage des Stückes hängenbleiben. Welche Aussage das ist?

Es geht in dem Stück nicht um das Lohnarbeiterschicksal Koslowskys, er erscheint lediglich als einer, der Dreckarbeit machen muß und vom Meister schikaniert wird, damit er von dessen Tochter abläßt. Die Kapitalisten agieren als Götter in unerreichbarer Ferne. Es geht nicht um die Arbeitsbedingungen sondern darum, daß Evelyn Koslowsky wegen der Schichtarbeit verläßt. Die Jugend erscheint als gefesselt und bestenfalls zu individueller Flucht und Rebellion in der Lage. Die Arbeiter- und Volksmassen erscheinen als duldsam und mit faschistoidem Gedankengut behaftet. Daß sich die Arbeiterbewegung nur in Form des untätigen Träumers Schorsch wiederfindet, paßt in den Rahmen. Am Ende bleiben Angst und Hoffnung.

Die so von Floh de Cologne geschürte Angst vor der Reaktion und der Ohnmacht der Arbeiterklasse soll den Boden für Hoffnung auf Klassenversöhnung und bürgerliche Reformpolitik bereiten. Weil die täglichen Erfahrungen und Kämpfe der Jugend im Widerspruch zur Aussage der Rockoper Koslowsky stehen, gelingt es auch immer schwerer, der Jugend solch einen „Floh" ins Ohr zu setzen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Geschäftsstelle Mannheim, J 7, 14, Tel. 1 62 79
Karlsruhe 21. Juli 1980

ky eine Entwicklung absolvieren, in deren Verlauf er ständig auf die Ohnmacht der Arbeiterklasse, auf Spaltung und Borniertheit trifft, vor der er schließlich resigniert und flieht. Koslowsky, Arbeiterkind von Eltern polnischer Herkunft, gelernter Bäcker, tätig als Bauhelfer, verzieht vom Ruhrgebiet nach Sulzbach in die Oberpfalz, nachdem er dort ein Haus geerbt hat. Bei der Klöckner-Maxhütte findet er Arbeit. Er lebt sich ein, will nur zufrieden sein – mehr verlangt er nicht. Derweil verständigen sich die Kapitalisten, im Stück als Götter auftretend, darüber, daß in der Stahlindustrie 220000 Arbeiter zuviel beschäftigt sind - die müssen weg. Erstmal verliebt sich Koslowsky in Evelyn. Die hat Realschulabschluß und arbeitet bei der Stadtverwaltung. Rudi ist glücklich. Die Götter beschließen, 1400 Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Musik: Über den Wolken, muß die Freiheit wohl grenzenlos sein. Ob dann jemand entlassen wird, erfährt man nicht. Zumindest Koslowsky bleibt im Betrieb. Pech hat er trotzdem. Sein Meister, Josef, ist der Vater von Evelyn. Der hätte für

wegen der „Schicht und Schichtzugehörigkeit". Den einzigen Halt bietet noch Schorsch, der Vertrauensmann von Koslowskys Abteilung. Der erzählt ihm schwärmerisch von der roten Räterepublik und von einem Gewerkschaftsfunktionär der wirklich was für die Arbeiter unternimmt. Von Schorschs Tätigkeiten erfährt man nur dies, daß er gelegentlich Parolen an die Klowand schreibt. Koslowsky: „Mit Politik und so hab ich nichts am Hut. Aber deine Geschichten, die tun mir unheimlich gut."

Der Vertrauensmann Schorsch stürzt beim Entladen eines Lastwagens in die Schlackenkippe der Klöckner-Maxhütte und ist tot. Jetzt erst merkt Koslowsky, wie sehr ihm der Schorsch fehlt.

Er geht in die Kneipe und besäuft sich. Als er die Gäste auffordert, mit ihm auf seinen Freund Schorsch zu trinken, „da steht einer auf vom Nebentisch und sagt hör auf was soll das Geschiß um einen Roten der in die Schlacke fiel. Um solche wie den ist es gar nicht schad, wenn wir drankom-

ren Bedürfnisse der behinderten Studenten. Sie fördern in ihrem Bereich die geistigen, musischen und sportlichen Interessen der Studenten.
§95 Mitwirkung der Studenten

Dreckarbeit machen muß und vom Meister schikaniert wird, damit er von dessen Tochter abläßt. Die Kapitalisten agieren als Götter in unerreichbarer Ferne. Es geht nicht um die Arbeitsbedingungen sondern darum, daß Evelyn Koslowsky wegen der Schichtarbeit verläßt. Die Jugend erscheint als gefesselt und bestenfalls zu individueller Flucht und Rebellion in der Lage. Die Arbeiter- und Volksmassen erscheinen als duldsam und mit faschistoidem Gedankengut behaftet. Daß sich die Arbeiterbewegung nur in Form des untätigen Träumers Schorsch wiederfindet, paßt in den Rahmen. Am Ende bleiben Angst und Hoffnung.

Die so von Floh de Cologne geschürte Angst vor der Reaktion und der Ohnmacht der Arbeiterklasse soll den Boden für Hoffnung auf Klassenversöhnung und bürgerliche Reformpolitik bereiten. Weil die täglichen Erfahrungen und Kämpfe der Jugend im Widerspruch zur Aussage der Rockoper Koslowsky stehen, gelingt es auch immer schwerer, der Jugend solch einen „Floh" ins Ohr zu setzen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Mannheim, J 7, 14, Tel. 1 62 79
Kommunistische Hochschulgruppe
Karlsruhe
21. Juli 1980
30i3c0500p

Zensurversuche des Rektorats verdeutlichen Unterdrückungscharakter des LHG

„Seit längerem beobachte ich mit Sorge den von der Redaktion der Studentenzeitung ‚Ventil' eingeschlagenen Weg der Berichterstattung, der sich ständig immer weiter von dem durch das Universitätsgesetz und die Grundordnung der Universität vorgegebenen Rahmen entfernt ...", und „... Wenn sie sich zu allgemeinpolitischen Themen äußern wollen, so haben Sie die damit verbundenen Produktionskosten zu übernehmen ...", heißt es in einem Brief des Kanzlers der Universität an den Redaktionsleiter der AStA-Zeitung „Ventil" (Siehe Ventil Nr. 54). Zwar wird in selbigem Brief vom Kanzler frech abgestritten, daß es sich bei der angedrohten Gelderstreichung um eine Zensurmaßnahme handelt, aber was soll es denn sonst sein? Schreibt er doch im 2. Brief an den Redakteur, daß es für dessen weitere Mitarbeit am „Ventil" unumgänglich sei, sich an §95 Abs. 1 und 2 (siehe Kasten) des Universitätsgesetzes zu halten.

Diese Zensurandrohung ist der vorläufig letzte Schritt einer Kampagne des Rektorats gegen die im LHG vorgesehenen studentischen Vertretungsorgane. So weigerte sich der Beauftragte des Rektors zur Überwachung der studentischen Vertreter, Nowotny, im Oktober '79 ein Info des Fakultätsratsausschusses Maschinenbau zu zahlen, weil das Wort Fachschaft öfters darin auftauchte. Ähnliches geschah mit einem Flugblatt des Arbeitskreises Rationalisierung zu Michelin und mit Flugblättern des Ausländerreferats des AStA. Am 31.1.80 monierte der Kanzler die Kopierrechnungen der Fakultätsratsausschüsse, sie werden nur noch gezahlt, wenn sie §95 des Universitätsgesetzes (UG) entsprechen. Höhepunkt im letzten Wintersemester war dann die Amtsenthebung der AStA-Referentin U. Billinger durch den Rektor, weil sie ihm politisch nicht paßte. Das Universitätsgesetz, §95 Abs. 4, und die Grundordnung der Universität, §19 Abs. 3 und 4, ermöglichen dem Rektor derartige Maßnahmen.

Mit der von einigen Studenten gepriesenen „Liberalität" des Rektors ist es also offensichtlich nicht weit her. Und war es auch nie. Denn Draheims bekannte Aufforderung, sich vor dem Rausprüfen nicht zu scheuen, war auch nicht besser als die Versuche anderer Rektoren, die Studenten mittels Polizei und Ordnungsrecht zu unterwerfen.

Erfolgreich waren sie genauso wenig. Fachschaften und UStA arbeiten weiter. Senats-AStA und Fakultätsratsausschüsse unterstützen sie. Selbst die offene Zusammenarbeit zwischen Rektor und Reaktion, wie der Wahlaufruf für den RCDS von Rektor Draheim, ändert nichts. Das haben die Wahlen gezeigt.

Universitätsgesetz

§3 Aufgaben

(3) Die Universitäten wirken an der sozialen Förderung der Studenten mit; sie berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse der behinderten Studenten. Sie fördern in ihrem Bereich die geistigen, musischen und sportlichen Interessen der Studenten.

§95 Mitwirkung der Studenten

(1) Die Studenten wirken in der Universität

a) in fachlichen Angelegenheiten im Fakultätsrat,

b) in hochschulpolitischen Angelegenheiten im Großen Senat,

c) bei Aufgaben nach §3 Abs. 3 im Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) mit.

(2) Die Aufgaben sind im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Bereitschaft der Toleranz und Verständigung wahrzunehmen.

(3) Beschlüsse und Wahlen in Vollversammlungen sowie Urabstimmungen sind unzulässig.

(4) Der Präsident oder Rektor führt die Aufsicht über den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA). Er hat insbesondere rechtswidrige Beschlüsse zu beanstanden und rechtswidrige Handlungen zu unterbinden.

Grundordnung der Universität Karlsruhe

§12 Allgemeiner Studentenausschuß

(8) Die Beschlüsse des Allgemeinen Studentenausschusses werden vom Rektor vollzogen.

§19 Aufgaben des Rektors

(3) Hält der Rektor Maßnahmen, Entscheidungen oder Beschlüsse von Organen, Gremien oder Amtsträgern für rechtswidrig oder nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit nicht für vertretbar, so hat er sie zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen.

(4) Der Rektor führt die Aufsicht über den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA).

„Gesamtkonzept für die Meere“

z.ped. Am 26.7. hatte der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Bethge, gegenüber der „Welt“ ein „Gesamtkonzept für die Meere“ bekanntgegeben, das die Allianz erarbeitet hat und welches inzwischen dem NATO-Oberbefehlshaber vorliegt. „Das sind nicht nur ein paar Raketen, die man irgendwo auf Kriegsschiffen schwimmend vorrätig hält, da geht es um die richtige Zusammensetzung der Streitkräfte auf See überhaupt. Braucht man Flugzeugträger? Reichen Zerstörer? Sind auch Minensuchboote erforderlich? Wieviel Versorgungsraum wird verlangt, ist Werftkapazität nötig? Muß sie schwimmen, kann man sie an Land aufbauen? Wem gehören die erforderlichen Stützpunkte an den Küsten von Ländern der Dritten Welt? Haben dort die Amerikaner Zugang oder die Briten oder die Franzosen? Wir haben aufgrund der sowjetischen Rüstung mit Entwicklungen zu rechnen, die eine organisierte Präsenz der westlichen Industrienationen mit ihren Marinen auch in anderen Seegebieten als den herkömmlichen der NATO erzwingt. Dazu muß auch die japanische Marine gehören.“

„Pragmatisches Vorgehen“ empfiehlt Bethge außerhalb des bisherigen NATO-Gebietes, „eine Verstärkung dort läßt sich jedoch ohne zahlenmäßige Vergrößerung der westlichen Flotten nur erreichen, wenn der Einsatz ihres Gesamtpotentials koordiniert wird. Innerhalb dessen kommt der deutschen Bundesmarine die Aufgabe zu, im Seegebiet an der europäischen Nordflanke einen größeren Beitrag zu leisten.“

Die nach dem Beschluß des WEU-Rates über die Aufhebung von Beschränkungen für die westdeutsche Bundesmarine in Gang gebrachte öffentliche Diskussion über die Ausweitung der Aufgaben der Bundesmarine im Rahmen der Ausweitung des NATO-Bereiches findet damit ein vorläufiges Ende. Ausgehend von der Bedrohung der für Westeuropa lebenswichtigen Handelsrouten um das südliche Afrika und den Persischen Golf hatte die Presse wie auch die CDU/CSU leicht fiebrige Überlegungen über die Präsenz der NATO und in ihrem Rahmen der Bundesmarine in diesen Gebieten angestellt. Die CDU/CSU hatte in ihrem Entwurf des „Verteidigungs- und Sicherheitspolitischen Programms“ geschrieben: „... muß die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung eine zentrale Aufgabe der NATO werden; muß der geographische Rahmen und die Begrenzung fallen.“ Leisler Kiep hatte eine entsprechende Finanzierbarkeit der dafür nötigen Aufrüstung der Bundesmarine schon im Blick: „Ich glaube, daß wir, wenn wir verzichten auf einen Teil der inzwischen von der Bundesregierung auf den Weg geschickten zusätzlichen ausgabewirksamen Gesetze, daß wir dann sehr wohl eine Chance haben, auch noch das eine oder andere zusätzlich zu finanzieren.“ (Spiegel, 21.7.80)

Am 28.7. erklärte der US-Verteidigungsminister Brown, die Verbündeten seien zu „Operationen außerhalb des Gebietes der Allianz nicht in der Lage. Der Schutz des Persischen Golfes sei nur durch die USA möglich.“ CSU-Generalsekretär Stoiber nahm die Forderung nach „dem geographischen Fall der NATO-Grenzen“ zurück, und SPD-Geschäftsführer Bahr setzte nach und forderte ihn auf, dies „ausdrücklich“ zu tun.

Das Gesamtkonzept der Meere ist das Konzept der US-Supermacht. Für die NATO sieht es die Auffüllung der durch die anderweitige US-Flottenpräsenz entstehenden Lücken vor. Großes Gewicht legen die USA darauf, ihre Positionen gegenüber dem Sozialimperialismus an den Flanken Europas, im Nahen und Mittleren Osten, im Pazifik, im südlichen Afrika selbständig zu sichern und auszubauen. Sowohl um ihre Position der Vorherrschaft in Westeuropa als in der NATO-Allianz auszubauen, legt der US-Imperialismus Wert auf die selbständige militärische Kontrolle dieser Gebiete. Die Vorstöße der westdeutschen Imperialisten nach Ausdehnung des Wirkungsbereiches der NATO stoßen deshalb beim US-Imperialismus nicht einfach auf Gegenliebe. Da setzte er sie schon lieber verstärkt an der Nordflanke ein.

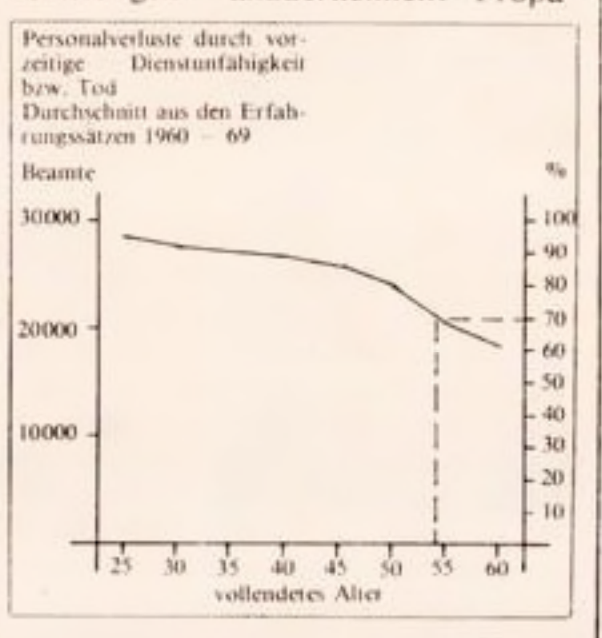
Anfang Juli führte die Sowjetunion in der Norwegensee ein umfangreiches See- und Luftmanöver durch. Über 20 Überwasserschiffe, eine große Anzahl U-Boote aus der Ostsee, dem Atlantik und der Barentssee sowie starke Kräfte der Luftwaffe beteiligten sich daran. Geübt wurde die U-Jagd. Die Übung hatte im Rahmen der Beschlüsse und der Debatte der NATO stark demonstrativen Charakter, insbesondere gegenüber der Bundesmarine. Über 17 Schiffseinheiten für den Hochsee-Einsatz verfügt diese, 1984 werden die sechs neuen Fregatten abgeliefert sein, zwei weitere sollen sofort anschließend in Bau gehen. Die freie Passage Nordatlantik – Kola Halbinsel ist für die Kriegsmarine der Sowjetunion lebenswichtig, so daß die Sicherung der NATO-Nordflanke alles andere als eine schmackhafte Aufgabe für die Bundesmarine sein wird. Noch dazu, wo auf der jüngsten Auslandsreise in den Indischen Ozean der Zerstörer Bayern den Versorgungstanker Spessart fast versenkte und beide ihre Reise unterbrechen mußten. Am 8. August wird der Verband zurückerwartet.

Möcklinghoff (CDU) zur Polizei-Schichtarbeit
Bundesministerium legt neue Untersuchung vor

r.rog. Die Demonstrationen von vielen Polizisten in den letzten Monaten für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen haben die Bourgeoisie unter Druck gesetzt. So „wollte“ Innenminister Möcklinghoff am 13.2.80 bei der 2. Lesung des Haushaltsplans 1980 vor dem nieders. Landtag „auch nicht verschweigen, daß mit den zunehmenden Anforderungen an die Polizeivollzugsbeamten ein Problem immer mehr in den Vordergrund tritt. Ich meine das des Wechselschichtdienstes“. Ihr Interesse an einem reibungslosen Funktionieren dieses Unterdrückungsapparates zwingt die Bourgeoisie zu schnellem Reagieren. Nur 1 ½ Jahre hat sie für den jetzt veröffentlichten Bericht „Schichtarbeit und Berufsverlauf von Polizeibeamten“ (beispielhaft an NRW) gebraucht.

Danach waren 1979 63% der Befragten in Wechselschicht mit Nachtarbeit, 10% im 2-Schichtwechsel und nur 27% zur Normalarbeitszeit beschäftigt. Das Ausmaß der überdurchschnittlichen Vernutzung der Arbeitskraft der Polizisten zeigt der Krankenstand an. Am häufigsten krank waren 73% der Beschäftigten im Außendienst mit Nachtschicht. Im Vergleich mit einem repräsentativen Querschnitt von Schichtarbeitern 1979 waren 1 – 14 Wochen 30% der Schichtarbeiter und 39% der Polizisten und mehr als 2 Wochen 22% der Schichtarbeiter und 28% der Polizisten krank. Berufsbedingte Krankheiten hatten 32% der Polizisten gegenüber 15% der Schichtarbeiter.

Möcklinghoff kann nicht umhin, „besondere körperliche und seelische Belastungen“ anzuerkennen. Propagandistisch wendet er das als Argument, den Polizeiapparat weiter auszubauen: „... können wir die Verpflichtung, die Überbelastung des polizeilichen Einzeldienstes abzubauen, ... wohl nur durch eine entsprechende Personalverstärkung erreichen“. Gegenüber den einfachen Polizisten ist angekündigt, die arbeitsmedizinische Betreuung zu verbessern und bis 1985 soll kein Beamter über 55 mehr Wechselschicht leisten müssen. Das ist schlicht Verhöhnung, da von den befragten pensionierten Beamten in NRW heute schon durchschnittlich nur 21 Jahre in Wechselschicht und Nachtdienst eingesetzt werden konnten. (s. dazu auch nebenstehendes Schaubild).



Quelle: Krankenstatistik des Polizeivollzugsdienstes NRW 1970 in: J. Münstermann/Ch. Putz, Schichtarbeit und Berufsverlauf von Polizeibeamten, hrsg. v. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Das entscheidende bleibt, daß diese Arbeitsbedingungen nur über das besondere Dienstrecht durchgesetzt werden können. Polizeibeamte leisten 22% mehr Überstunden als die Schichtarbeiter aus der o.a. Befragung. Jeder 10. Beamte leistet mehr als 20 Überstunden im Monat. ⅓ aller im Außendienst in Nachtschicht Beschäftigten hat mehr als 15 Einsätze pro Schicht. Welcher Polizist kann dies alles verweigern bzw. kann ohne schwerwiegende materielle Nachteile den Dienst ganz quittieren? Der Kampf gegen das besondere Dienstrecht ist Voraussetzung zur Durchsetzung uneingeschränkter gewerkschaftlicher Rechte, die dringend notwendig sind, um der Überarbeit Schranken zu ziehen.

Sowjetische Besatzungstruppen in Ungarn um 40 000 Mann verstärkt

z.krk. Seit Anfang dieses Jahres hat das sowjetische Oberkommando seine in Ungarn stationierten Truppen um etwa 40000 Mann verstärkt und deren Ausrüstung dem modernsten Stand im Warschauer Pakt angepaßt. Seit 1956 stationiert die Sowjetunion Besatzertruppen auf dem Territorium Ungarns, bisher waren es etwa 75000 bis 80000 Soldaten in über 40 Garnisonen. Ihre Zahl ist in den letzten 10 Jahren Schritt für Schritt um etwa 10% erhöht worden. Sie gehören zur Südgruppe der Truppen, d.h. der vier strategischen Verbände, die jenseits der Westgrenze der SU stationiert sind. Umso auffälliger ist die gegenwärtige gewaltige Aufstockung, die auf eine Änderung der Ungarn betreffenden strategischen Pläne der SU schließen läßt.

Hundertprozentig aufgestockt wurden die Panzerbrigaden Nr. 2 und 5, mit Sitz in Esztergom und Veszprém, die motorisierten Schützendivisionen Nr. 35 und 102 in Székesfehérvár und Kecskemét. Die aufgezählten Städte sind von mittlerer Größe und sind jeweils regionale Zentren, über die militärisch die Fläche des ganzen Landes abgedeckt werden kann. Ebenfalls verstärkt wurde die in Dombóvár stationierte 69. Frontluftarmee, neben der Aufstockung des Flug- und Bodenpersonals gehören nun 150 neue Düsenjäger zu diesem Verband: Jagdbomber des Typs MiG 27, SU 17, Schwenkflügeljäger MiG 23 S und schwere Bomber vom Typ SU 19. Damit haben die sowjetischen Truppen insgesamt 500 Kampfflugzeuge, Bomber und Abfangjäger vom Boden Ungarns aus einsatzbereit. Modernisiert wurden auch die Panzer: statt den bisher verwendeten Typen T 62 und T 64 haben die Truppen nun den modernsten Typ T 72 erhalten.

Es fand auch eine Verlagerung der Führungsstäbe statt: fünf Führungsstäbe sowjetischer Luftlandebrigaden aus dem Militärbezirk Odessa sind in den südungarischen Raum verlegt worden, sie haben in Szekszárd, 58 km von der jugoslawischen Grenze entfernt, Quartier bezogen.

Die Bedrohung Jugoslawiens und Rumäniens durch die Sowjettruppen in Ungarn ist weiter gewachsen. Doch hat die Lagebeurteilung des jugoslawischen Generalstabs, daß dieser Aufmarsch nicht allein Jugoslawien gelte, bestimmt seine Richtigkeit. Der Abzug von 20000 Soldaten aus der DDR und nun der neue Vorschlag der Sozialimperialisten, gegen 13000 US-Soldaten 20000 Mann aus der DDR, Polen und der CSSR abzuziehen, scheint ein größeres Umgruppierungsmanöver sowjetischer Truppen in Europa zur Grundlage zu haben. Ungarn ist ein Teilabschnitt der Südfront für die SU in einem Krieg um Europa. Mit dem Ausbau ihrer Truppen auf diesem Frontabschnitt vergrößert sie ihre Manövrierfähigkeit der NATO gegenüber. Vom Territorium Ungarns aus gibt es die Möglichkeit, in den NATO-Bereich vorzustoßen über das Burgenland in die norditalienische Tiefebene, oder auf einem etwas längeren Weg auch nach Westdeutschland.



Mit großem Propagandaaufwand werden in der DDR Sowjetsoldaten verabschiedet.

ausgabewirksamen Gesetze, daß wir dann sehr wohl eine Chance haben, auch noch das eine oder andere zusätzlich zu finanzieren.“ (Spiegel, 21.7.80)

Am 28.7. erklärte der US-Verteidigungsminister Brown, die Verbündeten seien zu „Operationen außerhalb des Gebietes der Allianz nicht in der Lage. Der Schutz des Persischen Golfes sei nur durch die USA möglich.“ CSU-Generalsekretär Stoiber nahm die Forderung nach „dem geographischen Fall der NATO-Grenzen“ zurück, und SPD-Geschäftsführer Bahr setzte nach und forderte ihn auf, dies „ausdrücklich“ zu tun.

Das Gesamtkonzept der Meere ist das Konzept der US-Supermacht. Für die NATO sieht es die Auffüllung der durch die anderweitige US-Flottenpräsenz entstehenden Lücken vor. Großes Gewicht legen die USA darauf, ihre Positionen gegenüber dem Sozialimperialismus an den Flanken Europas, im Nahen und Mittleren Osten, im Pazifik, im südlichen Afrika selbständig zu sichern und auszubauen. Sowohl um ihre Position der Vorherrschaft in Westeuropa als in der NATO-Allianz auszubauen, legt der US-Imperialismus Wert auf die selbständige militärische Kontrolle dieser Gebiete. Die Vorstöße der westdeutschen Imperialisten nach Ausdehnung des Wirkungsbereiches der NATO stoßen deshalb beim US-Imperialismus nicht einfach auf Gegenliebe. Da setzte er sie schon lieber verstärkt an der Nordflanke ein.

Anfang Juli führte die Sowjetunion in der Norwegensee ein umfangreiches See- und Luftmanöver durch. Über 20 Überwasserschiffe, eine große Anzahl U-Boote aus der Ostsee, dem Atlantik und der Barentssee sowie starke Kräfte der Luftwaffe beteiligten sich daran. Geübt wurde die U-Jagd. Die Übung hatte im Rahmen der Beschlüsse und der Debatte der NATO stark demonstrativen Charakter, insbesondere gegenüber der Bundesmarine. Über 17 Schiffseinheiten für den Hochsee-Einsatz verfügt diese, 1984 werden die sechs neuen Fregatten abgeliefert sein, zwei weitere sollen sofort anschließend in Bau gehen. Die freie Passage Nordatlantik – Kola Halbinsel ist für die Kriegsmarine der Sowjetunion lebenswichtig, so daß die Sicherung der NATO-Nordflanke alles andere als eine schmackhafte Aufgabe für die Bundesmarine sein wird. Noch dazu, wo auf der jüngsten Auslandsreise in den Indischen Ozean der Zerstörer Bayern den Versorgungstanker Spessart fast versenkte und beide ihre Reise unterbrechen mußten. Am 8. August wird der Verband zurückerwartet.

Sowjetische Besatzungstruppen in Ungarn um 40 000 Mann verstärkt

z.krk. Seit Anfang dieses Jahres hat das sowjetische Oberkommando seine in Ungarn stationierten Truppen um etwa 40000 Mann verstärkt und deren Ausrüstung dem modernsten Stand im Warschauer Pakt angepaßt. Seit 1956 stationiert die Sowjetunion Besatzertruppen auf dem Territorium Ungarns, bisher waren es etwa 75000 bis 80000 Soldaten in über 40 Garnisonen. Ihre Zahl ist in den letzten 10 Jahren Schritt für Schritt um etwa 10% erhöht worden. Sie gehören zur Südgruppe der Truppen, d.h. der vier strategischen Verbände, die jenseits der Westgrenze der SU stationiert sind. Umso auffälliger ist die gegenwärtige gewaltige Aufstockung, die auf eine Änderung der Ungarn betreffenden strategischen Pläne der SU schließen läßt.

Hundertprozentig aufgestockt wurden die Panzerbrigaden Nr. 2 und 5, mit Sitz in Esztergom und Veszprém, die motorisierten Schützendivisionen Nr. 35 und 102 in Székesfehérvár und Kecskemét. Die aufgezählten Städte sind von mittlerer Größe und sind jeweils regionale Zentren, über die militärisch die Fläche des ganzen Landes abgedeckt werden kann. Ebenfalls verstärkt wurde die in Dombóvár stationierte 69. Frontluftarmee, neben der Aufstockung des Flug- und Bodenpersonals gehören nun 150 neue Düsenjäger zu diesem Verband: Jagdbomber des Typs MiG 27, SU 17, Schwenkflügeljäger MiG 23 S und schwere Bomber vom Typ SU 19. Damit haben die sowjetischen Truppen insgesamt 500 Kampfflugzeuge, Bomber und Abfangjäger vom Boden Ungarns aus einsatzbereit. Modernisiert wurden auch die Panzer: statt den bisher verwendeten Typen T 62 und T 64 haben die Truppen nun den modernsten Typ T 72 erhalten.

Es fand auch eine Verlagerung der Führungsstäbe statt: fünf Führungsstäbe sowjetischer Luftlandebrigaden aus dem Militärbezirk Odessa sind in den südungarischen Raum verlegt worden, sie haben in Szekszárd, 58 km von der jugoslawischen Grenze entfernt, Quartier bezogen.

Die Bedrohung Jugoslawiens und Rumäniens durch die Sowjettruppen in Ungarn ist weiter gewachsen. Doch hat die Lagebeurteilung des jugoslawischen Generalstabs, daß dieser Aufmarsch nicht allein Jugoslawien gelte, bestimmt seine Richtigkeit. Der Abzug von 20000 Soldaten aus der DDR und nun der neue Vorschlag der Sozialimperialisten, gegen 13000 US-Soldaten 20000 Mann aus der DDR, Polen und der CSSR abzuziehen, scheint ein größeres Umgruppierungsmanöver sowjetischer Truppen in Europa zur Grundlage zu haben. Ungarn ist ein Teilabschnitt der Südfront für die SU in einem Krieg um Europa. Mit dem Ausbau ihrer Truppen auf diesem Frontabschnitt vergrößert sie ihre Manövrierfähigkeit der NATO gegenüber. Vom Territorium Ungarns aus gibt es die Möglichkeit, in den NATO-Bereich vorzustoßen über das Burgenland in die norditalienische Tiefebene, oder auf einem etwas längeren Weg auch nach Westdeutschland.



Mit großem Propagandaaufwand werden in der DDR Sowjetsoldaten verabschiedet.

Französische Revisionisten propagieren nationale Verteidigung

Entwaffnung der Arbeiterklasse / Stärkung des französischen Imperialismus

z.inl.Paris. In einer Tischrede auf Schloß Augustusburg, am zweiten Tag seines Staatsbesuches in der BRD, erklärte der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing am 8. Juli: „Wir gehören zur selben Familie, auch wenn die Art unserer Teilnahme unterschiedlich ist.“ Den rechten bourgeoisen Familiensinn, Sicherung von Eigentum und Erbrecht, hat er: Mit Schmidt wollte er erörtern, wie die Position der beiden imperialistischen Staaten im westlichen Bündnis gestärkt werden kann und wie sie sich mehr Selbständigkeit gegenüber den Supermächten für ihre eigenen räuberischen Interessen verschaffen.

Was die Art der Teilnahme am westlichen Bündnis angeht, gibt es einige Unterschiede. Während die BRD fest in die NATO integriert ist, ruht die Mitgliedschaft Frankreichs: Seit dem Rücktritt 1966 aus den integrierten Befehlsstrukturen der NATO hat diese keine Stützpunkte mehr in Frankreich, und die französischen Streitkräfte sind ihr nicht unterstellt. In zivilen Organen wie dem Nordatlantikrat ist Frankreich weiterhin Mitglied. Im Gegensatz zur BRD verfügt Frankreich außerdem über Atomwaffen. Diese, oder präziser „unsere Kernwaffen“ sehen die französischen Revisionisten seit der Giscard-Reise schon als „Geschenk der Regierung zur Taufe der europäischen Armee.“

Die Demonstration verstärkter Zusammenarbeit zwecks „Stärkung der Stellung Europas in der Welt“ (Giscard), die Planung eines westdeutsch-französischen Panzers, der den Leopard und den AMX 30 ablösen soll, ist von der PCF heftig kritisiert worden als nationaler Ausverkauf. Ihr Zentralorgan trommelte: „Verrat an der Unabhängigkeit“, „Veräußerung der Entscheidungsfreiheit unseres Landes“, „Die Produktion unserer Waffen ans Ausland ausgeliefert!“ Nicht die imperialistische Politik der französischen Bourgeoisie, ihre Absicht, sich auch militärisch bessere Ausgangsbedingungen für den drohenden dritten imperialistischen Weltkrieg zu schaffen, wird von der PCF angegriffen; sondern die Gefahr, die der Selbständigkeit des französischen Imperialismus durch eine Allianz drohe, heraufbeschworen. Das Konzept, mit dem die PCF diese Art Selbständigkeit unterstützt, heißt nationale Verteidigung.

Im Mai 1977 beschloß das ZK der PCF dazu: Der nuklearen Bewaffnung wird Priorität gegeben, weil sie „das einzige wirkliche Abschreckungsmittel ist, über das das Land für einige Zeit verfügt, um einer Aggressionsdrohung zu begegnen“; Erhaltung der Operationsfreiheit der Atomwaffe – weshalb die PCF heute auch das sechste Atom-U-Boot fordert; Lösung der Bindungen an die NATO; Zurückweisung jeder gemeinsamen europäischen Verteidigung, vor allem weil sie „der BRD Zugang zur atomaren Bewaffnung geben würde“; Beteiligung Frankreichs an den SALT-Verhandlungen. Die Armee soll eine Wehrpflichtigenarmee sein.

„Unsere Politik der Abrüstung und der nationalen Verteidigung ergibt sich direkt und notwendig aus unserer allgemeinen politischen Strategie ..., deren Ziel es ist, die französische Gesellschaft aus der Krise zu führen und um dies zu tun, den demokratischen und friedlichen Weg einzuschlagen, der zu einem demokratischen, Frankreich angepaßten Sozialismus führen wird“, erklärte die PCF 1979. Die Arbeiterklasse soll nicht die Krise des Imperialismus nutzen, um die soziale Revolution durchzuführen. Die Strategie der PCF zielt auf Stärkung des französischen Imperialismus, Eroberung des bestehenden Staatsapparates bei gleichzeitigem Wechsel der Allianz hin zu den Sozialimperialisten. Die Forderung nach vollständigem NATO-Austritt soll nicht die Revolution, sondern diesen Allianzwechsel erleichtern. Die „Verteidigung der Nation“ ist der Versuch, die Arbeiterklasse über diese Absichten zu täuschen. Sie sei „Bestandteil des Klassenkampfes“ und die Arbeiterklasse die „Trägerin des nationalen Interesses“. Aus dieser Behauptung folgt eine Springflut von Chauvinismus (eine Variante ist in dem Bildprojekt zu studieren), dessen Zweck die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter ihre Ausbeuter ist.

Die Perspektive vom friedlichen Übergang zum Sozialismus entwickelte die PCF schon frühzeitig nach dem Ende des II. Weltkrieges, in der Hoffnung, daß das Gewicht des sozialistischen Lagers diese Möglichkeit zuließe. Vaterlandsverteidiger war sie damals nicht. Der XII. Parteitag 1950 forderte die Kündigung des Marshallplans und des Atlantikpaktes, bedingungsloses Verbot aller Atomwaffen. Mit der Verwandlung der sozialistischen Sowjetunion in eine imperialistische Supermacht haben sich auch die Positionen der PCF geändert. Statt revolutionärem Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und Schwächung aller Faktoren, die die soziale Revolution behindern, geht es den Revisionisten heute um Errichtung ihrer eigenen Herrschaft. Sie entwaffnen die Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus und Krieg.



Bildunterschrift im PCF-Zentralorgan: „Das war bei der Parade am letzten 14 Juli. Die deutschen ‚Mercedes'-Lastwagen, mit denen ein Teil unserer Armeen ausgerüstet ist, waren am Nationalfeiertag dabei.“

Rentensysteme in der EG: Für die Masse der alten Lohnabhängigen ist die Rente niedrig

z.scc.Brüssel. Ein Vergleich der neun verschiedenen Rentensysteme in den Ländern der EG (Stand 1.7.1978) zeigt schon auf den ersten Blick vor allem eines: Zwar hat sich die Arbeiterklasse in allen diesen Ländern – zuletzt 1919 in Italien – eine gesetzliche Rentenversicherung erkämpft; aber es wird sie noch eine Reihe großer Kämpfe kosten, eine Rente durchzusetzen, die die Reproduktion der alten Arbeiter gewährleistet. Fast durchweg gilt: Für die Masse der Lohnabhängigen ist die Rente niedrig. Das allen diesen Bourgeoisien gemeinsame Interesse, sich der Rentner, deren Arbeitskraft in der Profitproduktion verbraucht wurde und die damit für die Profitproduktion untauglich sind, je schneller je lieber zu entledigen, hat eine Vielfalt sich überbietender Gemeinheiten hervorgetrieben, die den ,,Harmonisierungs"gelüsten weiten Raum geben.

Geradlinig brutal beim Entzug der Reproduktionsmittel geht die britische Bourgeoisie vor: Die staatliche Rentenversicherung zahlt einen Einheitssatz, dessen Höhe das Parlament jährlich festlegt und der so niedrig ist, daß alljährlich rund 800000 Rentner allein an Unterkühlung infolge fehlender Beheizung wegsterben. 1978 betrug er wöchentlich 17,50 Pf. für Ledige bzw. 28 Pf. für Verheiratete, das waren nach dem EG-Kaufkraftkurs umgerechnet monatlich 407 bzw. 667 DM. Zwar erhält die Mehrzahl der Lohnabhängigen noch eine betriebliche Zusatzrente, die jedoch in der Regel gering ist und die eben *nicht* alle Lohnabhängigen erhalten. Eine 1978 in Kraft getretene Rentenreform, nach der der Arbeiter neben dem Einheitssatz einen lohnbezogenen Rententeil bekommt, entfaltet ihre volle Wirkung erst 1998. – Die irische Bourgeoisie hat das von der einstigen Kolonialmacht Großbritannien hinterlassene Rentensystem übernommen.

In vier Ländern, der BRD, Belgien, Frankreich und Italien, haben die Bourgeois Rentenformeln ausgeklügelt, die die Spaltungen im Lohngefüge auf die Lohnabhängigen, die von Rente leben, durchschlagen lassen und einen großen Teil der Renten weit nach unten drücken. Bei unterschiedlicher Berechnungsweise ist all diesen Rentenformeln gemeinsam, daß sie sowohl die Lohnhöhe als auch die Zahl der Versicherungsjahre wirken lassen, und zwar multipliziert. Getroffen werden dadurch vor allem die lohnabhängigen Frauen, die meist weniger Versicherungsjahre auszuweisen haben *und* oft in Niedriglohngruppen eingestuft waren, getroffen werden, vor allem in Frankreich und Italien, in der Regel auch die Zehntausende ehemaliger Bauern, die irgendwann im Laufe ihres Arbeitslebens ruiniert und gezwungen waren, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Anders aber als in der BRD, wo es nach unten hin praktisch keine Grenze gibt, hat die Arbeiterklasse in Frankreich und Italien – wie übrigens auch in Luxemburg – eine wenn auch unzureichende Mindestrente durchsetzen können. Über die Hälfte aller Renten in Italien sind, als verheerende Folge der Rentenformel, Mindestrenten (1978: 13 Monatsrenten zu nach EG-Kaufkraftkurs umgerechnet 359 DM); das gilt vor allem für die Invaliditätsrenten, die gerade für die Bauern und ehemaligen Bauern vielfach die einzig erreichbare Rente ist. Auch in Frankreich erhält ein Viertel der knapp acht Millionen Rentner heute gerade die Mindestrente (1978: 1000 FF oder 496 DM nach Kaufkraftkurs für Ledige). Unzureichend macht die französische Mindestrente v.a., daß sie erst Rentnern ab dem 65. Lebensjahr garantiert wird und daß ihre Höhe und Erhöhung nicht an die Lohnentwicklung gebunden sind, sondern durch Dekret festgelegt wird. Gegenwärtig beträgt sie 46,7% des gesetzlichen Mindestlohnes (SMIC).

Anders als in den übrigen EG-Ländern sind in Dänemark alle ansässigen dänischen Staatsangehörigen, in den Niederlanden alle Einwohner ab dem 15. Lebensjahr unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit durch die gesetzliche Rentenversicherung erfaßt. In beiden Ländern spielen bei der Rentenberechnung nur die Versicherungsjahre, nicht aber die Lohn- bzw. Einkommenshöhe eine Rolle. Das relativ höhere Durchschnittsrentenniveau in den Niederlanden darf nicht täuschen: Die Renten sind der Besteuerung unterworfen, die Rentenversicherungsbeiträge in Höhe von 12% des Lohns werden zudem ausschließlich von den Versicherten bezahlt. Auch in Dänemark, wo die Renten weitgehend aus der Steuer gezahlt werden, sind die Kapitalisten praktisch von den Versicherungszahlungen befreit. Praktisch existiert, durch einen prozentual hohen festen Bestandteil, zu dem eine nach Versicherungsjahren gestaffelte Zusatzrente kommt, eine Mindestaltersrente (fester Bestandteil 1978 für Ledige nach Kaufkraftkurs umgerechnet 652 DM, für Verheiratete 1160 DM).

Die Angaben über die Durchschnittsrenten in der folgenden Tabelle sind aufgrund der großen Unterschiede in den Rentensystemen nur beschränkt vergleichbar.

dem EG-Kaufkraftkurs umgerechnet monatlich 407 bzw. 667 DM. Zwar erhält die Mehrzahl der Lohnabhängigen noch eine betriebliche Zusatzrente, die jedoch in der Regel gering ist und die eben *nicht* alle Lohnabhängigen erhalten. Eine 1978 in Kraft getretene Rentenreform, nach der der Arbeiter neben dem Einheitssatz einen lohnbezogenen Rententeil bekommt, entfaltet ihre volle Wirkung erst 1998. – Die irische Bourgeoisie hat das von der einstigen Kolonialmacht Großbritannien hinterlassene Rentensystem übernommen.

In vier Ländern, der BRD, Belgien, Frankreich und Italien, haben die Bourgeois Rentenformeln ausgeklügelt, die die Spaltungen im Lohngefüge auf die Lohnabhängigen, die von Rente leben, durchschlagen lassen und einen großen Teil der Renten weit nach unten drücken. Bei unterschiedlicher Berechnungsweise ist all diesen Rentenformeln gemeinsam, daß sie sowohl die Lohnhöhe als auch die Zahl der Versicherungsjahre wirken lassen, und zwar multipliziert. Getroffen werden dadurch vor allem die lohnabhängigen Frauen, die meist weniger Versicherungsjahre auszuweisen haben *und* oft in Niedriglohngruppen eingestuft waren, getroffen werden, vor allem in

dern sind in Dänemark alle ansässigen dänischen Staatsangehörigen, in den Niederlanden alle Einwohner ab dem 15. Lebensjahr unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit durch die gesetzliche Rentenversicherung erfaßt. In beiden Ländern spielen bei der Rentenberechnung nur die Versicherungsjahre, nicht aber die Lohn- bzw. Einkommenshöhe eine Rolle. Das relativ höhere Durchschnittsrentenniveau in den Niederlanden darf nicht täuschen: Die Renten sind der Besteuerung unterworfen, die Rentenversicherungsbeiträge in Höhe von 12% des Lohns werden zudem ausschließlich von den Versicherten bezahlt. Auch in Dänemark, wo die Renten weitgehend aus der Steuer gezahlt werden, sind die Kapitalisten praktisch von den Versicherungszahlungen befreit. Praktisch existiert, durch einen prozentual hohen festen Bestandteil, zu dem eine nach Versicherungsjahren gestaffelte Zusatzrente kommt, eine Mindestaltersrente (fester Bestandteil 1978 für Ledige nach Kaufkraftkurs umgerechnet 652 DM, für Verheiratete 1160 DM).

Die Angaben über die Durchschnittsrenten in der folgenden Tabelle sind aufgrund der großen Unterschiede in den Rentensystemen nur beschränkt vergleichbar.

Einige Angaben zu den Rentensystemen in der EG 1978

Land	Gesetzl. Rentenalter M	F	Wartezeit in Jahren	Vollrente n. ... Jahren	Durchschn. Lohn (1)	Durchschn. Rente (1)
DK	67	67	1	40	o.A.	(2)
Irl	65	65	3	–	1688	407(3)
GB	65	60	–	–	1898	425(3)
NL	65	65	–	50	2466	1042
BRD	65	65	15	...	2183	765(4)
B	65	60	–	45/40	2125	676
F	60	60	–	37,5	1589	841
I	60	55	15	40	1812	o.A.
Lux	65	65	5	...	o.A.	o.A.

(1) Umgerechnet in DM entsprechend der EG-Kaufkraftwährung SPA (vgl. KVZ 2/80)
(2) Fester Bestandteil: s. Angaben im Text, Zusatzrente bis zu 110 DM pro Person
(3) Basisrente für Männer; Zuschlag für Ehefrauen in GB 255, in Irl 260 DM
(4) Nur Versichertenrenten

Forderungen der Gewerkschaften

Frankreich: CGT und CFDT fordern die Senkung des gesetzlichen Rentenalters für Frauen auf 55, für Männer auf 60 Jahre, bei schweren Arbeiten auf 55. Das gesetzliche Rentenalter liegt zwar bei 60 Jahren, das tatsächliche jedoch bei 63,9 Jahren: Die Gemeinheiten der Rentenformel zwingen die Arbeiter praktisch zur Weiterarbeit; bei 60 Jahren beträgt bei voller Beitragszahlung die Rente lediglich 25% des Durchschnittslohns der letzten zehn Jahre, bei 65 dagegen 50%. Weiter fordert die CGT eine Rente in Höhe von 75% des Lohns, Mindestrente von 80% des von ihr geforderten SMIC, Erhöhung der Renten mit den Löhnen. Die CFDT fordert eine Rente in Höhe von 80% des SMIC und die Vereinheitlichung der Rentensysteme.

Niederlande: Der Gewerkschaftsbund FNV fordert die Senkung des Rentenalters, eine zusätzliche, an die Höhe des Lohns gebundene Rente für die Lohnabhängigen und eine Gesamtrente von mindestens 70% des letzten Lohns.

Belgien: Der Gewerkschaftsbund ABVV/FGTB erhebt in seinem Aktionsprogramm keine Forderungen zur Rentenhöhe. Auch zum gesetzlichen Rentenalter äußert er sich nicht, fordert aber eine ,,Überbrückungsrente" für Männer ab 60 und Frauen ab 55 Jahren. Vielfach ist diese Überbrückungsrente bisher tarifvertraglich durchgesetzt; sie liegt jedoch unterhalb der Altersrente, die der Lohnabhängige ab 65 bekommt. Weiter fordert er die rechtliche Gleichstellung der lohnabhängigen Frauen in der Rentenversicherung. Die Familienrente steht bisher nur dem Mann zu, auch wenn seine Rente unter der seiner erwerbstätigen Frau liegt.

Großbritannien: Der Gewerkschaftsbund TUC fordert eine Rente in der Höhe von 50% des durchschnittlichen Einkommens für Ehepaare, von 33,3% für Ledige.

Irland: Der Gewerkschaftsbund ICTU tritt dafür ein, die Rentenhöhe an die Lohnhöhe und die Rentenentwicklung an die Lohnentwicklung zu binden.

USA: Der Raubbau an Boden und Wasser ist die Ursache der ,,Ernte- und Wetterkatastrophen"

z.rül. Von Ende Juni bis Ende Juli trat in den US-Bundesstaaten Texas, Arkansas, Kansas, Georgia und Missouri und mehreren angrenzenden Staaten eine schwere Hitzewelle auf. Die Temperaturen stiegen tagelang auf 38° Celsius und mehr, kein Tropfen Regen fiel. Die Folge: Schwere Ernteschäden bei Tomaten, Baumwolle, Sorghum, Viehfutter. Während die Kapitalisten die Preise für Viehfutter in die Höhe trieben, mußten die Rinder- und Schaffarmer z.B. in Texas ihre Vorräte an Winterfutter verfüttern, weil das Gras völlig verdorrt war. Tausende Farmer trieben ihr Vieh frühzeitig zu den großen Schlachthöfen, die ,,wegen des Überangebots" ihre Ankaufpreise binnen weniger Wochen um 8 bis 10% senkten.

Nach groben Schätzungen belaufen sich in den fünf am schwersten betroffenen Staaten allein die Ernteschäden auf zusammen 3,9 Mrd. $.

Noch wenige Wochen vorher hatte das US-Landwirtschaftsministerium mehrfach ,,ausgezeichnetes Erntewetter" gemeldet. Wieso konnten dann binnen weniger Wochen so schwere Schäden auftreten?

Der Grund dafür liegt in dem jahrzehntelangen Raubbau, mit dem die US-Bourgeoisie auf riesigen Flächen den ehemals fruchtbaren Ackerboden ausgelaugt hat.

1967 schätzte das US-Landwirtschaftsministerium, daß nur 36% der Ackerfläche in den großen Getreidegebieten des mittleren Westens ausreichend erosionsgeschützt seien. Seitdem hat sich der Raubbau weiter beschleunigt. Unter dem Druck wachsender Schulden nahmen die Farmer auch erosionsgefährdetes Weide- und Buschland unter den Pflug, beseitigten Windschutzgürtel. Anstatt in hügeligem Gebiet quer zum Hang zu pflügen, was die Erosion bremst, aber teuer ist, pflügten die meisten Farmer hangauf-hangab, mit entsprechend beschleunigter Erosion. Jahrelanger Anbau der gleichen Sorten bei unzureichender Düngung wusch den Boden zusätzlich aus. Das gilt vor allem für den Baumwollanbau im Süden, der inzwischen weite Ackerbaugebiete verwüstet hat. Die so ausgelaugten Böden sind weder in der Lage, Niederschläge lange zu speichern, das Regenwasser fließt vielmehr rasch ab und versickert teilweise in große Tiefen. Umgekehrt dörren die Böden bei Trockenheit und Hitze in kürzester Zeit aus.

Bereits in den 30er Jahren war es im mittleren Westen der USA binnen weniger Jahre zu schweren Zerstörungen von Ackerland durch Staubstürme gekommen. Jahrzehntelanger extensiver Ackerbau hatte die Bodenkrume der einst grasreichen Ebenen zerstört, und nach mehreren Jahren Trockenheit war der Boden so pulverig geworden, daß jeder Windstoß große Staubverwehungen zur Folge hatte. Etwa 390000 km² Ackerfläche, ein Gebiet von mehr als der 1½fachen Fläche der BRD, wurden auf Jahre hinaus vernichtet, die Bodenkrume durch gewaltige Staubstürme teilweise hunderte von Kilometern weggeweht. Hunderttausende Farmer, die meisten von ihnen seit mehreren Generationen Pächter auf Ländereien der Banken oder Eisenbahngesellschaften, wurden von ihrem Land vertrieben. Allein 300000 wanderten nach Kalifornien und wurden dort auf den Obst- und Gemüseplantagen brutalster Ausbeutung unterworfen.

Die US-Imperialisten rühmen sich oft der großen Bewässerungsanlagen, die sie nach diesen Staubstürmen im Westen des Landes schaffen ließen. Die mexikanischen Bauern können ein Lied davon singen: Mit großen Stauwerken im Oberlauf des Colorado, durch die dort 3,4 Mio. Acres (ca. 1,36 Mio. Hektar) Land bewässert werden, entzogen die US-Imperialisten dem Colorado soviel Wasser, daß dieser große Fluß, dessen Einzugsbereich 70% größer als der des Rheins ist, inzwischen südlich von Yuma im Bundesstaat Arizona als schütteres Rinnsal und total versalzen im Boden versickert. In Mexiko kommt kein Tropfen mehr an.

Auch trotz dieser ,,großartigen" Bewässerungsanlagen: Der Raubbau am Boden durch extensive Bewirtschaftung geht weiter. Das US-Landwirtschaftsministerium schätzt, daß in den letzten hundert Jahren etwa 200 Mio. Acres Ackerbauland (ca. 80 Mio. Hektar) ruiniert und für den Ackerbau untauglich wurden. Das ist mehr als die dreifache Fläche der BRD. Jedes Jahr müssen weitere etwa 880000 Hektar Ackerland wieder in Weideland oder Waldgebiet zurückverwandelt werden, weil sie völlig ausgelaugt sind. Durch Wasser- und Winderosion gingen in den 70er Jahren in Texas jedes Jahr *durchschnittlich* 11 bis 16 cm Ackerkrume verloren. In einzelnen Gebieten Tennessees und Virginias liegt die Erosionsrate bei 33 bis 45 cm Ackerkrume pro Jahr. Als ,,besonders schwer betroffene Gebiete" nannte das US-Landwirtschaftsministerium 1979: Teile Arizonas, New Mexiko, Nevada, Ohio, Kentucky, Pennsylvania, Indiana, Texas, Virginia und Tennessee.

Die Vernichtung von Ackerboden und die Zerstörung von Grundwasserreservoiren sind aber nicht die einzigen Folgen des jahrzehntelangen Raubbaus. Der vorhergegangene und neuerdings wieder beschleunigte Kahlschlag großer Waldgebiete im mittleren Westen und die Zerstörung der Bodenvegetation fördern ihrerseits die ,,Wetterkatastrophen", weil diese entwaldeten Landstriche ihre Funktion als ,,Klimabarrieren" und ,,Windfänger" verlieren. Die Folge: Die Schneestürme im Winter, die ,,Blizzards", wie auch die Warmluftmassen, die im Sommer aus dem Golf von Mexiko in die USA strömen, dehnen sich ziemlich ungehindert weit nach Norden bzw. Süden aus. Am deutlichsten kann man das an der rapiden Zunahme der Tornados sehen, das sind Wirbelstürme, die beim Zusammenprall von Warm- und Kaltluftzonen entstehen.

Jahrzehnt	Tornados
1916 – 1925	1007
1926 – 1935	1696
1936 – 1945	1514
1946 – 1955	2989
1956 – 1965	6581
1966 – 1975	8031

Quelle: US-Statistical Abstracts, versch. Jahrgänge

Beides, wachsende Bodenerosion und ,,Wetterkatastrophen", beschleunigen die Verschuldung der Farmer beim Finanzkapital weiter. 1977 waren die US-Farmer beim Finanzkapital mit 100 Mrd. $ verschuldet, das ist etwa das Vierfache ihres für dieses Jahr erwarteten Nettoeinkommens. Um in dieser Schlinge nicht erdrosselt zu werden, bleibt ihnen nur: Überarbeit und weiterer Raubbau.





Zwar wurden vor allem in Texas und Kalifornien große Gebiete künstlich bewässert. Die Ausbeutung mexikanischer Arbeiter auf den so geschaffenen Obst- und Gemüseplantagen verschaffte den Nahrungsmittelgesellschaften Riesenprofite. Das nötige Wasser dafür besorgen sie sich aber vor allem in

den ehemals fruchtbaren Ackerboden ausgelaugt hat.

1967 schätzte das US-Landwirtschaftsministerium, daß nur 36% der Ackerfläche in den großen Getreidegebieten des mittleren Westens ausreichend erosionsgeschützt seien. Seitdem hat sich der Raubbau weiter beschleunigt. Unter dem Druck wachsender Schulden nahmen die Farmer auch erosionsgefährdetes Weide- und Buschland unter den Pflug, beseitigten Windschutzgürtel. Anstatt in hügeligem Gebiet quer zum Hang zu pflügen, was die Erosion bremst, aber teuer ist, pflügten die meisten Farmer hangauf-hangab, mit entsprechend beschleunigter Erosion. Jahrelanger Anbau der gleichen Sorten bei unzureichender Düngung wusch den Boden zusätzlich aus. Das gilt vor allem für den Baumwollanbau im Süden, der inzwischen weite Ackerbaugebiete verwüstet hat. Die so ausgelaugten Böden sind weder in der Lage, Niederschläge lange zu speichern, das Regenwasser fließt vielmehr rasch ab und versickert teilweise in große Tiefen. Umgekehrt dörren die Böden bei Trockenheit und Hitze in kürzester Zeit aus.

Zwar wurden vor allem in Texas und Kalifornien große Gebiete künstlich bewässert. Die Ausbeutung mexikanischer Arbeiter auf den so geschaffenen Obst- und Gemüseplantagen verschaffte den Nahrungsmittelgesellschaften Riesenprofite. Das nötige Wasser dafür besorgen sie sich aber vor allem in
Texas kurzerhand aus den – knappen – Grundwasserreservoiren. Die Folge: Der Grundwasserspiegel sinkt rapide ab.

Tritt dann eine längere Hitzewelle oder Trockenperiode auf, so ist der Boden rasch ausgetrocknet, die vorhandenen Grundwasservorräte binnen kurzem erschöpft. Schwere Ernteverluste sind die gesetzmäßige Folge.

durch die dort 3,4 Mio. Acres (ca. 1,36 Mio. Hektar) Land bewässert werden, entzogen die US-Imperialisten dem Colorado soviel Wasser, daß dieser große Fluß, dessen Einzugsbereich 70% größer als der des Rheins ist, inzwischen südlich von Yuma im Bundesstaat Arizona als schütteres Rinnsal und total versalzen im Boden versickert. In Mexiko kommt kein Tropfen mehr an.

Auch trotz dieser ,,großartigen" Bewässerungsanlagen: Der Raubbau am Boden durch extensive Bewirtschaftung geht weiter. Das US-Landwirtschaftsministerium schätzt, daß in den letzten hundert Jahren etwa 200 Mio. Acres Ackerbauland (ca. 80 Mio. Hektar) ruiniert und für den Ackerbau untauglich wurden. Das ist mehr als die dreifache Fläche der BRD. Jedes Jahr müssen weitere etwa 880000 Hektar Ackerland wieder in Weideland oder

sind Wirbelstürme, die beim Zusammenprall von Warm- und Kaltluftzonen entstehen.

Jahrzehnt	Tornados
1916 – 1925	1007
1926 – 1935	1696
1936 – 1945	1514
1946 – 1955	2989
1956 – 1965	6581
1966 – 1975	8031

Quelle: US-Statistical Abstracts, versch. Jahrgänge

Beides, wachsende Bodenerosion und ,,Wetterkatastrophen", beschleunigen die Verschuldung der Farmer beim Finanzkapital weiter. 1977 waren die US-Farmer beim Finanzkapital mit 100 Mrd. $ verschuldet, das ist etwa das Vierfache ihres für dieses Jahr erwarteten Nettoeinkommens. Um in dieser Schlinge nicht erdrosselt zu werden, bleibt ihnen nur: Überarbeit und weiterer Raubbau.





Bodenerosion in einem Baumwollfeld in Georgia. Die Baumwolle ist hangwärts angepflanzt, Regengüsse schwemmen den Boden weg. Rechts: Arkansas.

Türkei: Generalstreik gegen die Ausweitung des Kriegsrechts

z.anb. Am 23.7. haben mehrere Hunderttausend türkischer Arbeiter auf die Ermordung des Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft mit einem Generalstreik geantwortet. Ihre Forderungen richteten sich gegen die von der Regierung Demirel geplante Ausrufung des Notstands mit verschärften Unterdrückungsgesetzen gegen Streik-, Koalitions- und demokratische Rechte. Auf den Druck der Arbeiterbewegung hin haben die Republikanische Volkspartei Ecevits und die Nationale (islamische) Heilspartei Erbakans ihre in der Vorwoche erklärte Unterstützung für eine nationale Einheitsfront aller Parteien gegen den Terrorismus zurückgezogen. Unterdessen nehmen die Mordanschläge faschistischer Banden gegen Arbeitervertreter und Gewerkschaftsfunktionäre zu, sie zielen vor allem auch auf Mitglieder der gegenüber der Reaktion schwankenden Volkspartei, um ein Bündnis der demokratischen und revolutionären Kräfte zu verhindern und die Arbeiterklasse zu isolieren. Ecevit und Erbakan sollen in die große Koalition des nationalen Notstands gezwungen werden, unter direkter Anspielung auf die drohende Gefahr einer Intervention durch eine der Supermächte, vor allem die Sowjetunion. In dieser Lage hat die Bundesregierung letzte Woche weitere 460 Mio. DM Kredithilfe im Rahmen des diesjährigen westlichen Hilfsprogramms genehmigt. Außenminister Genscher erklärte die Entscheidung damit, daß sich ,,das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in die Türkei gefestigt" habe.

USA schickt neue Marineeinheit in den Indischen Ozean

z.ans. Zur alsbaldigen Weiterfahrt in den Indischen Ozean sind jetzt fünf US-Amphibien-Kriegsschiffe mit 1800 Marineinfanteristen, Hubschraubern und Artillerie- und gepanzerten Einheiten in dem von Kenia erpreßten Stützpunkt Mombasa gelandet. Geplant sind Manöver der gesamten US-Flotte im Indischen Ozean. Bereits im März hatten die US-Imperialisten eine 1800 Mann starke Marineinfanterieeinheit von Hawaii aus in den Indischen Ozean geschickt. Kürzlich ist schwere Ausrüstung für 12000 Marineinfanteristen im Hafen von Diego Garcia gelagert worden. Nach Angaben des amerikanischen Verteidigungsministeriums befinden sich z.Z. im Indischen Ozean 19 US-Kriegsschiffe und acht Versorgungsschiffe gegenüber zehn Kriegsschiffen und acht Versorgungsschiffen der Sowjetunion.

Die Massen verteidigen die befreiten Gebiete Burmas

z.chm. Die Militärregierung Ne-Win-San-Yas in Burma erlitt eine Niederlage mit der Operation ,,Königssieger". Seit dem 19. November 1979 führt das Militärregime in Burma einen großangelegten Angriff gegen die Stützpunkte und die befreiten Gebiete Burmas, die unter Kontrolle der Kommunistischen Partei Burmas stehen. Über die Hälfte der Regierungstruppen wurden bei diesem Angriff eingesetzt. Die Volksarmee unter Führung der KP und die Massen in diesen Gebieten haben dem Söldnerheer eine Lektion erteilt und seine Kräfte und sein Material vernich-

Ausbeutung und Reproduktion in Hongkong

Das Kapital auf der Suche nach Höchstprofit / Welche Faktoren wirken?

z.mat. Was treibt die Kapitalisten zum Kapitalexport in Länder der Dritten Welt? Die niedrigen Löhne, ist ihre aus zahllosen Betriebsversammlungen bekannte Antwort. Warum investieren sie dann den größten Teil des exportierten Kapitals in imperialistischen Ländern? Über 70% der privaten Investitionen aus den USA gingen im vergangenen Jahrzehnt dorthin.

Triebkraft des Kapitalexports ist der Höchstprofit. Die Löhne sind ein Faktor dabei, doch nicht der einzige. In der Dritten Welt, stellt Lenin in seiner Studie des Imperialismus fest, ,,ist der Profit gewöhnlich hoch, denn es gibt dort wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig nicht hoch, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig.'' Eine ganze Reihe von Faktoren also, die die Höhe des Profits positiv beeinflussen. Andere Faktoren gehen damit einher oder haben sich seitdem deutlicher herausgebildet: Investitionszuschüsse und Steuervorteile wirken ähnlich vorteilhaft wie niedrige Bodenpreise, geringere Produktionserfahrung schlägt sich in niedrigerer Produktivität und Intensität der Arbeit nieder und drückt auf den Profit.

Um die Wirkung der Faktoren zu betrachten, ist es nützlich, sie einzeln zu behandeln. Wir haben versucht, zunächst die Auswirkungen unterschiedlicher Lohnhöhe zu untersuchen, und haben dafür Hongkong gewählt. Hongkong ist ein Stadtstaat, in dem Land knapp und die Bodenpreise deshalb nicht wesentlich niedriger sind als in imperialistischen Ländern. Rohstoffe müssen importiert werden, sind also am Ort nicht billiger zu haben. Ein entscheidender Faktor, der in der Dritten Welt auf die Lohnhöhe drückt, der ständige Zustrom billiger Arbeitskraft aus dem Heer ruinierter Bauern, ist ebenfalls ausgeschaltet; bereits 1961 betrug der Anteil der Bauern an der erwerbstätigen Bevölkerung nur 4%. Allerdings gab es eine beträchtliche Zuwanderung aus anderen Ländern, vor allem aus den angrenzenden Provinzen der VR China, der zu dem Anwachsen der Bevölkerung 1946 bis 1976 von 1,5 auf 4,4 Millionen wesentlich beigetragen hat (Schaubild 2). Er war jedoch verbunden mit einem Einstrom von Kapital, das von kleinen Kapitalisten mitgebracht wurde und das Angebot an Arbeitskraft aufsog: Die offizielle Arbeitslosigkeit betrug nie über 4%. Über 90% der Arbeiter wurden 1976 von einheimischen Kapitalisten überwiegend in kleinen Betrieben ausgebeutet. Eine Folge sind der niedrige Organisationsgrad der Arbeiterklasse und die Zersplitterung der Gewerkschaften. 25% der Lohnabhängigen waren 1976 in 367 Gewerkschaften organisiert, davon existieren allein 83 Gewerkschaften im öffentlichen Dienst.

Tabelle 1 zeigt, in welche Bereiche es das imperialistische Kapital nach Hongkong zieht, Tabelle 2 gibt an, welche Imperialisten bei den Kapitalanlagen führend sind. Der größte Teil der Investitionen wurde in den letzten 20 Jahren getätigt, und die führende Rolle der Elektronik und der Textilindustrie läßt vermuten, daß die eingesetzte Maschinerie im großen und ganzen mit der in den imperialistischen Ländern verwendeten vergleichbar ist.

Die dargestellte Lohnverteilung wurde aus Lohnangaben der UNO für Arbeiter und Angestellte im Jahr 1973 für 35 Branchen errechnet. Für 1976 waren nur die Löhne der Arbeiter angegeben. Man erkennt, daß die Arbeiterklasse zwischen 1973 und 76 beträchtliche nominale Lohnerhöhungen durchsetzen konnte.

Nach dem amtlichen Wechselkurs von 1973 umgerechnet, liegt der Monatslohn der Masse der Textilarbeiter bei 327 DM. Der entsprechende Durchschnittslohn in der BRD betrug 1973 etwa 1 200 DM. Was sagt das über die Profite? Der Wechselkurs kann durch seine Veränderungen zwar Auskunft geben über Veränderungen in der Produktivität und Intensität der Arbeit verschiedener Länder, als absolutes Maß ist er jedoch ungeeignet. Man kommt dem Problem nur näher, wenn man das in vergleichbaren Branchen geschaffene Mehrprodukt betrachtet. Tabelle 3 zeigt das Ergebnis für zwei Branchen, über die notwendige Zahlen in vergleichbarer Form vorliegen. Als Grundlage dienen die Preisangaben der Kapitalisten, umgerechnet auf US-Dollar als Bezugswährung. Das Nettoprodukt drückt den Wert der vom Arbeiter zugefügten Arbeit aus. Zieht man den Lohn, also die bezahlte Arbeit, davon ab, erhält man das stündliche Mehrprodukt oder den Wert der zugefügten unbezahlten Arbeit. Das Verhältnis aus unbezahlter zu bezahlter Arbeit ergibt die Mehrwertrate, die über den Grad der Ausbeutung Aufschluß gibt. Es ergibt sich, daß sie nach dieser Rechnung in Hongkong und in der BRD von ähnlicher Größe ist, daß sie aber in der Textilindustrie in Hongkong höher ist als in der BRD, während es bei der Herstellung elektrischer Geräte im Durchschnitt umgekehrt ist. Unter der Annahme, daß Kapitaleinsatz und alle anderen Bedingungen vergleichbar sind, gilt dasselbe von der Profitrate.

Daß alle übrigen Bedingungen vergleichbar sind, ist unwahrscheinlich, denn die Differenz des monatlichen Mehrprodukts pro Arbeiter, die trotz ähnlicher Mehrwertrate vorhanden ist, muß durch andere Faktoren aufgehoben werden, damit Kapitalanlage in Hongkong lohnend wird. Als solche Faktoren wirken die zahlreichen Investitionssubventionen und mehrjährige Steuerbefreiung, wie sie in zahlreichen ,,Freihandelszonen'' Südostasiens von den Imperialisten durchgesetzt wurden. Geringere ,,Soziallasten'' in der Dritten Welt, die Bestandteil des Lohns sind, auch wenn sich nicht im Bruttolohn enthalten sind, modifizieren die Mehrwertrate ebenso wie Fälschungen der im Preis ausgedrückten Wertangabe des Nettoprodukts, die dadurch entstehen, daß die imperialistischen Niederlassungen Waren mit den Konzernzentralen nach künstlich festgesetzten Preisen austauschen. Daß die Zahlen in Tabelle 3 nicht gänzlich an der Wirklichkeit vorbeigehen, zeigt auch die Tatsache, daß der ausländische Kapitaleinsatz dort höher ist, wo auch die Mehrwertrate höher ist, was im Vergleich die Textilindustrie ist. Es läßt sich also festhalten, daß die Lohnunterschiede, wie sie sich nach dem Wechselkurs ergeben, nicht als Maß für den Grad der Ausbeutung genommen werden können, und daß die tatsächlichen Unterschiede in Bezug auf Hongkong und die BRD weit geringer sind und in gewissem Zusammenhang stehen mit dem stündlichen Mehrprodukt.

Nun verhält es sich aber so, daß nicht die Mehrwertrate den Lohn bestimmt, sondern der Lohn geht in die Bestimmung der Mehrwertrate ein. Der Lohn als Preis der Ware Arbeitskraft bestimmt sich nach den zu ihrer Reproduktion notwendigen Kosten. Die Höhe dieses Preises, der um den Wert der Arbeitskraft schwankt, ist Ergebnis des Kampfes zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse. Allerdings besteht zwischen der Reproduktion als Klasse und der Reproduktion des individuellen Arbeiters ein Unterschied. Die Reproduktion der Klasse kann durch eine Folge kurzlebiger kinderreicher Arbeitergenerationen vor sich gehen oder durch längeres produktives Leben bei geringem Nachwuchs. Kurzfristig können die Kapitalisten den Lohn unter die Reproduktionskosten drücken; wenn die damit einhergehende Senkung der Qualität des Arbeitskörpers durch Zufuhr neuer Arbeitskraft ausgeglichen wird, gelingt ihnen das sogar über längere Zeit. Tabelle 4 gibt an, wie viele von 1000 in der jeweiligen Altersgruppe 1976 gestorben sind. Bis zu 50 Jahren sind die Unterschiede gering, bei 50 bis 65 sterben mehr Menschen in Hongkong als in der BRD, darüber ist es deutlich umgekehrt. Daß, wer in Hongkong 65 geworden ist, länger lebt als in der BRD, muß aus dem Zustrom älterer Familienmitglieder erklärt werden, die die Bedingungen ihrer Reproduktion vor ihrer Ankunft legen konnten. Im produktiven Alter ist die Sterberate in Hongkong höher, was auf schlechtere Reproduktion hinweist. Ein wichtiger Faktor in der Reproduktion der Arbeiterklasse in Hongkong ist die Familie, die als Versicherungsfonds im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter gilt, zum anderen, insofern die alten und arbeitslosen Familienmitglieder alle Haushaltsarbeiten erledigen, was angesichts des hohen Anteils der Frauen an allen Lohnabhängigen (51%) heißt, daß die Kapitalisten damit weitere Lohnbestandteile nicht zahlen.

Beim durchschnittlichen Kalorienverbrauch (Tabelle 5) nimmt Hongkong eine mittlere Stellung zwischen imperialistischen Ländern und den meisten Ländern der Dritten Welt ein, vor allem in Bezug auf Kalorien tierischer Herkunft. Auch diese Schlußfolgerungen bedürfen weiterer Untersuchung, da sie zum Beispiel nicht die höhere Intensität der Arbeit in der BRD berücksichtigen, die den Vorteil einer insgesamt höheren Kalorienzufuhr zunichte machen kann.

Kalorienverbrauch pro Kopf 64 – 66

	insg.	tier. Herkunft
BRD	2911	1 107
Hongkong	1 939	480
Philippinen	1 895	196

Um ihr Ziel einer Überwindung des Lohnsystems durch Beseitigung des Privateigentums zu erreichen, muß die Arbeiterklasse die Konkurrenz in ihren Reihen überwinden. Grundlage der Konkurrenz zwischen nationalen Abteilungen der Klasse ist die unterschiedliche Entwicklung des Kapitals in den einzelnen Ländern, die ständig neue Spaltungsmöglichkeiten schafft. Die Verbindung des wirtschaftlichen Kampfes mit dem politischen Kampf ermöglicht den Zusammenschluß der Arbeiter in den imperialistischen Ländern mit der Arbeiterklasse und den Völkern der Dritten Welt, die um Befreiung vom Imperialismus kämpfen. Die Kapitalisten sind bemüht, Unterschiede im Lohnniveau und in der Reproduktion gegen den Lohnkampf der Arbeiter zu nutzen. Bürgerliche Organisationen aller Schattierungen treten dagegen auf mit der Parole, das Elend in der Dritten Welt lindern zu wollen. Ursache des Elends ist die Ausbeutung. Die Bedingungen der Ausbeutung sind von Land zu Land verschieden. Will die Arbeiterklasse die Konkurrenz in ihren Reihen überwinden, dann muß sie diese Bedingungen verstehen und ihre Ursachen bekämpfen.

25% – Verteilung der Bruttomonatslöhne der Lohnabhängigen in Hongkong

Durchschnittslohn in der Oberkleidungsindustrie 1973: 612 HK-Dollar

Durchschnittslohn Oberbekleidungsindustrie 1976: 798 HK-Dollar

Durchschnittslohn der Angestellten in der Elektroindustrie: 1528 HK-Dollar

20% – 15% – 10% – 5%

HK$ 512 – 1024 – 2048 – 4096

DM 273 – 546 – 1093 – 2186

Raster: Arbeiter und Angestellte, 1973
Umriß: Arbeiter 1976

Allgemeine Daten über Hongkong

1976	in 1000	in %
Bevölkerung	4443,8	
Lohnabhängige	1867,5	100
Land-, Forstw. und Fischerei	48,5	2,6
Bergbau	1,02	0,05
Verarb. Industrie	845,92	45,3
davon Textil	115,9	6,2
davon Oberbekl.	265,9	14,2
Bauindustrie	104,4	5,6
Handel, Gaststätten	361,68	19,4
Öffentl. Dienst	284,97	15,2
Erziehungwesen 1978 (Anzahl der Schüler)		
Kindergarten	186130	
Grundschulen	563384	
Sekundarstufe allgem. Bildung	529712	
Hochschulen	47312	
Erwachsenenbildg.	80225	
Verteilung der Landfläche (1978)		
Total: 1 055,61 km²	km²	in %
bebautes Land, einschl. Straßen und Schienen	153	14,5
Wald	125	11,8
Gras- und Buschland	616	58,5
Ödland	44	4,2
Sumpf- u. Mangroven	9	0,8
Fischteiche	20	1,9
Ackerland	85	8,0

% – I Bevölkerungswachstum insgesamt – II Geburtenrate – Sterberate

32 – 20,5 – 16 – 8 – 4 – 2 – −9,9

1947 50 55 60 65 70 75

Tabelle 1: Ausl. Investitionen nach Industriezweigen 1976 (Mio. HK-$)

Elektronik	588,9	Druck	61,5
Textil	263,8	Spielw.	58,2
Uhren	188,2	Bau	55,2
Elektro	98,0	Met.ver.	53,6
Chemie	96,5	Met.prod.	46,8
Nahrungsm.	75,7	andere	184,4

Tabelle 2: Ausl. Direktinvestitionen in Hongkong 1976 (Mio. HK-$)

USA	856,5	Schweiz	42,3
Japan	264,2	Taiwan	32,9
GB	159,3	Frankr.	23,1
Thailand	135,3	NL	22,7
Austral.	101,6	BRD	19,3
Singapur	61,0	andere	52,6

Tabelle 3: Ausbeutung in Textil- und elektrischer Industrie 1973

	Textilindustrie Hongkong	Textilindustrie BRD	elektrische Geräte Hongkong	elektrische Geräte BRD
monatl. Arbeitszeit (Std.)	206,50	146,20	195,50	144,10
Nettoprod./Std. ($)	2,05	7,11	1,37	10,89
Mehrprod./Std. ($)	1,39	4,12	0,82	7,51
Mehrwertrate	2,11	1,38	1,49	2,22
Mehrprod./Monat ($)	287,00	602,30	160,30	1 082,20

Tabelle 4: Sterberaten 1976: von je 1 000 der jeweiligen Altersgruppe sind 1976 gestorben (Alter in Jahren)

	−1	1-4	5-9	10-14	15-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65-69	70-74	75-79	80-84	ü.84
BRD .	17,8	0,7	0,4	0,3	1,0	1,1	1,0	1,3	1,8	2,9	4,5	6,6	10,0	16,3	27,5	46,6	75,7	123,3	219,9
HK ..		3,3	0,4	0,3	0,5	0,7	1,0	1,5	1,9	2,8	4,5	7,3	10,8	18,7	25,5	41,8	55,9	98,3	

nächst die Auswirkungen unterschiedlicher Lohnhöhe zu untersuchen, und haben dafür Hongkong gewählt. Hongkong ist ein Stadtstaat, in dem Land knapp und die Bodenpreise deshalb nicht wesentlich niedriger sind als in imperialistischen Ländern. Rohstoffe müssen importiert werden, sind also am Ort nicht billiger zu haben. Ein entscheidender Faktor, der in der Dritten Welt auf die Lohnhöhe drückt, der ständige Zustrom billiger Arbeitskraft aus dem Heer ruinierter Bauern, ist ebenfalls ausgeschaltet; bereits 1961 betrug der Anteil der Bauern an der erwerbstätigen Bevölkerung nur 4%. Allerdings gab es eine beträchtliche Zuwanderung aus anderen Ländern, vor allem aus den angrenzenden Provinzen der VR China, der zu dem Anwachsen der Bevölkerung 1946 bis 1976 von 1,5 auf 4,4 Millionen wesentlich beigetra-

Man erkennt, daß die Arbeiterklasse zwischen 1973 und 76 beträchtliche nominale Lohnerhöhungen durchsetzen konnte.

Nach dem amtlichen Wechselkurs von 1973 umgerechnet, liegt der Monatslohn der Masse der Textilarbeiter bei 327 DM. Der entsprechende Durchschnittslohn in der BRD betrug 1973 etwa 1 200 DM. Was sagt das über die Profite? Der Wechselkurs kann durch seine Veränderungen zwar Auskunft geben über Veränderungen in der Produktivität und Intensität der Arbeit verschiedener Länder, als absolutes Maß ist er jedoch ungeeignet. Man kommt dem Problem nur näher, wenn man das in vergleichbaren Branchen geschaffene Mehrprodukt betrachtet. Tabelle 3 zeigt das Ergebnis für zwei Branchen, über die notwendi-

Steuerbefreiung, wie sie in zahlreichen ,,Freihandelszonen'' Südostasiens von den Imperialisten durchgesetzt wurden. Geringere ,,Soziallasten'' in der Dritten Welt, die Bestandteil des Lohns sind, auch wenn sich nicht im Bruttolohn enthalten sind, modifizieren die Mehrwertrate ebenso wie Fälschungen der im Preis ausgedrückten Wertangabe des Nettoprodukts, die dadurch entstehen, daß die imperialistischen Niederlassungen Waren mit den Konzernzentralen nach künstlich festgesetzten Preisen austauschen. Daß die Zahlen in Tabelle 3 nicht gänzlich an der Wirklichkeit vorbeigehen, zeigt auch die Tatsache, daß der ausländische Kapitaleinsatz dort höher ist, wo auch die Mehrwertrate höher ist, was im Vergleich die Textilindustrie ist. Es läßt sich also festhalten, daß die Lohnunterschiede, wie sie sich nach dem

I Bevölkerungswachstum insgesamt – II Geburtenrate – Sterberate – 20,5 – −9,9

Tabelle 1: Ausl. Investitionen nach Industriezweigen 1976 (Mio. HK-$): Elektronik 588,9; Textil 263,8; Uhren 188,2; Elektro 98,0; Chemie 96,5; Nahrungsm. 75,7; Druck 61,5; Spielw. 58,2; Bau 55,2; Met.ver. 53,6; Met.prod. 46,8; andere 184,4

Tabelle 2: Ausl. Direktinvestitionen in Hongkong 1976 (Mio. HK-$): USA 856,5; Japan 264,2; GB 159,3; Thailand 135,3; Austral. 101,6; Singapur 61,0; Schweiz 42,3; Taiwan 32,9; Frankr. 23,1; NL 22,7; BRD 19,3; andere 52,6

Tabelle 3: Ausbeutung in Textil- und elektrischer Industrie 1973 – Textilindustrie Hongkong BRD – elektrische Geräte Hongkong BRD

nicht die Mehrwertrate den Lohn bestimmt, sondern der Lohn geht in die Bestimmung der Mehrwertrate ein. Der Lohn als Preis der Ware Arbeitskraft bestimmt sich nach den zu ihrer Reproduktion notwendigen Kosten. Die Höhe dieses Preises, der um den Wert der Arbeitskraft schwankt, ist Ergebnis des Kampfes zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse. Allerdings besteht zwischen der Reproduktion als Klasse und der Reproduktion des individuellen Arbeiters ein Unterschied. Die Reproduktion der Klasse kann durch eine Folge kurzlebiger kinderreicher Arbeitergenerationen vor sich gehen oder durch längeres produktives Leben bei geringem Nachwuchs. Kurzfristig können die Kapitalisten den Lohn unter die Reproduktionskosten drücken; wenn die damit einhergehende Senkung der Qualität des Arbeitskörpers durch Zufuhr neuer Arbeitskraft ausgeglichen wird, gelingt ihnen das sogar über längere Zeit. Tabelle 4 gibt an, wie viele von 1000 in der jeweiligen Altersgruppe 1976 gestorben sind. Bis zu 50 Jahren sind die Unterschiede gering, bei 50 bis 65 sterben mehr Menschen in Hongkong als in der BRD, darüber ist es deutlich umgekehrt. Daß, wer in Hongkong 65 geworden ist, länger lebt als in der BRD, muß aus dem Zustrom älterer Familienmitglieder erklärt werden, die die Bedingungen ihrer Reproduktion vor ihrer Ankunft legen konnten. Im pro-

scher Herkunft. Auch diese Schlußfolgerungen bedürfen weiterer Untersuchung, da sie zum Beispiel nicht die höhere Intensität der Arbeit in der BRD berücksichtigen, die den Vorteil einer insgesamt höheren Kalorienzufuhr zunichte machen kann.

Kalorienverbrauch pro Kopf 64 – 66: BRD 2911 1 107; Hongkong 1 939 480; Philippinen 1 895 196

Um ihr Ziel einer Überwindung des Lohnsystems durch Beseitigung des Privateigentums zu erreichen, muß die Arbeiterklasse die Konkurrenz in ihren Reihen überwinden. Grundlage der Konkurrenz zwischen nationalen Abteilungen der Klasse ist die unterschiedliche Entwicklung des Kapitals in den einzelnen Ländern, die ständig neue Spaltungsmöglichkeiten schafft. Die Verbindung des wirtschaftlichen Kampfes mit dem politischen Kampf ermöglicht den Zusammenschluß der Arbeiter in den imperialistischen Ländern mit der Arbeiterklasse und den Völkern der Dritten Welt, die um Befreiung vom Imperialismus kämpfen. Die Kapitalisten sind bemüht, Unterschiede im Lohnniveau und in der Reproduktion gegen den Lohnkampf der

tet. Nach Berichten aus dem Kampfgebiet wurden in der Zeit vom 19. November 1979 bis zum 31. März 1980 577 größere und kleinere Kämpfe und Operationen gegen die Einheiten des Söldnerheeres durchgeführt. Das Kampfgebiet erstreckte sich über den Osten, Nordosten und dem zentralen Teil Burmas. 4442 Soldaten wurden außer Gefecht gesetzt, davon sind 1458 getötet, 2749 verwundet, 233 gefangengenommen und fünf desertiert. Die Volksarmee hat große Mengen Waffen und Material des Feindes beschlagnahmt und technisches Kriegsgerät. 39 Militärfahrzeuge wurden zerstört, zwei Panzerwagen und 18 Verbindungsbrücken.

Vanuatu: Nationale Einheit durch Unabhängigkeit

z.mat.Sydney. Das entschlossene Festhalten der gewählten Regierung von Vanuatu (ehemals Neue Hebriden) am Unabhängigkeitstermin und die Unterstützung durch die Nachbarländer im ,,Südpazifischen Forum'' haben Großbritannien und Frankreich gezwungen, die Sezession auf der größten Insel Espiritu Santo zu beenden und am vergangenen Mittwoch ihre Kolonialherrschaft aufzugeben. Die von der Vanuaaku Pati gestellte Regierung der unabhängigen Republik hat angekündigt, daß die auf Santo befindlichen britischen und französischen Truppen in zwei Wochen durch Soldaten aus Papua-Neuguinea abgelöst werden sollen. Der Versuch der Kolonialisten, die Organisation Nagriamel für ihre Ziele einzuspannen, ist damit vorerst gescheitert. Nagriamel entstand 1960 im Kampf um die Rückgewinnung geraubten Landes. 1971 reichte Nagriamel bei der UNO eine Petition für die Unabhängigkeit des Landes ein. 1975 erklärte Nagriamel die einseitige Unabhängigkeit für Santo, konnte sie aber nicht durchsetzen. Verschiedene Siedler und die Phoenix Foundation aus den USA nutzten die Widersprüche zwischen den Bewohnern der verschiedenen Inseln und gewannen Einfluß als ,,Berater'' für Nagriamel in Verfassungsfragen, wobei sie den religiössektenhaften Charakter von Nagriamel ausnutzten. Die Vanuaaku Pati, die seit 1975 den Unabhängigkeitskampf mit einem klaren politischen Programm geführt hat und jetzt die Mehrheit im Parlament besitzt, hat eine allgemeine Amnestie für Nagriamel angekündigt. An der Sezession beteiligte Ausländer sind von der Amnestie ausgeschlossen und müssen das Land verlassen.

Italien: Streikbrechertum kann verordnet werden

z.ans.Rom. In einem Rechtsstreit der Justizverwaltung hat das italienische Verfassungsgericht kürzlich verfügt: Die Ersetzung von streikenden Gerichtsbeschäftigten kann jederzeit dienstherrlich angeordnet werden, erzwungenes Streikbrechertum im öffentlichen Dienst ist also rechtmäßig. Das Urteil, erklären die Richter zynisch, widerspreche in keiner Weise dem Streikrecht der Beschäftigten. Die Begründung: Man könne nicht ,,die Legitimität von Maßnahmen bestreiten, die, ohne die Freiheit des Arbeiters zu streiken einzuschränken, die schädlichen Auswirkungen eben dieses Streiks gerade dort eindämmen sollen, wo essentielle öffentliche Dienste betroffen sind, wie im Falle des Gerichts''. Angesichts der heftigen Kämpfe der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst zielt dieses Urteil darauf, das eh schon durch zahlreiche Strafparagraphen und die Möglichkeit der Dienstverpflichtung eingeschränkte Streikrecht noch weiter auszuhöhlen. Die Ersetzung von Streikenden durch andere Beschäftigte soll die Lohnabhängigen spalten. Bereits kürzlich hatte der italienische Erziehungsminister in einem Runderlaß die Vertretung von streikenden ,,prekären'' Lehrern angeordnet. Die Gewerkschaftsbünde hatten damals die Lehrer aufgefordert, sich für solche Streikbrecherarbeit nicht herzugeben.

Sowjetische Weltraumerkundung der vietnamesischen Bodenschätze

z.hku. Einen hündischen Dankesbrief hat Le Duan an seinen Oberherrn dafür geschickt, daß auf dem letzten Flug zur sowjetischen Orbitalstation Salut 6 ein Vietnamese mitgenommen worden ist. Der Flug war Bestandteil des ,,Interkosmos''-Programms, mit dem die Sozialimperialisten sich Zahlungen der anderen RGW-Staaten für ihr Weltraumprogramm gesichert haben – den ,,Brüdervölkern zur Ehre'' wird dabei reihum einer mitgenommen. Neben Experimenten mit neuen Werkstoffen hat die Orbitalstation in der letzten Woche vor allem die ,,Fernerkundung'' Vietnams betrieben. ,,Geologen erwarten neue Erkenntnisse für Projektierung und Erschließung der reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kontinentalschelf des südlichen Vietnam sowie der bedeutenden Bodenschätze im Norden.'' Die Geologen sind Russen, die seit 1975 die Prospektierung Vietnams in der Hand haben – außerdem hat sich Vietnam vertraglich zur gemeinsamen Auswertung *aller* von Flugkörpern gemachten Aufnahmen des Landes verpflichten müssen; die Ausbeutung der ,,vietnamesischen Erdölvorkommen im Kontinentalschelf'' ist gerade kürzlich der Sowjetunion übereignet worden. – In einer Erklärung hat die VR China dieses sowj.-vietnamesische Abkommen für null und nichtig erklärt, da es die Ausbeutung von Ressourcen im südchinesischen Festlandsockel betrifft. Das Seegebiet um die Xisha- und Nansha-Inseln wie um die Dangsha-Inseln ist chinesisches Hoheitsgebiet. Die Energievorkommen dort gehören also China und jede nicht genehmigte Arbeit ist illegal.

Die Taktik der Arbeiterbewegung Westeuropas gegenüber dem Vordringen des Zarismus im 19. Jhd.

z.gek. Gegenüber den jeweiligen Kriegsbündnissen und -vorbereitungen der herrschenden Klassen haben Marx und Engels immer versucht, eine revolutionäre Taktik auszuarbeiten, da Kriege so oder so die revolutionäre Entwicklung entscheidend beschleunigen oder aber hemmen würden. Die beherrschende Frage für die Außenpolitik der europäischen Arbeiterbewegung war dabei die Rolle des Zarismus als ,,der großen Hauptfestung, Hauptreservestellung und Reservearmee zugleich der europäischen Reaktion" (Engels). 1848 traten die revolutionären Demokraten und Kommunisten in Deutschland dafür ein, dem Zarismus, der daran ging, die Revolutionen in Ungarn und Polen zu erwürgen, den Krieg zu erklären, und im ,,Kriegs- und Revolutionssturm" die deutsche Einheit zu erkämpfen: ,,Nur der Krieg mit Rußland ist ein Krieg des revolutionären Deutschlands, ein Krieg, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seine eigenen Autokraten besiegen kann, worin es, wie einem die Ketten langer, träger Sklaverei abschüttelnden Volk geziemt, die Propaganda der Zivilisation mit dem Opfer seiner Söhne erkauft und sich nach innen frei macht, indem es nach außen befreit." So Marx in der ,,Neuen Rheinischen Zeitung" vom 12. Juni 1848 (MEW Bd.5, S. 202).

Die Tatsache, daß die bürgerlich-demokratische Bewegung, mit ihr die Arbeiterbewegung, 1849 eine Niederlage erlitt, hieß keineswegs, auf jede Außenpolitik zu verzichten. Gegenüber dem durch diesen Sieg weiter gestärkten und vorgerückten Zarismus, der sich anschickte, sein altes Ziel, die Eroberung Konstantinopels, in Angriff zu nehmen, schloß Engels auch ein Zweckbündnis mit Großbritannien als der beherrschenden kapitalistischen Macht der Zeit nicht aus: ,,Rußland ist entschieden eine Eroberernatur und war es auch ein ganzes Jahrhundert lang, bis ihm die große Bewegung von 1789 einen furchtbaren Gegner voll mächtiger Tatkraft schuf ... Seit jener Epoche gab es tatsächlich bloß zwei Mächte auf dem europäischen Kontinent: Rußland mit seinem Absolutismus auf der einen Seite, die Revolution mit der Demokratie auf der andern. Momentan scheint die Revolution unterdrückt zu sein, aber sie lebt und ist so gefürchtet wie nur je." (Worum es in der Türkei in Wirklichkeit geht, in: MEW Bd.9, S. 17)

20 Jahre später hatte sich die Lage erneut geändert. In Rußland waren infolge der Niederlage im Krim-Krieg gegen England und Frankreich einige Reformen, insbesondere die sog. Bauernbefreiung, durchgeführt worden, hatte sich die Entwicklung des Kapitalismus Bahn gebrochen, und war mit den modernen Gesellschaftsklassen endlich auch eine Partei revolutionärer Demokraten, die für den Sturz des Zarismus arbeitete, aufgetreten. In Deutschland hatte Preußen unter Bismarck in Gewaltstreichen einen Nationalstaat zusammengezimmert, der jedoch erkauft war mit verschärfter Reaktion nach innen und nach außen, der Niederschlagung der Pariser Commune, wie auch der Annektion Elsaß-Lothringens, was einen dauernden Gegensatz zwischen beiden Ländern schuf und Frankreich zum Bundesgenossen des Zarismus machte. Andererseits hatte die deutsche Sozialdemokratie gewaltige Fortschritte gemacht, trotz Sozialistengesetzen. Zwei potentielle Kriegsbündnisse standen sich in den 80er Jahren gegenüber: Rußland – Frankreich und Deutschland – Österreich. Dieser Entwicklung mußte die Taktik angepaßt werden:

,,In Frankreich, Rußland und Deutschland wenden sich die Ereignisse so sehr zu unseren Gunsten, daß wir uns für den Augenblick nur die Fortsetzung des *Status quo* wünschen können. Wenn die Revolution in Rußland ausbricht, so würde sie ein Zusammenwirken von äußerst günstigen Bedingungen hervorrufen. Dagegen würde uns ein allgemeiner Krieg in den Bereich des Unvorhergesehenen zurückwerfen. Die Revolution in Rußland und Frankreich würde verzögert, unsere Partei in Deutschland das Schicksal der Kommune von 1871 erleiden ... Gibt es Krieg, so wird er nur zu dem Zweck geführt, die Revolution zu verhüten: in Rußland, um der gemeinsamen Aktion aller Unzufriedenen, Slawophilen, Konstitutionalisten, Nihilisten und Bauern, zuvorzukommen; in Deutschland, um Bismarck zu halten; in Frankreich, um die siegreiche Bewegung der Sozialisten zurückzudrängen und die Monarchie wiederherzustellen. – Zwischen den französischen und deutschen Sozialisten gibt es keine elsässische Frage ... Die Sozialisten beider Länder sind gleichermaßen an der Erhaltung des Friedens interessiert, weil sie es wären, die sämtliche Kriegskosten zu bezahlen hätten." Das schrieb Engels im Oktober 1886 in der französischen Zeitung ,,Le Socialiste" (Fr. Engels, Die politische Lage Europas, MEW Bd.21, S 317 – 18)

Engels schloß aber nicht prinzipiell aus, daß die immer mehr erstarkende deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie dadurch der politischen Macht wesentlich näher kommen könnte, unter bestimmten Umständen an einem Verteidigungskrieg Deutschlands gegen den Zarismus teilnehmen müsse. Lenin hat diese Taktik später verteidigt. Er schrieb 1916, während des ersten Weltkrieges, an Inès Armand:

,,Ein Krieg Frankreich und Rußlands im Jahre 1891 gegen Deutschland ... Ich sage doch auch, daß das *von seiten Frankreichs und Rußlands* ein reaktionärer Krieg gewesen wäre (ein Krieg mit dem Ziel, die Entwicklung Deutschlands rückgängig zu machen, es von der nationalen Einheit zur Zersplitterung zurückzuführen); aber *von seiten Deutschlands?* ... Von seiten Deutschlands wäre es 1891

schaftsklassen endlich auch eine Partei revolutionärer Demokraten, die für den Sturz des Zarismus arbeitete, aufgetreten. In Deutschland hatte Preußen unter Bismarck in Gewaltstreichen einen Nationalstaat zusammengezimmert, der jedoch erkauft war mit verschärfter Reaktion nach innen und nach außen, der Niederschlagung der Pariser Commune, wie auch der Annektion Elsaß-Lothringens, was einen dauernden Gegensatz zwischen beiden Ländern schuf und Frankreich zum Bundesgenossen des Zarismus machte. Andererseits hatte die deutsche Sozialdemokratie gewaltige Fortschritte gemacht, trotz Sozialistengesetzen. Zwei potentielle Kriegsbündnisse standen sich in den 80er Jahren gegenüber: Rußland – Frankreich und Deutschland – Österreich. Dieser Entwicklung mußte die Taktik angepaßt werden:

,,In Frankreich, Rußland und Deutschland wenden sich die Ereignisse so sehr zu unseren Gunsten, daß wir uns für den Augenblick nur die Fortsetzung des *Status quo* wünschen können. Wenn die Revolution in Rußland ausbricht, so würde sie ein Zusammenwirken von äußerst günstigen Bedingungen hervorrufen. Dagegen würde uns ein allgemeiner Krieg in den Bereich des Unvorhergesehenen zurückwerfen. Die Revolution in Rußland und Frankreich würde verzögert, unsere Partei in Deutschland das Schicksal der Kommune von 1871 erleiden ... Gibt es Krieg, so wird er nur zu dem Zweck geführt, die Revolution zu verhüten: in Rußland, um der gemeinsamen Aktion aller Unzufriedenen, Slawophilen, Konstitutionalisten, Nihilisten und Bauern, zuvorzukommen; in Deutschland, um Bismarck zu halten; in Frankreich, um die siegreiche Bewegung der Sozialisten zurückzudrängen und die Monarchie wiederherzustellen. – Zwischen den französischen und deutschen Sozialisten gibt es keine elsässische Frage ... Die Sozialisten beider Länder sind gleichermaßen an der Erhaltung des Friedens interessiert, weil sie es wären, die sämtliche Kriegskosten zu bezahlen hätten." Das schrieb Engels im Oktober 1886 in der französischen Zeitung ,,Le Socialiste" (Fr. Engels, Die politische Lage Europas, MEW Bd.21, S 317 – 18)

Engels schloß aber nicht prinzipiell aus, daß die immer mehr erstarkende deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie dadurch der politischen Macht wesentlich näher kommen könnte, unter bestimmten Umständen an einem Verteidigungskrieg Deutschlands gegen den Zarismus teilnehmen müsse. Lenin hat diese Taktik später verteidigt. Er schrieb 1916, während des ersten Weltkrieges, an Inès Armand:

,,Ein Krieg Frankreich und Rußlands im Jahre 1891 gegen Deutschland ... Ich sage doch auch, daß das *von seiten Frankreichs und Rußlands* ein reaktionärer Krieg gewesen wäre (ein Krieg mit dem Ziel, die Entwicklung Deutschlands rückgängig zu machen, es von der nationalen Einheit zur Zersplitterung zurückzuführen); aber *von seiten Deutschlands?* ... Von seiten Deutschlands wäre es 1891
kein Krieg imperialistischen Charakters gewesen ... 1891 gab es überhaupt keinen Imperialismus (ich habe in meiner Broschüre zu beweisen versucht, daß er in den Jahren 1898 – 1900 entstanden ist, nicht früher) und gab es keinen imperialistischen Krieg ... Was wir jetzt haben, ist ein *imperialistischer* Krieg von *beiden* Seiten. Das haben wir tausendmal gesagt. Das ist das Wesen der Sache ... Es ist lächerlich, die ‚*Möglichkeit*' einer Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen nationalen zu leugnen (obgleich Ussijewitsch sich davor entsetzte!) ... Aber *vorläufig* hat er sich noch nicht verwandelt. Die Politik des Marxismus basiert auf dem *Wirklichen* und nicht auf dem ‚Möglichen'." (Lenin Werke Bd.35, S. 242 – 243)

Im 19. Jahrhundert wird Rußland zur Hauptfestung der Reservearmee der europäischen Reaktion

z.gek. ,,Nie war die Weltlage zarischen Eroberungsplänen günstiger als 1762, da die große Hure Katharina II. nach Ermordung ihres Gemahls den Thron bestieg. Ganz Europa war durch den Siebenjährigen Krieg gespalten. England hatte die französische Macht zur See, in Amerika, in Indien gebrochen und ließ nun ihren kontinentalen Bundesgenossen Friedrich II. von Preußen im Stich. Dieser stand 1762 am Rand des Untergangs ... (Es) blieb ihm keine andere Wahl, als sich der neugekrönten Zarin zu Füßen zu werfen ... Ein Stück Polen war der Knochen, den die Zarin Preußen zuwarf, damit es sich für ein Jahrhundert ruhig an die russische Kette legen ließ." (Fr. Engels, Die auswärtige Politik des russischen Zarentums, MEW Bd. 22, S.22) Die Einverleibung des größten Teils von Polen bedeutete eine erhebliche Stärkung der strategischen Position wie auch des wirtschaftlichen Potentials des Zarentums. Ebenso wertvoll war das Vasallentum Preußens, das Rußland den Weg ins Deutsche Reich der hundert Duodezstaaten eröffnete.

Diese Konsolidierung der Machtstellung im Zentrum Europas ermöglicht es Katharina, die Eroberung Konstantinopels, ,,das große, nie zu vergessende langsam zu erringende Hauptziel", ins Auge zu fassen. ,,Zaregrad *(Zarenstadt = die russische Bezeichnung für Konstantinopel)* als dritte russische Hauptstadt neben Moskau und Petersburg, das hieß aber nicht nur moralische Herrschaft über die orientalische Christenheit, das war auch die entscheidende Etappe zur Herrschaft über Europa. Das war die Alleinherrschaft über das Schwarze Meer, Kleinasien, die Balkanhalbinsel. Das war, sobald der Zar wollte, die Schließung des Schwarzen Meers ..., seine Verwandlung in einen russischen Kriegshafen ... Dann brauchte Rußland nur noch dieselbe Herrschaft, direkt oder indirekt, über den Sund und die Belte zu erringen, und es war unangreifbar auch zur See." (ebenda, S. 17/18)

Mit großen Mühen versuchte Katharina, insbesondere gegenüber dem Westen, sich als Aufklärerin, Liberale, bürgerliche Reformerin darzustellen. Tatsächlich haben sich unter ihrer Herrschaft, – allen ihren sentimentalen Phrasen über die Unwürde der Leibeigenschaft zum Trotz – die Widerwärtigkeiten der Sklaverei nur noch voller entfaltet. Ein Geschmeiß von Günstlingen umschwirrte sie, wie schon ihre Vorgängerinnen. Der Hauch äußerlicher ,,Modernität" kontrastierte nur um so greller mit den elenden, rückständigen Produktionsbedingungen, und machte sie nur noch elender.

Was die Gutsbesitzer – und hinter ihnen der Zar selbst als oberster Grundherr und Händler – den verknechteten Bauern an Waren für den Export abpreßte, waren Getreide, Hanf und Tauwerk, Holz und Eisen, etc., die in erster Linie nach England gingen. Dagegen fanden englische Industriewaren nur geringen Absatz, so daß in Silber und Gold gezahlt wurde. Ein ausländischer Beobachter stellte fest: ,,Alles Gold, das die Engländer in St. Petersburg ausgeben, zieht Frankreich an sich vermittels seiner Weine, seiner reichen Gewebe, seiner Borten, seiner Tabaksdosen, seiner Modeartikel und all des glänzenden Flitters, der dem Luxus des Zarenhofs zu dienen hat." (Zit. a. Gitermann, Geschichte Rußlands, Bd.2, S. 22) Für die Entwicklung moderner Produktivkräfte, bürgerlicher Produktionsverhältnisse und Gesellschaftsklassen blieb nach wie vor kaum Spielraum.

Der von Katharina geschaffene diplomatische Apparat – den Engels als ,,einen modernen Jesuitenorden" charakterisiert, ,,rekrutiert ursprünglich und vorzugsweise aus Fremden, ... wie seine Stifterin Katharina II. eine Fremde war" (ebenda, S. 14) – war zunächst kaltblütig genug, den Ausbruch der französischen Revolution für weitere Expansionen zu nutzen, Polen restlos zu zerschlagen, später Finnland zu annektieren, die Türkei um rumänisches Gebiet zu erleichtern. Aber Napoleon als Erbe der Revolution war sich der Unversöhnlichkeit des Widerspruchs wohl bewußt. Als sich 1822 eine konterrevolutionäre Allianz zusammenbraut, beschließt Napoleon, das Herz der europäischen Reaktion zu treffen. ,,Napoleon mit den vereinigten Armeen des Westens überschritt die russische Grenze. Die Polen, die den Fall beurteilen konnten, rieten ihm, an der Dwina und Dnepr Halt zu machen, Polen zu reorganisieren und dort den Angriff der Russen zu erwarten. Aber Napoleon, auf der schwindelnden Höhe und mit der unsicheren Basis, worauf er stand, *konnte* keine langsamen Feldzüge schlagen ... Er schlug den polnischen Rat in den Wind, ging nach Moskau und brachte eben dadurch die Russen nach Paris." (ebenda, S. 28)

,,Der Sieg über Napoleon war der Sieg der europäischen Monarchien über die französische Revolution, deren letzte Phase das napoleonische Kaiserreich gewesen ... Unter dem Vorwand, die ‚Legitimität' zu schützen, stiftete sie *(die zaristische Diplomatie)* die ‚Heilige Allianz', diese Erweiterung des russisch-österreichisch-preußischen Bündnisses zu einer Verschwörung aller europäischen Fürsten gegen ihre Völker unter russischem Präsidium." (Ebenda, S. 30)

Die Rolle als Gendarm Europas spielte der Zarismus wenigstens 60 – 70 Jahre lang. 1830 wurde eine Erhebung in Polen, die die Juli-Revolution flankierte (so wie der polnische Aufstand von 1794 die französische Revolution flankiert und tatsächlich *gerettet* hatte) im Blut erstickt. Ebenso 1848/49, während zugleich russische Armeen in Ungarn ,,die Feinde der Ordnung, ... die man um unserer Ruhe willen ausrotten muß" (so Zar Nikolaus I.) niederschlugen. ,,Und noch vor wenigen Tagen – Anfang Mai 1875 – hat der russische Zar ganz wie vor 25 Jahren die Huldigung seiner Vasallen in Berlin entgegengenommen und bewiesen, daß er auch heute noch der Schiedsrichter von Europa ist. Keine Revolution in Westeuropa kann endgültig siegen, solange der russische Staat neben ihr besteht. Deutschland aber ist sein nächster Nachbar, auf Deutschland fällt als der erste Anprall der russischen Reaktionsarmeen. Der Sturz des russischen Za-



stadt = die russische Bezeichnung für Konstantinopel) als dritte russische Hauptstadt neben Moskau und Petersburg, das hieß aber nicht nur moralische Herrschaft über die orientalische Christenheit, das war auch die entscheidende Etappe zur Herrschaft über Europa. Das war die Alleinherrschaft über das Schwarze Meer, Kleinasien, die Balkanhalbinsel. Das war, sobald der Zar wollte, die Schließung des Schwarzen Meers ..., seine Verwandlung in einen russischen Kriegshafen ... Dann brauchte Rußland nur noch dieselbe Herrschaft, direkt oder indirekt, über den Sund und die Belte zu erringen, und es war unangreifbar auch zur See." (ebenda, S. 17/18)

Mit großen Mühen versuchte Katharina, insbesondere gegenüber dem Westen, sich als Aufklärerin, Liberale,

wicklung moderner Produktivkräfte, bürgerlicher Produktionsverhältnisse und Gesellschaftsklassen blieb nach wie vor kaum Spielraum.

Der von Katharina geschaffene diplomatische Apparat – den Engels als ,,einen modernen Jesuitenorden" charakterisiert, ,,rekrutiert ursprünglich und vorzugsweise aus Fremden, ... wie seine Stifterin Katharina II. eine Fremde war" (ebenda, S. 14) – war zunächst kaltblütig genug, den Ausbruch der französischen Revolution für weitere Expansionen zu nutzen, Polen restlos zu zerschlagen, später Finnland zu annektieren, die Türkei um rumänisches Gebiet zu erleichtern. Aber Napoleon als Erbe der Revolution war sich der Unversöhnlichkeit des Widerspruchs wohl bewußt. Als sich 1822 eine konterrevolutionäre Allianz

kierte (so wie der polnische Aufstand von 1794 die französische Revolution flankiert und tatsächlich gerettet hatte) im Blut erstickt. Ebenso 1848/49, während zugleich russische Armeen in Ungarn ,,die Feinde der Ordnung, ... die man um unserer Ruhe willen ausrotten muß" (so Zar Nikolaus I.) niederschlugen. ,,Und noch vor wenigen Tagen – Anfang Mai 1875 – hat der russische Zar ganz wie vor 25 Jahren die Huldigung seiner Vasallen in Berlin entgegengenommen und bewiesen, daß er auch heute noch der Schiedsrichter von Europa ist. Keine Revolution in Westeuropa kann endgültig siegen, solange der russische Staat neben ihr besteht. Deutschland aber ist sein nächster Nachbar, auf Deutschland fällt als der erste Anprall der russischen Reaktionsarmeen. Der Sturz des russischen Za-



Zar Alexander I. 1814 in Paris. Nach der Niederlage Napoleons beginnt eine Ära der Reaktion in Europa.

Daten zur Entwicklung des Kapitalismus in Rußland

z.hot. Ihren Anfang nahm die kapitalistische Entwicklung in Rußland mit dem massenhaften Übergang der Ausbeutung der Bauern von der Arbeitsrente (barschtschina) bzw. Naturalrente zur Geldrente, dem *Leibzins,* russ. *obrok.* Je unfruchtbarer der Boden, desto mehr wurde zur Geldrente übergegangen. Mitte des 19. Jahrhunderts waren in den unfruchtbaren Gebieten nördlich der Schwarzerdezone 58,9% der Bauern leibzinspflichtig; in den fruchtbareren Wolgagebieten waren es weniger als 30%. Aus den leibzinspflichtigen Bauern heraus wurden alle modernen Gesellschaftsklassen gespeist, sowohl das Proletariat wie die Bourgeoisie.

Die Entwicklung der Kapitalakkumulation und des inneren Marktes blieben, insbesondere durch die nach wie vor existierenden asiatischen Elemente in der Produktionsweise, über Jahrzehnte hinaus beschränkt. Große, seit Jahrhunderten aufgeschatzte Vermögen befanden sich im Besitz der Kirche, der Klöster, der regionalen Despoten und insbesondere des Zaren. Die häufig in Schmuckform, im Gold der Kirchen oder als prunkvolle Gebäude aufgehäuften Werte blieben dem Wirtschaftskreislauf entzogen. Der Zinspflichtigkeit der Bauern, die entweder ihre Arbeitskraft zum Verkauf boten oder handel- und gewerbetreibend durch Land zogen, um ihren Leibzins aufzubringen, stand die Unterhaltspflicht der neuen und alten Ausbeuter als Fessel der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber.

Freie Lohnarbeiter auf der einen,

Entwicklung der Industrie Ende des 19. Jahrhunderts

Jahr	Betriebe	Arbeiter (Mio.)	Jahresprod. Mio. Rb
1887	30888	1,31	1334,5
1890	32254	1,43	1502,6
1897	39029	2,09	2839,1

Quelle, Gitermann, a.a.O.,S.206

Entwicklung der russischen Arbeiterklasse

Jahr	gesamt	frei	unfrei
1825	210568	124515 (54%)	66725 (32%) in gutsherrl. Fabriken 29328 (14%) in kapital. Fabriken
1861	522500	454575 (87%)	40494 (7,7%) in gutsherrl. Fabriken 27431 (5,3%) in kapital. Fabriken

auf Jahrzehnte hinaus hoch verschuldete Bauern, teils bitterarm, teils wohlhabend durch Ausbeutung fremder Arbeitskraft (Kulaken), auf der anderen Seite – das war das soziale Resultat der Bauernbefreiung auf der Seite der Produzenten. Rußland wurde in ein Treibhaus des Kapitalismus verwandelt.

Die soziale Schichtung der russischen Gesellschaft differenzierte und polarisierte sich weiter.

Klassengliederung Rußlands 1897

Großgrundbesitzer, Großbourgeoisie, höhere Beamte	3,0 Mio.
Wohlhabende Bauern und Gewerbetreibende	23,1 Mio.
Arme Bauern, Gewerbetr.	35,8 Mio.
Halbproletarier	41,7 Mio.
Proletarier	22,0 Mio.

Gitermann, a.a.O., S.351

Der Kapitalmangel der russischen Wirtschaft einerseits und das elende Lohnniveau der russischen Proletarier andererseits führten zu einer massiven Anlage von ausländischem Kapital, das den Durchbruch zu großkapitalistischen Verhältnissen beschleunigt:

Ausländisches Kapital in Rußland

Land	Kapital in Mio. Rubel 1890	1900
Frankreich	66,6	226,1
Belgien	24,6	296,5
England	35,3	136,8
Deutschland	79,0	219,3
USA	2,3	8,0

Quelle, Gitermann, a.a.O., S. 204

Gleichzeitig wuchs die auswärtige Staatsschuld des Zaren. Immer größer wurde der Zinsdienst an das Ausland. Es flossen nach Europa ab: 1893 = 12,8% der Staatsschuld, 1903 = 45%; 1907 = 50,9%; 1910 = 43%; 1912 = 48,3%. Gleichzeitig blieben die russischen Verhältnisse hinter der europäischen Entwicklung insgesamt weit zurück. Während in England 1850 über die Hälfte der Bevölkerung bereits in Städten lebte und in Deutschland über ein Drittel, waren es in Rußland 9%; 1910 lebten in England ¼ der Bevölkerung in Städten, in Deutschland fast ⅔, in Rußland keine 15%. Obwohl Rußland seinen Anteil an der Weltindustrieproduktion verdoppeln konnte, gelang ihm damit international kein Durchbruch.

Anteil Rußlands an der Weltindustrieproduktion

Jahr	D	GB	F	USA	R
1870	13	32	10	23	4
1880	13	28	9	28	3
1890	14	22	8	31	3
1900	16	18	7	31	6

Quelle,: Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter Bd.1, Berlin, 1954, S. 121

Auch in der landwirtschaftlichen Produktion war die höhere Rentabilität der Vernutzung von freier Lohnarbeit augenscheinlich. Ein Kalkulationsbeispiel:

,,Gutsbesitzer A-w (Gouvernement Tula) gibt jedem seiner Bauern zur Nutzung 8 Desjatinen Land, wofür der Bauer und seine Frau wöchentlich drei Tage Frondienst zu leisten haben. In der betreffenden Gegend kann eine Desjatine zum Preis von 19 bis 22 Rubel jährlich gepachtet werden. Selbst wenn man der Berechnung nur 18 Rubel zugrunde legt, hat der dem Bauern überlassene Boden somit einen Pacht-



renstaats, die Ablösung des Russischen Reichs, ist also eine der ersten Bedingungen für den endgültigen Sieg des deutschen Proletariats“, schrieb Engels im Vorwort seiner Schrift „Soziales aus Rußland“. Er fuhr fort: „Dieser Sturz braucht aber keineswegs von außen herbeigeführt zu werden, obwohl ein auswärtiger Krieg ihn sehr beschleunigen könnte. Im Innern des Russischen Reiches selbst gibt es Elemente, die kräftig an ihrem Ruin arbeiten. – Das erste sind die *Polen*. Sie sind durch hundertjährige Unterdrückung in eine Lage versetzt, wo sie entweder revolutionär sein, jede wirklich revolutionäre Erhebung als ersten Schritt zur Befreiung Polens unterstützen oder aber untergehen müssen.“ (MEW, Bd.18, S. 585/6)

Als das zweite wesentliche Element sah Engels die Umbrüche, die sich in Rußland selbst abspielten. „Allerdings hat die Masse des russischen Volkes, die Bauern, seit Jahrhunderten in einer Art geschichtslosen Versumpfung von Geschlecht zu Geschlecht dumpf dahingelebt; und die einzige Abwechslung, die diesen öden Zustand etwas unterbrach, bestand in einzelnen fruchtlosen Aufständen und in neuen Bedrückungen durch Adel und Regierung. Dieser Geschichtslosigkeit hat die russische Regierung selbst ein Ende gemacht (1861) durch die nicht mehr länger aufschiebbare Abschaffung der Leibeigenschaft und die Ablösung der Frondienste ...“ (ebda)

„Kein Zweifel, Rußland steht am Vorabend einer Revolution ... Die ganze ländliche Produktion – die bei weitem wesentlichste für Rußland – vollständig in Unordnung gebracht durch die Ablösung von 1861; der große Grundbesitz ohne hinreichende Arbeitskräfte, die Bauern ohne hinreichendes Land, von Steuern erdrückt, von Wucherern ausgesogen; die Ackerbauproduktion von Jahr zu Jahr abnehmend. Das Ganze mühsam und äußerlich zusammengehalten durch einen orientalischen Despotismus, von dessen Willkürlichkeit wir im Westen uns gar keine Vorstellung zu machen vermögen ... Hier sind alle Bedingungen einer Revolution vereinigt, einer Revolution, die von den höheren Klassen der Hauptstadt, vielleicht gar von der Regierung eingeleitet, durch die Bauern weiter und über die erste konstitutionelle Phase rasch hinausgetrieben werden muß ...“ (ebda, S. 567)

Die Polen-Solidarität war seit 1848 der außenpolitische Programmpunkt

Art geschichtslosen Versumpfung von Geschlecht zu Geschlecht dumpf dahingelebt; und die einzige Abwechslung, die diesen öden Zustand etwas unterbrach, bestand in einzelnen fruchtlosen Aufständen und in neuen Bedrückungen durch Adel und Regierung. Dieser Geschichtslosigkeit hat die russische Regierung selbst ein Ende gemacht (1861) durch die nicht mehr länger aufschiebbare Abschaffung der Leibeigenschaft und die Ablösung der Frondienste ...“ (ebda)

„Kein Zweifel, Rußland steht am Vorabend einer Revolution ... Die ganze ländliche Produktion – die bei weitem wesentlichste für Rußland – vollständig in Unordnung gebracht durch die Ablösung von 1861; der große Grundbesitz ohne hinreichende Arbeitskräfte, die Bauern ohne hinreichendes Land, von Steuern erdrückt, von Wucherern ausgesogen; die Ackerbauproduktion von Jahr zu Jahr abnehmend. Das Ganze mühsam und äußerlich zusammengehalten durch einen orientalischen Despotismus, von dessen Willkürlichkeit wir im Westen uns gar keine Vorstellung zu machen vermögen ... Hier sind alle Bedingungen einer Revolution vereinigt, einer Revolution, die von den höheren Klassen der Hauptstadt, vielleicht gar von der Regierung eingeleitet, durch die Bauern weiter und über die erste konstitutionelle Phase rasch hinausgetrieben werden muß ...“ (ebda, S. 567)

Die Polen-Solidarität war seit 1848 der außenpolitische Programmpunkt
Nr. 1 der europäischen Arbeiterbewegung gewesen. „Warum greifen die Arbeiter Europas diese Frage auf? ... Weil sowohl Aristokraten als auch Bourgeois die finstere asiatische Macht im Hintergrund als eine letzte Zuflucht gegen das Voranschreiten der Arbeiterklasse betrachten. Diese Macht kann nur wirklich gebrochen werden durch die Wiederherstellung Polens auf demokratischer Grundlage.“ So Marx in den Instruktionen für den Zentralrat der Internationalen Arbeiter-Assoziation 1867 (MEW Bd.16, S. 198–199) – Die zweite Erfordernis wurde nun die Unterstützung der revolutionären Bewegung in Rußland.

Die Expansion des Zarismus gegen Konstantinopel zielte wesentlich auch auf die Kontrolle des Handels zwischen Europa und Asien. Sie war begleitet von Eroberungszügen russischer Expeditionstruppen gegen die Völker des Kaukasus, in Zentralasien sowie im Fernen Osten. In dieser Zeit wird das Zarenreich zu dem gewaltigen Völkergefängnis, das es bis zur Oktoberrevolution bleibt und heute wieder ist. Engels hatte schon 1858 Alarm geschlagen: „Es ist eine Tatsache, daß Rußland bald die erste asiatische Macht sein und auf diesem Kontinent England sehr schnell in den Schatten stellen wird. Die Eroberung Mittelasiens und die Annexion der Mandschurei vergrößert seine Besitzungen um ein Gebiet, das die Größe ganz Europas ohne das Russische Reich hat, und führt es aus dem verschneiten Sibirien in die gemäßigte Zone. In kurzer Zeit werden die Täler der mittelasiatischen Ströme und des Amur von russischen Kolonisten bevölkert sein. Die so gewonnenen strategischen Positionen sind für Asien ebenso wichtig wie es jene in Polen für Europa sind.“ (Engels, Die Erfolge Rußlands im Fernen Osten, MEW Bd.11, S 625)

Eben daran zerbricht die über 150 Jahre dauernde stille Allianz zwischen Zarismus und England, das geglaubt hatte, die russische Expansion weitgehend gegen seine europäischen Konkurrenten lenken zu können. Zuerst im Krim-Krieg von 1853–56, später im Krieg gegen Japan 1904/05, das sich mit England verbündet, erleidet der Zarismus empfindliche Niederlagen, die seine innere Schwäche bloßlegen. Die direkte Folge des Krim-Krieges war der Eisenbahnbau und die Bauernbefreiung, die beide der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland zum Durchbruch verhelfen. Während die aufkommende russische Bourgeoisie, schwach wie sie bleibt, sich stets von neuem unter die Rockschöße des Zarismus flüchtet, erst recht mit dem Beginn der Ära des modernen Imperialismus um 1900, entwickelt sich das Proletariat Rußlands rasch zu einer revolu-

land sehr schnell in den Schatten stellen wird. Die Eroberung Mittelasiens und die Annexion der Mandschurei vergrößert seine Besitzungen um ein Gebiet, das die Größe ganz Europas ohne das Russische Reich hat, und führt es aus dem verschneiten Sibirien in die gemäßigte Zone. In kurzer Zeit werden die Täler der mittelasiatischen Ströme und des Amur von russischen Kolonisten bevölkert sein. Die so gewonnenen strategischen Positionen sind für Asien ebenso wichtig wie es jene in Polen für Europa sind.“ (Engels, Die Erfolge Rußlands im Fernen Osten, MEW Bd.11, S 625)

Eben daran zerbricht die über 150 Jahre dauernde stille Allianz zwischen Zarismus und England, das geglaubt hatte, die russische Expansion weitgehend gegen seine europäischen Konkurrenten lenken zu können. Zuerst im Krim-Krieg von 1853–56, später im Krieg gegen Japan 1904/05, das sich mit England verbündet, erleidet der Zarismus empfindliche Niederlagen, die seine innere Schwäche bloßlegen. Die direkte Folge des Krim-Krieges war der Eisenbahnbau und die Bauernbefreiung, die beide der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland zum Durchbruch verhelfen. Während die aufkommende russische Bourgeoisie, schwach wie sie bleibt, sich stets von neuem unter die Rockschöße des Zarismus flüchtet, erst recht mit dem Beginn der Ära des modernen Imperialismus um 1900, entwickelt sich das Proletariat Rußlands rasch zu einer revolu-
tionären Klasse, der ersten, die in der Geschichte Rußlands nach Jahrhunderten zurückgestauter, stagnanter Entwicklung wieder auftritt. In der Revolution von 1905 setzt sie die revolutionäre Diktatur der Arbeiter und Bauern sichtbar auf die Tagesordnung.

---

wert von 144 Rubel. Um wöchentlich sechs Tage Frondienst zu bekommen, braucht der Gutsbesitzer jedoch zwei bäuerliche Ehepaare, die also auf mindestens 288 Rubel zu stehen kommen. In der derselben Region kann man ein tüchtiges Landarbeiter-Ehepaar für einen Barlohn von 60 Rubel jährlich engagieren; für Naturalverpflegung sind 40 Rubel, für Logis, Geräte, Unterhalt eines Pferdes usw. weitere 70 Rubel zu rechnen; total 170 Rubel. Für diesen Betrag bekommt der Gutsherr aufgrund eines freiwilligen Anstellungsverhältnisses dieselbe Arbeitsleistung wie beim Frondienst, aber 118 Rubel billiger.“

Zit. a. Gitermann, a.a.O., S.96

Am 28. Januar 1861 hob Zar Alexander II. die Leibeigenschaft auf:

„Die bisher an die Scholle gebundenen leibeigenen Bauern werden zivilrechtlich frei erklärt. Sie dürfen, wie alle anderen russischen Untertanen, selbständige Verträge eingehen und sich verehelichen, ohne zuvor die Zustimmung des Gutsherren einzuholen. Sie erhalten Haus und Hof zu dauernder Nutzung, mit dem Recht des Kaufes zu gesetzlich vorgeschriebenem Preis. Im übrigen bleiben die Güter Eigentum des Grundherren, die jedoch den Bauern (bzw. den Bauerngemeinden) eine im Rahmen regional differenzierter Minima und Maxima zu vereinbarenden Landanteil zu dauernder Nutzung auszuweisen haben ... Für die Nutzung des Landes werden den Bauern bestimmte Zahlungs- und Dienstleistungsverpflichtungen auferlegt, die nach 20 Jahren revidiert werden können. Die Bauern heißen fortan ‚auf Zeit verpflichtete Bauern‘, denn ihre Verpflichtungen hören auf, sobald sie ihren Landanteil mit Einwilligung des Gutsherren durch Kauf erwerben und damit in die Kategorie der ‚gutsbesitzenden Bauern‘ aufrücken ... Um den Bauern Landkäufe zu erleichtern, übernimmt es die Regierung, eine Kreditoperation gößeren Umfangs durchzuführen. Sie richtet den Adeligen die Ablösungssummen in Obligationen aus, verzinst sie zu 5% und tilgt sie allmählich. Die Bauern ihrerseits haben dem Staat (als Zins und Amortisation) während 49 Jahren 6% des Schuldkapitals zu zahlen. Begnügen sich die Bauern mit einem Viertel der normalen Landzuteilung, so wird es ihnen, im Sinne einer endgültigen Regelung, unentgeltlich zu Eigentum Überlassen (Bettelanteil).“

Zit. a. Gitermann, a.a.O., S. 161f

Maxim Gorki: Das Werk der Artamonows

1925 beendet Maxim Gorki den Roman „Das Werk der Artamonows“. Er erzählt die Geschichte einer russischen Kapitalistenfamilie: der Vater, Ilja, gründet 1863, 2 Jahre nach Aufhebung der Leibeigenschaft, die Weberei. Während er noch die Initiative des bäuerlichen Eigentümers mit sich bringt, sind seine Söhne moralisch wie körperlich verkommen und außerstande, die Kapitalfunktionen auszuüben, die die russische Bourgeoisie als Klasse auch politisch schon ausgespielt hat. Das Buch endet mit der Enteignung der Fabrik durch die Oktoberrevolution. (Maxim Gorki, Das Werk der Artamonows, dtv Bd. 2029, DM 15,80)

Artamonows Werk bevölkerte sich rasch; zwei Werst von der Fabrik entfernt wurden auf den mit Ginster bedeckten Hügeln, inmitten des spärlichen Tannengehölzes, kleine, niedrige Hütten ohne Höfe und Zäune erbaut, die von weitem an Bienenkörbe erinnerten. Für alleinstehende und unverheiratete Arbeiter baute Artamonow über einem nicht zu tiefen Hohlweg, dem Bett eines ausgetrockneten Flusses, dessen Namen man vergessen hatte, eine langgestreckte Baracke mit einem einseitig geneigten Dach und mit drei Schornsteinen darauf. Die Fenster waren klein, um die Wärme zu erhalten; sie verliehen der Baracke eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Stall, und die Arbeiter nannten sie „Hengstpalast“.

Ilja Artamonow prahlte immer lauter, ohne aber den Hochmut der Reichen anzunehmen. Er war im Verkehr mit den Arbeitern schlicht, schmauste auf ihren Hochzeiten, taufte ihre Kinder und plauderte gern an Feiertagen mit den alten Webern; sie lehrten ihn, die Bauern zu veranlassen, den Flachs auf früheren Äckern und in abgebrannten Wäldern zu säen, was sich als sehr günstig erwies. Die alten Weber waren über das Entgegenkommen des Prinzipals entzückt, und belehrten die Jugend, da sie in ihm noch den Bauern sahen, dem das Schicksal gnädig lächelte: „Seht, wie man Geschäfte führen muß.“

Ilja Artamonow belehrte dagegen seine Kinder: „Bauern und Arbeiter sind vernünftiger als Bürger. Die Städter haben schwaches Fleisch und einen abgenutzten Verstand; der Städter ist gierig und feige. Bei ihm ist alles kleinlich und nichts von Dauer. Die Städter können nie maßhalten; der Bauer verbleibt aber unverrückbar in den Grenzen der Wahrheit, ohne sich hin und her treiben zu lassen. Und seine Wahrheit ist einfach; zum Beispiel: Gott, Brot, der Zar! Der Bauer ist in allem einfach, haltet Euch an ihn! Du sprichst zu kühl mit den Arbeitern, Pjotr, und immer nur von der Arbeit, das gehört sich nicht.“

*

Der Sohn begann, ohne seine Worte zu beachten, auseinanderzusetzen, weshalb er weder Fabrikant noch Leiter irgendeines Unternehmens sein wollte; er sprach lange, etwa zehn Minuten, und ab und zu fing der Vater in seinen Worten etwas scheinbar Richtiges auf, das sogar in angenehmer Weise seinen eigenen verworrenen Gedanken entsprach; im großen und ganzen sah er

die Bauern zu veranlassen, den Flachs auf früheren Äckern und in abgebrannten Wäldern zu säen, was sich als sehr günstig erwies. Die alten Weber waren über das Entgegenkommen des Prinzipals entzückt, und belehrten die Jugend, da sie in ihm noch den Bauern sahen, dem das Schicksal gnädig lächelte: „Seht, wie man Geschäfte führen muß.“

Ilja Artamonow belehrte dagegen seine Kinder: „Bauern und Arbeiter sind vernünftiger als Bürger. Die Städter haben schwaches Fleisch und einen abgenutzten Verstand; der Städter ist gierig und feige. Bei ihm ist alles kleinlich und nichts von Dauer. Die Städter können nie maßhalten; der Bauer verbleibt aber unverrückbar in den Grenzen der Wahrheit, ohne sich hin und her treiben zu lassen. Und seine Wahrheit ist einfach; zum Beispiel: Gott, Brot, der Zar! Der Bauer ist in allem einfach, haltet Euch an ihn! Du sprichst zu kühl mit den Arbeitern, Pjotr, und immer nur von der Arbeit, das gehört sich nicht.“

*

Der Sohn begann, ohne seine Worte zu beachten, auseinanderzusetzen, weshalb er weder Fabrikant noch Leiter irgendeines Unternehmens sein wollte; er sprach lange, etwa zehn Minuten, und ab und zu fing der Vater in seinen Worten etwas scheinbar Richtiges auf, das sogar in angenehmer Weise seinen eigenen verworrenen Gedanken entsprach; im großen und ganzen sah er
jedoch klar, daß der Sohn unvernünftige und kindische Ansichten äußerte.

„Worte“, sagte er, den Stock neben den Fuß des Sohnes in den Sand steckend. „Worte! Das ist nicht richtig. Das ist Unsinn. Man muß kommandieren. Ohne Kommando kann das Volk nicht leben. Ohne Nutzen wird niemand arbeiten. Man sagt immer: ‚Welchen Nutzen habe ich davon?‘ Alles dreht sich um diese Spindel. Sieh doch, wieviel Sprüche es gibt: ‚Der Gevatter wäre ein heiliger Mann, doch sein Herz nicht ohne Gewinn sein kann!‘ Oder: ‚Auch der Heilige betet um des Nutzens willens‘. Die Maschine ist ein totes Ding, doch sie will auch geschmiert sein.“

Er sprach ohne Erregung und suchte sich an passende Sprichwörter zu erinnern, mit deren Weisheit er seine Rede reichlich würzte. Es gefiel ihm, daß er ruhig sprach, ohne daß die Worte, die er leicht fand, ihm Schwierigkeiten bereiteten, und er war sicher, daß die Unterredung gut enden würde.

Der Sohn schüttelte schweigend Sand aus einer Hand in die andere, siebte die roten Baumnadeln aus und blies sie von der Handfläche weg. Plötzlich sagte er, ebenfalls ruhig: „Das alles überzeugt mich nicht. Mit dieser Weisheit kann man nicht länger leben.“

Pjotr Artamonow stand auf, indem er sich auf den Stock stützte. Der Sohn half ihm nicht dabei.

„So. Der Vater spricht also nicht die Wahrheit?“

„Es gibt eine andere Wahrheit.“

„Du lügst. Es gibt keine andere.“ Und der Vater sagte, mit dem Stock in die Richtung der Fabrik weisend: „Das ist die Wahrheit! Dein Großvater hat damit begonnen, ich habe mein ganzes Leben dafür hergegeben, und jetzt ist die Reihe an dir. Das ist alles. Und was willst du? Wir haben gearbeitet, und du willst dich unterhalten? Du willst durch fremde Mühe als Heiliger leben? Das ist nicht übel erdacht! Geschichte! Pfeif auf die Geschichte! Die Geschichte ist kein Mädchen, man kann sie nicht heiraten. Und was soll diese dumme Geschichte? Wozu ist sie gut? Ich werde dir nicht erlauben zu faulenzen ...“ Da Pjotr Artamonow fühlte, daß er übermäßig zornig zu sprechen begann, versuchte er, seine Worte abzuschwächen: „Ich verstehe, du willst in Moskau leben; dort ist es lustiger. Auch Alexej ...“

Ilja hob das Buch auf, blies die Sandkörnchen weg und sagte: „Erlauben Sie mir zu studieren.“

„Ich erlaube es nicht! schrie der Vater und stieß den Stock in den Sand. „Bitte nicht darum.“

Da stand auch Ilja auf und sagte halblaut, indem er mit farblos gewordenen Augen über die Schulter des Vaters blickte: „Nun gut, dann werde ich ohne Erlaubnis auskommen müssen.“

„Du wirst es nicht wagen!“

*

An die Arbeiter mußte Jakow Artamonow mehr als an alles andere denken, weil er mit ihnen täglich in Berührung kam; sie hatten ihm längst, noch in der Jugend, ein feindseliges Gefühl eingeflößt – er hatte damals einige schroffe Zusammenstöße mit jungen Webern wegen irgendwelcher Mädchen gehabt, und manche seiner Nebenbuhler schienen die alte Kränkung bis zum heutigen Tage nicht vergessen zu haben. Als er noch bartlos war, hatte man ihn des Nachts zweimal mit Steinen beworfen. Die Mutter mußte ihn damals mehr als einmal mit Geld von Skandal und Weibergekreisch loskaufen; dabei redete sie ihm auf komische Weise zu: „Warum treibst du es wie ein Hahn? Du solltest warten, bis du heiratest. Oder such dir eine aus und lebe mit ihr! Sie werden sich beim Vater über dich beklagen, und er wird dich wie Ilja fortjagen.“

Während der zwei, drei unruhigen Jahre hatte Jakow im Werk nichts besonders Gefährliches bemerkt; aber Mirons Reden, Onkel Alexejs besorgte Seufzer, die Zeitungen, die Jakow nur ungern las, die aber mit aufdringlicher Bereitwilligkeit und unverhohlener, schadenfroher Drohung von der Arbeiterbewegung erzählten und die Reden der Arbeitervertreter in der Duma

denen Augen über die Schulter des Vaters blickte: „Nun gut, dann werde ich ohne Erlaubnis auskommen müssen.“

„Du wirst es nicht wagen!“

*

An die Arbeiter mußte Jakow Artamonow mehr als an alles andere denken, weil er mit ihnen täglich in Berührung kam; sie hatten ihm längst, noch in der Jugend, ein feindseliges Gefühl eingeflößt – er hatte damals einige schroffe Zusammenstöße mit jungen Webern wegen irgendwelcher Mädchen gehabt, und manche seiner Nebenbuhler schienen die alte Kränkung bis zum heutigen Tage nicht vergessen zu haben. Als er noch bartlos war, hatte man ihn des Nachts zweimal mit Steinen beworfen. Die Mutter mußte ihn damals mehr als einmal mit Geld von Skandal und Weibergekreisch loskaufen; dabei redete sie ihm auf komische Weise zu: „Warum treibst du es wie ein Hahn? Du solltest warten, bis du heiratest. Oder such dir eine aus und lebe mit ihr! Sie werden sich beim Vater über dich beklagen, und er wird dich wie Ilja fortjagen.“

Während der zwei, drei unruhigen Jahre hatte Jakow im Werk nichts besonders Gefährliches bemerkt; aber Mirons Reden, Onkel Alexejs besorgte Seufzer, die Zeitungen, die Jakow nur ungern las, die aber mit aufdringlicher Bereitwilligkeit und unverhohlener, schadenfroher Drohung von der Arbeiterbewegung erzählten und die Reden der Arbeitervertreter in der Duma
abdruckten – das alles flößte Jakow ein feindseliges Gefühl gegen die Fabrikleute ein und rief das kränkende Bewußtsein der Abhängigkeit von ihnen hervor.

*

Der alte Hausknecht breitete die Arme aus und schien über dem knarrenden Fußboden zu schweben.

„Wer brüllt da?“

„Sacharka Morosow.“

„Und warum ist der Soldat da?“

„Es ist Krieg.“

Nach einem Schweigen fragte Artamonow: „Ist der Feind bis hierher gekommen?“

„Das ist ein Krieg gegen dich, Pjotr Iljitsch ...“

Pjotr sagte streng: „Scherze nicht, alter Dummkopf, ich bin nicht dein Genosse!“

Er vernahm die ruhige Antwort: „Das ist der letzte Krieg! Wir wollen nie wieder Krieg! Jetzt sind alle Menschen Genossen. Für einen Dummkopf bin ich aber wirklich schon zu alt.“

Es war klar, daß Tichon ihn verhöhnte. Jetzt setzte er sich, ohne Umstände und ohne die Mütze abzunehmen, zu Füßen des Herrn. Auf dem Hof wurde mit heiserer, sich überschlagender Stimme kommandiert: „Und nach acht Uhr abends haben keinerlei Gestalten mehr auf den Straßen zu erscheinen!“

„Wo ist meine Frau?“ fragte Artamonow.

„Sie ist Brot suchen gegangen.“

„Wieso – suchen?“

„Ja, wie denn sonst? Brot ist kein Ziegelstein, es liegt nicht auf der Erde herum.“

Das Dunkel im Garten wurde immer dichter und blauer. Neben dem Badehaus gähnte laut der Soldat – er war jetzt überhaupt nicht mehr zu sehen, nur das Bajonett glänzte wie ein Fisch im Wasser. Artamonow wollte Tichon so manches fragen, er schwieg aber; Tichons Worte waren ja doch nicht zu verstehen. Überdies gerieten die Fragen durcheinander und verwirrten sich, und man konnte nicht klug daraus werden, welche die wichtigste war. Und er hatte großen Hunger.

Tichon brummte: „Der Dummkopf hat früher als alle anderen die Wahrheit begriffen. So hat sich alles gewendet. Ich sagte, alle kommen ins Zuchthaus, und so ist es auch gekommen. Alle sind wie Staub mit einem Lappen weggewischt worden. Wie Hobelspäne weggefegt. So ist es, Pjotr Iljitsch. Jawohl. Der Teufel hat gehobelt, und du hast mitgeholfen. Und wozu das alles? Man hat gesündigt und gesündigt – die Sünden sind ohne Zahl! ich habe immer zugeschaut und mich gewundert! Wann kommt das Ende? Jetzt ist euer Ende angebrochen. Nun lastet die Vergeltung schwer wie Blei auf euch ... ‚Der Reisewagen hat ein Rad verloren‘ ...“

„Er redet irre“, entschied Artamonow, fragte aber dennoch: „Warum bin ich hier?“

„Man hat dich aus dem Haus gejagt!“

„Und Miron?“

„Alle ...“

„Und ... Jakow?“

Das Dunkel im Garten wurde immer dichter und blauer. Neben dem Badehaus gähnte laut der Soldat – er war jetzt überhaupt nicht mehr zu sehen, nur das Bajonett glänzte wie ein Fisch im Wasser. Artamonow wollte Tichon so manches fragen, er schwieg aber; Tichons Worte waren ja doch nicht zu verstehen. Überdies gerieten die Fragen durcheinander und verwirrten sich, und man konnte nicht klug daraus werden, welche die wichtigste war. Und er hatte großen Hunger.

Tichon brummte: „Der Dummkopf hat früher als alle anderen die Wahrheit begriffen. So hat sich alles gewendet. Ich sagte, alle kommen ins Zuchthaus, und so ist es auch gekommen. Alle sind wie Staub mit einem Lappen weggewischt worden. Wie Hobelspäne weggefegt. So ist es, Pjotr Iljitsch. Jawohl. Der Teufel hat gehobelt, und du hast mitgeholfen. Und wozu das alles? Man hat gesündigt und gesündigt – die Sünden sind ohne Zahl! ich habe immer zugeschaut und mich gewundert! Wann kommt das Ende? Jetzt ist euer Ende angebrochen. Nun lastet die Vergeltung schwer wie Blei auf euch ... ‚Der Reisewagen hat ein Rad verloren‘ ...“

„Er redet irre“, entschied Artamonow, fragte aber dennoch: „Warum bin ich hier?“

„Man hat dich aus dem Haus gejagt!“

„Und Miron?“

„Alle ...“

„Und ... Jakow?“
„Er ist längst nicht mehr da.“

„Wo ist Ilja?“

„Man sagt, er sei mit jenen zusammen. Darum bist du wohl noch am Leben, weil er bei ihnen ist, denn sonst ...“



Bourgeois in Petersburg, besoffen vor Begeisterung über die „Oktober-Reformen“ des Zaren, die die Revolution beenden sollen – Gemälde des großen Realisten I. Repin, 1905



Barrikaden in einem Moskauer Arbeiterviertel, Oktober 1905

Lange Tradition der westdeutschen Arbeiterbewegung im Kampf für Friedensvertrag

Reformismus und Revisionismus fesseln die breite Bewegung gegen die Bündnispolitik der westdeutschen Imperialisten.

DGB Bundeskongreß 1952

Antrag des Kreisausschusses Burglengenfeld:

Der Bundeskongreß wehrt sich mit aller Entschlossenheit gegen den seitens der Bundesregierung geplanten Abschluß des Generalvertrages mit Nebenabkommen, sowie auch der Einbeziehung der Bundesrepublik in den Atlantikpakt. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des deutschen Volkes erfordern den sofortigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland ... Gründe: In unzähligen Gewerkschaftsversammlungen und Tagungen des DGB, in unzähligen kleinen und größten Betriebsversammlungen und schließlich auch auf der außerordentlichen Landesbezirkskonferenz des DGB in Bayern am 10.2.1952 wurde treffend darauf hingewiesen, daß durch den Abschluß eines Generalvertrages die Spaltung Deutschlands vertieft und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich gemacht wird. Außerdem führt der Abschluß des Generalvertrages und die Einbeziehung Deutschlands in den Atlantikpakt nicht zu der notwendigen Entspannung der Lage unter den Großmächten, sondern verschärft die Kriegsgefahr ... (abgelehnt)

Entschließung zur Einheit Deutschlands (Eingebracht vom Bundesvorstand)

... Der Kongreß macht sich zum Sprecher auch dieser Millionen jenseits des Eisernen Vorhanges. In ehrlicher Überzeugung kämpft die in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisierte Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik und Westberlins für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ...

Bundeskongreß des DGB 1954

Entschließung zur Frage des Wehrbeitrages:

Der 3. ordentliche Bundeskongreß des DGB stellte mit großer Besorgnis fest, daß durch die Beschlüsse der Londoner Konferenz die Eingliederung der Bundesrepublik in ein machtpolitisches Bündnissystem vorbereitet wurde und durch die Ratifizierung der Londoner Abmachungen vollendet werden soll. Damit wäre sowohl eine internationale Entspannung der machtpolitischen Gegensätze wie auch die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands ernsthaft gefährdet. Für die innere Entwicklung der Bundesrepublik bedeutet die durch die Londoner Entscheidung festgelegte Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee die Gefahr der Schaffung eines militärischen Obrigkeitsstaates, der das Ende der Anstrengungen der deutschen Arbeiterbewegung für die Schaffung einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie bedeuten kann. Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, mit dem Ziel eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen, und die Einheit Deutschlands wieder hergestellt ist.

Gewerkschaftstag der IGM 1954

Antrag der Verwaltungsstelle Frankfurt:

Der 3. ordentliche Gewerkschaftstag der IGM wendet sich entschieden gegen die derzeitige allgemeine Wiederbewaffnungspolitik, da sie geeignet ist, nicht nur einen baldigen Friedensvertrag zwischen Deutschland und den übrigen beteiligten Völkern zu verhindern, sondern auch die soziale Lage der gesamten Arbeitnehmerschaft weitestgehend zu verschlechtern. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangen die Delegierten des 3. ordentlichen Gewerkschaftstages als unabdingbare Forderung und als eine Voraussetzung für eine unabhängige demokratische Entwicklung die Räumung Deutschlands von allen vier Besatzungsmächten, die Schaffung einer gesamtdeutschen Nationalversammlung und den Abschluß eines Friedensvertrages ...

DGB Bundeskongreß 1962

Appell an alle, die guten Willens sind! Nicht Atomwaffen, nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!

Der Bundeskongreß des DGB in Hannover gibt seinem tiefen Bedauern Ausdruck, daß eine allgemeine, totale, kontrollierte und weltweite Abrüstung in Ost und West trotz der Abrüstungskonferenzen nicht erzielt wurde ... Er fordert die Schaffung einer internationalen Sicherheitsordnung im Rahmen der Vereinten Nationen ... Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern. Sie wenden sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Rüstungslasten einseitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden und zu einer Vernachlässigung der sozialen Verpflichtungen des Staates führen ... Der Bundes-

wohl eine internationale Entspannung der machtpolitischen Gegensätze wie auch die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands ernsthaft gefährdet. Für die innere Entwicklung der Bundesrepublik bedeutet die durch die Londoner Entscheidung festgelegte Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee die Gefahr der Schaffung eines militärischen Obrigkeitsstaates, der das Ende der Anstrengungen der deutschen Arbeiterbewegung für die Schaffung einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie bedeuten kann. Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, mit dem Ziel eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen, und die Einheit Deutschlands wieder hergestellt ist.

Gewerkschaftstag der IGM 1954

Antrag der Verwaltungsstelle Frankfurt:

Der 3. ordentliche Gewerkschaftstag der IGM wendet sich entschieden gegen die derzeitige allgemeine Wiederbewaffnungspolitik, da sie geeignet ist, nicht nur einen baldigen Friedensvertrag zwischen Deutschland und den übrigen beteiligten Völkern zu verhindern, sondern auch die soziale Lage der gesamten Arbeitnehmerschaft weitestgehend zu verschlechtern. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangen die Delegierten des 3. ordentlichen Gewerkschaftstages als unabdingbare Forderung und als eine Voraussetzung für eine unabhängige demokratische Entwicklung die Räumung Deutschlands von allen vier Besatzungsmächten, die Schaffung einer gesamtdeutschen Nationalversammlung und den Abschluß eines Friedensvertrages ...

DGB Bundeskongreß 1962

Appell an alle, die guten Willens sind! Nicht Atomwaffen, nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!

Der Bundeskongreß des DGB in Hannover gibt seinem tiefen Bedauern Ausdruck, daß eine allgemeine, totale, kontrollierte und weltweite Abrüstung in Ost und West trotz der Abrüstungskonferenzen nicht erzielt wurde ... Er fordert die Schaffung einer internationalen Sicherheitsordnung im Rahmen der Vereinten Nationen ... Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern. Sie wenden sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Rüstungslasten einseitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden und zu einer Vernachlässigung der sozialen Verpflichtungen des Staates führen ... Der Bundes-kongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr.

Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier 1965

Antrag des Landesbezirkes Hessen:

... Bundesvorstand und Bundesausschuß des DGB haben, gestützt auf die Beschlüsse des Frankfurter Gewerkschaftskongresses vom Oktober 1954, eine Deutschlanderklärung veröffentlicht, in der gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO und den Abschluß der Pariser Verträge scharf ablehnend Stellung genommen wurde. In der Begründung wurde wörtlich ausgeführt, ,,daß durch die Annahme der Pariser Verträge die Wiedervereinigung erschwert und hinausgezögert wird.'' Diese Auffassung wurde durch die Entwicklung voll bestätigt ... Die Delegierten des 7. ordentlichen Landesbezirkstages erwarten vom Bundesvorstand des DGB, daß er sich klar von der gefährlichen Politik der Bundesregierung distanziert und einen Weg der innerdeutschen Verständigung und gegenseitigen Annäherung zeigt, der am Anfang jeder vernünftigen Wiedervereinigungspolitk stehen muß. (neugefaßt)

9. Gewerkschaftstag der IGM 1968

Antrag des Jugendausschusses

Der Gewerkschaftstag der IGM fordert von der Bundesregierung, unverzüglich eine Politik der Entspannung und des Friedens in Mitteleuropa zu führen. Dabei ist es notwendig, daß die Bundesrepublik Deutschland aus der NATO austritt, die DDR den Warschauer Pakt verläßt und alle fremden Truppen beide deutschen Staaten verlassen. Ferner soll die Bundesregierung sich bemühen, daß in allen Staaten Mitteleuropas keine Atomwaffen hergestellt oder gelagert werden. Gleichzeitig muß in beiden deutschen Staaten die Abrüstung schrittweise erfolgen.

(Durch Annahme der Entschließung V als erledigt zu betrachten)

Entschließung V: Entspannung und Abrüstung

... Der Friede kann nur durch eine allgemein kontrollierte Begrenzung und einen schrittweisen Abbau der militärischen Rüstung gesichert werden. Daher bekräftigt der 9. ordentliche Gewerkschaftstag frühere Beschlüsse und fordert erneut: konkrete Abrüstungsmaßnahmen der Großmächte, wirksamen Abbau der Rüstungshaushalte, internationale Maßnahmen gegen jede kriegerische Aggression, Austausch gegenseitiger Gewaltverzichtserklärungen, Vernichtung und Verbot aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen und Kampfmittel, verstärkte Bemühungen um die Verwirklichung einer internationalen kontrollierten allgemeinen Abrüstung.





In vielfältigen Kämpfen setzen sich die Volksmassen in Westdeutschland gegen die Spaltungspolitik der USA-Imperialisten zur Wehr. Die deutsche Bourgeoisie konnte nur gestützt auf die Oberhoheit der USA-Imperialisten über Westdeutschland ihre Herrschaft wieder errichten und festigen. Nichts konnte sie weniger gebrauchen, als das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Nachdem es ihr gelungen war, die Einbeziehung Westdeutschlands in das Bündnissystem der USA-Im-

Sozialdemokratische Friedenssicherung – Am Ende soll Helmut Schmidt unterstützt werden

z.lup. In verschiedenen Städten bereiten die Gewerkschaften für den 1. September, dem Antikriegstag, Veranstaltungen oder Aktionen vor. Dem Gewerkschaftstag der IG Metall liegt ein Antrag vor (Antrag 22), der den Vorstand auffordert, ,,ein Konzept zu entwickeln, nach dem alle Organisationsgliederungen am 1. September in angemessener Form zum Gelingen des traditionellen Antikriegstages beitragen sollen''. Dies wird in einer Reihe von Anträgen gefordert; die Antragsberatungskommission empfiehlt dem Gewerkschaftstag die Annahme des Antrages 22.

In einigen Anträgen wird die Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan ausdrücklich verurteilt, in einigen Anträgen wird ausdrücklich die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa verurteilt. Der Antrag 1 enthält eine Reihe von Ansichten, mit denen man sich auseinandersetzen muß. Es heißt darin:

,,Die IG Metall verurteilt jede Aggression, so auch den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan. Dieser Einmarsch stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar. Seit Dezember 1979 hat sich der aus dem Einmarsch entstandene Konflikt zwischen den Großmächten zugespitzt. Angesichts dieser in den letzten Wochen und Monaten angestiegenen Gefahr militärischer Konflikte, die die Menschheit schnell in einen neuen Weltkrieg stürzen können, wird sich die IG Metall als entschiedene Kraft der Friedenssicherung einsetzen. Alle diejenigen, die die Friedenspolitik von Willy Brandt als Träumerei bezeichnen und zu Vietnam, Chile und Kambodscha ge-

werkschaftstag der IG Metall liegt ein Antrag vor (Antrag 22), der den Vorstand auffordert, ,,ein Konzept zu entwickeln, nach dem alle Organisationsgliederungen am 1. September in angemessener Form zum Gelingen des traditionellen Antikriegstages beitragen sollen''. Dies wird in einer Reihe von Anträgen gefordert; die Antragsberatungskommission empfiehlt dem Gewerkschaftstag die Annahme des Antrages 22.

In einigen Anträgen wird die Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan ausdrücklich verurteilt, in einigen Anträgen wird ausdrücklich die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa verurteilt. Der Antrag 1 enthält eine Reihe von Ansichten, mit denen man sich auseinandersetzen muß. Es heißt darin:

,,Die IG Metall verurteilt jede Aggression, so auch den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan. Dieser Einmarsch stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar. Seit Dezember 1979 hat sich der aus dem Einmarsch entstandene Konflikt zwischen den Großmächten zugespitzt. Angesichts dieser in den letzten Wochen und Monaten angestiegenen Gefahr militärischer Konflikte, die die Menschheit schnell in einen neuen Weltkrieg stürzen können, wird sich die IG Metall als entschiedene Kraft der Friedenssicherung einsetzen. Alle diejenigen, die die Friedenspolitik von Willy Brandt als Träumerei bezeichnen und zu Vietnam, Chile und Kambodscha ge-schwiegen haben, fordern lautstark harte Vergeltungsmaßnahmen gegen die Sowjetunion. Das geht so weit, daß der CDU-Politiker Dregger fordert, Bundeswehreinheiten zum Persischen Golf zu schicken.

Deshalb fordert die IG Metall die Bundesregierung auf, weiterhin mit Besonnenheit zu reagieren und sich nicht von der Panikmache erzkonservativer Politiker beeinflussen zu lassen. Die Entspannungs- und Abrüstungspolitik war noch niemals so lebensnotwendig wie gerade in diesen schwierigen Zeiten.''

Es ist nützlich, wenn der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan von der IG Metall ausdrücklich verurteilt und als Bruch des Völkerrechts gekennzeichnet wird. Besser wäre es, wenn zugleich die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen das Demokratische Kampuchea verurteilt und als Bruch des Völkerrechts gekennzeichnet würde. Nicht richtig ist es aber, wenn gesagt wird, der Konflikt zwischen den Großmächten sei aus dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan entstanden. Er hat auch schon vorher bestanden, und die Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan ist Teil dieses Konfliktes. Ursache dieses Konflikts ist, daß beide Großmächte, die USA und die Sowjetunion, imperialistische Supermächte sind, die beide nach der Weltherrschaft streben. Seit dem 2. Weltkrieg, in Wirklichkeit auch bereits während des 2. Weltkrieges, strebte der US-Imperialismus stets nach der Weltherrschaft. Aus diesem Grund hat er unzählige Aggressionskriege gegen die Völker der 3. Welt geführt, die um ihre Befreiung und nationale Unabhängigkeit kämpfen. Vor allem aber hat er eine Hegemonialstellung in Westeuropa errichtet, in der BRD ein Besatzungsregime errichtet, die BRD wiederbewaffnet und in die NATO integriert und Besatzungstruppen in der BRD stationiert, wobei die verschiedenen Regierungen der BRD

noch niemals so lebensnotwendig wie gerade in diesen schwierigen Zeiten.''

Es ist nützlich, wenn der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan von der IG Metall ausdrücklich verurteilt und als Bruch des Völkerrechts gekennzeichnet wird. Besser wäre es, wenn zugleich die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen das Demokratische Kampuchea verurteilt und als Bruch des Völkerrechts gekennzeichnet würde. Nicht richtig ist es aber, wenn gesagt wird, der Konflikt zwischen den Großmächten sei aus dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan entstanden. Er hat auch schon vorher bestanden, und die Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan ist Teil dieses Konfliktes. Ursache dieses Konflikts ist, daß beide Großmächte, die USA und die Sowjetunion, imperialistische Supermächte sind, die beide nach der Weltherrschaft streben. Seit dem 2. Weltkrieg, in Wirklichkeit auch bereits während des 2. Weltkrieges, strebte der US-Imperialismus stets nach der Weltherrschaft. Aus diesem Grund hat er unzählige Aggressionskriege gegen die Völker der 3. Welt geführt, die um ihre Befreiung und nationale Unabhängigkeit kämpfen. Vor allem aber hat er eine Hegemonialstellung in Westeuropa errichtet, in der BRD ein Besatzungsregime errichtet, die BRD wiederbewaffnet und in die NATO integriert und Besatzungstruppen in der BRD stationiert, wobei die verschiedenen Regierungen der BRD
dies stets unterstützt haben.

Solange in der Sowjetunion die Arbeiterklasse geherrscht hat, war die Sowjetunion ein Faktor des Friedens, der die Weltherrschaftspläne und Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus an vorderster Front bekämpft hat. Seitdem die Sowjetunion ihre Farbe gewechselt und in der Sowjetunion eine neue, bürokratische Monopolbourgeoisie die Macht ergriffen hat, ist sie ebenfalls zu einer imperialistischen Supermacht geworden, die mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft ringt.

Daß der US-Imperialismus inzwischen in die Defensive geraten ist, liegt vor allem an dem Kampf der Völker der 3. Welt, die dem US-Imperialismus zahlreiche Niederlagen beigebracht und ihn geschwächt haben. Dadurch hat die 3. Welt entscheidend zur Sicherung des Weltfriedens beigetragen. Heute richtet sich der Kampf der 3. Welt zunehmend gegen die Aufmarschpläne des Sozialimperialismus, der sich darauf vorbereitet, eine Neuverteilung der Welt zu seinen Gunsten durch das Mittel des Krieges zu erzwingen, während der US-Imperialismus sich darauf vorbereitet, durch Krieg zunächst seinen Besitzstand zu verteidigen, um von dieser Basis aus den sozialimperialistischen Rivalen schließlich vernichten und die Weltherrschaft erringen zu können.

Wenn gesagt wird, der Konflikt zwischen den beiden Großmächten sei aus dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan *entstanden*, dann verhüllt das in Wirklichkeit die Kriegsgefahr und kann dem Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte nur schaden.

Daß die IG Metall sich als entscheidender Faktor der Friedenssicherung einsetzen solle, ist sicher richtig. Dazu muß sie aber vor allem die Völker direkt unterstützen, die den Kampf ge-

permacht geworden, die mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft ringt.

Daß der US-Imperialismus inzwischen in die Defensive geraten ist, liegt vor allem an dem Kampf der Völker der 3. Welt, die dem US-Imperialismus zahlreiche Niederlagen beigebracht und ihn geschwächt haben. Dadurch hat die 3. Welt entscheidend zur Sicherung des Weltfriedens beigetragen. Heute richtet sich der Kampf der 3. Welt zunehmend gegen die Aufmarschpläne des Sozialimperialismus, der sich darauf vorbereitet, eine Neuverteilung der Welt zu seinen Gunsten durch das Mittel des Krieges zu erzwingen, während der US-Imperialismus sich darauf vorbereitet, durch Krieg zunächst seinen Besitzstand zu verteidigen, um von dieser Basis aus den sozialimperialistischen Rivalen schließlich vernichten und die Weltherrschaft erringen zu können.

Wenn gesagt wird, der Konflikt zwischen den beiden Großmächten sei aus dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan *entstanden*, dann verhüllt das in Wirklichkeit die Kriegsgefahr und kann dem Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte nur schaden.

Daß die IG Metall sich als entscheidender Faktor der Friedenssicherung einsetzen solle, ist sicher richtig. Dazu muß sie aber vor allem die Völker direkt unterstützen, die den Kampf ge-gen die Aufmarschpläne des Sozialimperialismus an vorderster Front führen: die Völker von Eritrea, Kampuchea und Afghanistan, deren Länder durch die Sowjetunion direkt oder indirekt mit einem Aggressionskrieg überzogen wurden und die mit der Verteidigung der Unabhängigkeit ihrer eigenen Länder zugleich den Weltfrieden

Stellungnahmen aus Betrieben und Gewerkschaften gegen die Kriegsvorbereitungen

,,Durch die Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan und dem Wettstreiten der Großmächte in dieser Region ist die Gefahr des Weltkrieges erheblich gewachsen. Um so notwendiger ist es, daß die Arbeitnehmer sich einmischen und Einfluß nehmen. Wir begrüßen es deshalb, wenn der DGB die militärische Intervention in seinem Maiaufruf verurteilt. Auf der anderen Seite muß man sich genauso entschieden dagegen aussprechen, deswegen ,,Solidarität'' mit den USA zu üben, möchte diese doch selbst als Großmacht hegemoniale Ansprüche durchsetzen. Ebensowenig kann man gutheißen, daß die Bundesregierung einen militärischen Nachtragshaushalt vorbereitet und über Wirtschafts- und Militärhilfe, insbesondere an die Türkei, ihrerseits wirtschaftlich, politisch und militärisch Einfluß gewinnen möchte ... Um den Frieden in der Welt zu sichern, halten wir es entsprechend für unerläßlich, daß der DGB und die Gewerkschaften sich für eine demokratische Außenpolitik und eine Politik der Blockfreiheit einsetzen. Dazu gehört die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die unbedingte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sowie der Abschluß eines Friedensvertrages, der die Souveränität der beiden deutschen Staaten anerkennt und den Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, der DDR und Westberlin sowie den Austritt der BRD und DDR aus NATO und Warschauer Pakt ermöglicht ...''

Mitgliederversammlung der Abteilung ,,Sozial- und Erziehungsdienste'' ÖTV Aachen, 15.5.80, Stellungnahme zum 1. Mai.

,,Am 6. Mai sollen im Bremer Weserstadion die Rekruten öffentlich vereidigt werden. Dieses Säbelgerassel ist die Antwort der Regierung auf die in der Welt wachsende Kriegsgefahr. Wir sind dagegen, daß auf der einen Seite vom Frieden geredet und gleichzeitig eine Militärschau durchgeführt wird, wie sie seit dem 2. Weltkrieg ohne Beispiel ist. Entschieden unterstützen wir dagegen die Position der Gewerkschaften zur Kriegsgefahr: Der DGB-Vorsitzende Vetter hat sich für den sofortigen Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan ausgesprochen. In der Gewerkschaftspresse mehren sich die Stimmen für die Auflösung der Militärblöcke und den Austritt der BRD aus der NATO. Auf dem kommenden Gewerkschaftstag werden Anträge gegen die von der Regierung eingeleitete Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zur Beschlußfassung vorliegen. Demgegenüber ist die öffentliche Vereidigung der Rekruten im Weserstadion eine Provokation aller demokratischen Kräfte, besonders der Gewerkschaften ... Uns geht es um den Frieden! Deshalb fordern wir den Abzug aller fremden Truppen aus Europa und den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die vollständige Souveränität beider deutschen Staaten herstellt und den Abzug der Besatzertruppen aus der







Adenauer laut Sitzungsprotokoll des Bundestages vom 22. Oktober 1952

perialisten durchzusetzen, konzentrierte sich der Kampf gegen die Wiederbewaffnung. Nur mit Unterdrückung dieser Bewegung konnte sich die Bourgeoisie durchsetzen. Die Komitees für eine Volksbefreiung gegen die Wiederbewaffnung mußten verboten werden, weil sonst die Ablehnung der Wiederbewaffnung durch die Mehrheit des Volkes zum Ausdruck gekommen wäre. *Bilder von l.n.r.:* Demonstration von Belegschaften Berliner Betriebe gegen die Spaltung Berlins durch die Einführung der Seperatwährung in den Berliner Westsektoren. 2. Protestmarsch Hamburger Hafenarbeiter im Juni 1956. 3. 1.-Mai-Kundgebung in den 50er Jahren. 4. Demonstration von Mitgliedern der Naturfreundejugend des Landkreises Offenbach 1959. 5. Karrikatur aus einer getarnten Flugschrift 1955/56.

verteidigen. Sie muß auch die Völker verteidigen, die an vorderster Front des Kampfes gegen den US-Imperialismus stehen. Dazu gehört das iranische Volk. Daß die Forderung Dreggers, Bundeswehreinheiten zum Persischen Golf zu schicken, verurteilt wird, ist sicher richtig. Wenn es aber an anderer Stelle des Antrages heißt: „Die IG Metall verurteilt jegliche Geiselnahme", dann fällt diese Anspielung direkt dem iranischen Volk in den Rücken, zumal der – fehlgeschlagene – Interventionsversuch des US-Imperialismus gegen den Iran nicht verurteilt und die Forderungen des iranischen Volkes gegenüber dem US-Imperialismus nicht unterstützt werden, die darin bestehen, daß der US-Imperialismus sich verpflichten muß, seine Einmischungs- und Interventionspolitik gegenüber dem Iran einzustellen. Es wäre auch höchste Zeit, daß die IG Metall den Kampf des palästinensischen Volkes unterstützt, dessen Land nicht weniger durch ein Kolonialregime beherrscht wird als Azania durch das südafrikanische Kolonialregime. Es wäre auch höchste Zeit, daß die IG Metall Beziehungen zur PLO und zu der Generalunion palästinensischer Arbeiter aufnimmt, anstatt die Beziehungen zur israelischen Histradruth fortzusetzen, die die palästinensischen Arbeiter in Israel ebenso rassistisch und kolonialistisch behandelt wie das israelische Regime das ganze palästinensische Volk.

Vor allem aber kann es nicht die Aufgabe der IG Metall sein, die Bundesregierung aufzufordern, „weiterhin mit Besonnenheit zu reagieren". Als ob jemals imperialistische Kriege aus Unbesonnenheit hervorgegangen wären oder durch Besonnenheit der bürgerlichen Regierungen hätten vermieden werden können. Imperialistische Kriege sind stets aus imperialistischen

tall verurteilt jegliche Geiselnahme", dann fällt diese Anspielung direkt dem iranischen Volk in den Rücken, zumal der – fehlgeschlagene – Interventionsversuch des US-Imperialismus gegen den Iran nicht verurteilt und die Forderungen des iranischen Volkes gegenüber dem US-Imperialismus nicht unterstützt werden, die darin bestehen, daß der US-Imperialismus sich verpflichten muß, seine Einmischungs- und Interventionspolitik gegenüber dem Iran einzustellen. Es wäre auch höchste Zeit, daß die IG Metall den Kampf des palästinensischen Volkes unterstützt, dessen Land nicht weniger durch ein Kolonialregime beherrscht wird als Azania durch das südafrikanische Kolonialregime. Es wäre auch höchste Zeit, daß die IG Metall Beziehungen zur PLO und zu der Generalunion palästinensischer Arbeiter aufnimmt, anstatt die Beziehungen zur israelischen Histradruth fortzusetzen, die die palästinensischen Arbeiter in Israel ebenso rassistisch und kolonialistisch behandelt wie das israelische Regime das ganze palästinensische Volk.

Vor allem aber kann es nicht die Aufgabe der IG Metall sein, die Bundesregierung aufzufordern, „weiterhin mit Besonnenheit zu reagieren". Als ob jemals imperialistische Kriege aus Unbesonnenheit hervorgegangen wären oder durch Besonnenheit der bürgerlichen Regierungen hätten vermieden werden können. Imperialistische Kriege sind stets aus imperialistischen
Interessen entsprungen und waren stets die Fortsetzung imperialistischer Politik mit anderen Mitteln, und sie wurden zielstrebig vorbereitet durch imperialistische Politik. Entscheidend in der Außenpolitik der Bundesregierung ist das Bündnis mit den USA und die Mitgliedschaft in der NATO, die ein Instrument des US-Imperialismus für seine Kriegsvorbereitungen ist. Die Bundesregierung hat den Beschluß der NATO, US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und in der BRD zu stationieren, mitgetragen, und sie verficht ihn. Der Militärhaushalt und insbesondere die Beschlüsse zur Nachrüstung sind Ausführungen von NATO-Beschlüssen, die unter Vorherrschaft des US-Imperialismus gefaßt wurden und von der Bundesregierung in die Tat umgesetzt werden. Die Ausweitung des Operationsgebietes der Bundesmarine geht aus Expansionsinteressen hervor und ermöglicht dem US-Imperialismus, seine Flotte im Indischen Ozean zu verstärken.

Gleichzeitig hat die Entspannungspolitik der Bundesregierung, der handfeste Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie an Ostgeschäften zugrunde liegen, dem Sozialimperialismus seine Aggression erleichtert.

Die westdeutsche Arbeiterbewegung hat seit der Gründung der Bundesrepublik den Kampf gegen die Wiederbewaffnung und gegen die NATO-Mitgliedschaft der BRD geführt. Eine wichtige Forderung in diesem Kampf war stets die nach Austritt der BRD aus der NATO und Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges. Diese Forderungen richten sich direkt gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte wie auch des BRD-Imperialismus. Vor allem aber erleichtern sie den Sturz der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Die SPD hat stets versucht, diese klaren Forderungen zu beseitigen und durch Forderungen nach Wiedervereinigung, Abrüstung und Entspannung zu ersetzen. Das endet dann bei der Unterstützung der Politik der sozialliberalen Bundes-

schlüssen, die unter Vorherrschaft des US-Imperialismus gefaßt wurden und von der Bundesregierung in die Tat umgesetzt werden. Die Ausweitung des Operationsgebietes der Bundesmarine geht aus Expansionsinteressen hervor und ermöglicht dem US-Imperialismus, seine Flotte im Indischen Ozean zu verstärken.

Gleichzeitig hat die Entspannungspolitik der Bundesregierung, der handfeste Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie an Ostgeschäften zugrunde liegen, dem Sozialimperialismus seine Aggression erleichtert.

Die westdeutsche Arbeiterbewegung hat seit der Gründung der Bundesrepublik den Kampf gegen die Wiederbewaffnung und gegen die NATO-Mitgliedschaft der BRD geführt. Eine wichtige Forderung in diesem Kampf war stets die nach Austritt der BRD aus der NATO und Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges. Diese Forderungen richten sich direkt gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte wie auch des BRD-Imperialismus. Vor allem aber erleichtern sie den Sturz der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Die SPD hat stets versucht, diese klaren Forderungen zu beseitigen und durch Forderungen nach Wiedervereinigung, Abrüstung und Entspannung zu ersetzen. Das endet dann bei der Unterstützung der Politik der sozialliberalen Bundes-
regierung, die wie ihre christdemokratischen Vorgänger die Aufrüstung des BRD-Imperialismus verstärkt und die Kriegsvorbereitungen durch den US-Imperialismus unterstützt. Die Verschärfung der Kriegsgefahr macht es um so notwendiger, die richtigen Forderungen der Arbeiterbewegung erneut zu erheben und durchzusetzen.

BRD wie der DDR beinhaltet. Das fordern wir auf, gerade zum 1. Mai zu beschließen! ..."

18 Arbeiter des Bremer Vulkan in einem Brief an die „metall"-Zeitung.

„Die IG Metall verurteilt den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen. Sie fordert Abrüstung in Ost und West. Sie fordert eine aktive Abrüstungspolitik als wesentliche Voraussetzung für echte Entspannung in Europa und der ganzen Welt. Sie hält Abrüstung und Entspannung als Grundvoraussetzung für eine die Arbeitnehmer überzeugende Reformpolitik. Begründung: Abrüstung, Entspannung und Reformpolitik bilden eine Einheit. Die jetzt eingeleitete Phase verstärkter Aufrüstung, auch in der Bundesrepublik, stört nicht nur die von den Gewerkschaften gewollte Entspannungspolitik, sie macht die Finanzierung wichtiger Reformvorhaben zunichte.

Antrag der Verwaltungsstelle Ludwigshafen der IG Metall an die 30 Ordentliche Bezirkskonferenz, Bezirksleitung Frankfurt, 1.5.80

„Die Gewerkschaften fordern die Vernichtung und das Verbot aller Atomwaffen ... Kontrollierte Abrüstung sowie die Auflösung aller Militärbündnisse. Darum treten sie ein für den Abschluß eines Friedensvertrages mit den 4 Siegermächten, der den Abzug aller ausländischen Truppen aus der BRD, Westberlin und der DDR vorsieht, damit das deutsche Volk in Freiheit über seine weitere wirtschaftliche und politische Ordnung entscheiden kann."

AjLE Flensburg als Änderungsantrag an das DGB-Grundsatzprogramm, 14.7.80

Anträge an die DGB-Kreisjugendkonferenz Essen, Juni 1980. Zielsetzung. IG Bergbau: Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan, Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen aus Kampuchea. IG Metall: Gegen die Rekrutenvereidigung auf dem Essener Burgplatz, für die Weiterführung von Entspannung und Abrüstung. HBV: Gegen den Boykott der Olympischen Spiele.

Unterstützung Spaniens gegen den Faschismus – Wichtiger Teil des Kampfes gegen die Kriegsgefahr

z.gkr. Die Machtergreifung durch die Faschisten im Januar 1933 bedeutete einen entscheidenden Schritt im Streben der deutschen Monopolbourgeoisie, erneut zu versuchen, die Weltherrschaft zu erreichen. Systematisch bereitete sie sich auf den entscheidenden Kampf vor. Die Annexion des Ruhrgebietes, die Unterstützung des faschistischen Putsches in Spanien, das Bündnis mit den japanischen Faschisten und den italienischen Faschisten, schließlich die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei waren Schritte in der Vorbereitung dieses Krieges.

In der Analyse der Lage, um die Aufgaben der Arbeiterklasse zu bestimmen, führte Dimitroff im Juli 1937 aus: „Als der VII. Kongreß (der Kommunistischen Internationale) den Faschismus als Kriegsbrandstifter charakterisierte, als er auf die wachsende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges und auf die Notwendigkeit der Schaffung einer machtvollen Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus hinwies, fanden sich nicht wenig Leute, sogar in der Arbeiterbewegung, die sich nicht genieren, uns Kommunisten zu beschuldigen, daß wir angeblich absichtlich, nur für Propagandazwecke, dem Faschismus eine solche Rolle zuschreiben und die Kriegsgefahr übertreiben. Die einen taten dies bewußt im Interesse der herrschenden Klassen, und die anderen – dank ihrer politischen Kurzsichtigkeit. Die verflossenen zwei Jahre zeigten jedoch genügend anschaulich die ganze Absurdität einer solchen Beschuldigung. Sowohl die Freunde als auch die Gegner des Friedens sprechen jetzt offen über die heranrückende Gefahr eines neuen

reitete sie sich auf den entscheidenden Kampf vor. Die Annexion des Ruhrgebietes, die Unterstützung des faschistischen Putsches in Spanien, das Bündnis mit den japanischen Faschisten und den italienischen Faschisten, schließlich die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei waren Schritte in der Vorbereitung dieses Krieges.

In der Analyse der Lage, um die Aufgaben der Arbeiterklasse zu bestimmen, führte Dimitroff im Juli 1937 aus: „Als der VII. Kongreß (der Kommunistischen Internationale) den Faschismus als Kriegsbrandstifter charakterisierte, als er auf die wachsende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges und auf die Notwendigkeit der Schaffung einer machtvollen Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus hinwies, fanden sich nicht wenig Leute, sogar in der Arbeiterbewegung, die sich nicht genieren, uns Kommunisten zu beschuldigen, daß wir angeblich absichtlich, nur für Propagandazwecke, dem Faschismus eine solche Rolle zuschreiben und die Kriegsgefahr übertreiben. Die einen taten dies bewußt im Interesse der herrschenden Klassen, und die anderen – dank ihrer politischen Kurzsichtigkeit. Die verflossenen zwei Jahre zeigten jedoch genügend anschaulich die ganze Absurdität einer solchen Beschuldigung. Sowohl die Freunde als auch die Gegner des Friedens sprechen jetzt offen über die heranrückende Gefahr eines neuen
Weltkrieges. Und es ist schwer, ernsthafte Leute zu finden, die ebenso daran zweifeln würden, daß gerade die faschistischen Regierungen als Vorkämpfer des Krieges auftreten. In einzelnen Ländern ist faktisch der Krieg schon da. Schon ein Jahr lang führen die italienischen und deutschen Interventen vor den Augen der ganzen Welt den Krieg gegen das spanische Volk. Nach der Annexion der Mandschurei greift die japanische faschistische Militärclique erneut das chinesische Volk an und führt schon einen neuen Krieg in Nordchina.

Die Mandschurei, Abessinien, Spanien, Nordchina sind die Etappen zum neuen großen Raubkrieg von seiten des Faschismus. Das sind keine isolierten Akte. Es besteht ein Block der faschistischen Aggression und Kriegsbrandstifter – Berlin, Rom, Tokio. Das deutsch-japanische Abkommen ‚gegen die Komintern' – das bekanntlich ein Abkommen militärischen Charakters ist, dem sich faktisch auch Mussolini angeschlossen hat – wird schon in der Praxis angewandt. Unter der Flagge des Kampfes gegen die Komintern, gegen die ‚rote Gefahr', bemühen sich die deutschen, italienischen und japanischen Eroberer, durch Teilkriege militärisch-strategische Positionen zu besetzen, Knotenpunkte von Land- und Seewegen und Rohstoffquellen für die Rüstungsindustrie zur weiteren Entfesselung des imperialistischen Krieges zu erobern."

Notwendigerweise war ein wesentlicher Punkt des Kampfes des internationalen Proletariats gegen den drohenden Krieg der Kampf gegen die Interventionen der Faschisten in diesen Staaten. Sie konzentrierten sich in Europa besonders auf den Kampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus, und die Verhinderung der Machtergreifung durch den Faschismus in anderen Staaten.

Der Bildung einer Volksfrontregierung in Frankreich kam besondere Bedeutung bei. Am 6. Februar hatten faschistische Banden in Paris zum Sturz der (bürgerlichen) Regierung Daladier aufgerufen. Die einzige Organisation, die direkt zum Kampf gegen diesen Putschversuch aufrief, war die PCF gewesen. Fehler in ihrer Einschätzung der Sozialisten als Sozialfaschisten machten es nicht direkt möglich, die von den Sozialisten betriebene Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Dennoch kam am 12. Februar ein Generalstreik und eine gemeinsame Demonstration mit ca. 1 Mio. Teilnehmer zustande, der in erster Linie von den Gewerkschaftsbünden CGT und CGTU getragen wurde.

Über ein Bündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten wurde eine Volksfront gebildet, die sich Anfang 1936 zur Wahl stellte und eine eindeutige Mehrheit gewann. Unter dem Sozialisten Blum wurde eine Regierung gebildet.

Ähnlich hatte in Spanien ein Volksfrontbündnis Anfang Januar 1936 Erfolg, so daß sie die Regierung stellen konnten. Im Juli 1936 putschten dagegen die Faschisten unter Franco. Die französische Arbeiterklasse war denn auch rasch bereit, den Widerstand des spanischen Volkes gegen diesen Putsch zu unterstützen. Auf einer Massenver-

anderen Staaten.

Der Bildung einer Volksfrontregierung in Frankreich kam besondere Bedeutung bei. Am 6. Februar hatten faschistische Banden in Paris zum Sturz der (bürgerlichen) Regierung Daladier aufgerufen. Die einzige Organisation, die direkt zum Kampf gegen diesen Putschversuch aufrief, war die PCF gewesen. Fehler in ihrer Einschätzung der Sozialisten als Sozialfaschisten machten es nicht direkt möglich, die von den Sozialisten betriebene Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Dennoch kam am 12. Februar ein Generalstreik und eine gemeinsame Demonstration mit ca. 1 Mio. Teilnehmer zustande, der in erster Linie von den Gewerkschaftsbünden CGT und CGTU getragen wurde.

Über ein Bündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten wurde eine Volksfront gebildet, die sich Anfang 1936 zur Wahl stellte und eine eindeutige Mehrheit gewann. Unter dem Sozialisten Blum wurde eine Regierung gebildet.

Ähnlich hatte in Spanien ein Volksfrontbündnis Anfang Januar 1936 Erfolg, so daß sie die Regierung stellen konnten. Im Juli 1936 putschten dagegen die Faschisten unter Franco. Die französische Arbeiterklasse war denn auch rasch bereit, den Widerstand des spanischen Volkes gegen diesen Putsch zu unterstützen. Auf einer Massenver-
sammlung in Paris Mitte September 1936 forderte Dolores Ibárruri, die Führerin des spanischen Widerstands, das französische Volk und die Völker aller Länder zur verstärkten Unterstützung des Kampfes des spanischen Volkes auf:

„Heute trifft es uns, doch morgen seid ihr dran ... Dem spanischen Volk muß geholfen werden ... Um zu kämpfen, genügt der Heroismus nicht allein; wir brauchen Gewehre, Flugzeuge und Kanonen, um sie der Gewalt der faschistischen Rebellen entgegensetzen zu können."

Diese von den Massen tausendfach unterstützte Forderung, die in der Lage Frankreichs am besten dem Kampf gegen die faschistische Intervention und damit dem Kampf gegen den Krieg hätte dienen können, konnte die französische Arbeiterklasse allerdings nicht gegen die Regierung Blum durchsetzen, die sich dem Druck der faschistischen Staaten einerseits und Großbritanniens andererseits beugte. Sie verfolgte eine Nichtinterventionspolitik, auch nachdem schon lange aller Welt bekannt war, daß Deutschland und die italienischen Faschisten Franco massiv mit Waffen unterstützten.

„Millionen Arbeiter treten für die Politik der aktiven Unterstützung des republikanischen Spanien ein. Sie brandmarken die Politik der ‚Nichteinmischung' und fordern ihre Aufhebung. Sie treten dafür ein, daß der spanischen Regierung das Recht eingeräumt wird, Waffen zu kaufen, und fordern die Abberufung der Interventionstruppen. Sie teilen Stückchen Brot, um den spanischen Kindern und Frauen zu helfen." (Dimitroff)

Einzig die Sowjetunion unterstützte den Kampf des spanischen Volkes mit Waffenlieferungen. Matrosen von drei schwedischen Schiffen weigerten sich, Munition für die Putschisten zu befördern, Arbeiter in deutschen und anderen Häfen weigerten sich, Munition und Kriegsmaterial für die Faschisten zu verladen. Vor allem aber unterstützten etwa 30000 Antifaschisten aus 53 Ländern in den Internationalen Brigaden den Kampf des spanischen Volkes. Unter ihnen waren auch über 5000 Deutsche.

Im faschistischen Deutschland das selber in erster Linie den Krieg betrieb, mußten sich ihre Forderungen notwendigerweise in erster Linie gegen die Intervention der deutschen Faschisten richten. So protestierten im August 1936 die Teilnehmer einer illegalen Besprechung von Betriebsgruppenfunktionären aus neun Berliner Metallbetrieben gegen die Interventionspolitik der Hitlerregierung und gegen die Waffenlieferungen an Franco. Im Frühjahr 1937 warnte die KPD in einer Erklärung erneut vor der Gefahr, die die faschistische Intervention für den Frieden in der Welt barg.

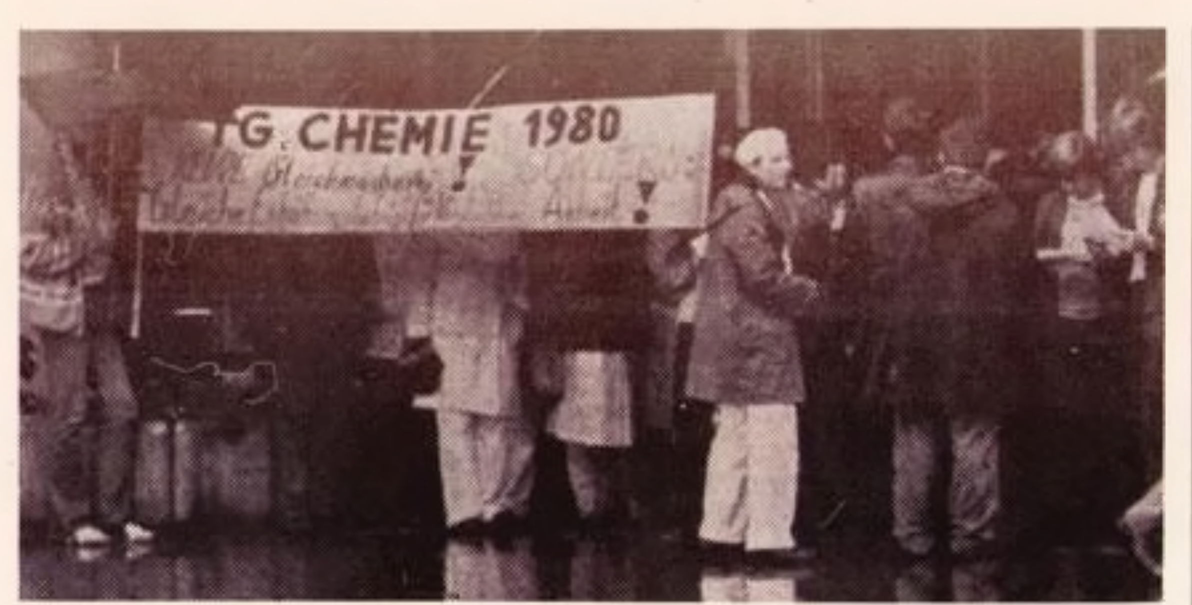
„Der heroische Kampf des spanischen Volkes hat eine gewaltige internationale Bedeutung. Er hielt und hält die Entfesselung eines neuen Weltkriegs auf. Wenn die deutschen und die italienischen Faschisten in Spanien, wie beabsichtigt, einen schnellen Sieg errungen hätten, wären dadurch unbedingt die Frechheit und Aggressivität dieser Kriegstreiber gegen andere Völker in gewaltigem Ausmaß verstärkt

ren Häfen weigerten sich, Munition und Kriegsmaterial für die Faschisten zu verladen. Vor allem aber unterstützten etwa 30000 Antifaschisten aus 53 Ländern in den Internationalen Brigaden den Kampf des spanischen Volkes. Unter ihnen waren auch über 5000 Deutsche.

Im faschistischen Deutschland das selber in erster Linie den Krieg betrieb, mußten sich ihre Forderungen notwendigerweise in erster Linie gegen die Intervention der deutschen Faschisten richten. So protestierten im August 1936 die Teilnehmer einer illegalen Besprechung von Betriebsgruppenfunktionären aus neun Berliner Metallbetrieben gegen die Interventionspolitik der Hitlerregierung und gegen die Waffenlieferungen an Franco. Im Frühjahr 1937 warnte die KPD in einer Erklärung erneut vor der Gefahr, die die faschistische Intervention für den Frieden in der Welt barg.

„Der heroische Kampf des spanischen Volkes hat eine gewaltige internationale Bedeutung. Er hielt und hält die Entfesselung eines neuen Weltkriegs auf. Wenn die deutschen und die italienischen Faschisten in Spanien, wie beabsichtigt, einen schnellen Sieg errungen hätten, wären dadurch unbedingt die Frechheit und Aggressivität dieser Kriegstreiber gegen andere Völker in gewaltigem Ausmaß verstärkt
worden. Und wenn andererseits die Regierungen der bürgerlich-demokratischen Länder ihren elementaren internationalen Verpflichtungen der Spanischen Republik gegenüber nachgekommen wären, sei es auch nur durch die Aufhebung der Blockade und Gewährung des Rechts auf Waffenankauf, so hätte in diesem Falle der Sieg des spanischen Volkes auf das wirksamste zur Zügelung der faschistischen Aggressoren beigetragen und ihren Plänen zur Entfesselung eines neuen Weltkrieges einen schweren Schlag versetzt."

Das erklärte Dimitroff, nachdem das spanische Volk zwei Jahre einen heldenhaften Kampf gegen die Faschisten geführt hatte. Die von der Arbeiterklasse im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, den die faschistischen Mächte betrieben, eingeschlagene Taktik war im wesentlichen richtig. Sie konnte sich allerdings nicht ausreichend entfalten, weil die Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie gespalten war und die Kommunisten erst relativ spät, nachdem der Faschismus schon in Deutschland die Macht erobert hatte, eine richtige Taktik in der Frage der Einheitsfront eingeschlagen hatten. Der faschistische Terror behinderte eine Entfaltung dieser Taktik. So konnte der Faschismus in Spanien schließlich doch noch siegen, obwohl dies letzten Endes den deutschen Faschisten in ihren Kriegsplänen nur beschränkt genutzt hat. Eine Teilnahme Spaniens im 2. Weltkrieg konnten sie nicht erzwingen. Das Bewußtsein des Widerstandes und die Gefahr einer Besetzung vor allem durch Großbritannien hinderte die spanischen Faschisten daran.



1971 Für die Forderung von 11% mind. 120 DM legten die Arbeiter bei Schering in Westberlin am 2. Juli für mehrere Stunden die Arbeit nieder und führten eine Kundgebung auf dem Werksgelände durch. *1973* Von 940 Beschäftigten streiken Ende September im Werk Charlottenburg 250 für die Forderungen nach einem sofort zahlbaren Teuerungszuschlag von 270 DM, sowie einem vom 1. Oktober an zu zahlenden Teuerungszuschlag von 30 DM monatlich für Angestellte und 17 Pfennig pro Stunde für Arbeiter. Der Streik, der nicht von der Gewerkschaft unterstützt wurde, mußte abgebrochen werden. Die Forderungen wurden nicht durchgesetzt. *1980* Vor dem Verwaltungsgebäude der Schering AG führten 150 Beschäftigte bei den diesjährigen Tarifverhandlungen während der Pause eine Kundgebung durch.

Schering Westberlin: Einstellungsstop und Rationalisierung seit 1975

r.ann. Über die Hälfte der Arbeiter und Angestellten in der chemischen Industrie in Westberlin arbeiten bei der Schering AG. Von 1974 bis heute ist die Belegschaftszahl um 500 auf 6000 reduziert worden. 1975 ordnete die Konzernleitung einen generellen Einstellungsstop an, der bis heute mit Ausnahme der Einstellung von Fachkräften weiter besteht. Zur gleichen Zeit, als der Einstellungsstop verkündet wurde, hatten die Kapitalisten damit begonnen, die Verpackung von Tabletten usw. zu zentralisieren, die Zentrale Verpackung und Versorgung wurde eingerichtet und ebenso im Angestelltenbereich ein zentrales Schreibbüro.

Herabgruppierungen bei Umbesetzungen konnte der Betriebsrat auf Grundlage einer Betriebsvereinbarung von 1971, die Umsetzungen nur bei gleichwertiger Arbeit vorsieht, zum größten Teil verhindern.

1978 forderte der Betriebsrat im Werk Wedding für die 1700 Arbeiter eine außertarifliche Zulage von 30 Pfennig. Der Vertrauensleutekörper sammelte unter den Arbeitern Unterschriften, um die Forderung zu bekräftigen. Im September 79 konnte der Betriebsrat eine Erhöhung durchsetzen.

Die Zulagen wurden aber nicht für alle gleich um 30 Pfennig erhöht. Den Kapitalisten ist es gelungen, die Spaltung zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen (Lohngruppe II und III) weiter zu vergrößern. Die Zulagen der Arbeiterinnen wurden nur um 10 Pfennig erhöht. Das Zulagensystem für die Arbeiter bei Schering setzt sich zusammen aus einem Lohnwert für einzelne Tätigkeiten, Jahre der Abteilungszugehörigkeit und nach Beurteilung der Arbeiter in normale, gute und sehr gute. Die Beurteilung „sehr gut" gibt es für Arbeiterinnen nicht.

Im Angestelltenbereich versucht die Betriebsführung in der Verwaltung mit dem Einsatz von Datensichtgeräten verstärkt weiter zu rationalisieren. Auf der Betriebsversammlung im April dieses Jahres forderte die überwiegende Mehrheit der Redner den Abschluß einer Betriebsvereinbarung über Bildschirmarbeitsplätze. Die Betriebsführung versucht den Forderungen des Betriebsrats ständig zu unterlaufen, mit geringfügigen Änderungen der Arbeitsplatzgestaltung, um so die Arbeitsplätze als im „Erprobungsstadium" hinzustellen, worüber man keine Betriebsvereinbarung abschließen könne.



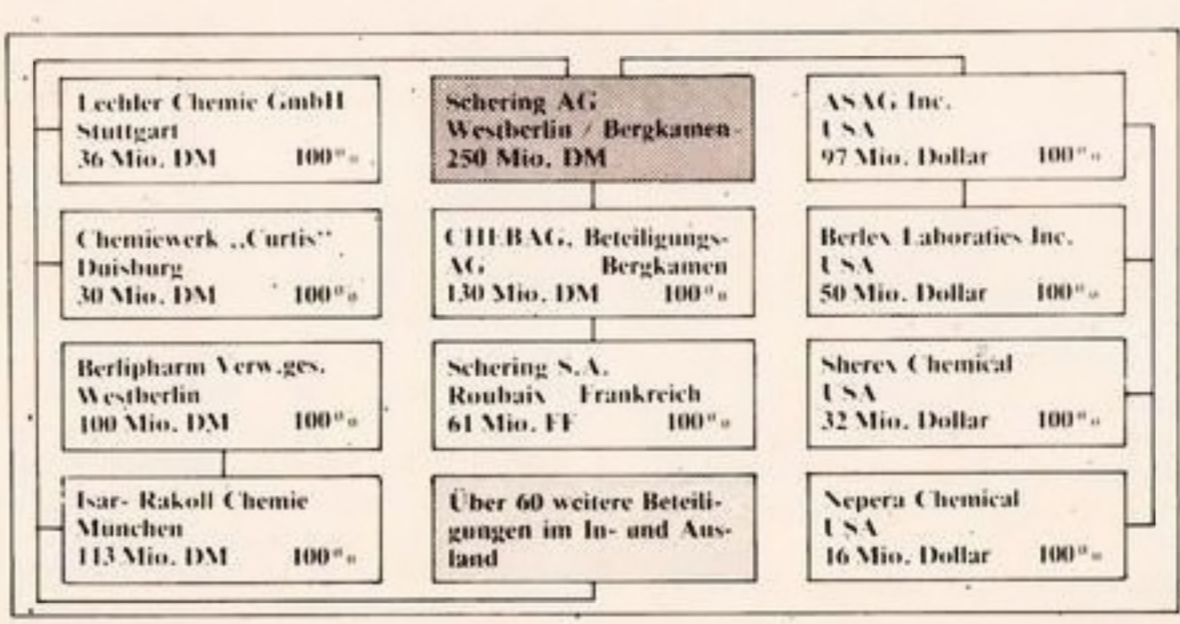
reduziert worden. 1975 ordnete die Konzernleitung einen generellen Einstellungsstop an, der bis heute mit Ausnahme der Einstellung von Fachkräften weiter besteht. Zur gleichen Zeit, als der Einstellungsstop verkündet wurde, hatten die Kapitalisten damit begonnen, die Verpackung von Tabletten usw. zu zentralisieren, die Zentrale Verpackung und Versorgung wurde eingerichtet und ebenso im Angestelltenbereich ein zentrales Schreibbüro.

Herabgruppierungen bei Umbesetzungen konnte der Betriebsrat auf Grundlage einer Betriebsvereinbarung von 1971, die Umsetzungen nur bei gleichwertiger Arbeit vorsieht, zum größten Teil verhindern.

1978 forderte der Betriebsrat im Werk Wedding für die 1700 Arbeiter eine außertarifliche Zulage von 30 Pfennig. Der Vertrauensleutekörper sammelte unter den Arbeitern Unterschriften, um die Forderung zu bekräftigen. Im September 79 konnte der Betriebsrat eine Erhöhung durchsetzen.

zu vergrößern. Die Zulagen der Arbeiterinnen wurden nur um 10 Pfennig erhöht. Das Zulagensystem für die Arbeiter bei Schering setzt sich zusammen aus einem Lohnwert für einzelne Tätigkeiten, Jahre der Abteilungszugehörigkeit und nach Beurteilung der Arbeiter in normale, gute und sehr gute. Die Beurteilung „sehr gut" gibt es für Arbeiterinnen nicht.

Im Angestelltenbereich versucht die Betriebsführung in der Verwaltung mit dem Einsatz von Datensichtgeräten verstärkt weiter zu rationalisieren. Auf der Betriebsversammlung im April dieses Jahres forderte die überwiegende Mehrheit der Redner den Abschluß einer Betriebsvereinbarung über Bildschirmarbeitsplätze. Die Betriebsführung versucht den Forderungen des Betriebsrats ständig zu unterlaufen, mit geringfügigen Änderungen der Arbeitsplatzgestaltung, um so die Arbeitsplätze als im „Erprobungsstadium" hinzustellen, worüber man keine Betriebsvereinbarung abschließen könne.



Daten zum Schering-Konzern (1979)

Umsatz (gruppe)	2703000000
Umsatz (Schering AG)	1427000000
Löhne, Gehälter, Sozialabgaben	440000000
Nettoprofit	55261135
Dividendensumme	45000000
Dividende	18%

Hauptprodukte: Pharmaka, Pflanzenschutzmittel, Industriechemikalien, Galvanisierung.

Beschäftigte	9384
Angestellte	58,6%
Arbeiter	41,4%
Männer	6249
Frauen	3135
Auszubildende weiblich	141
Auszubildende männlich	300

Vorstand: Dr. H.Asmis, Dr. C.Bruhn, Dr. H.Hannse, H. Kramp, K.O.Mittelstenscheid, Dr. H.Witzel (alle Westberlin)

Von der „Grünen Apotheke" zum Weltkonzern

Geschichte der Schering AG

r.mac. 1851 hatte der Apotheker Ernst Schering die „Grüne Apotheke" in der Berliner Chausseestraße erworben. Sein Erfolg sei von seinem Fleiß und seiner Gründlichkeit abgehangen: Von Anfang an habe er auf Reinheit der Produkte geachtet. Ursache des Erfolgs war aber vielmehr die ständig wachsende Nachfrage nach Industriechemikalien und die maschinenmäßige Produktion der Chemieerzeugnisse, die große Reinheit ermöglichte.

Ernst Schering, so wird in der Chronik festgehalten, „stand auf der Seite der Ordnung". Während des deutsch-französischen Krieges wurde er zum bedeutenden Arzneimittellieferanten für mehrere deutsche Armeekorps. Der Umsatz stieg von 390000 Talern (1869) auf 506000 Taler (1870). Am 13. Oktober 1871 wurde die „Chemische Fabrik auf Actien, vorm. E. Schering" mit einem Kapital von 500000 Talern gegründet.

Während des ersten Weltkriegs gilt Schering als „kriegswichtiger Betrieb" wegen des „erhöhten Bedarfs an Arzneimitteln" (ebenda). Der Anstieg der Dividende von 11% 1914 auf 18% 1918 deutet auf erklecklichen Kriegsgewinn. Im Werk Charlottenburg wurden 1917 Blaukreuz-Kampfstoffe abgefüllt, was offenbar so einträglich war, daß im selben Jahr ein großes Gebäude als Abfüllbetrieb neu erbaut wurde. In der Müllerstraße im Wedding wurde das Werk ausgebaut und in Ostdeutschland ein neues Fabrikgebäude erworben.

1922 ging die Aktienmehrheit der „Chemischen Fabrik auf Actien, vorm. E. Schering" in den Besitz der „Oberschlesischen Kokswerke und Chemischen Fabriken AG" über. Der bei Verkokung anfallende Teer ist das Ausgangsmaterial für viele Farbstoffe und Arzneimittel. 1927 fusionierten die Schering und die Kahlbaum AG. Allein bis 1931 kontrollierte Schering 15 Tochtergesellschaften und erwarb damit neue Produktionssparten. Rund 1500 Arbeiter und Angestellte arbeiteten zu der Zeit bei Schering, sie hatten die 48-Stunden-Woche und ihren ersten Tarifvertrag erkämpft. Neben den Produkten aus den Sparten Galvanotechnik, Industriechemikalien, Pharmazeutika und Pflanzenschutzmittel waren insbesondere photochemische Artikel gewinnträchtig. 1923 wurde bei Schering die Hormonforschung aufgenommen.

Ein weiterer Schritt zur Zentralisierung bestand in der 1937 vollzogenen Vereinheitlichung der Oberschlesischen Kokswerke mit der Schering-Kahlbaum-AG zu einem Unternehmen mit einem Aktienkapital von 48 Mio. RM. Insgesamt hatte der Konzern jetzt 30 Tochtergesellschaften. Im Sommer 1939 übernahm Schering ehemalige Fabriken in der vom Hitler-Faschismus besetzten Tschechoslowakei und gliederte diese in den Konzern ein. „Die Umsätze in den Jahren 1941-43 überstiegen sogar die Höchstziffern der Vorkriegszeit erheblich." (ebenda) 1941 erhöhte Schering das Aktienkapital von 48 auf 64 Millionen RM.

Mit dem Ende des Hitlerfaschismus gingen die Schering-Werke Adlershof, Eberswalde und Reichenbach in Volkseigentum über. In den Berliner Werken konnten die Arbeiter innerhalb von 10 Tagen die Produktion von Penicilin und Desinfektionsmittel aufnehmen. Ihre errungenen Rechte wurden mit dem Einmarsch der Westalliierten wieder aufgehoben. Mit Hilfe von Marshall-Plan-Geldern und späterem Lastenausgleich wurde das Unternehmen nicht nur „entschädigt", sondern konnte auch seine Kriegsgewinne realisieren. Bei der Währungsreform 1948 wurde das Schering-Aktienkapital von RM zu DM zu einem Verhältnis von 10:3,5 umgestellt. Das vorhandene Aktienkapital betrug 22400000 DM.

Schering: Breitflächiger Einstieg auf den US-Markt

r.mac. Die Schering AG ist mit allen vier Produktionssparten auf dem US-Markt vertreten: Pharmaka, Pflanzenschutz, Industriechemikalien und Galvanotechnik. Insgesamt hat sich der Einstieg auf den US-Markt wie folgt entwickelt:
1969: Nor-AM Agricultural Products (Pflanzenschutz)
1976: Nepera Chemical Company (Unkraut- und Schädlingsbekämpfung) 262 Beschäftigte, Umsatz 1979: 35 Mio. Dollar
1978: Sherex Chemical Company (Industrie-Chemikalien), 580 Beschäftigte, Umsatz 1979: 114 Mio. Dollar
1979: Berlex Laboratories (Pharma-Bereich), 530 Beschäftigte, erwarteter Umsatz 1980: 40 Mio. Dollar
1979: Erwerb der Pharmasparte von Cooper Laboratories, Umsatz 1979: 34 Mio. Dollar
1980: Chemcut Corporation (Maschinen zur Herstellung von gedruckten Schaltungen) 360 Beschäftigte, Kaufpreis 11,6 Mio. Dollar, Umsatz 1979: 16 Mio. Dollar

Schering ist weiterhin mit 50% an der Knoll Parmaceutical Company beteiligt.

Der Pharmamarkt der USA ist mit 20% Anteil am Weltpharmamarkt ein riesiges Absatzgebiet für die Schering Kapitalisten. Wesentlich für die Bedeutung der Transaktionen ist, daß sie zwei Produktionsstätten von Arzneimitteln in den USA in der Hand haben, mit Vertriebsorganisation und Entwicklungsabteilung einschließlich Registrierung. Das ist wichtig für die Zulassung neuer Präparate, die Schering bei der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA (Food and Drug Administration) anstrebt. Die US-Pharmakapitalisten haben sich mit der FDA ein wirksames Mittel gegen die Überschwemmung des US-Marktes mit ausländischen Präparaten geschaffen. Obwohl die USA bei der Erfindung neuer Arzneimittel führen, nehmen sie in der Reihenfolge der Länder, in denen ein neuer Arzneistoff eingeführt wurde, erst die fünfte Stelle ein. Mit dem Erwerb von Cooper und Berlex haben die Schering-Kapitalisten dieses Hindernis weitgehend umgangen.

Die zweitgrößte Sparte der Schering AG in den USA ist die Produktion von Pflanzenschutzmitteln. 1969 wurde mit der amerikanischen Firma Morton-Norwich Products inc. mit einer 50%igen Beteiligung das Gemeinschaftsunternehmen Nor-Am gegründet, das Pflanzenschutzmittel vertreibt und entwickelt. 1976 hat Schering die Nor-Am zu 100% übernommen und mittlerweile in drei ausgewählten Regionen Nordamerikas Versuchsfarmen aufgebaut, auf denen bis 1976 noch in Westdeutschland produzierte Substanzen ausprobiert wurden. Bis Schering die „Nepara Chemical Company" erwarb, und damit über einen Produktionsbetrieb (erstmals seit 1942) von Pflanzenschutzmitteln in den USA verfügt. Die Firma produziert Pyridine und deren Derivate, die zur Herstellung von Herbiziden und Pestiziden dienen, von pharmazeutischen Wirkstoffen, Nikotinsäureamid und als Tierfuttermittelzusätze.



Schering: Breitflächiger Einstieg auf den US-Markt

r.mac. Die Schering AG ist mit allen vier Produktionssparten auf dem US-Markt vertreten: Pharmaka, Pflanzenschutz, Industriechemikalien und Galvanotechnik. Insgesamt hat sich der Einstieg auf den US-Markt wie folgt entwickelt:
1969: Nor-AM Agricultural Products (Pflanzenschutz)
1976: Nepera Chemical Company (Unkraut- und Schädlingsbekämpfung) 262 Beschäftigte, Umsatz 1979: 35 Mio. Dollar
1978: Sherex Chemical Company (Industrie-Chemikalien), 580 Beschäftigte, Umsatz 1979: 114 Mio. Dollar
1979: Berlex Laboratories (Pharma-Bereich), 530 Beschäftigte, erwarteter Umsatz 1980: 40 Mio. Dollar
1979: Erwerb der Pharmasparte von Cooper Laboratories, Umsatz 1979: 34 Mio. Dollar
1980: Chemcut Corporation (Maschinen zur Herstellung von gedruckten Schaltungen) 360 Beschäftigte, Kaufpreis 11,6 Mio. Dollar, Umsatz 1979: 16 Mio. Dollar

Schering ist weiterhin mit 50% an der Knoll Parmaceutical Company beteiligt.

Der Pharmamarkt der USA ist mit 20% Anteil am Weltpharmamarkt ein riesiges Absatzgebiet für die Schering Kapitalisten. Wesentlich für die Bedeutung der Transaktionen ist, daß sie zwei Produktionsstätten von Arzneimitteln in den USA in der Hand haben, mit Vertriebsorganisation und Entwicklungsabteilung einschließlich Registrierung. Das ist wichtig für die Zulassung neuer Präparate, die Schering bei der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA (Food and Drug Administration) anstrebt. Die US-Pharmakapitalisten haben sich mit der FDA ein wirksames Mittel gegen die Überschwemmung des US-Marktes mit ausländischen Präparaten geschaffen. Obwohl die USA bei der Erfindung neuer Arzneimittel führen, nehmen sie in der Reihenfolge der Länder, in denen ein neuer Arzneistoff eingeführt wurde, erst die fünfte Stelle ein. Mit dem Erwerb von Cooper und Berlex haben die Schering-Kapitalisten dieses Hindernis weitgehend umgangen.

Die zweitgrößte Sparte der Schering AG in den USA ist die Produktion von Pflanzenschutzmitteln. 1969 wurde mit der amerikanischen Firma Morton-Norwich Products inc. mit einer 50%igen Beteiligung das Gemeinschaftsunternehmen Nor-Am gegründet, das Pflanzenschutzmittel vertreibt und entwickelt. 1976 hat Schering die Nor-Am zu 100% übernommen und mittlerweile in drei ausgewählten Regionen Nordamerikas Versuchsfarmen aufgebaut, auf denen bis 1976 noch in Westdeutschland produzierte Substanzen ausprobiert wurden. Bis Schering die „Nepara Chemical Company" erwarb, und damit über einen Produktionsbetrieb (erstmals seit 1942) von Pflanzenschutzmitteln in den USA verfügt. Die Firma produziert Pyridine und deren Derivate, die zur Herstellung von Herbiziden und Pestiziden dienen, von pharmazeutischen Wirkstoffen, Nikotinsäureamid und als Tierfuttermittelzusätze.

